



Landtag von Baden-Württemberg

14. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 12. Dezember 2001 • Haus des Landtags

Beginn: 10:00 Uhr

Schluss: 17:07 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	635	d) Antrag der Fraktion der FDP/DVP – Verwendung von in Deutschland nicht zugelassenen Pflanzenschutzmitteln im Obstbau – Drucksache 13/469	646
Entsendung des Herrn Abg. Dr. Witzel in das Kuratorium der Akademie für Technikfolgenabschätzung	635	Abg. Walter GRÜNE	646, 651
1. a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 (Staatshaushaltsgesetz 2002/03 – StHG 2002/03) – Drucksache 13/550		Abg. Dr. Schüle CDU	647
b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Finanzgleichungsgesetzes – Drucksache 13/518		Abg. Birgit Kipfer SPD	648, 654
Haushaltsrede des Finanzministers	635	Abg. Drautz FDP/DVP	650, 655
Minister Stratthaus	636	Abg. Kiefl CDU	652
2. a) Aktuelle Debatte – Versäumnisse der Landesregierung in der Informationspolitik im Spritzmittelskandal des baden-württembergischen Obstbaus – beantragt von der Fraktion GRÜNE		Minister Stächele	656
b) Antrag der Fraktion GRÜNE – Einsatz unerlaubter Spritzmittel in der Obstbauregion Bodensee – Drucksache 13/474		Beschluss	661
c) Antrag der Fraktion der SPD – Verbraucher-täuschung im Erwerbsobstbau in der Bodenseeregion und Informationspolitik der Landesregierung – Drucksache 13/476		3. Antrag der Fraktion der CDU – Straßenverkehr entwickeln – Mobilität sichern – Drucksache 13/392	661
		Abg. Klenk CDU	661
		Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD	662, 674
		Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	663
		Abg. Boris Palmer GRÜNE	665, 675
		Abg. Scheuermann CDU	666, 674
		Minister Müller	668
		Beschluss	676
		4. a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Änderung der Landkreisordnung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 13/471	
		b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung der Landkreisordnung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 13/472	676
		Abg. Walter GRÜNE	676, 682
		Abg. Stickelberger SPD	678, 683

Abg. Kurz CDU	679, 684	Abg. Drautz FDP/DVP	701
Abg. Dr. Glück FDP/DVP	680	Abg. Dr. Witzel GRÜNE	702
Minister Dr. Schäuble	681	Minister Dr. Döring	703
Beschluss	685	Beschluss	706
5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Betreuungsgesetzes – Drucksache 13/195		10. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 13. November 2001 – Veräußerung der ehemaligen Landesvertretung Baden-Württemberg in Bonn – Drucksachen 13/220, 13/502	706
Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/528	685	Beschluss	706
Beschluss	685	Nächste Sitzung	706
6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Ausführung wohnungsrechtlicher Gesetze (AGWoG) – Drucksache 13/384		Anlage 1	
Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 13/487	685	Einnahmen nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2002/03	707
Abg. Mack CDU	685	Anlage 2	
Abg. Gaßmann SPD	686	Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2002/03	708
Abg. Hofer FDP/DVP	687	Anlage 3	
Abg. Dr. Witzel GRÜNE	688	Die Einzelpläne nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2002/03	709
Staatssekretär Dr. Mehrländer	688	Anlage 4	
Beschluss	688	Entwicklung der Einnahmen des Landes 1994 bis 2003	710
7. Antrag der Fraktion der SPD – Verordnungen zum Schutze der Mieter vor Umwandlungsspekulation und zum Erhalt von Wohnraum in Groß- und Universitätsstädten des Landes – Drucksache 13/463		Anlage 5	
– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO	689	Entwicklung der Personalausgabenquote, der Zinsquote und der Kreditfinanzierungsquote 1991 bis 2003	711
Abg. Gaßmann SPD	689, 694	Anlage 6	
Abg. Mack CDU	691, 694	Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2002/03, aufgeteilt nach Zwangsläufigkeiten	712
Abg. Hofer FDP/DVP	692	Anlage 7	
Abg. Dr. Witzel GRÜNE	693	Steuereinnahmen und die davon abhängigen Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2002/03	713
Staatssekretär Dr. Mehrländer	695	Anlage 8	
Beschluss	696	Personalausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2002/03 nach Aufgabenbereichen	714
8. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 31. Oktober 2001 – Wohnungsbau 2002 – Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung – Drucksachen 13/433, 13/506	696	Anlage 9	
Beschluss	697	Personalstellen nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2002/03	715
9. Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 18. Juni 2001 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Umsetzung des 10-Punkte-Katalogs: Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen, insbesondere der Familienunternehmen, in Baden-Württemberg“ – Drucksachen 13/18, 13/522	697	Anlage 10	
Abg. Veronika Netzhammer CDU	697	Finanzausgleich unter den Ländern 1990 bis 2000	716
Abg. Capezzuto SPD	699	Anlage 11	
		Steuereinnahmen des Landes vor und nach dem Finanzausgleich unter den Ländern im Vergleich mit den durchschnittlichen Steuereinnahmen der Länder 1990 bis 2000	717
		Anlage 12	
		Ausgaben des Landes für Leistungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände 1996 bis 2003	718

Protokoll

über die 14. Sitzung vom 12. Dezember 2001

Beginn: 10:00 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 14. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Dr. Puchta erteilt.

Dienstlich verhindert ist Herr Minister Dr. Palmer.

Meine Damen und Herren, der Landtag hat in seiner 101. Sitzung am 14. Dezember des vergangenen Jahres unter anderem Herrn Abg. Dr. Dieter Salomon in das Kuratorium der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg gewählt. Die Fraktion GRÜNE hat gebeten, für Herrn Abg. Dr. Salomon Herrn Abg. Dr. Witzel in das Kuratorium zu entsenden. Die anderen Fraktionen haben dazu ihr Einverständnis erklärt. Darf ich deshalb ohne förmliche Abstimmung feststellen, dass Sie der Entsendung von Herrn Abg. Dr. Witzel in das Kuratorium der Akademie für Technikfolgenabschätzung zustimmen? – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Sie haben eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** vervielfältigt auf Ihren Tischen. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Auch hiergegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Finanzministeriums vom 15. November 2001 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, Drucksache 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, Drucksache 6/3910 Ziffer II Nr. 6); Haushaltsjahr 2001 (Januar bis September) – Drucksache 13/452

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

2. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2001, Az.: 1 BvR 525/99 – Verfassungsbeschwerde des Herrn Dr. W. W. aus R. gegen Entscheidungen von Berufsgerichten für Ärzte wegen Führung der Gebietsbezeichnung „Allgemeinmedizin“ neben anderen Gebietsbezeichnungen (§ 39 Abs. 3 Heilberufe-Kammergesetz)

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Mitteilung der Landesregierung vom 27. November 2001 – 16. Landessportplan für die Haushaltsjahre 2002/2003 – Drucksache 13/523

Überweisung an den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport und federführend an den Finanzausschuss

4. Mitteilung der Landesregierung vom 5. Dezember 2001 – 38. Landesjugendplan für die Haushaltsjahre 2002/2003 – Drucksache 13/524

Überweisung an den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport und federführend an den Finanzausschuss

5. Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz in Baden-Württemberg vom 3. Dezember 2001 – Zweiundzwanzigster Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz – Drucksache 13/520

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

6. Antrag der Landesregierung vom 11. Dezember 2001 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksache 13/552

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Meine Damen und Herren, unter diesen Eingängen befindet sich, wie Sie gesehen haben, auch der Antrag der Landesregierung auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach Artikel 53 Abs. 2 der Landesverfassung. Der Grund liegt darin, dass Ministerpräsident Teufel zum Mitglied des Verwaltungsrats der Kreditanstalt für Wiederaufbau bestellt worden ist.

Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses wird in Absprache mit den Fraktionen zu einer außerordentlichen Sitzung des Ständigen Ausschusses in der Mittagspause der heutigen Plenarsitzung einladen, um eine Entscheidung über diesen Antrag herbeizuführen, damit wir ihn dann auf die Tagesordnung für die morgige Sitzung setzen können. – Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch Ihrerseits. Es ist so beschlossen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

- a) **Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 (Staatshaushaltsgesetz 2002/03 – StHG 2002/03) – Drucksache 13/550**
- b) **Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes – Drucksache 13/518**

Haushaltsrede des Finanzministers

Ich darf Ihnen, Herr Finanzminister, das Wort erteilen.

Finanzminister Stratthaus: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung von Baden-Württemberg darf ich Ihnen heute den Entwurf des Haushalts für die Jahre 2002 und 2003 vorlegen. Er umfasst bereinigte Gesamtausgaben in Höhe von 31 Milliarden DM im Jahr 2002 und 32 Milliarden DM im Jahr 2003.

(Abg. Hillebrand CDU: Euro!)

– Euro.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, wir sehen bereits an der Währungseinheit Euro, dass dies ein ganz besonderer Haushalt ist. Es ist in der Tat der erste Haushalt, der in Euro aufgestellt wird, und ich prophezeie Ihnen: Wir werden noch ein oder zwei Jahre lang immer wieder Verwechslungen bei den Währungen haben.

Es ist ein besonderes Datum und ein besonderer Haushalt. Er zeigt auch: Europa wächst zusammen, Europa ist in Bewegung, und Europa hat Zukunft.

Das ist nun, meine Damen und Herren, für mich der zweite Doppelhaushalt, den ich als Finanzminister des Landes Baden-Württemberg einbringen kann. Der erste Haushalt, der die Jahre 2000 und 2001 umfasst hat, war ein Haushalt der Selbstgewissheit und der Zuversicht. Dieser Haushalt steht unter einem etwas anderen Vorzeichen. Es ist ein Haushalt der Ernüchterung, der Nachdenklichkeit und der ganz besonderen Verantwortung für die Zukunft.

Worum geht es? Wir leben in finanzpolitisch schwierigen Zeiten. Es gibt den Konflikt in Afghanistan, und niemand von uns weiß, welche Folgen er für uns alle noch haben wird. Wir befinden uns vor allem, wirtschaftlich gesehen, in der Zeit einer starken weltweiten Abkühlung. Davon ist natürlich auch unser Land betroffen.

Unser Land hat es sicher nicht leicht. Aber, meine Damen und Herren, wir sind besser dran als fast alle anderen Bundesländer. Wir sind ein wirtschaftlich starkes Land, ein modernes Land, ein innovatives Land, vor allem ein Land, dessen Regierung Vorsorge für die Zukunft getroffen hat.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Gerade in diesen schwierigen Zeiten ist es sehr wichtig, dass wir Vorsorge für die Zukunft getroffen haben. Vor allem ist es wichtig, meine Damen und Herren, dass wir mit der Konsolidierungspolitik nicht etwa erst mit diesem Haushalt anfangen, sondern dass diese Landesregierung schon seit zehn Jahren eine verantwortungsvolle Konsolidierungspolitik betreibt, die heute bereits Erfolge zeigt.

Auch mit dem vorliegenden Haushalt stellen wir Weichen für die Zukunft. Wir haben einen enormen Kraftakt geleistet. Dass uns dies gelungen ist, ist nicht selbstverständlich und macht den Konsolidierungserfolg umso bedeutsamer.

Unser Land ist keine Insel. Wir sind eines von 16 Bundesländern der Bundesrepublik. Wir sind im besonderen Maße von den nationalen und noch mehr von den internationalen Bedingungen abhängig. Dies gilt insbesondere deshalb,

weil Baden-Württemberg nicht nur ein weltoffenes Land ist, sondern auch das Land in der Bundesrepublik Deutschland, dessen Wirtschaft am meisten exportiert. Aus diesem Grund sind gesamtwirtschaftliche und weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen für uns von ganz besonderer Bedeutung. Diese Rahmenbedingungen, meine Damen und Herren, sind in der Weltwirtschaft, noch mehr aber in der Bundesrepublik Deutschland leider sehr schlecht.

Das Bruttoinlandsprodukt stagniert in diesem Jahr, die Ausrüstungsinvestitionen sinken, die Unternehmensinsolvenzen sind auf einem Rekordstand und der Ifo-Geschäftsklimaindex ist im Oktober 2001 auf den tiefsten Stand seit der Rezession 1993 gesunken. Wir haben für das Wirtschaftswachstum immer wieder neue Prognosen bekommen, und man kann eine Gesetzmäßigkeit feststellen: Je neuer die Prognose, umso schlechter waren die Zahlen.

Was macht in dieser Situation die Bundesregierung?

(Lebhafte Zurufe von der SPD und den Grünen –
Abg. Döpfer CDU: Jetzt wird es interessant!)

Für mich ist interessant, dass die Opposition beim Stichwort „Bundesregierung“ aufgewacht ist. Das ist ganz entscheidend.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Die Bundesregierung hat bis zum April dieses Jahres behauptet, wir würden im Jahr 2001 ein Wirtschaftswachstum von 2,75 % haben. Bei der Steuerschätzung im Mai ging sie auf 2 % zurück. Später, bei der Steuerschätzung im November, stand die Prognose bei 0,75 %, und zurzeit befinden wir uns bei 0,6 % – ein Rückgang

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Rückwärtsgang!)

nach dem anderen, das war alles, was bisher von der Bundesregierung vollführt wurde. Die missliche Lage wurde festgestellt. Was wurde dagegen getan?

Das Ganze hat natürlich dramatische Folgen für unseren Haushalt: Zum einen für die Einnahmeseite, zum anderen über die Sozialpolitik natürlich auch für die Ausgabenseite – besonders des Bundeshaushalts, aber auch unseres Haushalts.

Ohne Frage kommen eine ganze Reihe der Faktoren, die uns belasten, von außen. Das Wachstum der US-Wirtschaft ist stärker zurückgegangen, als wir ursprünglich angenommen haben. Es gab eine erneute Schwächung durch die Ereignisse vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten. Zu Beginn dieses Jahres, im ersten Halbjahr, sind auch die Ölpreise stark gestiegen.

Es ist keine Frage: Das sind Belastungen, meine Damen und Herren, die für alle Industrieländer in Europa zutreffen. Bedenklich ist aber, dass die Bundesrepublik Deutschland unter den 15 europäischen Ländern der EU beim Wirtschaftswachstum inzwischen an letzter Stelle steht.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Das kann man nicht mehr allein auf die Weltkonjunktur zurückführen. Die Bundesrepublik ist das Land, das seit eini-

(Minister Stratthaus)

gen Jahren das geringste Wirtschaftswachstum hat. Die Bundesrepublik steht hinter Spanien, Griechenland und Italien. Wir sind nicht mehr die Lokomotive, sondern wir tragen die rote Laterne.

(Abg. Oettinger CDU: Leider wahr!)

Das ist äußerst bedenklich.

(Abg. Alfred Haas CDU: Schröder im Schlafwagen! – Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Der Hinweis auf die USA und auf die Exportabhängigkeit Deutschlands taugt nicht als Argument, sondern kann nur eine Ausrede sein. Denn von allen Faktoren, die die Nachfrage bestimmen, ist nur noch ein einziger positiv, nämlich der Export. Vor allen Dingen der inländische Konsum, die inländischen Investitionen, auch die inländischen Staatsinvestitionen sind zurückgegangen. Die Ausfuhren sind noch das Einzige, was unsere Konjunktur stabilisiert. Das hat nichts mit den internationalen Bedingungen zu tun.

(Abg. Moser SPD: Ach so!)

Daran sehen Sie, dass unsere Bundesregierung trotz ihrer schlechten Leistungen noch Glück hat, dass Länder wie Baden-Württemberg eine starke Exportwirtschaft haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn immer die USA genannt werden, dann dürfen wir doch auch einmal festhalten, dass der deutsche Sachverständigenrat festgestellt hat, dass trotz des starken Rückgangs auch des amerikanischen Wachstums das Wachstum der USA im Jahr 2001 immer noch doppelt so hoch sein wird wie in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Bundesregierung hat einmal ein Projekt aus der Taufe gehoben – Sie kennen es –, das „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“. Dieses Bündnis für Arbeit hat eine so genannte Benchmarking-Gruppe berufen, bestehend aus namhaften Professoren und Wissenschaftlern aller Fakultäten in Deutschland. Diese Benchmarking-Gruppe erhielt vom Bundeskanzler folgenden Auftrag:

Erstens: Eine ungeschminkte Analyse der Lage in Deutschland zu erstellen.

Zweitens: Vor unbequemen Wahrheiten nicht zurückzuschrecken.

(Abg. Moser SPD: Sehr gut!)

Drittens: Zum Arbeitsmarkt und zur Beschäftigung in Deutschland vor allem im internationalen Vergleich Stellung zu nehmen.

Diese Benchmarking-Gruppe hat vor wenigen Tagen ihr Ergebnis vorgelegt. Das war die Gruppe, die vom Bundeskanzler aufgefordert worden ist, ungeschminkte Ergebnisse abzuliefern, und sie hat es gemacht. Das Ergebnis lässt sich in vier Punkten zusammenfassen:

Erstens: Unternehmen und Arbeitnehmer in Deutschland sind mit besonders hohen Steuern und Abgaben belastet.

Zweitens: Vor allem kleine und mittlere Unternehmen stellen aus Angst vor Arbeitsgerichtsverfahren kaum noch neue Mitarbeiter ein.

Drittens: Die öffentlichen Investitionen in Deutschland gehen stärker zurück als in anderen Industrieländern.

Und viertens: Die Auflagen in Deutschland für Zeitarbeit und Arbeitnehmerüberlassung sind höher als in allen anderen Ländern.

Das Fazit, in einem Satz zusammengefasst – auch nicht von mir, sondern von dieser Benchmarking-Gruppe, die der Herr Bundeskanzler eingesetzt hat –: In kaum einem anderen Land der Welt stehen Aufwand und Ertrag für den Arbeitsmarkt in einem so schlechten Verhältnis zueinander wie in der Bundesrepublik Deutschland.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das nach 16 Jahren Kohl! – Lachen bei der CDU)

– Nein. Wir haben in acht Tagen Zeit, darüber zu diskutieren. Aber ich muss Ihnen doch zu diesem Zwischenruf einiges sagen.

Die letzte Bundesregierung hat mit Reformen begonnen beim Arbeitsmarkt, in der Sozialpolitik, in der Krankenversicherung.

(Abg. Herrmann CDU: Und Lafontaine hat alles blockiert! Der war schuld!)

Und was haben Sie und Herr Lafontaine gemacht? Sie haben diese Ansätze der Reform totgetreten. Wenn die Reformen damals gekommen wären, hätten wir heute einige Hunderttausend Arbeitslose weniger.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie sind schuld, dass die Verhältnisse so sind, Sie und Ihre Regierung in Berlin.

(Abg. Drexler SPD: Sie machen Ihre Brille kaputt, wenn Sie so weitermachen!)

Meine Damen und Herren, das ist das Ergebnis der Analyse, die der Bundeskanzler von den Experten, die er selbst berufen hat, erhielt. Regen Sie sich nicht auf! Das ist eben eine Tatsache.

Die Wachstumsschwäche Deutschlands hat inzwischen eine geradezu internationale Dimension angenommen, denn Deutschland ist natürlich vom Gewicht her ein besonders wichtiges Land nicht nur in der EU, sondern in der gesamten Volkswirtschaft.

(Abg. Drexler SPD: Aha!)

– Nicht „Aha!“. Das liegt allein an den 83 Millionen Einwohnern, die wir haben. Die Bundesrepublik ist halt etwas größer als Luxemburg oder die Schweiz. Deswegen mahnen nicht nur die Landesregierung von Baden-Württemberg oder die Opposition auf Bundesebene,

(Abg. Drexler SPD: Wer ist das?)

(Minister Stratthaus)

sondern auch Wirtschaft und Wissenschaft wie der Sachverständigenrat Reformen an. Zunehmend tun das auch internationale Organisationen, zum Beispiel die EU-Kommission oder der Internationale Währungsfonds. Sie alle fordern uns auf: Leitet endlich strukturelle Reformen ein.

Der Bundeskanzler hat von der „ruhigen Hand“ gesprochen. Ich habe das Gefühl, dass ihm inzwischen der Arm eingeschlafen ist. Das ist der wahre Grund.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Ihr linker Arm ist auch dauernd in der Tasche und schläft!)

Bundeskanzler Schröder hat sich zu Anfang der Legislaturperiode des jetzigen Bundestages als Kanzler des Aufschwungs bezeichnet. Er hat verkündet, dass er die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf unter 3,5 Millionen zurückführen würde. Er wollte Kanzler des Aufschwungs sein. Er hat viel gewagt, als er das gesagt hat. Eines ist sicher: Er ist in der Zwischenzeit der Kanzler des Abschwungs.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt rächen sich die Versäumnisse der Vergangenheit. Die Bundesregierung hat sich im Glanz der weltweiten Hochkonjunktur gesonnt und es unterlassen, für schlechte Zeiten Vorsorge zu treffen. Sie hat alle Mahnungen von allen Seiten, endlich Reformen einzuleiten, in den Wind geschlagen. Der Sachverständigenrat geht in der Zwischenzeit davon aus, dass wir im Jahr 2002 eine Zunahme auf ungefähr 4 Millionen registrierte Arbeitslose haben werden.

Wo Deregulierung erforderlich gewesen wäre, geschah das Gegenteil. Es ist bekannt, dass es sehr viele Beispiele in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gibt. Man könnte sie im Einzelnen aufzählen, ich will das jetzt aber nicht tun.

(Abg. Drexler SPD: Teilzeit wollen Sie nicht!)

– Wir haben in acht Tagen Zeit, darüber zu diskutieren.

Die Bundesregierung hört einfach nicht auf den Rat der Experten, sondern nur auf den Rat von Interessenvertretern. Eine Umorientierung in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bedeutet eben nicht soziale Kälte, sondern sie würde ganz im Gegenteil Arbeitsplätze schaffen, und das ist genau das Gegenteil von sozialer Kälte. Reformen sind notwendig, vor allem bei der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Eine Fortführung der derzeitigen Politik führt in eine Sackgasse. Solange in Deutschland dringend notwendige Strukturreformen ausbleiben und ein mittelstandsfeindliches Klima herrscht, wird sich kein tragfähiges Wirtschaftswachstum entwickeln. Das bedeutet natürlich Eiszeit für den Arbeitsmarkt und schlechte Zeiten für unsere Haushalte.

Vor dem Hintergrund versäumter Reformen treffen konjunkturbedingte Steuerausfälle natürlich die Haushalte besonders hart. Nach den Ergebnissen der Steuerschätzung vom November müssen allein gegenüber der Steuerschätzung vom Mai, also nach einem halben Jahr, in Deutschland 6,6 Milliarden Euro als Ausfall verkraftet werden, davon 3,1 Milliarden Euro von den Ländern, und 1,3 Milliarden Euro fallen auf die Gemeinden. Für 2002 summieren sich diese Ausfälle auf insgesamt 9,8 Milliarden Euro, wie-

der 3,8 Milliarden Euro für die Länder und 3,8 Milliarden Euro für die Gemeinden.

Einnahmeausfälle in der Größenordnung von insgesamt fast 10 Milliarden Euro für alle Gebietskörperschaften bzw. fast 4 Milliarden Euro allein für die Länder und 3 Milliarden Euro für die Gemeinden müssen zunächst auch für das Jahr 2003 verkraftet werden. Nur eine rasche und nachhaltige konjunkturelle Erholung im Jahr 2003 könnte solche Einnahmeausfälle ausgleichen. Ohne tief reichende Strukturreformen ist damit jedoch, meine Damen und Herren, nicht zu rechnen.

Hinzu kommt, dass wir uns in der Zwischenzeit dem höchstmöglichen Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts, das die Europäische Union festgelegt hat – die Drei-Prozent-Grenze –, ganz bedenklich nähern. Wenn diese Grenze überschritten wird, dann drohen der Bundesrepublik Deutschland wegen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts Sanktionen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Gefahr – kein anderes EU-Land ist so nahe an diesen Defizitkriterien wie wir – den Verantwortlichen in Berlin in die Glieder fährt und sie endlich zum Handeln zwingt.

(Abg. Drexler SPD: Wer hat denn die Schulden gemacht?)

Niedrige Wachstumsraten, steigende Arbeitslosenzahlen und damit zusätzliche Ausgaben für den Arbeitsmarkt und soziale Sicherungssysteme schränken die Haushalte auch auf der Ausgabenseite ein. Ein solcher überproportionaler Anstieg bei den konsumtiven Ausgaben, die zumeist rechtlich festgelegt sind, lässt zwangsläufig weniger Raum für Investitionen in Gebäude und Straßen, aber ganz besonders – das ist für uns besonders bedenklich – weniger Raum für Investitionen in Humankapital. Hiervon sind die Länderhaushalte ganz besonders betroffen, weil die Ausgaben für Personal bei uns, wie Sie wissen, ganz besonders hoch sind.

Weil hier laufend Zwischenrufe kommen, darf ich doch einmal darauf hinweisen:

(Lachen und Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Blenke CDU)

Für mich ist ganz interessant, dass Sie ein Gedächtnis haben, das keine drei Minuten zurückreicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vor drei Minuten haben Sie noch die Gegend vollgeschrien. Jetzt haben Sie wahrscheinlich angefangen, über Ihr Versagen nachzudenken. Das ist der wahre Grund dafür, dass Sie inzwischen ruhig sind.

(Zurufe der Abg. Drexler SPD und Kretschmann GRÜNE)

Seit 1995 – hören Sie jetzt wieder gut zu; Sie kriegen wieder etwas zum Nachdenken – ist das Wirtschaftswachstum in Baden-Württemberg deutlich höher als im Bundesdurchschnitt.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Jetzt müssten Sie doch klatschen.

(Minister Stratthaus)

(Abg. Drexler SPD: Wir sagen im Zwischenruf:
„Sehr gut!“)

Wir haben auch eine überdurchschnittliche Zunahme bei der Beschäftigung. Baden-Württemberg ist unter allen 16 Bundesländern das Land mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit.

(Abg. Drexler SPD: Wo Milch und Honig fließen!
– Zuruf von der SPD: Dank Schröder!)

Hier hat sich die konsequente Politik der Landesregierung zur Stärkung des Standorts Baden-Württemberg bezahlt gemacht.

(Abg. Mack CDU: Jawohl! – Abg. Kretschmann
GRÜNE zur CDU: Jetzt klatscht ihr nicht einmal!)

Die Erfolge zukunftsorientierter Landeshaushalte mit Schwerpunkten in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung sind messbar. Ich bin deswegen zuversichtlich, dass wir gemeinsam mit den Menschen in Baden-Württemberg auch die Zukunft meistern werden.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das könnte von uns
sein!)

– Diese Aussage? Sie wissen halt inzwischen auch, wie gut wir sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn wir das nicht schaffen, dann frage ich: Wer soll es dann schaffen? Denn Baden-Württemberg ist das Land, das ein Spitzenwirtschaftswachstum hat. Baden-Württemberg ist das Land – das sind die Fakten –, das die niedrigste Arbeitslosigkeit hat. Trotzdem können wir uns natürlich nicht dem Gegenwind aus Berlin entziehen. Viele Früchte der Leistungen unserer Arbeitnehmer und unserer Unternehmer können wir nicht ernten.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Ich erinnere an den Finanzausgleich. Da haben sich zwar kleine Verbesserungen ergeben,

(Abg. Hauk CDU: So ist es! – Zuruf des Abg.
Kretschmann GRÜNE)

aber ein großer Teil unserer Leistungen fließt nach wie vor in den Finanzausgleich. Der Risikostrukturausgleich im Gesundheitswesen und weitere länderübergreifende Ausgleichssysteme tun ein Übriges. Ich bringe es auf den Punkt: Was in Baden-Württemberg geschafft und erreicht wurde, bleibt im Reformstau

(Abg. Drexler SPD: Hängen! Hängen bleibt es!)

der rot-grünen Bundesregierung hängen.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD und
den Grünen – Abg. Oelmayer GRÜNE: Nicht ein-
mal einen Zwischenruf ist das wert!)

„Reformstau“ ist auch das Schlüsselwort bei den steuerpolitischen Rahmenbedingungen.

(Abg. Moser SPD: Ah! – Zuruf des Abg. Döpfer
CDU)

Das Steuerrecht hat folgenden Kriterien zu folgen: Es muss gerecht sein,

(Abg. Drexler SPD: Einfach!)

es muss transparent sein,

(Abg. Drexler SPD: Durchsichtig! – Zuruf des
Abg. Oelmayer GRÜNE)

und es muss investitionshemmend sein – nein, investitionsfördernd sein.

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

– Wenn ich mich nicht verbessert hätte, hätten Sie das nicht einmal gemerkt.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Unruhe)

Anstatt in diese Richtung zu marschieren, schlug der erste Finanzminister einer rot-grünen Bundesregierung, Oskar Lafontaine, die völlig falsche Richtung ein.

(Abg. Döpfer CDU: Wer ist das?)

Ich darf noch einmal daran erinnern: „Steuerentlastungsgesetz“, Ökosteuer, 630-DM-Jobs, Neuregelung der Scheinselbstständigkeit – dies alles sind Skelette, die den Weg von Lafontaine in der Finanzpolitik markieren. Das alles hat er gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch
bei der SPD – Abg. Moser SPD: A wa!)

Es wird – das befürchte ich – noch viele Jahre dauern, bis der Schaden repariert ist, den dieser „Weltfinanzstrategie“ angerichtet hat.

(Abg. Döpfer CDU: Irreparabel!)

Bei der Unternehmensteuerreform, die mit der Handschrift Hans Eichels verfasst wurde, haben die Unionsländer Hand anlegen müssen, damit wenigstens etwas für den Mittelstand und etwas für die Arbeitnehmer abfällt.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD –
Abg. Blenke CDU: So ist es! – Zurufe von der
SPD)

Denn diese Steuerreform war ursprünglich nur zur Entlastung der großen Unternehmen gedacht.

(Abg. Drexler SPD: Da werden Sie ja selber rot!
Das glauben Sie doch selber nicht! – Abg. Döpfer
CDU: Boss der Bosse!)

Sie war nur eine Unternehmensteuerreform für die großen Unternehmen, und lediglich durch den Einfluss der Union wurde sie auch eine Steuerreform für den Mittelstand und für die Arbeitnehmer.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: EnBW
ist auch Mittelstand! – Weitere Zurufe von der
SPD)

Im Übrigen reden Sie immer von Steuersenkungen. Diese Aussage ist doch überhaupt nicht wahr. Sie haben die Steuern nicht gesenkt.

(Minister Stratthaus)

(Abg. Drexler SPD: Natürlich! Natürlich haben wir sie gesenkt!)

Sie haben die Steuern erhöht.

(Abg. Döpfer CDU: Und neue Steuern eingeführt!)

Ich will Ihnen das beweisen. Es gibt einen breitesten Maßstab aller Indizes: Das sind die Steuereinnahmen bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt. Das geben Sie mir doch zu; das ist der breiteste Maßstab. Diese Steuereinnahmen bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt betragen im Jahre 2000 24,6 %, 1,5 Prozentpunkte mehr als 1998. 1,5 Prozentpunkte sind auf rund 24 % bezogen ungefähr 6 %.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Sie haben also die Steuern nicht gesenkt, sondern die Steuerbelastung um 6 % gesteigert.

(Beifall bei der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die Abgaben!)

Sie haben sie in der Tat für manche große Unternehmen gesenkt. Der Arbeitnehmer aber, der die Ökosteuer bezahlen muss, ist der Belastete, und das ist das Ergebnis der sozialdemokratischen Steuerpolitik.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das sind doch Taschenspielertricks! – Abg. Drexler SPD: Sie haben nie eine Steuersenkung gemacht!)

Als Schwerpunkt der Steuerpolitik sehe ich in Zukunft das ehrgeizige Ziel der Steuervereinfachung.

(Abg. Moser SPD: Fangen Sie einmal an!)

– Ja. – Gegenwärtig beschäftigt sich eine Gruppe von Wissenschaftlern um den früheren Verfassungsrichter Paul Kirchhof mit der Erarbeitung eines Einfachsteuerrechts für Deutschland. Mein Haus und ich stehen in engem Kontakt mit den Verfassern. Wir bringen unseren Sachverstand und den Blick für das politisch Machbare in die Reformüberlegungen ein;

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Bringen Sie endlich einmal Ihren Haushalt hier ein!)

denn am Ende müsste ein Reformmodell stehen, dessen Verteilungswirkungen akzeptabel sind, das in der täglichen Praxis bei Steuerzahlern, Steuerberatern und Steuerbehörden zu Vereinfachungen führt und das auch die öffentlichen Kassen nicht überstrapaziert.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie sind ein schlechter Hausmann! Sie leben von Schlamperei im Haushalt!)

Andere, wie zum Beispiel der BDI, beschäftigen sich mit Modellen zur Abschaffung der Gewerbesteuer. Auch diese Diskussion werden wir mit offenen Augen und mit kritischem Sachverstand begleiten. Es muss eine Lösung angestrebt werden, bei der es zu keinen Mehrbelastungen bei einzelnen Einkunftsarten kommt und nicht zu Verlierern

auf der Seite der Kommunen. Die Kommunen sollen vor allem künftig vor erratischen Ausschlägen geschützt sein,

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

wie sie eine extrem konjunkturabhängige Steuer wie die Gewerbesteuer mit sich bringt.

Meine Damen und Herren, der Blick auf die Rahmenbedingungen für den Haushalt hat deutlich werden lassen: Die finanziellen Rahmenbedingungen, die Ausgangssituation sind höchst schwierig. Allein aufgrund der mittelfristigen Finanzplanung und der Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung ergab sich ein Deckungsbedarf von insgesamt 2,4 Milliarden Euro.

Auf die gestiegene Dramatik aufgrund der November-Steuerschätzung, die noch eine wesentlich stärkere Belastung gebracht hat, werde ich noch eingehen.

Bei der Mai-Steuerschätzung ist besonders hervorzuheben, dass wir hier in Baden-Württemberg für die beschlossenen Steuerrechtsänderungen teilweise bereits Vorsorge getroffen hatten. Wir haben als einziges Land die Steuerrechtsänderungen, die zu erwarten waren, bei unseren Planungen berücksichtigt und gewisse Abschläge vorgenommen. Deswegen waren die Ausfälle nicht ganz so hoch wie im Durchschnitt der anderen Länder.

Zu diesen Ausfällen kommen Belastungen in Höhe von rund 660 Millionen Euro aufgrund von absolut zwangsläufigen Mehrausgaben und von landespolitischen Schwerpunkten, auf die ich im Einzelnen auch noch eingehen werde.

Aufgrund der Ereignisse vom 11. September hat die Landesregierung zudem ein Sofortprogramm zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus beschlossen.

Bei unserer finanziellen Ausgangslage stellt sich grundsätzlich die Frage: Ist bei dieser Ausgangslage noch eine finanzpolitische Schwerpunktsetzung vertretbar? Ich sage: eindeutig ja. Denn Sparanstrengungen sind unverzichtbar, aber Sparen allein reicht nicht aus. Die Zukunftssicherung darf dabei nicht zu kurz kommen. Deswegen werden wir dafür sorgen, dass wir sparen. Wir werden aber auch dafür sorgen, dass die richtigen Investitionen getätigt werden.

Wie können wir unseren Haushalt decken? Der Deckungsbedarf im vorliegenden Doppelhaushalt von insgesamt über 3 Milliarden Euro wird in der Höhe von 2,8 Milliarden Euro durch verschiedene Sparmaßnahmen aufgefangen. 93 % des Deckungsbedarfs, der im Wesentlichen durch die schlechte konjunkturelle Lage, durch Steuerrechtsänderungen gekommen ist, werden von uns durch Deckungsmaßnahmen aufgefangen.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Ein Großteil davon war möglich aufgrund der Vorsorge der Vorjahre, die ich bereits erwähnt habe.

Darüber hinaus hat die Landesregierung vor der Sommerpause den Ressorts aufgegeben, insgesamt 1,5 Milliarden DM oder 770 Millionen Euro durch Sparmaßnahmen aufzufangen. Dies, meine Damen und Herren, war ein

(Minister Stratthaus)

Kraftakt, und ich lasse diese Sparanstrengungen nicht klein reden. Es ist eine große Leistung, 1,5 Milliarden DM in einem Haushalt zu sparen, der schon seit zehn Jahren restriktiv gefahren worden ist, und darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich darf hier dem Ministerpräsidenten und allen meinen Ressortkollegen herzlich dafür danken, dass sie mitgeholfen haben. Es war wirklich nicht leicht; ich habe das anerkannt und erkenne es immer wieder an.

Darüber hinaus konnten wir insbesondere aufgrund der positiven Entwicklung Einsparungen bei den Zinsen und den Personalausgaben im Umfang von 870 Millionen Euro gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung ansetzen.

Wir haben wegen der Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich und der Verschiebung der Tilgung beim Fonds „Deutsche Einheit“ 95 Millionen Euro zur Verfügung. Einen weiteren Deckungsbeitrag haben wir durch die Spitzabrechnung des kommunalen Finanzausgleichs für die Jahre 1999 und 2000 bekommen. Dadurch stehen uns weitere 167 Millionen Euro zur Verfügung. Dazu kommt eine globale Minderausgabe von 51 Millionen Euro in jedem Jahr, wie sie in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen war.

Nun wird immer wieder behauptet, wir würden nicht strukturell sparen. Ich möchte Ihnen ein Beispiel bringen, wobei interessant ist, dass bei allen strukturellen Ersparnissen immer wieder Briefe kommen, wir sollten sie doch unterlassen – auch von Abgeordneten der Opposition.

(Abg. Moser SPD: Name? – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Moser!)

– Herr Moser, soll ich den Namen wirklich nennen?

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Mit einem Anteil von rund 40 % am Gesamthaushalt sind die Personalausgaben ein entscheidender Faktor für die Konsolidierung des Landeshaushalts. Es ist ganz klar: Wenn es uns nicht gelingt, auch die Personalausgaben zu konsolidieren, sind unsere Sparanstrengungen von vornherein nur sehr bedingt von Erfolg gekrönt.

Wir haben bereits 1995 ein Programm zum Abbau von 4 000 Stellen und im Jahre 1998 ein Programm beschlossen, das zum Abbau von weiteren 2 320 Stellen aufrief. Meine Damen und Herren, wir haben diese Programme weitgehend erfüllt. Wir werden in den beiden Jahren des Doppelhaushalts noch einmal 983 Stellen im Jahre 2002 und 545 Stellen im Jahre 2003 abbauen, sodass wir unser Sparziel bis auf 143 Stellen bei der Justiz – hier mussten wir den Abbau aus besonderen Gründen bis auf das Jahr 2005 verschieben – erreicht haben. Auch das muss gesagt werden: In einer Zeit, in der die Bevölkerungszahl wuchs, haben wir unser Verwaltungspersonal immerhin um 7 300 Stellen zurückgefahren.

Diese Leistung wird noch größer, wenn Sie bedenken, dass wir als Schwerpunktsetzung ganz bewusst bei den Lehrern und auch für die innere Sicherheit, bei der Polizei, Stellen zugehen ließen. In diesem Gesamtzusammenhang müssen

Sie sehen, dass die über 6 000 Stellen aus ungefähr 20 % der Gesamtstellen heraus gespart worden sind. Deswegen möchte ich sagen: Das war schon eine ganz besondere Leistung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Durch die Stellenstreichungen sparen wir im Jahre 2002 40 Millionen Euro und im Jahre 2003 62 Millionen Euro ein. Diese Zahlen können sich zweifellos sehen lassen.

Der Personalabbau muss wohl auch in Zukunft weitergeführt werden. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Über 40 % unserer Haushaltsausgaben sind Personalkosten. Wir werden sie immer sehr aufmerksam beobachten müssen.

Trotz unserer angespannten Lage haben wir bei der Besoldung auch Strukturverbesserungen durchgeführt, zum einen bei der Polizei, zum anderen im mittleren Dienst des Justizvollzugsdienstes und im mittleren Dienst der Steuerverwaltung. Wir haben diese Strukturreformen vor Jahren angefangen, und wir werden sie konsequent weiterführen.

Beim Polizeivollzugsdienst kommen mit dem Doppelhaushalt 2002/2003 der Einstieg in die volle Durchschlüsselung im gehobenen Dienst bis zur Besoldungsgruppe A 13 und die Nachschlüsselung sämtlicher Stellen des höheren Dienstes bis zur Besoldungsgruppe A 14 neu hinzu. Im Jahr 2002 sind zunächst 5 % und im Jahr 2003 weitere 10 % der möglichen Stellenhebungen etatisiert. Im Jahr 2002 ergeben sich dadurch weitere 167 Hebungen, 2003 weitere 337 Hebungen.

Zur Verbesserung der Beförderungssituation beim mittleren vermessungstechnischen Dienst hat die Landesregierung in den Jahren 2002 und 2003 jeweils 100 Stellenhebungen in den Entwurf des Staatshaushaltsplans aufgenommen. Damit hat die Landesregierung die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für Beförderungen geschaffen. Sie wissen: Dazu müssen erst noch die entsprechenden bundesgesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Wenn das der Fall ist, sind die landeshaushaltsrechtlichen Voraussetzungen bereits geschaffen.

Zum kommunalen Finanzausgleich: Nach intensiven Verhandlungen hat sich die Landesregierung mit den Präsidenten der kommunalen Landesverbände auf wichtige Eckpunkte im künftigen Verhältnis zwischen Land und Kommunen geeinigt. Danach werden für die Medienausstattung an den Schulen 50 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung gestellt.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist ja Klasse!)

Es handelt sich nicht um zusätzliche Landesmittel. Das haben wir auch nie behauptet.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Darauf ist er auch noch stolz! – Zurufe von der SPD)

– Keine Vorurteile.

Auf der anderen Seite verzichten wir für zwei Jahre auf einen Konsolidierungsbeitrag der Gemeinden zum Landes-

(Minister Stratthaus)

haushalt. Betrachten Sie einmal, wie die SPD-regierten Bundesländer ihre Gemeinden melken!

(Abg. Moser SPD: Oh!)

Ich kann Ihnen diese Zahlen einmal zustellen. Wenn Sie sie lesen, wissen Sie erst, was den Gemeinden die Versicherung, dass wir sie nicht heranziehen, an Planungssicherheit wert ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Die mit den Kommunen vereinbarte Umschichtung im Finanzausgleich zur Finanzierung der Schulcomputer ist bereits in der FAG-Novelle berücksichtigt, die ich heute im Namen der Landesregierung auch einbringe.

Meine Damen und Herren, wo liegen die Schwerpunkte dieses Haushalts? Ich möchte vier Schwerpunkte aufzeigen:

Erstens: Bildung als Investition in die Zukunft.

Zweitens: Verkehrsinfrastruktur.

Drittens: Innere Sicherheit.

Viertens: Mittelstandsförderung.

Zunächst einmal zur Bildung: Ich glaube, es wird allgemein anerkannt, dass Ausgaben für die Bildung die wichtigsten Zukunftsinvestitionen überhaupt sind. Darauf weise ich immer hin. Wenn Investitionsquoten genannt werden, werden Straßen, Finanzämter, Gerichte genannt. Das ist alles wichtig. Aber viel wichtiger sind die Investitionen, die wir durch unser Bildungssystem in die Köpfe unserer jungen Leute bringen. Da sind wir ganz vorbildlich. Denn mit den geplanten 3 020 neuen Lehrerstellen in den kommenden beiden Jahren wird das besonders gute und hohe Niveau der Unterrichtsversorgung an unseren Schulen weiter ausgebaut. Mit diesen zusätzlichen Lehrern soll der erwartete Anstieg der Schülerzahlen kompensiert, die Krankheitsstellvertretung verbessert, der Fremdsprachenunterricht an Grundschulen flächendeckend eingeführt und der Wegfall der Vorgriffsstunde für Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulpädagogen ab dem Schuljahr 2003/2004 ausgeglichen werden.

Diese Lehrerneustellen belasten den Landeshaushalt mit erheblichen zusätzlichen Personalausgaben. Die neuen Lehrerstellen kosten im Jahr 2002 31 Millionen Euro, 2003 91 Millionen Euro und ab 2004 jährlich 125 Millionen Euro. Hinzu kommen noch weitere Lehrer. Denn wir werden natürlich unser Versprechen, 5 500 neue Lehrerstellen zu schaffen, erfüllen.

Außerdem sind zur Sicherung der Unterrichtsgrundversorgung und für Krankheitsstellvertretungen insgesamt mehr als 72 Millionen Euro veranschlagt worden.

Besonders deutlich wird unsere Schwerpunktsetzung übrigens durch folgende Zahl: Wir werden im Jahr 2003 über 100 000 Stellen im Kultusetat haben. Das ist fast die Hälfte der gesamten Stellen, die das Land Baden-Württemberg zur Verfügung stellt.

Ich glaube, diese Zahlen beweisen: Wir investieren in die Bildung. Der Erfolg ist aber nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch eine Frage des richtigen Bildungssystems, der richtigen Bildungspolitik.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir werden morgen an anderer Stelle über die PISA-Studie diskutieren. Ich möchte nichts vorwegnehmen; da werden ohnehin viel zu schnelle Schlüsse gemacht und viel zu viele Vorurteile gesagt. Aber eines ist sicher, und das scheint mir ganz wichtig zu sein: Die PISA-Studie beweist, dass der Zusammenhang zwischen investiertem Geld und Erfolg der Bildung nicht so einfach ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Moser SPD: Richtig! – Abg. Drexler SPD: Okay!)

– Da sind wir uns alle einig. Das sagen wir allerdings schon seit vielen Jahren. – Ich möchte nicht vorgreifen, aber ich bin gespannt, was dabei herauskommen wird, wenn im Frühsommer die PISA-Studie regionalisiert wird. Ich weiß es nicht, aber eines weiß ich: Viele andere Untersuchungen haben schon immer gezeigt, dass die Kinder in Baden-Württemberg und in Bayern

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Klüger sind!)

bessere Schulsysteme haben als die Kinder in den anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zurufe, u. a. Abg. Drexler SPD: Warum sind dann die in Finnland besser?)

– Das kann ich Ihnen sagen. Gestern Abend hat es Ihr Herr Dohnanyi in einer Fernsehdiskussion gesagt: weil in Finnland die Politik ganz klar die Integration aller Ausländer fördert.

(Lachen des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Da darf keiner die Grundschule besuchen, der nicht vorher seine Kenntnis der finnischen Sprache nachgewiesen hat.

(Abg. Drexler SPD: Aber das ist nicht das Alleinige!)

Sie werden sehen, was da noch alles herauskommt.

Meine Damen und Herren, auch unser Hochschulwesen wird konsequent und bedarfsgerecht ausgebaut. So wurden bereits im Wintersemester 62 neue Studiengänge, in der Mehrzahl mit Bachelor- oder Masterabschluss, eingerichtet.

Als Antwort auf den Fachkräftemangel in Informations- und Kommunikationsberufen hat die Landesregierung insbesondere den Ausbau der Informatik und verwandter Studiengänge an den Hochschulen und Berufsakademien forciert. Wir haben das forciert und im Unterschied zu anderen Landesregierungen vorher nie abgebaut. Im Rahmen der neuen Informatiksonderprogramme werden insgesamt rund 1 700 zusätzliche Studienanfängerplätze geschaffen. Die Finanzierung erfolgt größtenteils aus der Zukunftsoffensive III.

(Minister Stratthaus)

Darüber hinaus wird der Ausbau der Berufsakademien fortgesetzt. Gerade bei den Berufsakademien ist dies vor dem Hintergrund, dass diese bereits im Rahmen der Zukunftsoffensive II um 330 zusätzliche Studienanfängerplätze ausgebaut wurden, ein enormer Kraftakt des Landes und natürlich auch wieder eine gute Investition in die Zukunft unseres Landes.

Die „Fachhochschule Stuttgart – Hochschule für Bibliotheks- und Informationswesen“ und die „Fachhochschule Stuttgart – Hochschule für Druck und Medien“ werden zusammengelegt zur neuen „Fachhochschule Stuttgart – Hochschule der Medien“. Dies bedeutet für den Medienstandort Baden-Württemberg einen großen Schritt nach vorn.

Der Filmakademie werden im Jahr 2002 zusätzliche Mittel in Höhe von 3,6 Millionen Euro und im Jahr 2003 von 4,2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit werden neue Ausbildungsgänge geschaffen sowie die Kooperation mit der Deutsch-Französischen Filmakademie unterstützt.

(Beifall des Abg. Herrmann CDU)

Meine Damen und Herren, die Terroranschläge vom 11. September haben es gezeigt: Globalisierung und Digitalisierung führen nicht dazu, dass der Staat überflüssig wird. Das ist mir ein ganz wichtiges Anliegen. In den letzten Jahren gab es eine Diskussion: Die Wirtschaft macht alles, der Staat spielt keine Rolle mehr. Es hat sich gezeigt, dass dies nicht stimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD –
Abg. Fischer SPD: Wer hat denn das gesagt?)

Dann, wenn der Staat gefährdet ist, wissen wir, wie wichtig die innere Sicherheit ist, und wir wissen auch, dass wir richtig gehandelt haben, wenn wir die innere Sicherheit schon immer gefördert und für wichtig gehalten haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Die Landesregierung hält es für absolut erforderlich, umfassende Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung einzuleiten und weiterzuführen. Der Ministerrat hat deshalb schon in seiner Sitzung am 23. Oktober ein Sofortprogramm zur Terrorismusbekämpfung beschlossen. Dieses Sofortprogramm sieht für den Bereich der Bekämpfung terroristischer und extremistischer Gewalt zusätzliche Maßnahmen mit einem Kostenaufwand von immerhin 56 Millionen DM oder 29 Millionen Euro für die beiden Haushaltsjahre vor. Außerdem werden 63 Neustellen,

(Abg. Drexler SPD: Mit k.w.-Vermerk!)

zum großen Teil für Spezialisten, und 200 Anwärterstellen bei der Polizei geschaffen. Damit treffen wir Vorsorge für einen dauerhaft erhöhten Personalbedarf bei andauernder verschärfte Sicherheitslage.

(Abg. Drexler SPD: In drei Jahren!)

– Nein, die Stellen für die Anwärter werden heute geschaffen.

(Zuruf von der SPD: 200, was ist denn das?)

– Was soll denn das? Dass die Polizisten natürlich eine gewisse Ausbildungszeit brauchen, ist klar. Aber wir schaffen heute die Stellen, und in drei Jahren werden diese gut ausgebildeten Polizisten zur Verfügung stehen.

Diese Maßnahmen bilden ein abgestimmtes und in sich geschlossenes Gesamtkonzept. Es enthält Aspekte der Gefahrenabwehr, des Katastrophenschutzes, der Gesundheitsvorsorge und der Strafverfolgung. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesem Konzept einen wichtigen Beitrag zur weiteren Verbesserung der inneren Sicherheit in unserem Land leisten.

Ich möchte darauf hinweisen, dass das bei uns keineswegs eine neue Entscheidung war. Wir haben bereits vor Jahren für damals 680 Millionen DM das Technikzukunftsprogramm der Polizei beschlossen. Dieses Technikzukunftsprogramm wurde zum Teil verwirklicht und wird natürlich fortgeführt. Wichtige Teile sind bereits verwirklicht worden. Das gilt insbesondere für die Großprojekte Fuhrpark, Hubschrauber, Boote für die Wasserschutzpolizei.

Die Einführung des digitalen Sprech- und Datenfunksystems und anderer IuK-Maßnahmen verzögert sich aus technischen Gründen. Für diese Maßnahmen ist deswegen weniger Geld im Haushalt veranschlagt, als wir ursprünglich angenommen hatten. Das hat technische Gründe. Ich möchte noch einmal feststellen: Diese Maßnahmen werden dann, wenn die technischen Bedingungen geschaffen sind, selbstverständlich auf Heller und Pfennig, auf Euro und Cent, wenn Sie so wollen, durchgeführt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Auch für unsere Feuerwehren gilt, was für die Polizei galt. Wir sorgen dafür, dass sie eine gute Ausstattung haben, und wir tun vom Land einiges dafür, obwohl die Feuerwehren ohne Frage eine kommunale Aufgabe wahrnehmen. Wir haben trotz der großen Sparzwänge die Förderung des Feuerlöschwesens erhöht. Wir stellen in beiden Jahren jeweils 7,5 Millionen Euro Haushaltsmittel zusätzlich zur Verfügung. Das sind jeweils 2,5 Millionen Euro mehr als in den Vorjahren.

(Zuruf von der SPD: Nachdem das zuvor zurückgenommen worden ist!)

Im Rahmen des Antiterrorprogramms der Landesregierung wird darüber hinaus die Stellensituation an der Landesfeuerweherschule in Bruchsal weiter verbessert. Außerdem wird der Katastrophenschutz mit zusätzlichen Mitteln für Personal und Sachausgaben ausgestattet.

Zur Förderung des Mittelstands: Die vom Landtag mit Beschluss vom 24. März 1999 eingesetzte Enquetekommission „Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen, insbesondere der Familienunternehmen, in Baden-Württemberg“ hat in ihrem Bericht wertvolle Handlungsempfehlungen für die Mittelstandspolitik des Landes gegeben. Erstmals haben wir im Doppelhaushalt 2002/2003 für die Umsetzung dieser Empfehlungen zusätzliche Haushaltsmittel veranschlagt. Jetzt stehen 41 Millionen Euro pro Jahr für die Mittelstandsförderung zur Verfügung.

(Minister Stratthaus)

Nun noch zum Straßenbau. Wir haben es geschafft, dass unser Landesstraßenbauprogramm trotz der großen notwendigen Sparmaßnahmen wie bisher fortgesetzt wird. Und was ganz wichtig ist: Wir haben für die kommenden fünf Jahre ein Programm aufgelegt, das uns in jedem Jahr in die Lage versetzt, 100 Millionen DM zusätzlich für den Bau von Landesstraßen auszugeben.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Ich muss dazu sagen, dass 30 Millionen DM davon von unserer Landesbank sind. Es ist ein Programm, mit dem unsere Verkehrsinfrastruktur ganz wesentlich verbessert wird.

Einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Standorts Baden-Württemberg leistet die Zukunftsoffensive III. Auch vor dem Hintergrund einer schwierigen Haushaltslage eröffnet die Zukunftsoffensive III dem Land die Möglichkeit zu zukunftsweisenden Investitionen. Sie ist ein wichtiger Baustein des groß angelegten Innovations- und Investitionsprogramms des Landes und hat vor allen Dingen zwei Ziele: erstens die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes und zweitens die Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation, insbesondere durch gute und sichere Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, unter allen Bundesländern weist lediglich noch das Land Bayern eine ähnliche Hightechoffensive wie Baden-Württemberg auf. Und es ist sicher kein Zufall, dass genau diese beiden Länder Bayern und Baden-Württemberg die geringste Arbeitslosigkeit haben.

Die im Zweiten Nachtrag 2001 erstmals veranschlagte Zukunftsoffensive III hat ein Volumen von 1,1 Milliarden DM. Sie wird finanziert mit einer für gemeinnützige Maßnahmen zu verwendenden Zuwendung der Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH in gleicher Höhe. Schwerpunkte der Zukunftsoffensive III sind: Informations- und Kommunikationstechnologie, der Ausbau der Hochschulen, Schule und Jugend, anwendungsorientierte Technologien, berufliche Bildung und Existenzgründungsförderung, Stärkung der Medienlandschaft Baden-Württemberg und sonstige Forschungs- und Zukunftsprojekte.

Meine Damen und Herren, mit großem Nachdruck wird immer wieder darauf hingewiesen, dass es in Einzelfällen steuerrechtliche Probleme gibt – das ist richtig –,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das wollten Sie nie hören!)

aber ich möchte Ihnen heute sagen – und hören Sie genau zu –:

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das wollten Sie nie hören!)

Jedes Projekt dieser Zukunftsoffensive wird so, wie es geplant und verkündet wurde, auch durchgeführt.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Wer zahlt es, wenn es nicht gemeinnützig ist?)

– Jedes Projekt wird durchgeführt, auf Punkt und Komma, auf Mark und Pfennig und auf Euro und Cent!

(Beifall bei der CDU)

Dies wird das Land – ich werde Ihnen das erklären – in keiner Weise zusätzlich belasten, weil wir in der Lage sind, entsprechende Umschichtungen vorzunehmen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Aha! Das ist ja hochinteressant!)

– Damit Sie sich nicht zu früh freuen, möchte ich es wiederholen: Unsere Zukunftsoffensive III wird so durchgeführt, wie sie geplant und von uns beschlossen ist.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Man versucht es gemeinnützig, und wenn es nicht geht, muss nachfinanziert werden!)

Inzwischen, meine Damen und Herren, liegt das Ergebnis der November-Steuerschätzung vor, das aus zeitlichen Gründen in den Planentwurf nicht mehr eingearbeitet werden konnte.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

– Herr Salomon, machen Sie doch nicht laufend solche Zwischenrufe! Wer das nicht versteht, dem möchte ich es erklären.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ja, aber das ist Tatsache!)

Wenn wir uns so verhalten hätten, wie Sie es gewollt haben, hätten wir 1,8 Milliarden DM baden-württembergischen Geldes den anderen Ländern und der Bundesregierung zur Verfügung gestellt. Das ist doch die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wenn Sie gewartet hätten, hätten Sie gar keine Steuern zahlen müssen! Sie konnten es doch nicht abwarten! Im Wahlkampf mussten Sie doch die Spenderhosen anhaben!)

– Ich darf feststellen, dass die Opposition – auch die Grünen – auf 1,8 Milliarden DM baden-württembergischen Geldes verzichtet hätten. Das ist doch die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie mussten doch im Wahlkampf die Spenderhosen anziehen!)

Inzwischen liegt das Ergebnis der November-Steuerschätzung vor, und dieses Ergebnis konnte nicht mehr in den Haushaltsplanentwurf eingearbeitet werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

– Ich weiß, dass Sie da nervös werden.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Nicht nervös, krank! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Krank bist du?)

Die Landesregierung ist daher auch bei diesem Haushalt gezwungen, am 16. Januar 2002 zu den Beratungen des Finanzausschusses eine Nachschiebeliste vorzulegen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist ja hochpeinlich!)

(Minister Stratthaus)

Nach dem Ergebnis der Steuerschätzung muss Baden-Württemberg mit enormen Steuerausfällen rechnen. Es sind im Jahr 2001 253 Millionen DM, im Jahr 2002 201 Millionen Euro und im Jahr 2003 233 Millionen Euro. Im Jahr 2001 versuchen wir durch einen zurückhaltenden Haushaltsvollzug, die Minderausgaben auszugleichen. In den Jahren 2002 und 2003 werden wir einen Sparbetrag von 72 Millionen Euro bei Personal und Zinsen sowie 87 Millionen Euro bei einer weiteren globalen Minderausgabe erbringen. Ein voller Ausgleich der Steuermindereinnahmen über weitere, zusätzliche Einsparungen war in dieser Größenordnung vor dem Hintergrund, dass bei der ersten Planaufstellung bereits 1,5 Milliarden eingespart worden sind, nicht mehr möglich.

Damit wird im Jahr 2002 die Nettokreditaufnahme 1,017 Milliarden Euro betragen, im Jahr 2003 885 Millionen Euro.

Mit diesem Konzept ist es der Landesregierung im Gegensatz zu fast allen anderen Bundesländern gelungen, diese Einnahmeausfälle zu über 50 % durch Einsparungen im Umfang von insgesamt 286 Millionen Euro auszugleichen.

Meine Damen und Herren, es ist oft von uns gefordert worden, wir hätten das alles ausgleichen sollen. Nein, das war nicht möglich. Wir verfallen nicht in Panik.

(Zuruf von der SPD: Ruhige Hand!)

Wir investieren, und wir sparen. Wenn wir dies bis auf den letzten Pfennig hätten ausgleichen wollen, hätten wir Investitionen stoppen müssen, hätten wir Baustellen einstellen müssen. Das kann in der heutigen Situation doch nicht richtig sein. Wir bekennen uns dazu: Wir sparen, soweit es geht. Wir investieren aber auch, soweit es möglich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der Ausgleich von Steuerausfällen durch den Verkauf von Landesvermögen ist für mich kein Thema.

(Zuruf von den Grünen: Aber für Döring!)

Zum einen würden dadurch Einnahmen aufgegeben, die einen großen Teil der zusätzlichen Zinslast abdecken können. Zum anderen würde Vermögen zugunsten einer einmalingen Einnahme veräußert.

Meine Damen und Herren, um es noch einmal klarzustellen: Die Landesregierung hat schon privatisiert, und sie denkt zurzeit – Sie wissen das von der GVS – über Privatisierungen nach. Wir verfolgen dabei aber ein ganz klares Konzept: Es wird nach ordnungspolitischen Gesichtspunkten und nach strukturpolitischen Gesichtspunkten geprüft. Finanzpolitische Gesichtspunkte spielen auch eine Rolle, aber nicht die wichtigste. Es hat keinen Wert, hier allgemeine ideologische Meinungen zu vertreten. Wir müssen im Sinne der Ordnungspolitik, der Strukturpolitik und der Finanzpolitik jeden Einzelfall verantwortlich prüfen. So machen wir das auch.

(Beifall der Abg. Behringer CDU und Theurer FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die Vorlage eines ausgeglichenen Haushalts ist für mich mittel- und langfristig eine mo-

ralische Verpflichtung gegenüber den kommenden Generationen. Schon heute gewinnen wir durch die Nettokreditaufnahme keineswegs neuen Handlungsspielraum, sondern unsere Nettokreditaufnahme reicht gerade aus, um ungefähr die Hälfte der Zinsen für Schulden der Vergangenheit zu decken. Wenn Sie sagen, das sei bei uns eben so, dann muss ich Ihnen sagen: Wir stehen unter den Bundesländern noch am zweitbesten da. Es gibt inzwischen eine ganze Reihe von Ländern, die nicht mehr in der Lage sind, einen verfassungsgemäßen Haushalt vorzulegen. Davon sind wir noch sehr weit entfernt.

Eines sollte jedem klar sein: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Die Steuern von morgen werden die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft von morgen belasten. Neuverschuldung führt zu einer Verschiebung der Lasten in die Zukunft, und die Zahl derjenigen, die diese Schulden zurückzahlen müssen, wird kleiner sein als die Zahl derer, die diese Schulden heute verursachen. Darüber hinaus ist die zukünftige Generation durch die Umlagesysteme der Sozialversicherung belastet. Außerdem ist sie belastet durch steigende Krankheitskosten. Wir sollten uns deswegen bemühen, die Staatsverschuldung so niedrig wie möglich zu halten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir befinden uns in einer ernsten Stunde. Die Rahmenbedingungen und die aktuellen Entwicklungen machen uns die Arbeit nicht einfach. Dieser Doppelhaushalt ist somit ein Kraftakt, die Fortsetzung der seit Jahren konsequent verfolgten Konsolidierungspolitik in einer schwierigen Zeit.

Ich habe es schon oft gesagt und will es noch einmal als durchgehenden Gedanken wiederholen: Wir werden sparen, und wir werden investieren – für unser Land, für seine Menschen und für die Zukunft.

Haushalten, meine Damen und Herren, heißt manchmal auch aushalten. Es heißt aushalten und maßhalten, es bedeutet sparen unter Nutzung aller Möglichkeiten, auch wenn es schwer fällt und Opfer bedeutet. Haushalten bedeutet aber auch, Kurs halten und die Richtung weisen, es bedeutet investieren in die Zukunft.

Ich glaube, dass dieser Etatentwurf Ausdruck unserer politischen Verantwortung ist, ein Meilenstein für eine zukunftsorientierte Haushaltspolitik und ein präziser Wegweiser für unser Land. Ich möchte Sie deswegen bitten, meine Damen und Herren, diesem Entwurf für den Doppelhaushalt 2002/2003 nach intensiven Diskussionen im Finanzausschuss zuzustimmen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, die Aussprache über den Haushalt und das Finanzausgleichsgesetz findet in einer Woche in der Plenarsitzung am 19. Dezember 2001 statt.

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Präsident Straub)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

- a) **Aktuelle Debatte – Versäumnisse der Landesregierung in der Informationspolitik im Spritzmittelskandal des baden-württembergischen Obstbaus – beantragt von der Fraktion GRÜNE**
- b) **Antrag der Fraktion GRÜNE – Einsatz unerlaubter Spritzmittel in der Obstbauregion Bodensee – Drucksache 13/474**
- c) **Antrag der Fraktion der SPD – Verbrauchertäuschung im Erwerbsobstbau in der Bodenseeregion und Informationspolitik der Landesregierung – Drucksache 13/476**
- d) **Antrag der Fraktion der FDP/DVP – Verwendung von in Deutschland nicht zugelassenen Pflanzenschutzmitteln im Obstbau – Drucksache 13/469**

Die Stellungnahmen der Landesregierung zu den Anträgen unter den Punkten b, c und d liegen zwischenzeitlich vor. Sie sind ebenfalls aufgerufen.

Das Präsidium hat die übliche Gesamtdauer der Debatte von 40 Minuten ohne Anrechnung der Redezeit der Regierung festgesetzt. Dabei gelten Redezeiten von fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jürgen, würg ihn!)

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als der neue Agrarminister sein Amt angetreten hat, verkündete er, dass es einen neuen Stil und mehr Transparenz geben werde, dass Qualität und Lebensmittelsicherheit die Merkmale seiner Amtszeit sein würden. Davon, meine Damen und Herren, ist bereits nach der ersten Bewährungsprobe nichts mehr übrig geblieben.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das kann man wohl sagen!)

Sie, Herr Minister, haben seit Monaten gewusst, dass verbotene Spritzmittel eingesetzt wurden. Sie haben seit Monaten gewusst, dass insbesondere gegen die Richtlinien des HQZ verstoßen wurde, und Sie haben gewusst, dass teilweise die Grenzwerte überschritten wurden. Das hat Sie nicht veranlasst, die Öffentlichkeit zu informieren. Da frage ich Sie: Ist das die Transparenz, die Sie bei Amtsantritt versprochen haben, oder was verstehen Sie eigentlich unter Transparenz?

Kein Wunder, meine Damen und Herren, dass sich die Verbraucher getäuscht fühlen; kein Wunder, dass auch die Glaubwürdigkeit des neuen Ministers gelitten hat.

(Lachen des Abg. Fleischer CDU)

Erschwerend kommt hinzu: Ohne Presse, Herr Kollege Fleischer, würde dieses Schweigen noch bis heute andauern. Das heißt, über die Transparenz entscheidet die Presse. Sie entscheidet darüber, ob etwas veröffentlicht wird oder nicht. So haben wir uns das nicht vorgestellt.

Jetzt sagen Sie, Herr Minister, Sie hätten den Rechtschaffenen helfen wollen. Ich sage Ihnen: Mit Ihrer Desinformationspolitik haben Sie gerade den Rechtschaffenen geschadet. Das können Sie mittlerweile sogar im „Badischen Bauernblatt“ nachlesen. Das müsste doch bei Ihnen alle Alarmglocken läuten lassen.

(Beifall bei den Grünen)

Das erste Fazit lautet daher: Der Minister hat mit seiner Politik sowohl den Interessen der Verbraucher als auch den Interessen der Obstbauern massiv geschadet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Herr Minister, Sie ziehen immer durchs Land und sagen: „Wir brauchen keine Agrarwende.“

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Willi der Totalverweigerer!)

Es mag ja sein, Herr Minister, dass Ihnen der Begriff nicht gefällt. Dann nehmen Sie von mir aus einen anderen. Aber BSE, jetzt der Skandal am Bodensee und all die anderen Lebensmittelskandale, die uns immer wieder begegnen, zeigen doch, dass wir ein neues Denken brauchen. Das bedeutet nämlich Agrarwende. Wir brauchen eine echte Transparenz und nicht nur Transparenz beim Amtsantritt. Meine Damen und Herren, Agrarwende bedeutet auch: Man nimmt die Anliegen der Verbraucher ernst. Man denkt vom Verbraucher her.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Hauk CDU: Sie betreiben ja nur Verunsicherung der Verbraucher!)

Denn nur, meine Damen und Herren, wenn die Verbraucher Vertrauen in die Erzeugnisse des Landes Baden-Württemberg haben, dann werden sie diese Erzeugnisse auch kaufen. Nur so haben die Landwirte eine Chance.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hauk CDU: Aber Sie tun alles für diese Landwirte!)

Sie haben gezeigt – auch Sie, Herr Hauk, nachdem ich Ihnen im Ausschuss zugehört habe –, dass Sie noch dem alten Denken verhaftet sind. Das ist das große Problem.

Meine Damen und Herren, dieses Informationsdesaster des Ministers ist für mich kein Zufall, denn man muss sich einmal anschauen, wie er sein Amt führt.

(Abg. Rüeck CDU: Hervorragend!)

Ich denke, das ist Ausdruck seines Amtsverständnisses.

(Unruhe bei der CDU)

– Jetzt bleibt mal ruhig; ich bin ja noch gar nicht fertig.

Erstens: Lieb Kind mit dem Bauernverband muss man sein nach dem, was alles mit Gerdi Staiblin passiert ist.

Zweitens: Sobald Sie ein Mikrofon sehen, fühlen Sie sich bemüßigt, die Agrarministerin in Berlin massiv zu attackieren.

(Walter)

(Abg. Hauk CDU: Das hat Gründe! – Weitere Zurufe)

Ich sage Ihnen: Sie haben nicht ansatzweise eine solche Bilanz vorzuweisen wie diese Frau:

(Beifall bei den Grünen – Zurufe)

das Biosiegel, die Umstellung der Richtlinien für Investitionen, die gerade den Bauern in Baden-Württemberg zugute kommen, die Legehennenverordnung, „Regionen Aktiv“.

(Beifall bei den Grünen)

Es würde meine Redezeit übersteigen, wenn ich hier alle Erfolge von Frau Künast aufzählen würde. Vergleichen Sie das einmal mit Ihrer Bilanz!

(Abg. Hauk CDU: Walters Märchenstunde!)

Herr Stächele ist gerade fünf bescheidene Monate weniger im Amt. Und was hat er zuwege gebracht? Nur eine Sache, die wir loben, nämlich eine stärkere Förderung des Ökolandbaus; dies hat er sogar gegen den Ministerpräsidenten durchgesetzt. Dagegen haben wir nichts. Aber das ist alles.

Ich sage Ihnen, Herr Minister: Das Problem ist, dass Ihnen eine Vision fehlt, wie die Agrarpolitik der Zukunft aussehen soll. Sie haben keine Vorstellung, sondern sagen einfach: Wir haben seither alles gut gemacht, jetzt machen wir weiterhin alles gut, und es wird schon alles gut werden.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Willi der Totalverweigerer!)

Damit werden wir nicht die Voraussetzungen dafür schaffen, unsere Agrarwirtschaft für das jetzige Jahrtausend und Jahrhundert flott zu machen.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Minister, es darf Sie nicht überraschen, wenn Ihnen die Presse einen Anfängerfehler attestiert, nämlich dass Sie nicht informiert haben. Jetzt frage ich Sie: Haben Sie so etwas schon einmal über Frau Künast gelesen, die nach Ihrer Meinung so schlechte Politik macht?

Bevor ich in der zweiten Runde auf die Konsequenzen komme, möchte ich nur an Sie, Herr Minister, appellieren: Reisen Sie nicht mehr nur dampfplaudernd durchs Land, sondern gestalten Sie die Agrarpolitik aktiv! Die Agrarpolitik dieses Landes braucht eine Handschrift, und zwar nicht die von Herrn Arnold oder von Herrn Golter, sondern Ihre Handschrift.

Meine Damen und Herren, eines muss man dem Minister auch sagen: Gerade beim Verbraucherschutz, gerade nach all den Skandalen, die wir hatten,

(Abg. Fleischer CDU: Wo denn? Die haben Sie herbeigeredet! – Abg. Hauk CDU: Jetzt wo? Ross und Reiter!)

erwarten die Verbraucherinnen und Verbraucher in Baden-Württemberg einen starken Verbraucherminister und keinen Willi Wachsweiß!

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hauk CDU: Das war schwach!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schüle.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jetzt kommt Klaus die Agromaus!)

Abg. Dr. Schüle CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Baden-Württemberg ist das Obstbauland Nummer 1 in Deutschland. Wir haben 12 900 Obstbaubetriebe. Fast 20 % des Obstbedarfs werden aus Baden-Württemberg gedeckt. Angesichts der großen wirtschaftlichen Bedeutung dieses Sektors für die Landwirtschaft erwartet die CDU-Fraktion von dieser Debatte, dass sich die Beiträge darauf konzentrieren, wie wir unseren Obstbauern und damit unserem Land am besten helfen und wie wir uns auf den notwendigen Handlungsbedarf im Verbraucherschutz einigen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Wer jedoch unsere Obstbauern in die Defensive bringt und versucht, unser HQZ schlechtzureden, wie SPD und Grüne das auch heute wieder getan haben,

(Abg. Teßmer SPD: Quatsch! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Nicht vorlesen, sondern reagieren!)

erreicht am Ende nur, dass unsere heimischen Betriebe weniger absetzen und wir von Äpfeln aus Südtirol überrollt werden. Das kann nicht Ziel der Debatte sein.

(Beifall bei der CDU)

Ausgangspunkt für die heutige Debatte waren Kontrollen des Wirtschaftskontrolldienstes, der Landratsämter, der Regierungspräsidien und auch des Ministeriums, die bei einigen Betrieben Verstöße gegen Pflanzenschutzmittelrecht festgestellt haben. Fest steht somit: Die Kontrollmechanismen des Landes haben auch gerade im Hinblick auf das HQZ voll funktioniert.

(Beifall bei der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Aufgrund eines anonymen Hinweises! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Da sage ich bloß: Schüle-Gold!)

Zusätzlich werden wir den Verbraucherschutz verstärken, indem wir die Kontrollen ergänzen. Durch Eigenkontrollen und neutrale Kontrollen werden wir die Konsequenzen im Sinne der Optimierung verbessern; aber die Mär von SPD und Grünen, dass irgendjemand etwas unter den Teppich zu kehren hätte, ist schlichtweg falsch.

(Beifall bei der CDU)

Nun zu dem Punkt, auf dem Sie von der Opposition herumzureiten versuchen, nämlich zur Informationspolitik des Landes. Gleich vorweg: Ihre Kritik, Herr Walter, an unserem Minister ist schlicht substanzlos und unberechtigt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Alfred Haas CDU: Ja-wohl!)

Man hat den Eindruck, wenn es nach Ihnen ginge, müsste bei jedem kleinen Einzelfall gleich die Landespresskonferenz eingeschaltet werden,

(Dr. Schüle)

(Abg. Teßmer SPD: „Kleiner Einzelfall“, haben Sie gesagt! – Weitere Zurufe)

um die Opposition zu befriedigen. Es geht aber nicht um die Opposition, sondern auch um die direkt Betroffenen in unserem Land, und das sind die Obstbauern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Jetzt sind Sie betroffen!)

Deshalb bedarf es, wenn es sich um einen Vorfall unterhalb der Schwelle des Lebensmittelrechts handelt und keine Gefahr für die Bevölkerung besteht, einer sehr sorgfältigen Abwägung zwischen den öffentlichen Interessen und den Interessen der Betroffenen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: So ist es! Jawohl!)

Bevor Sie von der Opposition hier in Stuttgart etwas zur Informationspolitik sagen, machen Sie erst einmal Ihre Hausaufgaben in Berlin und legen Sie das Informations- und Verbraucherschutzgesetz vor, auf das wir seit Monaten warten!

(Beifall bei der CDU – Abg. Teßmer SPD: Da brauchen Sie doch nicht Berlin!)

Am 29. Januar haben die Verbraucherschutzminister den Bund aufgefordert, das Gesetz vorzulegen. Der Bundesrat hat am 11. Mai und am 21. September ebenfalls dazu aufgefordert. Jetzt liegen lediglich einige unverbindliche Eckpunkte vor. Meine Damen und Herren, Sie haben noch zehn Monate Zeit, in Berlin zu regieren. Nützen Sie sie!

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Pfisterer CDU – Abg. Kübler CDU: Auf Wiedersehen! – Gegenruf des Abg. Bebber SPD: Keiner da bei der CDU! Was ist los mit euch?)

Das Kernproblem der Debatte um den Obstanbau ist die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln. Das muss offen angesprochen werden. Das Kernproblem ist: Wie können wir das Problem der skandalösen Unübersichtlichkeit im Pflanzenschutzmittelbereich in der Europäischen Union und in Deutschland lösen? Darauf muss sich die Debatte konzentrieren. Dem müssen wir auf den Grund gehen. Wir brauchen endlich Klarheit im Pflanzenschutzmittelrecht. Ich nenne ein Beispiel: In den Staaten der EU gibt es derzeit für Pflanzenschutzmittel 834 Wirkstoffe. Bei uns in Deutschland sind 250 Wirkstoffe zugelassen. Es ist klar, dass unsere heimische Landwirtschaft dadurch benachteiligt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Aha! Es sollen also mehr werden?)

Darum, Herr Walter: Sie haben die Leistungen der Landwirtschaftsministerin angesprochen. Die Landwirtschaftspolitik in Berlin stellt sich für die baden-württembergischen Landwirte inzwischen als eine einzige Folterkammer dar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Haben Sie nicht gesagt, wir wollten zu den Äpfeln reden? Zu den Äpfeln bitte! Zur Sache!)

Ökosteuer, Kürzungen im Agrarsozialbereich, schlechte Verhandlungsergebnisse bei der Agenda 2000, Wettbewerbsnachteile bei den Obstbauern – ich könnte die Reihe der Beispiele unendlich fortsetzen.

(Abg. Fleischer CDU: Deswegen heißt sie ja nicht einmal mehr „Landwirtschaftsministerin“! – Zuruf des Abg. Blenke CDU)

Ich fasse zusammen. Wir brauchen erstens eine Verschärfung der Kontrollen für das HQZ, Adressat: Land.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Das ist auf dem Weg.

(Abg. Walter GRÜNE: Nicht nur anonyme Hinweise!)

Zweitens brauchen wir eine Vereinfachung der Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel auf der nationalen und auf der europäischen Ebene, Adressat: Bundesregierung und EU.

Drittens brauchen wir eine Harmonisierung des Pflanzenschutzmittelrechts und einen schnelleren Abbau der Wettbewerbsnachteile für unsere Obstbauern, Adressat: Bundesregierung und Europäische Union.

Und, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, das Land Baden-Württemberg braucht ganz besonders einen so erfolgreichen Landwirtschaftsminister wie Willi Stächele.

Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Rüeck CDU: Hervorragend!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Kipfer.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da sich die Landesregierung nicht in der Lage sah, vor 19:23 Uhr gestern Abend die Stellungnahme zu unserem Antrag Drucksache 13/476 abzugeben, kann ich mich darauf nicht beziehen.

(Abg. Hauk CDU: Das ist aber schade!)

Immerhin hat es 14 Tage gedauert, bis die Landesregierung dies machen konnte. Ich bedauere das. Die Diskussion müssen wir im Ausschuss nachholen.

Ein Jahr nach der BSE-Krise, meine Damen und Herren, hat die Landesregierung nichts über Verbraucherschutzpolitik gelernt. Sie hat nichts darüber gelernt, dass Anbieter, in diesem Fall also Obstbauern, dann unterstützt und gefördert werden, wenn das geschieht, was die Verbraucher fordern, nämlich Transparenz, Offenheit und Information. Deshalb äußere ich zunächst unser Mitgefühl gegenüber den Verbrauchern, die sich getäuscht fühlen, gegenüber den Obstbauern, die sich trotz schwierigster wirtschaftlicher Lage und Versuchungen nichts haben zuschulden kommen lassen,

(Abg. Teßmer SPD: Richtig!)

(Birgit Kipfer)

und ich äußere unser Mitgefühl und – in gewisser Hinsicht jedenfalls – auch Verständnis, dass andere Obstbauern nicht der Versuchung widerstehen konnten, Wirkstoffe, die bei uns nicht erlaubt sind, aus dem Ausland zu beziehen.

Aber um das klar zu sagen, Herr Kollege – wo sitzt er eigentlich? –:

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wen suchen Sie denn?)

Die europäische Verwirrung, die Sie eben beklagt haben, können Sie nicht Frau Künast anlasten. Sie ist nämlich zunächst einmal durch das Erste Gesetz zur Änderung des Pflanzenschutzgesetzes aus dem Jahr 1997 entstanden. Da war Frau Merkel Umweltministerin im Bund.

(Abg. Teßmer SPD: Wer ist denn das? Bitte jetzt nicht die K-Frage stellen! – Unruhe)

Warum hat der Minister nicht informiert? Sie, Herr Stächele, berufen sich auf das Ausführungsgesetz zum Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-gesetz und sagen, man hätte schutzwürdige Belange der Landwirte einerseits und der Allgemeinheit andererseits abwägen müssen. Es war eine Abwägungsfrage. Insofern hatten Sie ein Ermessen, und Sie haben dieses Ermessen zugunsten der Anbieter und zuungunsten der Verbraucher ausgeübt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dabei haben Sie nicht bedacht, dass Sie durch ein Verschweigen allen Schaden, denn alles kommt irgendwann einmal heraus. Das haben wir jetzt bei der „Stuttgarter Zeitung“ gemerkt, ein halbes Jahr, nachdem Sie das wussten. Alles kommt einmal heraus, und dann ist der Schaden noch viel größer, als wenn Sie rechtzeitig informiert hätten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Dann sagen Sie, Herr Minister, es habe keine Gesundheitsgefährdung bestanden, deshalb hätten Sie nicht informieren müssen. Ich frage mich, woher Sie das eigentlich wissen. Die Verbraucher haben ein Recht auf Produkte, die nicht bespritzt sind, wenn sie davon ausgehen können, dass diese Produkte nicht gespritzt worden sind.

(Zuruf von der CDU: Wo steht das? – Gegenruf des Abg. Teßmer SPD: In den Vorschriften für das HQZ!)

– Sie verstehen das möglicherweise nicht, Herr Kollege.

Ich kann Ihnen dazu übrigens ein nettes Zitat des Herrn Professor Beyreuther, der Sie sicherlich auch in Lebensschutzfragen berät, nicht ersparen.

(Abg. Walter GRÜNE: Den haben sie kaltgestellt!)

Herr Professor Beyreuther sprach auf einer Versammlung in Simmozheim – das ist im Landkreis Calw. Ich zitiere aus dem „Enztäler“

(Zuruf von der CDU: Ein Provinzblatt!)

– manchmal haben Lokalzeitungen auch sehr viel Gutes – vom 5. Dezember:

Beyreuther selbst fange jeden Tag mit dem Verzehr eines Apfels an.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Darin hat er in der Zwischenzeit eine so große Meisterschaft entwickelt, dass er sehr wohl schmeckt, wenn ein Exemplar gar zu großzügig mit Spritzmitteln bedacht ist.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Teßmer SPD: Den könnt ihr dann als Gratistester einstellen!)

– Passen Sie auf! –

„Wenn der Apfel seifig schmeckt, ist er behandelt.“

– Zitat Beyreuther. –

Die Rückstände eines solchen zum Beispiel mit Planomycin behandelten Apfels können beim Menschen bewirken, dass die Darmbakterien resistent gegen das Antibiotikum Streptomycin werden. . . .

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

„Die Lebensmittel

– das sagt er später –

müssen besser kontrolliert werden“, schloss Beyreuther daraus und fügte hinzu, dass das derzeit bei den Äpfeln gemacht werde.

(Zuruf von der CDU: Also!)

Neben der Kontrolle sei jedoch auch die komplette Kennzeichnung sämtlicher Lebensmittel vonnöten. „Der Verbraucher muss bis ins Detail wissen, was drin ist.“

So weit Herr Beyreuther.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Walter GRÜNE: Guter Mann! – Abg. Hauk CDU: Das stimmt bisher!)

Jetzt ein Wort zur Kontrolle. Was Sie, Herr Minister, die Öffentlichkeit glauben machen wollen, ist nicht wahr. Es stimmt nicht, dass das Ganze deshalb bekannt wurde, weil kontrolliert worden ist.

(Abg. Hauk CDU: Was denn sonst?)

In Wahrheit gab es einen anonymen Hinweis,

(Abg. Hauk CDU: Was ist daran schlimm?)

Herr Kollege. Erst daraufhin wurde kontrolliert und erst viel später informiert.

(Abg. Teßmer SPD: Das hören sie nicht gern!)

Inzwischen wissen wir, was in der Praxis seit Jahren gang und gäbe ist: dass der Bauernverband längst davon wusste

(Birgit Kipfer)

und das Ganze aufflog, weil einer den anderen verpiffen hat und alles nur die Spitze eines Eisbergs ist. Denn es gilt hier wie auch bei BSE: Wer sucht, der findet. Das werden wir jetzt jeden Tag erleben. Erst waren es die Äpfel, dann die Birnen,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Karotten! – Abg. Walter GRÜNE: Salat!)

gestern waren es die Karotten, und morgen ist es vielleicht Blumenkohl oder sonst etwas.

Jetzt sagen Sie, die Kontrollen müssten verschärft werden. Da müssen sich Verbraucher fragen, ob es wohl doch nicht ganz so gut war, wie Sie vorhin gesagt haben.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Abg. Kipfer, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

(Abg. Hauk CDU: Das war ein sehr guter Hinweis, Herr Präsident! – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Abg. Birgit Kipfer SPD: Ich möchte Ihnen noch – Herr Präsident, das können Sie mir in der zweiten Runde von der Redezeit abziehen – ein schönes Zitat bringen, und zwar aus einer werdenden Dissertation des Landesvorsitzenden des NABU. Stefan Rösler befasst sich nämlich in seiner Dissertation exakt mit diesem Thema.

Zum Thema Kontrollen: Er hat ein Schreiben der Marktgemeinschaft Bodenseeobst an deren Mitglieder zur Einführung der integrierten Produktion im März 1991 gefunden und zitiert daraus in seiner Dissertation.

(Abg. Hauk CDU: Das liegt einige Jahre zurück!)

– Das ist wohl wahr, aber es gilt immer noch und kennzeichnet die Kontrollen, die immer noch stattfinden.

Zitat:

Eine weitere Neuerung ist die Kontrolle. Es geht leider nicht ohne. . . . Dass dies von Praktikern gemacht werden soll, ist zum einen die billigste Lösung und zum anderen sicherlich auch die angenehmste, weil sich Berufskollegen nicht gegenseitig in die Pfanne hauen sollten und in der Regel Verständnis für die Praxis haben, im Gegensatz zu irgendwelchen Schreibtischtätern. Zudem werden die damit beauftragten Obstbauvereine sicherlich dafür sorgen, dass solche Personen nicht zum Kontrolleur bestimmt werden, die hier den Polizisten spielen wollen.

Was heißt das? Die Kontrollierten kontrollieren sich selbst.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Abg. Kipfer, ich darf Sie bitten, jetzt zum Ende zu kommen.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Ich kann am Ende nur sagen, Herr Präsident: Das Herkunfts- und Qualitätszeichen hat Totalschaden erlitten. Es ist gut, nicht zu wissen, was man isst und trinkt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drautz.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE – Zuruf von der CDU: Aber jetzt!)

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der baden-württembergische Erwerbsobstbau hat großen Schaden genommen. Trotz aller Emotionalität der heutigen Debatte möchte ich die Hintergründe sachlich darlegen.

(Abg. Hauk CDU: Sehr vernünftig!)

Pflanzenschutz, meine Damen und Herren, ist bei allen landwirtschaftlichen Produkten notwendig, beim konventionellen, beim integrierten und auch beim ökologischen Landbau.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hillebrand CDU: So ist es, genau!)

Auch die Agenda 21 fordert den integrierten Pflanzenschutz und bezeichnet ihn als unverzichtbar, um verlässlich ausreichende und qualitativ hochwertige Nahrungsmittel herstellen zu können.

Beim HQZ haben Verstöße stattgefunden. Hier sage ich eindeutig und klar: Die Verstöße müssen geahndet werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Es kann nicht sein, dass das Zeichen durch schwarze Schafe in Misskredit gebracht wird.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

Hier muss ich aber auch ganz offen sagen – das ist die einzige Kritik, die ich am Ministerium übe –:

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Eigentlich hätte ich erwartet, dass das Ministerium die Vorgänge genutzt hätte, um das HQZ rechtzeitig positiv herauszustellen, um zu zeigen, dass Leute, die gegen Verträge verstoßen, vom HQZ ausgeschlossen werden. Dies wäre schon zu einem frühen Zeitpunkt unheimlich wichtig gewesen, statt klammheimlich Bußgeldbescheide zu verschicken und Betriebe auszuschließen. Der Öffentlichkeit hätte gezeigt werden sollen: Das HQZ wird von uns überprüft, und die, die sich nicht an die Regeln halten, werden vom HQZ ausgeschlossen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Käppler SPD: Für wie lange?)

Darüber hinaus hat das Thema noch eine ganz andere Dimension, und diese andere Dimension ist die, dass wir einen harmonisierten EU-Markt haben, auf dem frei gehandelt werden kann, aber zu unterschiedlichen Produktionsbedingungen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Dies muss meines Erachtens geändert werden. Deshalb finde ich es zielgenau richtig, dass die Landesregierung jetzt eine Bundesratsinitiative zur Harmonisierung einbringt.

(Drautz)

Denken wir daran zurück, Herr Kollege Teßmer, als wir mit dem Agrarausschuss in der vorletzten Legislaturperiode bei der BASF, einem Pflanzenschutzmittelhersteller, waren. Schon damals haben wir, weil das Problem im Moment ja vorhanden ist, eine Änderung bei den Zulassungen gefordert. Denn Pflanzenschutzmittel werden immer für eine bestimmte Zeit zugelassen.

Deshalb laufen jetzt verschiedene Zulassungen aus. Sie werden von der Industrie nicht erneuert, um Kosten zu sparen und weil man sich sagt: Es rentiert sich überhaupt nicht, zum Beispiel für Mittel zur Mehltaubekämpfung im Stachelbeeranbau, Mittel gegen Feuerbrand beim Kernobstanbau oder Ausdünnungsmittel gegen die Kirschfruchtfliege bei Steinobst nur für Deutschland die Verlängerung der Zulassung zu beantragen. Deswegen sind die Mittel bei uns nicht mehr erlaubt, und weil sie bei uns nicht mehr erlaubt sind, kann der Pflanzenschutz nicht mehr durchgeführt werden. Dies muss man sehen.

Wir kriminalisieren die Landwirtschaft mit der neuen Agrarpolitik von Künast immer mehr, weil immer mehr Mittel auslaufen und den Landwirten nichts anderes übrig bleibt, als entweder aufzuhören und die Produktion einzustellen oder Mittel anzuwenden, die in anderen EU-Staaten zugelassen sind.

(Abg. Döpfer CDU: Das ist ja interessant! Alles wegen Künast!)

In diesem Bereich liegt unsere Landwirtschaft. Man muss, auch wenn es wehtut, Herr Walter,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Mir tut es nicht weh!)

einmal sagen dürfen, dass dies der Grund ist.

Wenn Sie bezüglich des Obstanbaus von mangelnden Kenntnissen sprechen, muss ich Ihnen sagen: Mangelnde Kenntnisse haben vielleicht Sie als neuer agrarpolitischer Sprecher Ihrer Fraktion.

(Abg. Döpfer CDU: Er hat gar keine!)

Andernfalls wüssten Sie, dass die Mittel, um die es jetzt geht – –

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Herr Palmer, Sie als Pomologe wissen genau,

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

dass die Mittel, um die es jetzt geht, bei uns zum Teil noch bis zum 30. Juni genehmigt waren und deren Anwendung erlaubt war.

(Zurufe der Abg. Boris Palmer und Walter GRÜNE)

Dementsprechend ist das Ganze ausgelaufen.

Deshalb brauchen wir die Harmonisierung in der EU. Ich appelliere aber an die chemische Industrie, in Deutschland

auch für Mittel, deren Zulassung ausläuft – auch wenn der Verdienst nicht so groß ist –, wieder die Zulassung zu beantragen, um den hiesigen Obst- und Gemüseanbau nicht sterben zu lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Gute Rede!)

Präsident Straub: Ich darf Herrn Abg. Walter das Wort erteilen.

(Zurufe, u. a. Abg. Pfister FDP/DVP: Spricht der jetzt noch einmal? – Unruhe – Oh-Rufe)

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir hatten uns in der ersten Runde über das Krisenmanagement des Ministeriums unterhalten. Diesem kann man nur die Note „mangelhaft“ geben.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Mack: Haltlose Polemik!)

Wenig überzeugend, meine Damen und Herren, sind aber auch die Vorschläge, wie es jetzt weitergehen soll.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Jetzt soll das HQZ weiterentwickelt werden. Das ist ja im Prinzip okay. Die Frage ist nur, wohin die Richtung geht.

(Abg. Zeller SPD: Und wer es kontrolliert!)

Da sind das Ministerium und der Minister bisher jede Antwort schuldig geblieben.

Ansonsten wird darauf verwiesen, die EU und der Bund sollten reagieren. Was heißt eigentlich „Harmonisierung“? Das würde ich gern einmal wissen. Heißt das, auch in Deutschland alle Spritzmittel zuzulassen, die in Europa zugelassen sind? Oder wollen wir, wenn wir wirklich glaubhaft bleiben wollen, die Zahl der Spritzmittel in Europa insgesamt verringern? Darum geht es uns.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Dazu muss ich Ihnen noch eines sagen: 16 Jahre haben Sie in Bonn diese Harmonisierung verschlafen. Jetzt, nach dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung, ist es beispielsweise gelungen, Atrazin im Maisanbau europaweit zu verbieten. Das ist ein großer Fortschritt gewesen. In diese Richtung muss es weitergehen.

(Zurufe von der CDU)

Ansonsten herrscht bei Ihnen, meine Damen und Herren, was Konsequenzen anbelangt, Funkstille.

Ich sage Ihnen: Waren mit dem HQZ müssen sich von konventionellen Waren deutlich unterscheiden. Ansonsten machen wir ein reines Herkunftszeichen, Herr Minister. Auch das wäre in Ordnung. Aber dann machen wir nicht mehr diese Mogelpackung „Herkunfts- und Qualitätszeichen“. Damit lassen sich die Verbraucher zukünftig nicht mehr täuschen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Walter)

Sie selbst haben auf Ihrer Pressekonferenz gesagt – ich zitiere Sie –:

Wir wollen die hohen Erwartungen der Verbraucher in unsere heimischen Lebensmittel und unsere Produkte aus Baden-Württemberg in vollem Umfang erfüllen. Denn genau daraus entsteht der Wettbewerbsvorteil für die Erzeuger und Vermarkter in unserem Land.

Dem kann man nicht widersprechen. Nur: Sie und das Ministerium werden diesem Anspruch nicht gerecht, wenn Sie das HQZ auf dem gegenwärtigen Niveau belassen.

Die zweite Forderung aus unserer Sicht: Am Bodensee muss es jetzt ein Modellprojekt für ökologischen Anbau geben. In „BW-agrar“ – der Bauernverband, der nicht unbedingt ganz ökologisch ausgerichtet ist, schreibt das also selbst – lautet eine Überschrift: „Der Öko-Elstar vom Bodensee kann das Zugpferd werden“. Wenn das erkannt ist, meine Damen und Herren, frage ich: Warum machen wir das nicht?

Herr Minister, Sie schreiben im Rahmen Ihrer Stellungnahmen zu den vorliegenden Anträgen, es gebe schon Programme für Vermarktung, und wer weniger Spritzmittel einsetze, bekomme mehr MEKA-Mittel. Aber das allein reicht nicht aus. Vielmehr müssen wir in dieser Region ein kollektives Bewusstsein schaffen – da ist das Ministerium als Moderator und als Antreiber gefragt –, dass der ökologische Landbau beim Obstbau dort zukünftig tatsächlich im Vordergrund steht.

Was nützt es denn, wenn man sagt: „Das Obst aus Südtirol und anderswoher ist genauso gespritzt“? Das stimmt zwar, aber wenn wir einen Wettbewerbsvorteil haben wollen, wenn wir höhere Erzeugerpreise erzielen wollen, muss sich die Ware auch wirklich von anderen unterscheiden. Sonst sind die Menschen nicht bereit, dafür mehr Geld auszugeben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das ist auch ein Paradebeispiel dafür, wo Sie sich mit Frau Künast einmal an einen Tisch setzen könnten. Ich habe mit dem Ministerium in Berlin geredet. Die sind bereit, so etwas auf den Weg zu bringen,

(Abg. Teßmer SPD: Aha!)

gemeinsam mit Ihnen. Aber dann hören Sie endlich mit Ihren Schimpfkanonaden auf!

Noch ein weiterer Punkt – er ist schon angesprochen worden–: Wir brauchen mehr Kontrollen. Zu Recht ist darauf hingewiesen worden: Nicht aufgrund der Kontrollen, sondern aufgrund eines anonymen Hinweises wurde der illegale Spritzmitteleinsatz aufgedeckt. Das heißt doch, wir müssen mehr kontrollieren, wir müssen anders kontrollieren.

Wenn ich mit Fachleuten rede, ist das Ergebnis klar: Es gibt, beispielsweise beim WKD, zu wenig Leute, die die entsprechende Ausbildung haben. Die wissen gar nicht, was sie suchen sollen. Das heißt, wenn wir mehr Kontrollen haben wollen, dann müssen die Leute vom WKD auch die entsprechende Ausbildung haben. Sonst geht der Schuss nach hinten los.

Noch eines, Herr Kollege Schüle: Es geht ja nicht darum, dass man drei oder vier Obstbauern gefunden hat, sondern es geht um 120 – und das ist wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs. Das ist wirklich ein Skandal; das kann man nicht einfach herunterreden.

Noch ein letzter Punkt, der einfach notwendig ist: Man muss das Ausführungsgesetz zum Lebensmittel- und Bedarfsgegenständengesetz ändern. Sie verweisen natürlich zu Recht darauf, dass das Verbraucherinformationsgesetz komme. Aber man muss sich wirklich fragen, wie dreist manche noch sind, wenn darauf hingewiesen wird: Ihr in Berlin müsst das jetzt machen. Frau Künast ist gerade mal elf Monate im Amt, hat weiß Gott schon was bewegt,

(Abg. Hauk CDU: Ja, das ist wahr: „weiß Gott schon was“!)

hat die BSE- und die MKS-Krise bewältigen müssen, und jetzt sollen alle die Gesetze, die ihr 16 Jahre lang nicht auf den Weg gebracht habt, auf einmal auf den Tisch gezaubert werden.

(Abg. Hauk CDU: Die Leier zieht nicht mehr! Nach drei Jahren Regierungszeit zieht die nicht mehr!)

Ich kann nur sagen – Herr Kollege Hauk, wenn Sie zuhören, dann wissen Sie, was passiert –: Noch in dieser Legislaturperiode wird dieses Gesetz verabschiedet werden, und es wird ein gutes Gesetz werden.

(Beifall der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Trotzdem muss das Ausführungsgesetz hier geändert werden. Wir sollten wenigstens dem Beispiel Sachsens folgen. Dort hat man das Gesetz von uns übernommen, aber ein Wort geändert. Statt einer konkreten Gesundheitsgefahr reicht eine abstrakte Gesundheitsgefahr. Wir sollten wenigstens so weit gehen, wie wir es den Sachsen offensichtlich empfohlen haben.

Als Fazit muss ich wiederholen: Nur wenn sich unsere Produkte von der Billigware aus dem Ausland, von der anonymen Massenware im Supermarkt unterscheiden, hat unsere Landwirtschaft eine Chance. Sorgen Sie, Herr Minister, deswegen für die notwendigen Rahmenbedingungen. Spätestens dann, wenn wir Ihre Jahresbilanz ziehen, sollten Sie Ihre Hausaufgaben gemacht haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiefl.

Abg. Kiefl CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist völlig richtig, Herr Kollege Walter: Es sind 120 Obstbauern, die auf der Anklagebank sitzen, weil sie contra legem gehandelt haben, nicht nur drei oder vier. Ich möchte zu Beginn ganz klar feststellen: Wenn sich jemand illegal verhält, ist dies zu ahnden und zu bestrafen – grundsätzlich und natürlich auch, weil ein großer Flurschaden angerichtet worden ist.

Aber auf dieser Anklagebank, auf der 120 sitzen, fehlt die 121. Person, und die heißt Renate Künast.

(Kiefl)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Walter GRÜ-
NE: Wo hat die sich illegal verhalten?)

Sie ist ideologiebesessen. – Herr Walter, ich bringe Ihnen
fünf Beispiele.

(Abg. Walter GRÜNE: Dieser Vorwurf ist unge-
heuerlich!)

Sie heißt Renate Künast, ist ideologiebesessen

(Abg. Fischer SPD: Ach!)

und in keiner Weise lösungsorientiert.

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne fünf Beispiele.

Das erste Beispiel – ich fange mit den kleinen Kalibern an
–, Herr Walter, ist die blödsinnige Bestimmung mit den
identischen und den nicht identischen Pflanzenschutzmit-
teln. Diese gab es schon vorher,

(Abg. Walter GRÜNE: Aha!)

damit das klar ist. Ich sage aber gleich dazu: Sie hat es kri-
tisiert, tut aber jetzt, indem sie das beibehält, nichts ande-
res, als der chemischen Industrie, die diese Präparate her-
stellt, den Gewinn in den Rachen zu scheffeln.

(Abg. Schmiedel SPD: Oh!)

– Nur langsam. – Die chemische Industrie stellt für die EU
und für Deutschland Präparate mit ein und demselben
Wirkstoff her. Nur: Für Deutschland bleibt der Wirkstoff
der gleiche wie in der ganzen EU, aber für Deutschland
werden die Trägerstoffe geändert, und es wird ein eigener
Handelsname verwendet. Dies hat zur Folge, dass diese
Mittel, weil sie nicht identisch sind, hier nicht angewendet
werden dürfen. In Italien sind sie aber zugelassen, obwohl
im Hinblick auf die Wirkung auf die Kulturen und den
Verbraucherschutz null Unterschied besteht. Ich sage, das
ist das geringste Kaliber. Der einzige Unterschied ist der,
dass der Preis in Deutschland um das Fünffache höher ist
als in Italien.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Jetzt zur Auswirkung auf die Bodenseeregion, zur Auswir-
kung in der Praxis auf die Bodenseeregion. Es geht um
zwei Mittel, ich muss Ihnen die Namen nennen; ich kann
es Ihnen nicht ersparen, wenn wir zur Sache vorstoßen
wollen. Zum einen geht es um das Oliocin, das gegen die
Rote Spinne wirkt. Ich brauche nicht weiter darauf einzu-
gehen. Es ist in Italien für den Biolandbau und den kon-
ventionellen Landbau zugelassen, aber dennoch in
Deutschland verboten.

(Zuruf von der SPD: Na und!)

In Deutschland gibt es aber quasi-identische Stoffe. Sie
sind in Deutschland auch für den biologischen und kon-
ventionellen Landbau zugelassen, aber – Achtung! – mit
400 % Preisaufschlag.

(Zuruf von der SPD: Und daran ist Frau Künast
schuld, oder wie?)

Der Preisunterschied zwischen Italien und Deutschland be-
trägt 400 %.

– Langsam. Sie hat es kritisiert, aber nicht geändert, und
deshalb ist sie mit schuld.

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

Ein weiteres Präparat, Dithane Ultra, ist als Hauptmittel ge-
gen den Apfelschorf für die integrierte Produktion weltweit
zugelassen. Es wird in Deutschland natürlich nicht, aber in
Italien selbstverständlich angewendet. Die BBA hat von
März bis Juni gebraucht – ich glaube, das ist bekannt: bis
Juni, also bis mitten in die Vegetation! –, um festzustellen,
ob dieses Mittel identisch ist oder nicht. Und dann hat sie
am 1. Juli, also mitten in der Vegetation, als ob man da
noch was ändern könnte, festgestellt: Es ist nicht identisch.
Da lief die ganze Produktion natürlich schon. Da konnte
keiner mehr was ändern. Von den 120 Obstbauern wurden
über 80 nur deswegen verdächtigt oder angezeigt – ich
weiß nicht, wie das juristisch genau heißt –, weil sie diese
Präparate aus Italien importiert haben.

Ich sage, das ist das Leichteste.

Ein zweites Beispiel, und zwar zu den Birnen. Das ist wirk-
lich eine „heiße Kiste“, um es ganz deutlich zu sagen. Die-
ses Chlormequat – –

(Abg. Bebber SPD: Warum ist die Frau Künast da-
ran schuld?)

– Ja, daran ist sie zu 100 % schuld. Passen Sie auf!

Der Einsatz von Chlormequat in der EU, für den Getreide-
anbau immer noch zugelassen, war selbst bei den Birnen
noch bis zum 1. Juli 2001 möglich. Beim HQZ war es ver-
boten, damit wir uns richtig verstehen. Die Produkte, die
mit diesem Präparat in den anderen Ländern produziert
werden dürfen, können in Deutschland aber verkauft wer-
den.

Aber jetzt kommt der Gipfel des Irrsinns, und das werfe ich
Frau Künast konkret vor: In Belgien gibt es für dieses Mit-
tel einen Grenzwert von 0,5 Milligramm pro Kilogramm –
jetzt gut aufpassen! –, in Deutschland gilt aber, zugelassen
von Frau Künast, ein Grenzwert von 3,0 Milligramm pro
Kilogramm.

(Abg. Walter GRÜNE: Der war doch schon früher
da! Er wird gesenkt!)

– Langsam. Nein, das akzeptiere ich nicht. Er gilt bis zur
Stunde. Frau Künast hat ihn nicht gesenkt. Das heißt, Herr
Walter, in der Bundesrepublik Deutschland ist das Sechsfache
an Rückständen zugelassen. Wisst ihr, wozu das führt?
In Belgien werden Birnen produziert, die in Belgien nicht
verkauft werden dürfen, weil dort der Grenzwert 0,1 Milli-
gramm pro Kilogramm ist, aber die Belgier exportieren die
Birnen nach Deutschland, weil hier irrsinnigerweise der
Grenzwert von der Frau Künast auf 3,0 Milligramm pro
Kilogramm hochgesetzt worden ist.

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist seit 1. Juli Gesetz!)

Irrsinn hoch zehn! Verbraucherschutz bleibt bei diesem
Verhalten das Geheimnis der Frau Künast.

(Kiefl)

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Das stimmt doch alles nicht!)

– Natürlich stimmts. Beweisen Sie mir das Gegenteil! Irrsinn hoch zehn! Frau Künast soll den Titel „Verbraucherministerin“ ablegen.

Präsident Straub: Herr Abg. Kiefl, Sie haben sich mit den lässlichen Sünden der Frau Künast zu lange aufgehalten. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Abg. Kiefl CDU: Frau Kollegin Kipfer, Sie haben gesagt: Gut zu wissen, was man isst, oder gut nicht zu wissen, was man isst.

(Abg. Teßmer SPD: Was hat das mit Birnen zu tun?)

– Langsam. Bei Erdbeeren sind bei uns 0,1 Milligramm pro Kilogramm dieses Wirkstoffs als Höchstgrenzwert festgesetzt.

Aus Spanien ist ein Import mit Belastungen bis 10 Milligramm pro Kilogramm, dem Hundertfachen, möglich. Und wissen Sie, wer diesen Irrsinn eingeführt hat? Frau Künast aufgrund der Intervention von Importeuren, weil Sie ansonsten an Silvester dieses Jahres keine Erdbeeren essen könnten, weil die sonst aus Spanien nicht eingeführt werden könnten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Kiefl, Ihre Redezeit ist leider abgelaufen.

Abg. Kiefl CDU: Letzter Satz. – Ich hätte noch jede Menge Beispiele.

Meine Damen und Herren, all das und vieles mehr, Herr Drexler, hat dazu geführt, dass am 20. November der neutrale wissenschaftliche Beirat beim Bundesernährungsministerium zurückgetreten ist,

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist ein langer Satz!)

weil er mit dieser ideologiebesessenen, überhaupt nicht lösungsorientierten Politik der Verbraucherministerin nicht einverstanden sein kann.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP – Unruhe)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Kipfer.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Es ist ja eigentlich schade, dass sich der Minister nicht dazwischenschalten will; denn dann könnte man sich direkt mit ihm auseinander setzen. Also müssen wir auch das im Ausschuss machen.

Herr Kollege Kiefl, Frau Künast ist nicht an allem schuld – das kann ich Ihnen sagen –, obwohl wir mit Ihnen der Meinung sind, dass wir eine wesentlich bessere Harmonisierung auf europäischer Ebene herbeiführen müssen. Da können Sie uns beim Wort nehmen; da werden wir an Ihrer Seite stehen, wenn Sie das machen wollen.

(Abg. Teßmer SPD: Oder die an unserer!)

Aber wie es am Bodensee tatsächlich aussieht, muss ich Ihnen noch einmal zitieren – und damit hat Frau Künast überhaupt nichts zu tun –, ebenfalls aus dieser schönen Studie von Stefan Rösler, aus seiner Dissertation, die im Jahr 2002 erscheint, aber schon jetzt zu lesen ist.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Abg. Kipfer, wir haben eine Aktuelle Debatte. Sie dürfen da nicht immer vorlesen. Das geht nicht.

(Lebhafte Unruhe bei der SPD)

Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Präsident, es gab eine schriftliche Stellungnahme eines Obstbauern aus dem Bodenseekreis:

Ich war zwei Jahre IP-Kontrollleur

– also einer der Kontrolleure, die diese ganzen Leute kontrollieren sollen –

und habe aufgegeben, weil zu viel gelogen wird. Der Unterschied von IP zu konventionell ist wegen der Zulassungssituation unwesentlich. „Unerlaubte“ und deshalb im IP-Heft verschwiegene Mittel sind meistens auch nicht zugelassen und deshalb konventionell auch nicht erlaubt. Wenn jemand zu viel düngt, dann macht er dies trotz IP-Unterschrift und schreibt das eben anders ins Heft.

(Abg. Hauk CDU: Die Vorlesung reicht jetzt!)

– Herr Kollege, das passt Ihnen nicht,

(Abg. Hauk CDU: Nein! Das sind uralte Kamellen eines Einzelnen!)

weil dies nämlich authentische Leute sind, die Ihnen sagen, was da tatsächlich passiert,

(Beifall bei der SPD – Abg. Hauk CDU: Das ist doch gar nicht wahr!)

und Sie theoretisieren nur vom grünen Tisch aus. Unterhalten Sie sich doch mit den Leuten!

(Abg. Hauk CDU: Das ist doch gar nicht wahr!)

Inzwischen wissen wir – ich habe aufgehört mit Zitieren; jetzt hören Sie zu –, dass Landwirte sich längst vom HQZ verabschieden,

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

weil sie mit diesen Machenschaften nichts mehr zu tun haben wollen. Ich habe dafür Verständnis; denn Landwirte wollen ehrlich produzieren und nicht in Verdacht geraten, unehrliche Machenschaften zu betreiben.

(Abg. Teßmer SPD: Richtig!)

Inzwischen verabschieden sich, wie ich heute Morgen gehört habe, auch Marktbeschicker davon, das HQZ-Kennzeichen überhaupt an ihrer Ware anzubringen, weil auch sie nichts mit diesen Machenschaften zu tun haben wollen und möglicherweise auch Kontrollen befürchten. Wir wis-

(Birgit Kipfer)

sen ja, dass Kontrollen immer neue Sachverhalte aufdecken.

Herr Minister, das Herkunfts- und Qualitätszeichen war ursprünglich eine gute Sache. Die haben wir zu Beginn mitgetragen, weil wir wollten, dass Umweltschützer, Verbraucher und Landwirte ein Bündnis eingehen.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Wir haben immer gesagt: Wir müssen die Kriterien so hochschrauben,

(Abg. Hauk CDU: Dass niemand mehr danach produziert! Das war Ihr Ziel! Natürlich!)

dass es ein Ansporn für konventionell arbeitende Landwirte ist, sich hier unterzuordnen. Die Landesregierung hat es aber leider auch in der großen Koalition vorgezogen, die Kriterien so niedrig zu hängen, dass möglichst alle Landwirte damit produzieren können, und den Schlamassel haben wir jetzt.

Das HQZ hat im Grunde Totalschaden erlitten, und jeder Wagen, der einen Totalschaden hat, wird nicht repariert und irgendwie aufgemotzt, aufgepeppt, sondern man kauft sich einen neuen Wagen. Das raten wir Ihnen, und das ist unsere Politik, die wir demnächst auch im Ausschuss und hier beraten werden. Wir brauchen ein Gütesiegel, wie Frau Künast es will.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hauk CDU: Niedrigster Level!)

Das ist kein Ökosiegel, Herr Kollege, sondern es ist ein besseres Kennzeichen als das HQZ. Wir wollen dieses Gütesiegel mit einer Herkunftsbezeichnung versehen. Dann können die Verbraucher in Baden-Württemberg sicher sein, dass es ordentliches Zeug ist, das sie kaufen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Walter GRÜNE)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drautz.

(Abg. Walter GRÜNE: Jetzt wird es aber schwungvoll!)

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. Drexler SPD: „So geht es nicht!“)

Frau Kipfer, eines muss ich sagen: Wenn man bei Lebensmitteln von „Zeug, das die Leute kaufen sollen“ redet, ist das schon einmal eine verheerende Sprache.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Thema Ihrer Ausführungen war die Wertigkeit der Lebensmittel und was Sie von Lebensmitteln halten. Das möchte ich einmal vorausschicken. Wenn man dann von „Totalschaden“ redet, muss ich feststellen, dass das neue Kün-

nast'sche Gütesiegel den Totalschaden der Biolandwirtschaft herbeiführen wird.

(Oh-Rufe von der SPD und den Grünen – Abg. Walter GRÜNE: So ein Blödsinn! Demeter und Bioland sind dafür! Die verstehen mehr davon als du!)

Das muss man eindeutig sagen. Eines muss man klar sehen: Die Standards, die hier eingeführt werden, und die EU-Standards liegen weit unter den von den Verbänden vorgegebenen Standards. Kollege Walter sagt, Bioland und Demeter seien dafür. Wissen Sie, Herr Walter, warum sie dafür sind? Weil sie festgestellt haben, dass sie sich die Fesseln bisher zu eng gelegt haben

(Abg. Walter GRÜNE: So ein Quatsch!)

und dass es besser ist, wenn sie mehr integriert produzieren. Dann können sie ihre Produktionsbedingungen praktisch zurückdrehen. Dies, Herr Walter, ist der Fall.

(Abg. Walter GRÜNE: Das tut weh!)

Das müssen Sie ganz klar sehen. Deshalb haben die Verbände dem auch zugestimmt. Die Standards dieser Ökoverbände waren vorher hervorragend.

(Zuruf von den Grünen: Die sind weiterhin hervorragend!)

Herr Walter, ich kenne die Naturlandbedingungen genau, weil ich selber auf einer Fläche in meinem Betrieb nach Naturlandbedingungen produziere. Dem können Sie überhaupt nicht widersprechen.

(Abg. Schmiedel SPD: Aber nur auf einer!)

Ich arbeite im Weinberg und nicht Sie, damit das klar ist und Sie einmal den Unterschied sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt stimmt es! Jetzt haben wir es! – Abg. Walter GRÜNE: Willst du alles allein trinken? – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE – Weitere Zurufe)

Deshalb kann ich die Unterschiede genau beurteilen.

(Zuruf von der CDU: Lade ihn doch einmal ein zum Schaffen!)

Mit dem Künast-Siegel wird es für die Ökoiner und Ökogemüsebauern wesentlich leichter als seither. Wenn man von „Totalschaden“ spricht, muss man deshalb über das Künast-Gütesiegel reden.

(Abg. Teßmer SPD: Das hat doch mit den Äpfeln nichts zu tun! – Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Ich komme zurück zu unserem HQZ. Ich glaube, Sie haben überhaupt nicht zugehört, Frau Kipfer. Ich habe vorhin eindeutig gesagt, dass alle schwarzen Schafe bestraft werden müssen, die gegen den Vertrag, den sie eingegangen sind, verstoßen haben.

(Drautz)

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Schwarze Schafe?
Und wie ist es mit gelben? – Abg. Drexler SPD:
Warum wollen Sie bloß die CDU-Leute bestrafen?)

– Sie sehen immer alles durch die ideologische Brille. Ich meine mit „schwarz“ keine Leute von der CDU, sondern Leute, die gegen Verträge verstoßen. Das muss man eindeutig sehen.

(Abg. Drexler SPD: Ach so! Ist das wahr?)

Da sind auch grüne, gelbe und rote Schafe dabei.

(Abg. Bebber SPD: Gibts doch gar nicht, rote Schafe! – Zurufe von den Grünen)

Tatsache ist auf jeden Fall – da können Sie von den Grünen da hinten schreien, wie Sie wollen –:

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist ein Pomologe! –
Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

In der heutigen Debatte haben Sie von Rot und Grün mit Ihren Behauptungen dem Obstanbau geschadet – hauptsächlich Sie von der roten Seite. Die Grünen waren dabei, verglichen mit den Anschuldigungen von Frau Kipfer, noch harmlos.

(Abg. Drexler SPD: Wir sind halt für den Verbraucher!)

Ich wiederhole: Sie hat bei hochwertigen Lebensmitteln von „Zeug“ geredet. Das kann nicht sein.

Wir Liberalen machen eine sachliche Politik.

(Abg. Walter GRÜNE: Da lacht ja selbst Herr Dörring!)

Wir wollen die EU-Harmonisierung. Die EU-Harmonisierung haben wir beim Pflanzenschutz.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Lieber grüne Äpfel als blaue Äpfel!)

Herr Kretschmann hat eine Zwischenfrage.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Kretschmann hat eine Zwischenfrage.

Abg. Drautz FDP/DVP: Gerne, Herr Kretschmann.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Kollege Drautz, in Ihrer ersten Rede haben Sie die mangelnde Harmonisierung in der EU bei den Spritzmitteln bejammert.

(Abg. Bebber SPD: Das macht er immer!)

Nachdem Ministerin Künast ein Biosiegel einführt, das auf harmonisierten Bedingungen in der EU basiert, polemisieren Sie ebenfalls dagegen. Können Sie vielleicht einmal darlegen, ob Sie für oder gegen eine Harmonisierung sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Teßmer SPD: Er ist für und gegen!)

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Kretschmann, ich lade Sie einmal ein.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Antworten!)

Dann trinken wir ein Viertel Wein, denn – das sage ich jetzt ganz offen –,

(Abg. Teßmer SPD: Eure Rede sei: ja, ja, nein, nein! Alles andere ist von Übel! – Weitere lebhaftes Zurufe)

Herr Kretschmann, dazu brauche ich länger, um Ihnen die Unterschiede zwischen den Zeichen zu erklären.

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Sie kennen sie theoretisch.

(Abg. Walter GRÜNE: Nach dem vierten Viertel sind alle harmonisiert! – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

– Entschuldigung, ich bin eindeutig für die Harmonisierung im EU-Bereich. Ich möchte aber eines zu dem Künast-Zeichen klar sagen. Ich habe nur darauf aufmerksam gemacht: Sie sind doch die Ökofreaks, und Sie wollen als Partei ökomäßig auftreten. Hauptsache öko, ob Pilzbelastung der Lebensmittel oder nicht. „Hauptsache öko“ ist bei Ihnen die Maxime.

(Abg. Walter GRÜNE: Nach zwei Viertel redest du besser!)

Aus diesem Grund habe ich Sie nur darauf aufmerksam machen wollen, dass der Standard des neuen Künast-Siegels wesentlich niedriger ist als das, was die Ökoverbände gemacht haben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Damit müssen Sie leben. Ich kann gut damit leben.

(Abg. Teßmer SPD: Sie können mit allem leben!)

Die Bedingungen beim HQZ sind richtig, und wir werden sie weiterentwickeln – auch gegen die Meinung von Schullehrern.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Teßmer SPD: Der Drautz hat den Dörring beleidigt! – Abg. Bebber SPD: Das war eine Spitze gegen die Frau Künast! – Weitere lebhaftes Zurufe)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Minister Stächele.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Lebensmittelkontrolle ist eine ständige Herausforderung,

(Lachen bei den Grünen – Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

(Minister Stächele)

der man sich mit Besonnenheit – nicht mit Geschrei – und Verantwortung stellen muss.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Glück
FDP/DVP)

Wir haben im Jahr 50 000 laufende Kontrollen und etwa 20 000 Zusatzkontrollen. Ich habe das in meinem Bericht im Juli dargestellt.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Trotzdem nichts gemerkt!)

Es war erfreulich, zu wissen, dass sich die Zahl der Beanstandungen und Gefährdungen wirklich in Grenzen hielt.

(Abg. Teßmer SPD: Dann hätte ja nichts passieren dürfen!)

Damit komme ich auf den Punkt, dass, liebe Frau Kipfer, nicht der Eindruck entstehen darf: Da war eine anonyme Anzeige, und plötzlich fangen die an, tätig zu werden.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: So steht es in Ihrer Stellungnahme! – Zurufe von der SPD)

Wir wollen es ja nur klären, damit hier nicht ein Eindruck entsteht, der falsch ist.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Warum schreiben Sie dann Falsches in Ihrer Stellungnahme?)

– Hören Sie erst einmal zu, was ich Ihnen zu sagen habe.

(Zurufe von der SPD)

Tatsächlich bringen diese Kontrollen auch fehlerhaftes Verhalten zutage. Heute Morgen kam allerdings eine Meldung, die uns erfreut und erleichtert. Sie haben mitbekommen, dass wir Wachstumsregulatoren bei den Karotten feststellen mussten. Wir haben dann weitere Proben bei der Babykost genommen. Nun wurde uns mitgeteilt, dass alle neun Proben bei der Babykost einwandfrei sind. Das sind auch gute Nachrichten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/
DVP)

Damit bin ich bei dem Vorgang, um den es geht. Am 21. März kam in der Tat ein anonymes Hinweis,

(Abg. Teßmer SPD: Aha!)

zwei Einkaufsgemeinschaften im Bodenseeraum würden illegale Pflanzenschutzmittel einführen und anwenden. Insgesamt waren 120 Betriebe betroffen, es ging um ca. 36,5 Tonnen

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Eine ganze Schafherde!)

und – was vor allem für die Bewertung der ganzen Vorgänge um Pflanzenschutzmittel interessant ist – 113 verschiedene Mittel. Gleich im März/April haben die zuständigen Organe – WKD, Landratsamt und Regierungspräsidium – die Untersuchungen aufgenommen. Es ist dann gelungen, zum 30. Mai das wieder ins Ausland zurückzuschaffen, von dem man offensichtlich wusste, dass es hier nicht zulässig ist.

Die weiteren Schwierigkeiten ergeben sich, wenn es darum geht, im europäischen Raum zugelassene Pflanzenschutzmittel daraufhin abzu prüfen, ob sie auch in Deutschland zugelassen sind. Wir haben präventiv im Juli aufgrund dieser Vorkommnisse Proben aus dem Handel gezogen. Sie waren Gott sei Dank alle miteinander negativ. Also musste man abwarten, bis es möglich war, Proben an der Frucht zu ziehen. Diese Proben haben ergeben, dass in Deutschland nicht zugelassene Pflanzenschutzmittel eingesetzt worden sind.

Damit wird es notwendig, das Ganze von zwei Seiten her zu betrachten und zu beurteilen. Einmal geht es um die pflanzenschutzmittelrechtliche Seite, zum anderen um die lebensmittelrechtliche Seite. Im Hinblick auf den Verbraucherschutz ist die erste Frage immer die: Ist der Verbraucher gefährdet? Das heißt: Sind die Rückstandshöchstmengen erreicht? Wenn ein Pflanzenschutzmittel im Ausland, aber nicht in Deutschland zugelassen ist, heißt das noch nicht, dass lebensmittelrechtlich eine Gefährdung entsteht, wenn sich die Ergebnisse innerhalb der zulässigen Rückstandsmengen bewegen.

Das andere ist, dass man pflanzenschutzmittelrechtlich untersucht. Das heißt, ob das Mittel möglicherweise mit dem wirkungsgleich ist, was in Deutschland zugelassen ist. Diese Untersuchungen liefen ab April, ab dem Moment, ab dem man die Mittel hatte, und gingen bis Ende Oktober hinein, weil es unendlich schwierig ist, tatsächlich Mittel für Mittel durchzuprüfen, ob es eventuell zwar nicht zugelassen ist, aber doch Wirkungsgleichheit bestehen könnte.

Wir haben dann konsequent in den Fällen gehandelt, in denen missbräuchliche Anwendung stattgefunden hat. Verbraucherschutz heißt, jede Gesundheitsgefährdung zu verhindern. Sie wissen, wir haben im Bodenseebereich zu einer Marktregulierung greifen müssen, und zwar nicht in jedem Einzelfall, sondern generell. Wer an den Markt will, muss den Nachweis erbringen. Weil das HQZ im Hinblick auf Pflanzenschutzmittel noch weit höhere Anforderungen stellt, haben wir in diesen Fällen sofort das HQZ aberkannt. Wir haben dann konsequent in der ganzen Breite gehandelt: WKD, Regierungspräsidium, Landratsamt genauso wie die Mitarbeiter meines Hauses und die Untersuchungsanstalten. Wir haben an der ganzen Front gearbeitet, um in allen Fällen, auch wenn dies schon durch die Ergebnisse feststand, ganz konsequent diese Erzeugnisse aus dem Markt zu nehmen, um keine Gesundheitsgefährdung in concreto aufkommen zu lassen.

Im Zug der weiteren Ermittlungen haben Ermittler festgestellt: Da stehen Birnen, deren Wuchs besonders beachtlich ist. Das war der Auslöser für Untersuchungen an Birnen. Wir haben leider festgestellt – das hat den Zorn verdoppelt –, dass bei Birnen Mittel eingesetzt worden sind, die so genannten Wachstumsregulatoren, von denen jeder von Anfang an wusste, dass sie in Europa nicht zugelassen sind, wenn man von einigen Getreidesorten in wenigen Ländern Europas absieht.

Wir haben bei diesen Wachstumsregulatoren und in der Beurteilung dessen, was konkrete Gesundheitsgefährdungen bedeuten kann, unseren Überlegungen von vornherein bei Chlormequat den Wert von 0,5 Milligramm pro Kilo-

(Minister Stächele)

gramm zugrunde gelegt, obwohl tatsächlich – ein Redner hat es angesprochen – derzeit in Deutschland noch 3,0 Milligramm pro Kilogramm gelten und die 0,5 Milligramm pro Kilogramm noch nicht in nationales Recht umgesetzt sind. Bei unseren Eingriffen in den Markt haben wir das zugrunde gelegt, was bereits europaweit Richtnorm ist, auch eingedenk dessen, dass man sich vielleicht, weil es noch nicht nationales Recht ist, Schadenersatzpflichtig machen könnte.

Nun komme ich zur Frage der Information. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist eine ganz schwierige Thematik, mit der sich der Landtag von Baden-Württemberg und die Regierung vor Jahren einmal intensiv auseinandersetzen mussten. Im Gefolge ist damals – nach der Birkel-Situation – ein Verbraucheraufklärungs- und -informationsgesetz entstanden, das über viele Jahre in Deutschland einmalig war. Jetzt ist es von Sachsen fast wortgleich übernommen worden. Nach diesem Verbraucherinformationsgesetz gibt es zwei Dinge, die man beachten muss:

Erstens: Wenn eine Gesundheitsgefährdung konkret ansteht und zu befürchten ist, muss man nach § 15 eine Warnung herausgeben. Das kommt leider immer wieder vor. Solche Warnungen sind ein Alltagsgeschäft des Agrarministers. Wir hatten dieser Tage Salmonellen bei Pilzen. Wir hatten Salmonellen bei den Mettwürsten. Das heißt, wenn eine konkrete Gesundheitsgefährdung zu befürchten ist, muss die Warnung hinaus, und zwar unter Hintanstellung der Interessen des Produzenten und der Handelstreibenden.

Dass in der Folge selbstverständlich – so liegen die Dinge jetzt auch – etwa bei den Salmonellen Anwaltsbriefe mit Schadenersatzforderungen kommen, muss ich dann in Kauf nehmen. In dem Moment, in dem Gesundheitsgefährdungen zu befürchten sind, muss nach § 15 eine Warnung herausgegeben werden.

Unterhalb dieser Warnung, wenn keine konkrete Gesundheitsgefährdung besteht, ist die Frage: Wann gehe ich mit Informationen hinaus?

(Zurufe der Abg. Teßmer und Zeller SPD)

Es geht dabei um § 15 dieses Gesetzes.

(Zurufe)

– Moment! Wir wollen das schön sauber darlegen. Wir wollen jetzt einfach das, was Gesetzesgrundlage ist, miteinander abarbeiten. Denn wenn Sie hinterher in der Schadenersatzpflicht stehen, dann müssen Sie sich an die Rechtsgrundlagen gehalten haben. Die Gleichen, die sagen, man solle links und rechts davon abweichen, sind dann diejenigen, die sagen: „Wie konntest du bloß so unüberlegt und so rechtsmissbräuchlich handeln?“ Dann halten wir uns schon lieber an das Gesetz.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Siehe Birkel! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Vielfach wird nämlich nicht beachtet oder ist nicht bekannt: Auch bei der Information – also auch ohne Gesundheitsgefährdung, wenn es keine Warnung ist – muss ich ganz konkret den Namen des Produzenten nennen. Deswegen ist eine grundsätzliche, sorgfältige Ermessensausübung zugrunde zu legen. Das heißt, ich muss auch den Verhält-

nismäßigkeitsgrundsatz beachten. Ich muss die Lage der Betroffenen beachten, und zwar derer, die illegal gehandelt haben, genauso wie derer, die als Rechtschaffene mit betroffen sind.

Jetzt sind wir bei dem Punkt: Warum hat Frau Künast, obwohl im Januar angekündigt, jetzt mit Eckdaten benannt, ihr Verbraucherinformationsgesetz noch lange nicht verabschiedet? Das ist genau der Punkt: Es geht um die Frage, wie ich rechtsklar und dann vor allem auch rechtsbeständig und gerichtsbeständig unterhalb der Gesundheitsgefährdung mit Informationen hinausgehen darf, insbesondere um die Frage nach der Konkretheit.

(Abg. Birgit Kipfer SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

– Selbstverständlich, Sie haben so sehnsüchtig auf meinen Beitrag gewartet. Bitte schön.

Präsident Straub: Bitte schön, Frau Abg. Kipfer.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Entschuldigung, Herr Präsident, ich habe Ihnen vorgegriffen.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Minister, nach § 15 dieses Gesetzes, das Sie eben beschrieben haben, kann die Öffentlichkeit informiert werden, auch wenn Gesundheitsgefährdung nicht besteht.

(Abg. Fleischer CDU: Ja!)

Dann muss abgewogen werden.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es! – Abg. Kübler CDU: Er hat doch abgewogen!)

Sie haben eben nicht erläutert, warum Sie diesen Paragraphen nicht angewandt haben.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Ich habe gesagt, das ist eine Ermessensausübung, eine Abwägung.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Aber Sie müssen dazusagen, warum Sie so gehandelt haben, wie Sie gehandelt haben.

(Zuruf des Abg. Kübler CDU)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Ich habe Ihnen gesagt: Das ist eine Abwägung der berechtigten Interessen derer, die da beteiligt sind. Sie müssen ganz nah – das sagt Ihnen jeder Jurist – an die Überlegung herangehen, auch bei § 15 nur dann zu handeln, wenn es polizeilich präventiv geboten ist. Das ist der Punkt. Darüber darf man nicht leichtfertig hinwegstolpern, sondern man muss das wirklich gesetzestreu auslegen. Das ist das Gesetz, das hier im Landtag von Baden-Württemberg gemacht worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich komme jetzt zum nächsten Punkt.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Minister, darf ich noch eine Frage stellen? – Glocke des Präsidenten)

(Minister Stächele)

– Lassen Sie mich das ein bisschen ausführen, denn das sind ja doch Zusammenhänge, die man darstellen möchte.

Der nächste Punkt, der uns bei all den Vorgängen bewusst wurde und wieder sehr nachdenklich gemacht hat: die Sache mit den Pflanzenschutzmitteln. Fakt Nummer 1: Es ist mittlerweile ein europäischer Pflanzenschutzmittelmarkt entstanden. Dieser Markt hat folgende Eigenschaft: Immer mehr Firmen lassen ihre Produkte nicht mehr in Deutschland zu, sondern gehen ins Ausland. Im Ausland sind die Mittel allemal billiger. Wer im Ausland kauft, kann zumindest darauf vertrauen, dass, wenn er sich im EU-Raum befindet, nicht von vornherein von einer Gesundheitsgefährdung auszugehen ist. Wenn dann das, was er im Ausland kauft, im Grunde mit dem, was bei uns eingesetzt wird, wirkungsgleich ist, kann er es auch anwenden.

Deswegen: Erstens noch mehr Sorgfalt beim Einkauf – ich begrüße kundige, aber auch verantwortungsbewusste Einkaufsgemeinschaften – und zweitens – auch das haben andere Redner schon angesprochen – dringend und drängendst eine europäische Harmonisierung.

Wir alle wissen: In Deutschland sind immer weniger zugelassene Mittel auf dem Markt. Ich mache Sie bei dieser Gelegenheit auf ein Problem aufmerksam, das uns alle noch sehr beschäftigen wird, wie wir nämlich den Feuerbrand bekämpfen, wenn das Plantomycin verboten ist. Ich habe Frau Künast deswegen angeschrieben. Wir brauchen dringendst Ersatz; denn sonst müssen wir im nächsten Jahr ganze Obstfelder niederbrennen. Die Bauern stehen da an der Wand – alle die rechtschaffenen Obstbauern, an die ich denke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Also Problem Nummer 1: Bei uns sind immer weniger Mittel zugelassen. Es gibt ganze Bereiche, in denen man im Grunde nicht mehr handlungsfähig ist. Mit dem 1. Juli und der ab diesem Termin gebotenen Indikationszulassung hat sich das noch verschärft. Wir haben, um bei uns in Baden-Württemberg, nachdem wir doch sehr klein strukturiert sind, einzelne Kulturen erhalten zu können, mehr als 100 Ausnahmen zulassen müssen, um Existenzen zu sichern.

Zweitens müssen wir sehen, was sich auf dem europäischen Markt tut. Dort gibt es etwa 850 Pflanzenschutzmittel. Davon hat man bisher gerade einmal 13 Mittel als für europaweit anwendbar erklären können. Das ist im Grunde genommen den Bauern, die dringend Pflanzenschutzmittel brauchen, Steine statt Brot gegeben.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Nachher werde ich noch etwas zu Frau Künast sagen, mit der ich mich übrigens in einem interessanten Dialog auseinandersetze. Es ist nicht so, dass ich da reinschlage. Das würde ich nie tun bei einer Dame.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Pfister FDP/DVP: Grätschen, nicht schlagen! „Grätschen“ heißt das!)

Ich kann Frau Künast nur eine dringende Empfehlung nach Berlin reichen – wir haben das gestern im Kabinett mit ei-

ner Entschließung für den Bundesrat getan –: Schauen Sie, dass wir weiterkommen. Es ist erbärmlich. Es ist auch niederschmetternd, wenn wir vor Landwirten stehen, die wirklich nicht mehr ein noch aus wissen. Sie stehen vor einzelnen Landwirten, die Tränen in den Augen haben, weil sie nicht mehr weiterwissen,

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

wie sie jetzt Pflanzenschutzmittel bekommen sollen. Deswegen brauchen wir eine europäische Harmonisierung des Pflanzenschutzmittelrechts. Keiner hier im Haus wird doch bestreiten, dass das eine dringende Forderung ist. Wenn Frau Künast nach Stuttgart kommt und sagt, Herr Stächele solle reingrätschen, sage ich: Grätschen Sie rein in Brüssel! Grätschen Sie, Grätschen Sie!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich weiß auch, dass das in Brüssel schwierig ist.

(Abg. Fleischer CDU: Aber Sie wissen, wie das aussieht!)

Nur erhebt sich die Frage, inwieweit ich in Deutschland große Ankündigungen vor der Kamera mache und mir in Brüssel eine blutige Nase hole. Das muss ich irgendwann einmal einigermaßen ausgeglichen haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Scheuermann CDU: Jawohl!)

Ich komme zu einem weiteren Punkt, der mir sehr am Herzen liegt, zur Zukunft des HQZ. Sie sagen, man könnte das neue Zeichen von Frau Künast verwenden.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Dann kämen wir doch genau dorthin, wohin wir nicht wollen. Wir wären dann nämlich in der großen Masse.

(Abg. Teßmer SPD: Eben nicht!)

Überlebenschancen kann es für Landwirte in kleinstrukturierten Bereichen wie in Baden-Württemberg nur geben,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Regional!)

wenn der Verbraucher begreift, dass die flächendeckende Landbewirtschaftung mit der Grünlanderhaltung und der Pflege der Kulturlandschaft nur dann möglich ist, wenn es hier bei uns tatsächlich Produzenten gibt, die entsprechende Erzeugerpreise erzielen.

(Abg. Teßmer SPD: Da sind wir einig!)

Deswegen brauchen wir nicht nur ein Qualitätszeichen, sondern auch ein Herkunftszeichen. Aber jetzt beginnt ein Problem, Frau Kipfer: Wenn wir die Herkunft alleine herausstellen, haben wir nach jetzigem Stand in Brüssel wohl gar keine Chance; denn Brüssel lastet uns an, dass wir mit dieser herausgehobenen Herkunftsbezeichnung möglicherweise mit Wettbewerbsfragen kollidieren. Also muss ich die Qualität halten und damit die Herkunft verbinden und das mit einem Zeichen sichtbar machen, das für Baden-Württemberg ausgewiesen ist und an das sich der Verbraucher halten kann.

(Minister Stächele)

Machen Sie doch das HQZ nicht schlecht! Das HQZ – ich komme selbst aus einer Obstbauregion und weiß, wie das damals bei der Einführung war – fordert einiges; die integrierte Produktion ist nicht nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Drautz FDP/DVP: So ist es!)

Wenn Sie sich die Kriterien genau anschauen würden, würden Sie feststellen, dass sich Landwirte deutlich verpflichtet haben. Denken Sie einmal nicht an die Sünder, sondern denken Sie an die Tausende, die da mitmachen und dafür Sorge tragen, dass das HQZ eine besondere Qualifizierung ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Aber ich habe bei manchen den Eindruck: Sie waren immer gegen das HQZ, und alles was kommt, muss auf das HQZ abgeladen werden.

(Widerspruch der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Ich habe damals mit großem Unverständnis gesehen, wie man BSE dem HQZ in die Schuhe schieben wollte. Das alles ist Quatsch. Das HQZ ist eine besondere Qualifizierung, deren besondere Qualitätsmerkmale nachweisbar sind und an die sich Tausende halten.

Jetzt kommt der nächste Punkt. Wenn ich eine besondere Qualifizierung für ein Produkt habe, brauche ich auch eine besondere Kontrolle. Wenn dann die Kontrollen Ergebnisse zeitigen, ist das schlüssig und konsequent und muss so sein. Die, die keine Ergebnisse haben möchten und die Ergebnisse scheuen – ich bin ja froh, dass Ergebnisse kommen, wenn es Sünder gibt –, können keine Qualifizierung und kein HQZ bekommen. So einfach ist das.

Nun bin ich gern bereit, darüber zu diskutieren, wie wir die Kontrollarchitektur für das HQZ weiterentwickeln können. Damit sage ich nicht, dass das HQZ bisher nichts war. Wir haben uns – Sie waren mit dabei, als das HQZ eingeführt wurde, und Sie haben es auch mitgetragen – zunächst einmal auf die eigenbetriebliche Kontrolle verständigt. Wir haben uns darauf verständigt, dass es Zweitkontrollen von Verbänden gibt, und wollen jetzt – das ist das Entscheidende –, weil wir einfach sehen, dass Erfahrungen gesammelt und das System weiterentwickelt werden soll, im Grunde eine dritte Ebene, eine staatliche Kontrolle, darüber bauen, die wiederum mit Stichproben eingreift und dafür Sorge trägt, dass alle HQZ-Regeln so angewandt werden, wie sie vorgegeben und vorgeschrieben sind, damit sich der Verbraucher darauf verlassen kann.

Wenn man aber eine solche Weiterentwicklung durchführt, soll man bitte schön nicht sagen: Seht ihr, sie entwickeln weiter, also war bisher alles nichts. Das HQZ ist gut und wird gut bleiben. Es ist ein Markenzeichen für Baden-Württemberg und muss deswegen auch gesichert in die Zukunft gebracht werden, weil wir es brauchen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Natürlich muss ich noch einen Satz zu der Geschichte mit der Agrarwende sagen, lieber Herr Walter. Ich bin immer bereit, über eine Fortentwicklung der Landwirtschaft zu diskutieren, weil wir uns mit diesem Thema auseinander setzen müssen. Dabei gibt es Faktoren, an denen man nicht vorbeikommt. Das ist die EU-Osterweiterung, und es ist besonders die Frage – sie beschäftigt mich sehr –, wie wir im Zuge der Agrarpolitik der Welthandelsorganisation und der Liberalisierung der Märkte mit Agrarprodukten aus der ganzen Welt fertig werden. Aber man darf bei der Agrarwende – auch das habe ich immer wieder gesagt – nicht so tun, als ob das Bisherige nichts gewesen sei.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

In Baden-Württemberg – das kann man einfach beispielhaft sagen – haben wir Anfang der Neunzigerjahre unter Gerhard Weiser Agrarumweltmaßnahmen ergriffen und stehen damit beispielhaft da. Nur Bayern gibt für Agrarumweltmaßnahmen noch Mittel pro Hektar in der gleichen Größenordnung wie Baden-Württemberg aus. Das sind auch nicht irgendwelche Maßnahmen, bei denen man Bauern Gelder in die Schuhe schiebt, sondern die Agrarumweltmaßnahmen sind ganz konsequent mit Auflagen verbunden, die einen umweltgerechten Anbau sichern.

Deswegen kann ich zu Frau Künast sagen: Ich bin dafür, dass wir weiterdenken. Aber bringen Sie den ganzen von SPD, Grünen und PDS regierten Tross einmal auf den Stand von Baden-Württemberg! Dann können wir „guten Morgen“ sagen, und dann reden wir über alles weiter.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Dann haben Sie vom ökologischen Anbau gesprochen. Sie sehen die Bemühung der Landesregierung, dafür zu sorgen, dass auch in Baden-Württemberg ökologischer Landbau betrieben werden kann. Ich habe mich auch dazu bekannt. Allerdings habe ich immer gesagt: Zunächst geht es bei den Fördermaßnahmen darum, den Marktzugang zu erleichtern. Ich glaube, wir sind uns darin einig: Am Markt müssen sich die ökologischen Produkte selbst bewähren. Dort liegt der Schlüssel wieder beim Verbraucher. Wir können nicht über den Marktzugang hinaus dafür Sorge tragen, dass die ökologischen Produkte am Markt preisgleich abgegeben werden. Am Markt müssen sie sich selbst beweisen und behaupten.

Am Ökosiegel der Frau Künast habe ich nicht generell oder a priori die Harmonisierung kritisiert. Ich bin dankbar für das, was europaweit gemacht wird. Ich habe nur die Sorge, dass unser zugegebenermaßen höherer Standard an Ökoanbau in Baden-Württemberg durch das Ökosiegel nivelliert wird. Ich habe die große Sorge, dass die Möglichkeit, Teilbereiche einer landwirtschaftlichen Produktion mit dem Ökosiegel zu bedenken, zu einer riesengroßen Menge führt, die dem Verbraucher nicht nützt, sondern schadet, weil er bei all den anderen Tricks, die es mit so genannten Ökosiegeln eben auch gibt – das gibt es im großen Handelsbereich auch –, letztlich nicht mehr zurechtkommt.

(Abg. Teßmer SPD: Unbewiesene Behauptung!)

(Minister Stächele)

Ich sage Ihnen kurzum: Gegenwärtig laufen weitere Untersuchungen. Seit gestern Abend haben wir im Blick auf Birnen und Wachstumsregulatoren Gott sei Dank auch neue Klarheit aus Berlin. Seit gestern ist klar: Das Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin hat auf unsere Bitten hin noch einmal eine toxikologische Bewertung von Chlormequat in Birnen und Karotten vorgelegt.

Die neuen Grenzen, ab denen mögliche gesundheitliche Risiken bestehen, werden bei Chlormequatrückständen in Birnen bei einem Wert von 0,6 Milligramm pro Kilogramm – das läge deutlich unter den 3 Milligramm, aber etwas über dem europäischen Wert –, in Karotten bei einem Wert von 1,2 Milligramm pro Kilogramm gesehen. Bei Mepiquatrückständen – das hat mich allerdings überrascht; denn da gilt die Nulltoleranz – wird tatsächlich von 3,6 Milligramm pro Kilogramm ausgegangen.

(Abg. Hauk CDU: Hört, hört!)

Wenn diese Werte überschritten werden, ist zwar noch keine konkrete Gesundheitsgefahr gegeben, aber gesundheitliche Risiken können nicht mehr mit Sicherheit ausgeschlossen werden.

Nachdem ich das gestern auf dem Tisch hatte, war ich außerordentlich dankbar, dass wir von vornherein mit 0,5 Milligramm gehandelt haben.

Sie sehen: Das ist eine Meldung von gestern Abend. Das bedarf der Absprache mit dem zuständigen Bundesministerium und den anderen Landesministerien. Wir befinden uns da in einem laufenden Prozess. Es geht darum, dass man dabei den Kopf bewahrt, besonnen bleibt, nicht in Kriegsgeschrei verfällt und das, was wir im Interesse unserer Verbraucher tun müssen, tun können, sachlich und nüchtern auch im zuständigen Ausschuss jeweils aufarbeitet.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Wir kommen noch zur Behandlung der Anträge. Frau Kollegin Kipfer hat vorhin vorgeschlagen, die Anträge Drucksachen 13/474, 13/476 und 13/469 an den Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Straßenverkehr entwickeln – Mobilität sichern – Drucksache 13/392

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: fünf Minuten für die Begründung des Antrags und fünf Minuten je Fraktion für die Aussprache.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Klenk.

Abg. Klenk CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Straßenverkehr hat für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und dessen Wettbewerbsfähigkeit eine hohe Bedeutung. Wir haben ihn deshalb in den Mittelpunkt eines ersten Antrags zur Verkehrspolitik gerückt.

Die CDU-Landtagsfraktion setzt dabei entsprechend dem Generalverkehrsplan des Landes auf einen kontinuierlichen Aus- und Neubau von Schiene, Straße, Luftverkehr und Wasserstraßen sowie auf eine – das ist wichtig – optimale Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger.

(Beifall bei der CDU)

Nachdem ich gerade den Kollegen Palmer im Blick habe – er mich wahrscheinlich auch; nein, er bekommt es gar nicht mit –, füge ich hinzu: Dabei lassen wir es aber nicht zu, dass der Straßenverkehr gegen den Schienenverkehr ausgespielt wird. Beide Systeme müssen zu ihrem Recht kommen. Die Zahlen und Fakten auch in diesem Bereich sprechen für sich.

Aber wir wollen uns heute mit dem Straßenverkehr befassen, das heißt Straßenverkehr entwickeln, Mobilität sichern. Schon aus diesem Titel lässt sich entnehmen, dass es uns um eine moderate Weiterentwicklung des Straßenverkehrs, um die Sicherung von Mobilität geht. Diese Forderung erheben wir aber nachdrücklich.

Die CDU hat in ihrem Wahlprogramm ein Sonderprogramm für den Landesstraßenbau angekündigt. Wir haben Wort gehalten und werden in den kommenden Jahren fünfmal 100 Millionen DM zusätzlich ausgeben.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Da kommen wir noch drauf.

Die Mittel für Investitionen steigen dadurch um 50 %. Ich denke, auch das ist ein guter Ansatz, um in einer Zeit wie heute zu investieren. Das kommt auch unserer Bauwirtschaft zugute.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir haben damit den 1998 begonnenen Kurswechsel im Landesstraßenbau fortgesetzt. Nachdem die SPD für den Nachtragshaushalt 1999 Anträge auf Erhöhung gestellt hat – ich war damals noch nicht dabei –, hoffe ich, dass Sie von der SPD heute unserem Anliegen zustimmen werden.

Besonders erfreulich ist es, dass die Mittel für den Unterhalt auf 100 Millionen DM verdoppelt wurden und sich der Erhaltungszustand unserer Landesstraßen dadurch erheblich verbessern wird. Wir machen uns nichts vor: Sie haben es zum Teil auch nötig.

(Abg. Capezzuto SPD: So ist es!)

Dabei ist besonders zu erwähnen, dass durch unser Sonderprogramm viele Ortsdurchfahrten und Ortsumgehungen gebaut werden. Damit kann eine erhöhte Verkehrssicherheit und durch die Entlastung der dort wohnenden Menschen von Lärm und Abgasen ein so genannter Doppelwert erzielt werden.

(Klenk)

Weniger erfreulich ist allerdings nach wie vor die Situation beim Bundesfernstraßenbau.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. La-sotta CDU: Katastrophal!)

Hatten wir 1992 dafür noch 620 Millionen DM zur Verfügung, so sind es nach den neuesten Entwürfen des Bundes zum Haushalt 2002 gerade mal noch 320 Millionen DM – ohne Refinanzierung.

(Abg. Hauk CDU: Skandalös! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Klenk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Capezzuto?

(Abg. Seimetz CDU: Das tät ich nicht!)

Abg. Klenk CDU: Beim nächsten Mal.

Man wundert sich angesichts dieser Zahlen schon, wie der Bundesverkehrsminister zu der Aussage kommt, man habe eine „Spitzenausstattung“ bei den Verkehrsinvestitionen. Das Zukunftsinvestitionsprogramm, das aus den UMTS-Geldern finanziert wird, läuft bis 2003 und finanziert nur zu zwei Dritteln diese Maßnahme. Wie es danach weitergehen soll, bleibt das Geheimnis der Bundesregierung. Wir erwarten, dass die von Herrn Struck vorgeschlagene Verlängerung des Programms noch vor der Bundestagswahl geklärt wird.

(Abg. Drexler SPD: So!)

Das Antistauprogramm, das von der Bundesregierung mehrfach verkauft wurde und mit rund 1,45 Milliarden DM pro Jahr ausgestattet ist, ist noch nicht einmal angelaufen. Ob es 2003 überhaupt pünktlich anlaufen kann, ist fraglich, nachdem, wie Sie ja wissen, die Vergabe des Mautsystems gerichtlich gestoppt wurde.

In diesem Zusammenhang erheben wir die zentrale Forderung, dass die Einnahmen aus der Lkw-Maut – wir reden von zirka 6 bis 9 Milliarden DM abzüglich der Kosten – auf Dauer der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung zur Verfügung stehen sollen. Das von der Pällmann-Kommission festgestellte Finanzierungsdefizit aller Verkehrsträger – wir wollen nicht nur auf die Straße abheben – in Höhe von 7,5 Milliarden DM kann damit zumindest entscheidend verringert, wenn nicht sogar behoben werden.

Jetzt kommt noch ein negativer Höhepunkt der letzten Tage und Wochen. Das war mit Sicherheit der Vorgang, bei dem man mit einer vorläufig geplanten Umschichtung der Bahnmittel die Beschleunigung laufender Straßenbauprojekte durchziehen wollte, und dann die grüne Ideologie über die Vernunft gesiegt hat – leider. Das war Verkehrspolitik nach dem Motto: „Stauen statt bauen“.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Kretschmann GRÜNE: Was ist daran ideologisch, bitte?)

Meine Damen und Herren, wir wollen das Gegenteil. Wir wollen, dass der Verkehr fließt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Sehr gute Rede!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Regina Schmidt-Kühner.

Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen über den Antrag der CDU-Fraktion doch noch einmal etwas zu den grundsätzlichen Fragen sagen.

Ich halte es schon für eine etwas eigentümliche Einschätzung, wenn es in der Begründung des Antrags heißt, dass man mit diesem Antrag den Weg „zu einer mobilen Gesellschaft mit intakter Verkehrsinfrastruktur“ skizzieren und „Entwicklungslinien aufzeigen“ will, dann aber diese Entwicklungslinien und diese intakte Verkehrsinfrastruktur auf einen einzigen Verkehrsträger reduziert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Diesem Anspruch wird dieser Antrag schlichtweg nicht gerecht. Wenn man das haben will, muss man alle Verkehrsträger gemeinsam betrachten und Mobilität nicht auf einen Verkehrsträger einschränken.

(Beifall bei der SPD)

Baden-Württemberg ist und war da meines Erachtens schon weiter. So hat zum Beispiel Verkehrsminister Schaufler damals, als der Generalverkehrsplan 1995 vorgelegt wurde, geschrieben:

Der neue Generalverkehrsplan versteht sich als integratives Verkehrskonzept, das nicht nur Leitlinien der Verkehrspolitik der Landesregierung Baden-Württembergs darstellt, sondern auch Maßnahmen auf anderen Entscheidungsebenen einbezieht. Wesentliche Ansätze sind die effizientere Nutzung der Verkehrsmittel, der weitere Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der bewusster Umgang mit Mobilität.

Mit den in diesem Generalverkehrsplan beschriebenen Strategien und Konzepten erscheint nun das Ziel einer dauerhaften, umweltverträglichen Mobilität in absehbarer Zeit erreichbar.

Es wäre gut gewesen, wenn wir gerade jetzt zu Beginn der Legislaturperiode einen Zwischenbericht zum Generalverkehrsplan erhalten hätten, wenn wir den integrativen Ansatz weiter bewertet hätten und dabei natürlich auch die Frage der ökologischen Auswirkung von Verkehr nochmals besprochen hätten – wie zum Beispiel den Flächenverbrauch, der weiterhin vorhanden ist, und die CO₂-Entwicklung, die weiterhin sehr stark aus dem Verkehr kommt –, und wenn wir die Lärmentwicklung einbezogen hätten. Das wäre notwendig gewesen zu Beginn der Legislaturperiode, um die richtigen Schritte tatsächlich auch einleiten zu können.

(Beifall bei der SPD)

An dem Teilaspekt, der jetzt betrachtet wird, zeigt sich in der Stellungnahme der Landesregierung sehr deutlich – im Übrigen auch im Haushaltsentwurf –, dass sich die zu geringe Investitionstätigkeit der letzten Jahre deutlich bemerkbar macht. Insbesondere wurden Bundes- und Landesstraßen vernachlässigt. Wir wissen alle, wie der Zustand der Straßen ist. Er verschlechtert sich zusehends. Es gibt da

(Regina Schmidt-Kühner)

diese wunderbaren Beispiele von Bundesstraßen, Landesstraßen, aber auch Autobahnen.

Eine Sache, die auch genannt werden muss, ist: Bei den Planungsbehörden häuften sich in einem schon absurd zu nennenden Berg planfestgestellte Maßnahmen, die nicht finanzierbar waren, und zwar auch schon unter den Bedingungen der alten Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Im Generalverkehrsplan ist deutlich beschrieben, dass Investitionstätigkeiten für Bundesstraßen und Autobahnen bis zum Jahr 2000 deutlich eingeschränkt werden, weil man Maßnahmen im Zuge der deutschen Einheit bevorzugte, was wir ja alle so gewollt haben. Hinterher zu beklagen, dass zu wenig Geld für die Verkehrsinfrastruktur auf Bundesebene da war, und trotzdem weiter zu planen, zu planen, zu planen und nicht zu sagen, wie es finanziert werden soll, ist ein Unding.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wenn Sie dies alles der rot-grünen Bundesregierung anlasten, dann ist das aus meiner Sicht Hohn. Diese Bundesregierung hat angefangen, sich der Herausforderung der Unterfinanzierung des Bundesverkehrswegeplans zu stellen. Das Zukunftsinvestitionsprogramm aus den UMTS-Mitteln ist schon genannt worden. Ich muss sagen, Herr Kollege, die UMTS-Mittel können nur einmal verespert werden. Wenn sie ausgegeben sind, sind sie weg für diese Maßnahmen, und danach muss etwas Neues kommen. Das Neue, das kommt, wird die Lkw-Maut sein, wie sie morgen im Bundestag beschlossen werden wird –

(Abg. Dr. Birk CDU: Die wollen wir so nicht! Damit werden noch mehr Arbeitsplätze wegfallen!)

die ihr nicht wollt, und zwar deswegen – –

(Weitere Zurufe von der CDU)

Es ist doch ein völliger Unsinn. Was die Kosten angeht, die das Transportgewerbe betreffen: Diese Maut ist weder inflationstreibend noch sonst etwas Schlimmes. Es werden endlich die Kosten den Verursachern angelastet und die Mittel für Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen verwendet. Was den Lkw-Bereich betrifft: Wir wissen doch, dass sehr viele Probleme durch die Lkws verursacht werden.

(Beifall bei der SPD)

Diese Dinge müssen wir angehen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Lkw-Maut ordentlich umgesetzt wird, dass diese Einnahmen für die Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen ordentlich genutzt werden. Das ist eine Chance für uns. Die Bundesregierung wird den Bundesverkehrswegeplan natürlich weiterfahren. Das ist doch bekannt, und da braucht man doch nicht zu behaupten, dass das nicht passieren würde. Aber beim Bundesverkehrswegeplan wird es darauf ankommen, dass Sie im Land angesichts der hohen Zahl von planfestgestellten Maßnahmen endlich einmal sagen, welche Priorität Sie den einzelnen Maßnahmen beimessen wollen

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

und welche Maßnahmen Sie zuerst realisieren wollen, damit die Leute im Land wissen, was los ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dass die Mittel für den Landesstraßenbau im neuen Haushalt aufgestockt werden, war ein wesentliches Ziel der FDP/DVP-Fraktion. Um dieses Ergebnis zu sichern, bleibt es unsere Aufgabe, Mittel für Investitionen und den Erhalt im Straßenbau trotz angespannter Finanzlage bedarfsgerecht zu verstetigen. So viel zum Guten aus dem Land.

Aber nach dieser kurzen frohen Botschaft kommt jetzt leider das Trauerthema Bundesstraßen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD)

Erinnern wir uns – Frau Kollegin Schmidt-Kühner hat das ja dankenswerterweise sogar noch einmal in Erinnerung gerufen –: Anfang der Neunzigerjahre hat der Bund seine Ausgaben völlig zu Recht auf die neuen Länder konzentriert. Aber wir haben eigentlich gedacht, dass das nachher wieder rekonstruiert wird, dass die Mittel nach Bedarf neu verteilt werden.

(Zurufe der Abg. Drexler und Fischer SPD)

Es ist absolut unerträglich, wenn uns heute Vertreter der hiesigen Opposition süffisant vorhalten, wir bekämen ja schließlich den gleichen Wert an Bundesmitteln wie 1993. Das Geld ging damals zu Recht zu einem Großteil in die neuen Länder; jetzt muss es wieder angepasst werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Am Defizit im Bundesstraßenbau ändern auch die Sonderprogramme nichts; die einen laufen aus, und beim Antistauprogramm ist Baden-Württemberg nur dürftig berücksichtigt.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Und wenn man bedenkt, dass es bei uns tatsächlich einen Investitionsstau von 56 Projekten gibt, dann ist dringender Handlungsbedarf gegeben.

Meine Damen und Herren, Sie tun jetzt gerade so, als hätte die Landesregierung die Planmengen aus Jux und Tollerei vorangetrieben. Sie alle wissen doch aber, wenn Sie auf den Straßen unterwegs sind, wo die Strecken sind, auf denen dringend etwas getan werden muss.

(Abg. Drexler SPD: Landesstraßen!)

Der tägliche Dauerstau belastet nicht nur die Umwelt und die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung gleichermaßen; die Einzelbilanzen zum Beispiel der Handwerksbetriebe in Ballungszentren sind genauso negativ betroffen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

(Heiderose Berroth)

Es ist klar: Wir brauchen Straßenbau, aber, meine Damen und Herren, wir werden dieses Problem allein damit nicht lösen können.

Nun gehöre ich gewiss nicht zu denen, die hier den ideologischen Zeigefinger heben; dazu fahre ich selbst viel zu gern Auto, und ich weiß, wie wichtig zügige Geschäftsfahrten gerade für unsere mittelständische Wirtschaft sind. Aber es gibt immer noch zu viel Verkehr auf unseren Straßen, der eigentlich nicht sein müsste.

Solange es sich allerdings kaufmännisch rechnet, dass Milch nach Italien transportiert wird und als Joghurt wieder zurückkommt, können wir es keinem Unternehmer verbieten, wenn er diesen Effekt ausnutzt. Hier muss die europäische Politik die Vorgaben ändern.

Es ist auch beileibe nicht das oft gescholtene Just-in-time-Prinzip bei der industriellen Fertigung, das so viele Lkws auf unsere Straßen bringt; denn die Güter werden ja trotzdem nur einmal bewegt. Zu viel mehr Transporten führt vielmehr die krasse Differenz bei Personal- und sonstigen Produktionskosten. Dadurch wird es interessant, in anderen Ländern zu produzieren und die Waren, zum Beispiel Teile und Zubehör, hierher zu transportieren. Die Transportkosten gleichen die Erträge, die dadurch zu erzielen sind, bei weitem nicht aus.

Dann kommen Sie auf die schlaue Idee, die Transportkosten zu erhöhen. Das ist aber natürlich der absolute Witz; denn damit wäre unsere Wirtschaft endgültig nicht mehr wettbewerbsfähig. Nein, hier sind andere Maßnahmen zu ergreifen, und das haben wir an anderer Stelle in diesem Haus auch schon vielfach erörtert:

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Was denn?)

Senkung von Steuern, Senkung von Personalzusatzkosten und andere Maßnahmen in diesem Bereich.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Fischer SPD:
Was hat das mit dem Straßenbau zu tun?)

Ein weiterer Brocken wirklich vermeidbaren Straßenverkehrs rollt gerade auf uns zu. Der Verkehr der Deutschen Bahn AG findet bald mehr auf der Straße als auf der Schiene statt. Sie schließt Güterverkehrszentren und bietet Lkw-Transport an. Damit konterkariert sie alle integrativen Konzepte, die Frau Schmidt-Kühner gerade zu Recht angemahnt hat.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Es gab einen Zuwachs von 7 % bei der Bahn!)

Und diejenigen, die als Aktionäre in Berlin diese Entwicklung stoppen müssten, schauen fassungslos zu und tun nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wollten Sie Liberalisierung oder nicht?)

Dieselbe Bahn ist jetzt nicht in der Lage, ihre UMTS-Investitionsmittel auszugeben.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Warum? – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Weil die nicht geplant haben!)

Da hat Herr Bodewig eine gute Idee und will die dadurch frei gewordenen Mittel – für Baden-Württemberg wären das immerhin 80 Millionen DM gewesen – dem Straßenbau zukommen lassen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Guter Mann, der Bodewig!)

Aber dann gibt es eine wirklich unheilige Allianz von grüner Eichel: Der Bundesfinanzminister kassiert das Geld und packt es in den Haushalt. Adieu, Verkehrsinfrastruktur!

Die FDP hat für den Bundesfernstraßenbau folgende Forderungen:

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Woher kommt das Geld?)

Als Notlösung sollte überlegt werden, bei weiteren Engpässen die Nutzung der Standspuren zuzulassen. Die großen Vorteile auf der A 81 zeigen, dass es sich lohnt.

Das Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz muss rasch novelliert werden, damit das Betreibermodell in breitem Umfang angewandt werden kann – beispielhaft auf der A 5 zwischen Baden-Baden und Offenburg; dazu läuft gegenwärtig eine Machbarkeitsstudie.

Wir fordern eine Umsetzung der wichtigsten Empfehlungen des Pällmann-Papiers – ich komme gleich zum Ende; in diesem Haus habe ich schon so oft meine Redezeit nicht ausgenutzt, dass ich jetzt auch noch zu Ende spreche –,

(Abg. Drexler SPD: Das sind ja Behauptungen! Das gibts ja nicht! Das kann ja jeder sagen! – Weitere Zurufe)

den Einstieg in künftige Nutzungsentgelte nach dem Nutzer- und Veranlassungsprinzip. Dies wäre ein erster, wichtiger Schritt zur Mobilisierung privaten Kapitals zur Finanzierung von Straßenverkehrsinvestitionen, wie sie Wirtschaftsminister Döring schon Mitte letzten Jahres gefordert hat.

Die Einnahmen aus der neuen Lkw-Maut dürfen ausschließlich für Straßenbau und -erhaltung verwendet werden. Gerade die schweren Lkws machen die Straßen kaputt. Zur Erinnerung: Ein 40-Tonnen-Lkw entspricht 60 000 Pkws.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Abg. Berroth, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Jawohl, sofort.

Wir fordern den Bund auf, bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans die Länder frühzeitig einzubeziehen – das ist das, was im Moment fehlt –,

(Abg. Drexler SPD: Die Prioritätenliste fehlt! – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

damit wir nicht einfach vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

(Heiderose Berroth)

Schließlich sind wir auch der Meinung, dass der baden-württembergische Generalverkehrsplan dringend überarbeitet werden muss, weil inzwischen fast alle Daten überholt sind.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD:
Dann macht es doch! Ihr seid an der Regierung!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich hoffe, es ist allen klar, dass es hier keine Verrechnung mit irgendwelchen früheren Redezeiten gibt. Ich bitte Sie, die Redezeiten wenigstens annähernd einzuhalten.

(Abg. Drexler SPD: Genau! Sonst hat das ja keinen Sinn!)

Das Wort erhält Herr Abg. Palmer.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jetzt kommt Klasse statt Masse!)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Präsident, liebe Autofahrerinnen und Autofahrer! Sehr geehrter Herr Minister Müller, in jüngerer Zeit haben Sie bekannt, dass Sie derzeit lieber Verkehrs- als Umweltminister sind. Das kann man nachvollziehen, wenn man an Ihren Auftritt als Ultimator denkt. Aber ich muss Ihnen sagen, die Vorlage, die wir heute diskutieren, ist beinahe so peinlich wie Ihre Reaktoraufsicht. Sie fahren vierspurig direkt in die Sackgasse.

Fangen wir an mit den Bahninvestitionen – erste Spur. Die beiden Redner der Regierungsfractionen haben jetzt lange auf „Ideologie“ herumgetrampelt. Ich frage Sie: Worin besteht eigentlich die Ideologie, wenn wir Grünen endlich wieder eine pünktliche Bahn wollen?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Haben wir doch nichts dagegen!)

Sie sollten sich schämen. Sie haben es geschafft, die Bahninvestitionen so lange herunterzufahren,

(Abg. Hauk CDU: Das ist doch gar nicht wahr!)

bis die Bahn nicht mehr in der Lage ist, das Geld, das wir ihr für die Planung zur Verfügung stellen, zu verbauen. Das ist die Situation.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es! Heruntergefahren!)

Was ist jetzt in Berlin passiert? Wir haben gesagt: Für das Jahr 2002 wollen wir keinen Deckungsvermerk zwischen Straße und Schiene. Sie haben nichts anderes gefordert, als im Jahr 2002 800 Millionen DM an Bahninvestitionen in den Straßenbau umzuschichten.

(Abg. Dr. Birk CDU: Was sind denn das für Legenden, Kollege Palmer?)

Wir haben das verhindert. Darauf sind wir stolz,

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

denn wir wollen eine pünktliche Bahn, die ein funktionierendes Netz zur Verfügung hat. Sie haben es verlottern lassen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Bei Ihnen versickert das Geld im allgemeinen Haushalt! – Abg. Hauk CDU: Das versickert doch bei Ihnen!)

Die zweite Spur in die Sackgasse: der Erhaltungszustand des Straßennetzes im Land. Es ist interessant, wie Sie da zwischen Bundes- und Landesstraßen differenzieren. Ich zitiere aus der Vorlage, die wir diskutieren: Der Anteil der Bundesstraßen einschließlich Autobahnen in gutem Zustand ist von 23 auf 32 % des Netzes angewachsen – 9 % mehr –, und der in sehr schlechtem Zustand von 17 auf 11 % abgesunken – 6 % weniger.

Aber Bundesautobahnen sind für Sie, weil rot-grün, einfach per definitionem in schlechtem Zustand. Deswegen heißt es im Text, dass sich der Fahrbahnzustand insgesamt nicht wesentlich verändert hat und in Teilbereichen eine zunehmende Verschlechterung festzustellen ist.

Wie Sie das mit Ihrer Antwort, wonach alles besser geworden ist, überhaupt in Einklang bringen können, ist mir rätselhaft. Vielleicht hätten Sie vorher einmal mit dem Ministerium darüber konferieren sollen, was Sie eigentlich fragen wollen.

Bei den Landesstraßen hingegen sind Sie wie Frau Berroth, die ja nur einen Satz über die Landesstraßen verloren hat, aus gutem Grund sehr kleinlaut. Da halte ich Ihnen Ihre eigene Stellungnahme vor. Hier steht:

Der Erhaltungszustand des Landesstraßennetzes hat sich zwischen 1993 und 1999 zunehmend verschlechtert.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Heruntergefahren bis 1996!)

Wer, bitte schön, war da eigentlich an der Regierung? Waren in Baden-Württemberg Sie das oder wir?

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt kommen wir zu den Ausgaben für den Straßenneubau, die dritte Spur in die Sackgasse. Da fordern Sie allen Ernstes 600 Millionen DM plus Vorfinanzierungskosten vom Bund für Baden-Württemberg. Ich muss Ihnen sagen: Das ist eine doppelte Bodenlosigkeit. – Herr Hauk, hören Sie doch mal zu!

(Abg. Wieser CDU: Schreien Sie doch nicht so!)

– Es wird immer dazwischengeschrien.

(Abg. Dr. Birk CDU: Herr Kollege, Sie haben sich ja schon verausgabt! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Einen Moment bitte, Herr Abg. Palmer. – Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Ruhe. Dann kann der Redner auch der Aufforderung nachkommen, etwas leiser zu reden, und Sie haben insgesamt die Möglichkeit, ihm zuzuhören.

Bitte schön, Herr Abg. Palmer.

(Abg. Wieser CDU: Ich danke Ihnen, Herr Präsident!)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Erstens, Herr Hauk, ist es unmoralisch, weil Sie für die Folgen des Schuldenmachens nicht eintreten wollen. Sie wollen die Kosten der Vorfinanzierung an die Nachfolgeregierung abdrücken. Das ist unmoralisch.

Zweitens ist es fast schon eine vaterlandslose Straßenbaupolitik,

(Abg. Dr. Birk CDU: Hoppla! – Abg. Hauk CDU: Oh, das sagen die richtigen Gesellen!)

wenn Sie sich hier hinstellen und fordern, dass auf dem Rekordniveau von 1992/93 in Baden-Württemberg investiert werden soll, obwohl Sie genau wissen, dass über 200 Millionen DM in Ostdeutschland nicht verbaut werden konnten und deswegen hierher geflossen sind. Sie wollen also im Osten nicht mehr bauen. Verkünden Sie das bitte in Sachsen und Sachsen-Anhalt!

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Drexler SPD: Genau! – Abg. Hauk CDU: Die Sachsen sind sogar mit uns einig!)

Ich belege Ihnen das noch mit einer Zahl. Bundesverkehrsminister Wissmann – wenn ich richtig informiert bin, CDU-Mitglied und aus Baden-Württemberg – hat 1997 nach Baden-Württemberg exakt 363 Millionen DM

(Abg. Drexler SPD: Müde! – Abg. Bebber SPD: Schlappe!)

Hauptbautitel geschickt für Straßenneubau, Bundesstraßen und Autobahnen, und im Jahr 2001 Verkehrsminister Bodewig – jetzt raten Sie mal – 430 Millionen DM.

(Abg. Drexler SPD: Das weiß Frau Berroth nicht! So ist es!)

Das sind 70 Millionen DM mehr für Straßenneubau. Wenn ich als Grüner Ihnen sage, dass wir mehr für Straßenbau ausgeben, dann können Sie das glauben. Ich bin nämlich nicht stolz darauf. Aber hören Sie mit Ihren Märchengeschichten auf, Sie würden benachteiligt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Drexler SPD: Genau!)

Jetzt vergleichen wir das wieder mit dem Landesstraßenbau. Da rühmen Sie sich, Sie würden 300 Millionen DM investieren. Sehen wir genauer hin.

(Abg. Hauk CDU: Es ist interessant, dass sich die Grünen den Straßenbau so zu Herzen nehmen! – Abg. Wieser CDU: Herr Palmer, wissen Sie, wie viele genehmigte Straßenbauprojekte wir haben, die auf der Warteliste stehen? – Abg. Drexler SPD: Und zwar seit 100 Jahren!)

– Das weiß ich sehr genau:

(Abg. Wieser CDU: Bundesstraßen!)

Die Hälfte aller Straßenbauplanungen in ganz Deutschland betrifft Baden-Württemberg. Das ist die Antwort auf Ihre Frage.

Jetzt kommen wir zum Landesstraßenbau.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Hauk CDU: Das belegt doch die Dringlichkeit!)

– Jetzt lassen Sie uns doch über den Landesstraßenbau reden. Sie rühmen sich, 300 Millionen DM zu investieren. Schauen wir genau hin: 100 Millionen DM davon – wohin ist Herr Stratthaus eigentlich verschwunden?, das hat einen Grund, dass er weg ist –

(Abg. Drexler SPD: Er sitzt unterm Tisch!)

kommen aus dem Landeshaushalt, und 205 Millionen DM kommen aus Sonderprogrammen. Das ist reine verdeckte Kreditaufnahme. Sie machen Straßenbau auf Pump und sonst gar nichts. Schämen Sie sich!

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Drexler SPD: Genau!)

Die vierte Spur in die Sackgasse – meine Redezeit ist zu Ende;

(Abg. Dr. Birk CDU: Palmer, aufhören, setzen!)

wenn Sie nicht dazwischenschreien, komme ich zum Ende – ist der kommunale Straßenbau. Sie planen jetzt 50 Millionen DM mehr für den kommunalen Straßenbau aus dem GVFG, und Sie verschweigen, dass diese 50 Millionen DM beim öffentlichen Verkehr gestrichen werden. Wir als Grüne sagen Ihnen ganz klar: Diese Umschichtung lehnen wir ab.

Ich fasse zusammen: Ergebnis Ihrer Straßenbaupolitik im Land Baden-Württemberg ausweislich Ihrer eigenen Stellungnahme, die Sie heute vorgelegt haben:

(Abg. Drexler SPD: Katastrophal!)

Schlaglöcher bis zum Erdmittelpunkt und Haushaltslöcher bis Australien.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wieser CDU: Unglaublich!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Scheuermann.

(Abg. Drexler SPD: Der Scheuermann kommt jetzt gerade aus einem Schlagloch heraus! – Heiterkeit)

Abg. Scheuermann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst zu Ihnen, Herr Kollege Palmer: Bahninvestitionen und Umschichtung in den Straßenbau. Sie hätten völlig Recht, wenn das Geld, um das wir hier streiten, tatsächlich von der Bahn verbaut werden könnte. Aber es ist offensichtlich, dass die Bahn dieses Geld nicht verbauen kann.

(Abg. Dr. Birk CDU: Und das weiß der Palmer!)

Herr Palmer, niemand will es doch der Bahn wegnehmen. Man möchte es bloß jetzt vorziehen, und wenn die Bahn schließlich in der Lage ist, dieses Geld zu verbauen, bekommt sie das Geld wieder. Das ist also keine Grundsatzentscheidung für oder gegen die Bahn, sondern eine ver-

(Scheuermann)

nünftige Bewirtschaftung von Geld, das der eine im Moment nicht ausgeben kann und der andere dringend nötig hätte.

(Beifall bei der CDU)

Da besteht überhaupt kein Anlass, sich aufzuregen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Scheuermann, die Bahn wird es nächstes Jahr ausgeben! Warten Sie es ab!)

Jetzt, Herr Palmer, Bundesstraßen/Landesstraßen. Auf beiden Ebenen haben wir einen Nachholbedarf, sowohl was die Erhaltung als auch was den Neu- und Ausbau betrifft. Aber im Gegensatz zum Bund haben wir im Land mit dem letzten Haushalt und mit dem jetzt in der Debatte befindlichen Doppelhaushalt Konsequenzen aus dieser Situation gezogen. Im Prinzip verlangen wir nichts anderes, als dass der Bund für die Bundesfernstraßen in Baden-Württemberg das Gleiche tut, was wir jetzt beim Landesstraßenbau gemacht haben.

Jetzt will ich Ihnen nur einmal eine ganz einfache Tatsache nennen. Nennen Sie mir ein anderes Bundesland – von 16 –, das keine einzige heutigem Standard entsprechende Ost-West-Verbindung in Autobahnqualität hat. Außer Baden-Württemberg gibt es kein einziges.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Schleswig-Holstein!)

Wir haben nicht eine einzige Ost-West-Verbindung, die auf jeder Bahn mindestens drei Fahrspuren hat. Dann nützt mir das ganze Gerede, wir hätten zu viele Planfeststellungen oder dergleichen, nichts. Wir haben einen gewaltigen Nachholbedarf.

(Beifall bei der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Der kann nicht in drei Jahren entstanden sein!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schauen Sie sich einmal die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland an, und abstrahieren Sie einmal davon Bayern, Baden-Württemberg und von den neuen Bundesländern Sachsen und Thüringen. Wenn Sie das machen, stünden Sie doch im Bund noch viel katastrophaler da als jetzt. Da muss man doch wenigstens den Ländern, die noch ein klein wenig Wachstum haben, die ganz dringenden und unbedingt notwendigen Straßen gewährleisten. Sonst ist man nämlich schnell mit dem Schluss bei der Hand, zu sagen: Hier wird ganz bewusst torpediert, weil man das Wachstum beeinträchtigen möchte.

(Beifall bei der CDU)

Nun, Frau Abg. Schmidt-Kühner, noch ein paar Sätze zu Ihnen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Scheuermann, in welche Himmelsrichtung verläuft denn die A 8?)

– Alle Autobahnen mit geraden Zahlen verlaufen in Ost-West-Richtung, und alle Autobahnen mit ungeraden Zahlen verlaufen in Nord-Süd-Richtung.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie haben doch gerade gesagt, es gebe keine!)

– Keine zweibahnige mit jeweils drei Spuren.

(Abg. Wieser CDU: So ist es!)

So ist es.

Jetzt, Frau Schmidt-Kühner, in aller Sachlichkeit noch ein paar Bemerkungen zu Ihnen.

Erstens: Kurz vor der Landtagswahl hat das zuständige Ministerium einen Zwischenbericht zum Generalverkehrsplan vorgelegt.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Neue Abgeordnete!)

– Ja, neue Abgeordnete. Aber ein neuer Abgeordneter wird sich ab und zu auch einmal mit einem alten Abgeordneten unterhalten müssen, sonst hätten wir überhaupt keine Kontinuität in der Politik.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Wir machen doch kein Fortbildungsprogramm!)

Also, die Vorlage eines Zwischenberichts ist, glaube ich, erledigt.

Jetzt weiter: planfestgestellte Maßnahmen. Wenn Sie die Stellungnahme der Regierung richtig gelesen haben, müssten Sie wissen, dass wir 56 planfestgestellte Maßnahmen haben, und immerhin sind 24 davon in das Zukunftsinvestitionsprogramm und in das Antistauprogramm eingegangen. Glauben Sie im Ernst, wir wären, wenn wir nicht den Druck der 56 planfestgestellten Maßnahmen gehabt hätten, jetzt mit 24 zum Zug gekommen? Wenn Sie das glauben, lasse ich Sie gern in diesem Glauben.

Letzte Bemerkung zur Maut, weil es sich dabei in der Tat um eine in die Zukunft wirkende Maßnahme handelt. Die CDU-Fraktion ist für diese Maut. Da brauchen wir uns nicht zu streiten. Allerdings haben wir dabei ein paar Bedingungen. Eine Bedingung ist, dass wir nicht einfach dem Speditionsgewerbe eine zusätzliche Last auferlegen, sondern dass wir uns bemühen, zu prüfen, wie wir hier einen Ausgleich schaffen können.

Jetzt sage ich zum Schluss nur eines: Es wird nicht gehen, die Maut voll für die Bundeskasse zu kassieren und nicht einmal vonseiten des Bundesverkehrsministers den Anspruch zu erheben, die Mittel ausschließlich für Verkehrsinvestitionen zu verwenden, und dann von Eichels Seite herumzufantasieren, ob man etwa die Kraftfahrzeugsteuer, die ausschließlich den Ländern zusteht, für Lkws senken könnte.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Diesen Kuhhandel, der auch noch zu unseren Lasten ginge, werden Sie uns ja hoffentlich nicht zumuten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Das ist ja ein Stauprogramm!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Müller.

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Zunächst einmal möchte ich sagen: Wenn man über Mobilität spricht, dann ist es keine Schande, auch über Straßenbau zu sprechen. Die Straße ist noch immer der Verkehrsträger, über den 85 % des Verkehrs abgewickelt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Röhms CDU: Bravo! – Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Ich glaube, es ist absolut legitim, bei einem Thema, das in der Öffentlichkeit eine derart große Rolle spielt, wirklich einmal über die Straße zu sprechen und nicht nur über die Schiene, auch wenn wir mehr Geld für den Schienenverkehr als für den Straßenbau ausgeben. Das darf man einfach anmerken.

Zum Zweiten will ich darauf verweisen: In der Tat sind die Bundesfernstraßenprobleme die größeren. Deswegen möchte ich mich auch damit befassen. Wir haben auch Probleme im Landesstraßenbau, aber wir haben gelernt und sind dabei, zu verbessern.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

In der Zeit, in der ich Minister bin, sind die Mittel im Landesstraßenbau mehr als verdoppelt worden. In drei Jahren wurden sie mehr als verdoppelt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Und die Schulden auch! Die zahlen wir später, Herr Minister! – Gegenruf des Abg. Hauk CDU: Das ist doch nicht wahr!)

– Nein, die Schulden haben sich in dieser Zeit nicht verdoppelt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die Schulden für den Straßenbau verdoppeln sich! Aber sicher!)

– Nein. – Ich kann nur sagen: Im Bund hatten wir ja jetzt jedes Jahr einen neuen Verkehrsminister. Ich bin einmal gespannt, ob ich in dieser Legislaturperiode noch einen vierten Verkehrsminister erlebe. Wenn Herr Bodewig behaupten könnte, dass die Mittel für den Bundesfernstraßenbau in seiner Amtszeit oder in der Amtszeit seiner Vorgänger verdoppelt worden seien, dann würde ich sagen: Voilà, das ist eine Leistung. Aber das, was wir gemacht haben, das ist nun tatsächlich eine Leistung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Bebber SPD und Kretschmann GRÜNE)

Ich will mich im Prinzip mit zwei Komplexen befassen: erstens mit bestimmten Stichworten, die in der öffentlichen Diskussion immer wieder kommen. Da ist das Stichwort „Prioritätenliste des Landes“. Da ist das Stichwort „Spatenstichpolitik“, da ist das Stichwort „Schubladenpläne“. In einem zweiten Komplex will ich mich kurz einmal mit dem Geld befassen. Denn um das Geld geht es im Straßenbau halt ganz wesentlich.

Zur Prioritätenliste des Landes: Meine Damen und Herren, wohin ich komme, höre ich: Die Probleme liegen nicht darin, dass wir zu wenig Geld haben, sondern darin, dass das Land angeblich die falschen Prioritäten setzt. Das sagt der SPD-Abgeordnete im Wahlkreis X genauso wie der im Wahlkreis Y und der im Wahlkreis Z, und überall liegt es scheinbar nicht daran, dass wir zu wenig Geld hätten, sondern daran, dass irgendeine Landesregierung es versäumt hätte, sich gerade für dieses Projekt auszusprechen.

Jetzt sage ich einmal, von allem anderen abgesehen – ich komme gleich noch auf ein paar Details –, schon rein von der Logik her ist das so: Wenn ich Wünsche für 100 DM habe, aber bloß 10 DM habe, dann liegt mein Problem darin, dass mir 90 DM fehlen, aber nicht darin, dass ich mich innerhalb der 10 DM für das eine oder das andere Projekt entschieden habe.

(Abg. Bebber SPD: Ihr drückt euch vor der Verantwortung! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Nein, nein. Ich komme auf das Thema Verantwortung gleich zu sprechen, Herr Bebber. Dazu kann ich Ihnen ein paar saubere Sachen auf den Tisch des Hauses legen, bei denen Sie sich wundern.

Ich sage zunächst einmal nur: Von der Logik her können Sie ein Finanzproblem nicht durch ein Prioritätenproblem ersetzen wollen. Das wäre Ihnen lieb. Sorgen Sie für das Geld, und geben Sie uns den Spielraum, dass wir Prioritäten setzen können. Dann werden wir diese auch setzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Die ruhige Hand! Die ist zu ruhig!)

Schauen wir uns jetzt einmal die Realität der neuen Bundesregierung an. Die neue Bundesregierung hat vier Entscheidungen getroffen, und an allen vier Entscheidungen hat sie das Land Baden-Württemberg nicht beteiligt.

Erstens: Investitionsprogramm 1999 bis 2002. Das war eine formale Beteiligung von wenigen Arbeitstagen.

Zweitens: Antistauprogramm. Die Ergebnisse sind uns über die Presse mitgeteilt worden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Über die „Bild“-Zeitung! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Die „Bild“-Zeitung war es damals. Ich kann mich noch ganz genau daran erinnern. Damals habe ich einen Zwischenruf von der SPD bekommen, ich solle keine „Bild“-Zeitung lesen. Das war das Einzige.

Wir reden jetzt über das Zusammenwirken von Bund und Land. Wenn ich feststelle, dass wir Informationen nur über die Presse mitgeteilt bekommen, muss ich sagen: Dann können Sie sich nicht darauf berufen, dass wir in irgendeiner Weise hätten Einfluss nehmen sollen oder können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

(Minister Müller)

Dritte Etappe: Im Sommer 2000 ist eine globale Minderausgabe aufgehoben worden. Das ist ja erfreulich. Was mit dem Geld gemacht worden ist, hat man uns vonseiten des Bundes über die Presse mitgeteilt. Ich habe damals übrigens ein Projekt erwähnt. Das war seinerzeit in Konstanz – ich kann mich genau erinnern – beim „Südkurier“. Damals habe ich gesagt, was mir recht gewesen wäre: der Beginn von Schwetzingen – Plankstadt. Das ist ein Beispiel dafür, wohin das Geld fließen sollte. Vor zwei Tagen hat der SPD-Abgeordnete von Schwetzingen – Plankstadt gesagt, jetzt käme diese Straße. Das habe ich schon vor zwei Jahren gefordert. Aber das war völlig vergeblich. Der Bund wollte unseren Rat nicht.

Dann kam im Herbst 2000 das Zukunftsinvestitionsprogramm. Beim Zukunftsinvestitionsprogramm haben wir gesagt: Jetzt sind wir drei Mal nicht gefragt worden, jetzt bieten wir dem Bundesverkehrsminister genau die Prioritätensetzung an, die er immer von uns verlangt. Das war Klimmt in seinen letzten Amtstagen. Wir haben einen Brief geschrieben und mitgeteilt: Wir sind bereit. Wir hatten auch eine Liste. Aber wir sind keiner Antwort gewürdigt worden. Und wissen Sie, wie publiziert worden ist? Jeder örtliche SPD-Abgeordnete hat seine Straße in seinem Wahlkreis verkauft – soweit er eine bekommen hat. Das ist die Abstimmung zwischen Bund und Land. Jetzt frage ich mich wirklich: Wie können Sie überhaupt noch die Frechheit besitzen, von uns zu erwarten, dass wir Prioritäten setzen,

(Unruhe bei der SPD – Abg. Rudolf Hausmann
SPD: Unverschämt!)

wenn derjenige, der uns fragen könnte, nämlich der Bund, nicht fragt?

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP
– Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Wintruff)

Jetzt führe ich noch ein konkretes Beispiel an, weil ich das in einer Veranstaltung erlebt habe. Der Abgeordnete Lange, Bundestagsabgeordneter der SPD,

(Abg. Bebber SPD: Guter Mann!)

sagt bei einer Veranstaltung, bei der es um die B 14 ging, dass die B 14 im Raum Winnenden ein Stück weit neu gebaut werde, sei sein persönliches Verdienst. Und jetzt passen Sie auf, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, das ist Bananenrepublik –

(Lebhafte Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Bebber:
Das machen Ihre Kollegen doch genauso! – Abg.
Wintruff SPD: Das machen Ihre Kollegen wie
Herr Wieser doch jeden Tag!)

– Nein, nein. Das wollen Sie jetzt nicht hören. Das wollen Sie jetzt nicht hören, Herr Berberich, das weiß ich.

(Anhaltende Unruhe bei der SPD – Abg. Bebber
SPD: Sie können sich noch nicht einmal Namen
merken!)

– Das wollen Sie nicht hören.

Herr Lange sagte, das sei sein persönliches Verdienst gewesen, und er hat auch noch gesagt: Und das war nicht ein-

fach; denn ich musste mich gegen 35 SPD-Bundestagsabgeordnete durchsetzen.

Jetzt haben wir die schöne Spielregel: Die gebauten Straßen sind Sache des örtlichen SPD-Abgeordneten und die nicht gebauten Sache der Landesregierung. Meinen Sie, so blöd sind wir? Auf keinen Fall.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD, u. a.
Abg. Wintruff: Herr Wieser macht das genauso! –
Abg. Bebber SPD: Wieser ist ein Prototyp dafür!)

Ich kann Ihnen gerne etwas dazu sagen, wie wir die Programme aufstellen. Dazu kann ich Ihnen wirklich etwas sagen. Wissen Sie, wie wir das machen,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: In unserem Haus-
halt!)

ganz konkret in diesem Doppelhaushalt?

(Anhaltende Unruhe und Zurufe)

– Maulen Sie mal nicht so dazwischen, sondern hören Sie sich etwas an. – Wir machen das so, dass wir auf der einen Seite die Verwaltungsschiene nutzen. Wir fragen unsere Straßenbauämter. Und auf der anderen Seite fragen wir natürlich auch im politischen Umfeld – und das heißt in diesem Fall auch bei den Regierungsfractionen –: Wie schaut es denn aus?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aha! – Abg. Wieser
CDU: Die kennen sich aus! – Abg. Bebber SPD:
Ausgerechnet! – Abg. Fischer SPD: Aber nicht nur
die!)

– Ja, die kennen sich aus. – Dann fassen wir beides zusammen, und das ist ja auch nicht illegitim. Aber der Kollege Wieser hat zu seinem Kummer beispielsweise im nächsten Haushalt gerade keine Straße gekriegt, wie er mir gegenüber heute betont hat.

(Zuruf des Abg. Braun SPD)

Er behauptet nicht, das sei sein persönliches Verdienst, sondern wir haben eine fachliche –

(Große Unruhe bei der SPD – Zurufe der Abg.
Kretschmann GRÜNE und Wintruff SPD – Abg.
Wieser CDU: Das steht morgen in der Zeitung! –
Abg. Bebber SPD: Er tut so, als hätte er es bezahlt!
– Glocke des Präsidenten)

– Nein, nein.

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, wenn Ihr Erstaunen auch groß ist, so bitte ich doch, die Lautstärke etwas zu reduzieren.

Bitte, Herr Minister.

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Wir haben zunächst einmal die fachliche Ebene eingeschaltet. Das würde im Verhältnis zwischen Bund und Land bedeuten, dass man uns einschaltet. Aber das findet im Falle des Bundes überhaupt nicht statt. Wir fragen unsere Ämter. Warum fragt uns der Bund nicht?

(Minister Müller)

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD – Abg. Wieser CDU:
Politische Autisten sind das in Berlin!)

Das muss ich einmal fragen.

Zweitens: Wir haben ein Paket von Entscheidungen, aber die positiven und die negativen Entscheidungen werden politisch von allen Beteiligten mitgetragen, egal, ob sie etwas kriegen oder nicht. Aber diese Spielregel, dass die gebauten Straßen von den einen stammen und für die nicht gebauten Straßen die anderen verantwortlich sind, können Sie sich wirklich abschminken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt will ich Ihnen das Engagement des Bundes und seine Bereitschaft, auf die Wünsche des Landes einzugehen, auch noch an einem anderen Beispiel deutlich machen, das die Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans betrifft. Wir reden dabei nicht über die Investitionsprogramme, die wir im Augenblick laufen haben, sondern über die Perspektive der nächsten 15 Jahre. Alle Bundesländer tun dasselbe wie wir, und alle Bundesländer beklagen sich über dasselbe wie wir.

Erstens: Alle haben mehr angemeldet, als sie je bekommen werden – das haben auch wir gemacht. Alle Bundesländer haben dabei keine Prioritätenfestlegung vorgenommen – keine –, weil sie nicht wussten, wie groß der Finanzspielraum sein wird – wir wissen bis heute nicht, was ab 2003 geschieht – und wie die Kriterien sind. Sind die Kriterien mit uns abgestimmt? Nein. Kennen Sie beispielsweise das Kriterium einer Umweltrisikostudie, die jetzt beim Bundesverkehrswegeplan aufgestellt wird? Da soll ein Drittel der Bundesstraßen einbezogen und unter ökologischen Gesichtspunkten kritisch bewertet werden. Das kann man ja grundsätzlich machen; ökologische Aspekte spielen bei der Straßenplanung logischerweise eine Rolle. Aber es würde einen schon einmal interessieren, wie denn die Kriterien konkret aussehen und wie sie auf die einzelnen Fälle angewandt werden.

Mittlerweile gibt es im Bundesverkehrsministerium den Versuch, Kriterien ohne Abstimmung mit den Ländern zu entwickeln. Wir hätten zum Beispiel aufgrund unserer Topographie, unserer verdichteten Räume, unserer Ballungszentren usw. usf. logischerweise andere Kriterien als die übrigen Bundesländer. Wir haben darauf aber keinen Einfluss. Aber dann kann man sich nicht anschließend darüber beklagen, dass wir Ergebnisse bekommen, die wir nicht teilen.

Jetzt kommt der Versuch, die Kriterien auf die einzelnen Projekte anzuwenden. Wissen Sie, was der Bund jetzt sagt? Er möchte die Ergebnisse der Bewertung nicht öffentlich diskutiert haben. Das ist die Realität.

(Abg. Hauk CDU: Wo bleibt die Transparenz?)

Aber Sie stellen sich anschließend hin und behaupten, es läge an der Prioritätensetzung des Landes. Wenn Prioritäten gesetzt werden sollen, sollen es diejenigen tun, die die Verantwortung übernommen haben. Wir haben unsere Mitwirkung angeboten. Aber ich bin nicht bereit, lediglich die negativen Entscheidungen zu verantworten.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser
FDP/DVP)

Stichwort Spatenstichpolitik. Ich kann mich noch erinnern: Als Sie vor drei Jahren frisch an die Regierung gekommen waren, hatten Sie das Problem, dass wir in der Tat in Baden-Württemberg eine Reihe offener Baustellen hatten, die Sie hätten zu Ende finanzieren sollen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das wird doch gemacht!)

– Ja, jetzt im Laufe der Jahre mit Müh und Not.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Jetzt bin ich einmal an der Reihe, Herr Palmer.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie reden schon länger!)

Sie haben uns vorgeworfen, wir hätten mit viel zu vielen Baustellen begonnen, und Sie haben das mit dem wunderschönen Stichwort Spatenstichpolitik bezeichnet, so nach dem Motto: im Verhältnis zu dem Geld, das in der Kasse ist, zu viel angefangen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Damit hat er Recht gehabt! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ja, Sie können sich an Ihre eigenen Vorwürfe noch erinnern. Aber jetzt frage ich Sie einmal: Was hat eigentlich das Bundesverkehrsministerium beim Zukunftsinvestitionsprogramm gemacht? Was macht es zum Beispiel ganz konkret mit der B 14? Da würde es um Winnenden, Backnang und einiges andere gehen. Man fängt an, einen Teil eines Teilabschnitts zu finanzieren, einen Teil eines Teils. Ich kritisiere das überhaupt nicht. Ich bin froh über jeden Spatenstich in Baden-Württemberg.

(Abg. Behringer CDU: Genau!)

Ich habe damals schon gesagt: Ich bin froh über jeden Spatenstich, weil jede angefangene Baustelle ein Signal ist und eine innere Automatik und einen Zwang darstellt, dass der Bau zu Ende finanziert wird. Aber der Vorwurf, dass wir zu viel begonnen hätten, fällt auf diejenigen zurück, die zum einen nicht das Geld zur Verfügung haben, damit der Bau zu Ende gebracht wird, und die zum anderen genau dasselbe machen, nur eben mit einer anderen Überschrift.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Insofern muss ich Ihnen sagen: Ihr Vorwurf fällt in sich zusammen. Seien wir froh über jeden Spatenstich, der erfolgt ist!

Ich kann die Argumentation auch einmal umkehren: Wenn Sie meinen, dass wir an irgendeiner Stelle eine Baustelle zu viel eröffnet hätten, dann sagen Sie das doch einmal! Welche sollen wir denn wieder einstellen? Man könnte ja die Geschichte mit der Prioritätensetzung einmal an die Opposition dieses Hauses zurückgeben.

(Abg. Bebbler SPD: Wer regiert denn hier?)

(Minister Müller)

– Sie haben nichts zu sagen; das ist wahr. Sie tun nur immer so.

(Abg. Bebber SPD: Das ist die Frage der Verantwortung!)

Wenn Sie uns vorwerfen, wir hätten zu viele Baustellen begonnen, dann sagen Sie uns, welche wir schließen sollen. Das ist ganz einfach.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Jetzt kommt das Dritte; das sind die so genannten Schubladenpläne. Es ist richtig, dass ein sehr großer Anteil, nämlich die Hälfte, aller in der Bundesrepublik planfestgestellten Straßen in Baden-Württemberg planfestgestellt worden ist. Ich bin darauf auch stolz, weil das zum einen den Bedarf dokumentiert und weil es zum anderen die rechtliche Möglichkeit einer Realisierung dokumentiert. Damit haben wir etwas in der Schublade; das ist sehr wohl wahr.

Das wirkt sich übrigens ganz praktisch aus, weil bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans offensichtlich geplant ist, dass planfestgestellte Strecken nicht in eine erneute Bewertung kommen. Ich bin froh, dass wir all die Pläne schon in der Schublade haben. Auf Knien sollten Sie uns dafür danken, dass wir das gemacht haben.

(Oh-Rufe von der SPD – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich bin froh über jeden Planfeststellungsbeschluss, den wir haben.

Jetzt wird das Ganze noch gesteigert. Denn wir hören landauf, landab, wohin wir auch kommen, nur die Forderung nach zusätzlichen Plänen – nicht unbedingt von den Grünen; die halten sich auf diesem Gebiet zurück. Das ist wohl bekannt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Danke schön!)

Ich finde das nicht toll. Aber von der SPD habe ich noch nie gehört: „Lassen Sie eine Planung bleiben.“ Es heißt immer, wir hätten zu viele Pläne. Aber wenn es konkret wird, höre ich nur: Da sollte man noch etwas tun, das Planfeststellungsverfahren sollte endlich beginnen, und der RE-Entwurf – –

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Man kämpft für den Sichtvermerk – bis hinein in meinen eigenen Wahlkreis. Ich kenne keinen Fall, in dem SPD-Abgeordnete des Landes oder des Bundes gesagt hätten: „Wir sind dafür, dass diese Planung nicht durchgeführt wird.“ Auch da muss ich sagen: Man kann nicht auf der einen Seite sagen, wir hätten zu viele Pläne, und auf der anderen Seite von uns bei jedem konkreten Fall verlangen, wir sollten noch mehr Pläne aufstellen. Das reicht bis hin dazu, dass beispielsweise – –

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Machen Sie einmal ein paar Bemerkungen, wie Sie die Pläne finanzieren wollen!)

– Das kann ich Ihnen ganz einfach sagen. Meinen Sie jetzt den Planungsprozess oder die Umsetzung?

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Die Umsetzung?

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Genau! Woher soll das Geld kommen?)

– Dazu komme ich gleich im zweiten Abschnitt, wenn es um das Geld geht.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ich will Ihnen nur noch ein Beispiel zum Thema Planungen nennen: Der Oberbürgermeister von Freiburg, der der SPD angehört, bietet uns bezüglich einer Straße, die im Weiteren Bedarf eingestuft ist, an deren Planung wir nie gedacht haben, sogar an, dass die Stadt Freiburg die Vorfinanzierung dafür übernimmt – um eine Planung durchzuführen, die wir tatsächlich noch nicht für reif ansehen. Da hatte ich eine Riesenseinsetzung – natürlich kurz vor der Landtagswahl; das ist ja klar. Suchen Sie sich bitte Ihren Vorwurf heraus: Haben wir zu viel oder haben wir zu wenig Pläne? Aber Sie können nicht beide Vorwürfe zu gleicher Zeit erheben.

Jetzt will ich in einem zweiten Abschnitt noch etwas über das Geld sagen.

Zunächst einmal: Man kann anhand vieler Punkte belegen, dass wir für den Bundesfernstraßenbau natürlich zu wenig Geld haben. Einen der Belege dafür hat der Industrie- und Handelskammertag Baden-Württemberg jüngst wieder auf den Tisch gelegt. Die Kammern machen einmal im Jahr eine Zusammenstellung über die Verkehrsbelastung, den Straßenzustand, über planfestgestellte Projekte, die nicht realisiert sind, über das Bruttosozialprodukt, die Kfz-Dichte, die Topographie usw. usf. – alles, was es da so gibt. Diese Zusammenstellung weist einen unglaublichen Bedarf und Nachholbedarf in Baden-Württemberg nach. Das wissen wir aber auch von Dutzenden von Projekten, für die wir das Geld nicht haben. Konkret: Wir haben beim gegenwärtigen Stand planfestgestellter Straßen zurzeit eine Finanzierungslücke von 3 Milliarden DM. Das muss man einmal sehen.

Jetzt kann man fragen: Wie wird das Land Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern von der neuen Bundesregierung bislang eigentlich bedient? Da sind Licht und Schatten beieinander. Wir haben zum Teil weniger Geld als andere Bundesländer – zu wenig Geld haben wir ohnehin –, zum Teil ist die Ausstattung ordentlich. Ich stelle das ganz exakt dar. Im Haushalt haben wir 6 % der Mittel, obwohl wir ein Land sind, das ein Achtel der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland stellt.

(Abg. Göschel SPD: Wer hat denn den Schlüssel festgesetzt?)

– Das waren Sie – nicht Sie persönlich, aber Ihre Kollegen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Göschel SPD: Seit 1992?)

(Minister Müller)

– Nein, nein. Das ist genau seit 1998 – Im Investitionsprogramm, das die neue Bundesregierung entwickelt hat,

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

sind genau die 6 % festgelegt worden.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Göschel: Wie war es vorher?)

– Da waren es deutlich mehr, in der Tat.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Göschel: Länderquote!)

Zweitens: Beim Antistauprogramm sind wir ordentlich bedient worden. Das will ich überhaupt nicht bestreiten. Wir haben 20 % der Mittel erhalten. Beim Zukunftsinvestitionsprogramm wiederum kommen wir auf ein Achtel. Ich würde einmal sagen: Das ist insgesamt hinnehmbar. Aber was die eigentlichen Haushaltsmittel anbelangt, hat man uns schlecht behandelt.

Jetzt ist die Frage: Wie geht es in der Zukunft weiter? Wir erhalten in den Jahren 2002 und 2003 mehr Geld als in der Vergangenheit. Das muss man anerkennen, und das erkenne ich auch gern an. Aber es ist gemessen am Bedarf zu wenig, und es ist gemessen an der Perspektive zu wenig. Denn wir haben vonseiten des Bundes keine Finanzierungsperspektive über das Jahr 2003 hinaus. Hier wäre der Bundesverkehrswegeplan gefragt. Aber in Berlin hat man auch etwas gemerkt: Im Jahr 2002 sind nämlich Bundestagswahlen. Insofern macht man natürlich keinen Bundesverkehrswegeplan, der viele Menschen enttäuschen müsste, und verschiebt das auf die Zeit danach. Aber wir werden Sie von diesem Problem hoffentlich ohnehin befreien können.

(Abg. Wintruff SPD: Das haben Sie auch immer gemacht!)

– Nein, nein,

(Abg. Wintruff SPD: Doch, doch!)

völlig unabhängig von den Wahlterminen.

Wir brauchen also eine Perspektive in der Bundesverkehrswegeplanung.

Jetzt kann man fragen: Wie viel Geld gab es denn in den Neunzigerjahren, und wie viel Geld gibt es jetzt?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr gute Frage!)

Zu dieser Frage komme ich gleich. Ich stelle zunächst einmal fest: Aufgrund der unglaublichen Knappheit der Mittel gibt es jetzt alle möglichen Bemühungen um Sonderwege. Da gibt es die These, es solle alles privatisiert werden. Ich kann nur davor warnen. Privatisierung heißt: konsequente Mauterhebung. Ich halte es in einigen wenigen Fällen, beispielsweise bei der A 8, für richtig, dass wir ein 700-Millionen-Projekt tatsächlich mit einer Maut finanzieren. Wir werden übrigens, zusammen mit dem Bund, die Ersten im Bundesgebiet sein, die ein Autobahnteilstück auf freier Strecke auch unter Hinzuziehung des Pkw-Fahrers über eine Maut finanzieren. Aber ein Modell ist das nicht, sondern

es ist eine Ausnahme, die eben bei einer extrem teuren Maßnahme ohne Alternative richtig ist.

Nicht geben kann es – das will ich auch in jederlei Richtung sagen – eine kommunale Vor- oder Mitfinanzierung. Die Diskussion darüber flackert immer wieder einmal auf, beispielsweise in Schwäbisch Gmünd. Ich kann davor nur warnen. Es gibt eine klare Kompetenzverteilung zwischen Bund, Land und Gemeinden, und jeder soll seine Aufgabe erfüllen. Ich hielte es für völlig falsch, wenn die Kommunen anfangen würden, dem Bund aus der Patsche zu helfen und einen Nebenkriegsschauplatz zu eröffnen, abgesehen davon, dass das eine tolle Rivalität zwischen reichen und armen Kommunen geben würde.

Nun zur Lkw-Maut. Die Lkw-Maut ist eine Sache, die wir im Prinzip für richtig halten, aber unter eingeschränkten Bedingungen. Was ich jetzt sage, hat der Bundesrat entschieden, das heißt, unsere Meinung deckt sich mit dessen Mehrheit.

Wir haben gesagt:

Erstens zu 100 % Zweckbindung – zu diesem Thema sage ich gleich noch etwas.

Zweitens: Harmonisierung der Belastung des Speditionsgewerbes in Europa – da geschieht bislang überhaupt nichts.

Drittens: Wir brauchen eine Lösung für die Ausweichverkehre, denn es wird Verkehr von den bemauteuten Straßen auf die nicht bemauteuten verlagert werden. Der Bund hat auf diesem Gebiet nichts getan. Er hat jetzt eine relativ hohe Maut vor, 29 Pfennig pro Kilometer im Schnitt.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ja, sehr hoch! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ist doch gut!)

Das bedeutet ungefähr 6,5 Milliarden DM Einnahmen. Wenn ich 1 Milliarde DM für Erhebungskosten abziehe – die Maut kostet ja auch etwas, bis man sie in der Kasse hat –, hätten wir 5,5 Milliarden DM zusätzliche Einnahmen. 1,5 Milliarden DM hat der Bund bislang für den Straßenbau reserviert – das ist das Antistauprogramm. Da frage ich mich: Wo bleiben eigentlich die anderen 4 Milliarden DM?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Haben Sie schon mal an die Bahn und das Schiff gedacht?)

– Ja. Im Unterschied zu anderen Bundesländern bin ich bereit, auch der Bahn Geld zu geben.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aha! Dann wissen Sie doch, wo das Geld bleibt!)

– Nein, nein, nicht nur. Wenn wir es nur halbieren würden, würden wir von den verbleibenden 5,5 Milliarden DM 2,7 Milliarden DM für den Straßenbau – bundesweit – bekommen. Wenn wir davon ein Achtel bekämen, wären das über 300 Millionen DM, fast eine Verdoppelung dessen, was wir heute zur Verfügung haben. Daran können Sie einmal sehen, was man machen könnte, wenn man eine klare Straßenbaupolitik betriebe.

(Minister Müller)

Das führt mich zu meiner Schlussbemerkung. Sie haben davon gesprochen, in der Vergangenheit habe auch nicht genügend Geld zur Verfügung gestanden. Das ist wohl wahr, das haben wir in der Vergangenheit genauso kritisiert. Deswegen haben zum Beispiel diese Landesregierung – 1996/97 war das – und dieser Landtag beschlossen, dass es eine Vignette geben soll, gegen den wütenden Protest von Rot und Grün natürlich, das ist ja klar.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Wir haben gewusst, dass wir Gelder für den Bundesfernstraßenbau brauchen, auch bei der alten Bundesregierung. Aber der Unterschied zwischen früher und heute ist der, dass die jetzige Bundesregierung aus mehreren Gründen mehr Geld in der Kasse hat und, gemessen an dem zusätzlichen Geld, weniger ausgibt.

Sie haben die UMTS-Erlöse, das sind immerhin 100 Milliarden DM. Wenn man nur die Zinsen – wir wollen ja nur an den Zinsen partizipieren – in den Verkehr stecken würde, wären das 5 Milliarden DM. Es ist auch nicht so, Frau Schmidt-Kühner, dass das ausläuft, sondern einen Zinseffekt habe ich natürlich über Jahre hinweg. Ich könnte mit den UMTS-Erlösen über Jahre hinweg ein Bauprogramm finanzieren, aber das geschieht nicht.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Ja, bitte.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Minister, könnten Sie, bevor Sie zum Schluss kommen, beim Thema Geld noch einmal erläutern, wie Sie den Landesstraßenbau finanzieren und warum meine Aussage nicht zutrifft, dass Sie die Verschuldung für den Zweck des Straßenbaus mit Ihren Sonderprogrammen jetzt glatt verdoppeln?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Dazu kann ich gleich etwas sagen. Ich führe meinen Gedanken jetzt nur schnell zu Ende.

Der erste Brocken, bei dem der Bund also erheblich mehr Geld zur Verfügung hat – mit einer gewaltigen Belastung des Verkehrsgewerbes –, ist die Lkw-Maut, die bislang nur mit 1,5 Milliarden DM und damit zu weniger als einem Viertel der Gesamteinnahmen in den Straßenbau zurückfließen soll. Meine Damen und Herren, wenn es eine öffentliche Abgabe gibt, bei der man eine Zweckbindung herstellen kann, dann ist es die Benutzungsgebühr der öffentlichen Infrastruktur, und dann sollte diese um Himmels willen zu 100 % in diese öffentliche Infrastruktur zurückfließen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Das Zweite sind, wie gesagt, die UMTS-Erlöse, und das Dritte ist die Ökosteuer. Sie nehmen über die Ökosteuer in der letzten Stufe 34 Milliarden DM ein. Das zahlt zum großen Teil der Autofahrer, denn der größte Brocken inner-

halb des Aufkommens der Ökosteuer ist die Mineralölsteuer.

Sie haben Geld ohne Ende und verwenden es nicht.

(Oh-Rufe von der SPD)

– Ja, ja.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das ist ja ein Witz!)

6,5 Milliarden DM Lkw-Maut, 5 Milliarden DM Zinsgewinn und 34 Milliarden DM Ökosteuer, das sind über 40 Milliarden DM, die Sie gegenüber der alten Bundesregierung zusätzlich haben, das eine zu Recht und das andere zu Unrecht. Also, Sie hätten es, aber Sie entscheiden sich anders.

(Abg. Hauk CDU: Marode Staatswirtschaft!)

Sie können mir über Verkehrswegefinanzierung sagen, was Sie wollen: Solange Sie die politische Entscheidung nicht treffen, die Sie finanzpolitisch treffen könnten, sind Sie für mich unglaublich, was die Förderung der Verkehrsinfrastruktur und des Straßenbaus anbelangt.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme kurz auf die Zwischenfrage des Herrn Kollegen Palmer zu sprechen. Es ist so, dass wir insgesamt im Landesstraßenbau mittlerweile wieder gut 300 Millionen DM ausgeben. Davon wird ein Sonderprogramm in der Größenordnung von 70 Millionen DM über die LKB finanziert; 30 Millionen sind Bankbeitrag, die bleiben im Landeshaushalt.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist auch Pump!)

– Ach, du meine Güte, was meinen Sie, was wir alles auf Pump machen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Bei Ihrer Finanzpolitik, da haben Sie Recht!)

– Also wissen Sie, wenn man die anderen Bundesländer anschaut, 16 Milliarden neue Schulden in Nordrhein-Westfalen in einem Doppelhaushalt bei einer rot-grünen Regierung und wir mit unseren weniger als 2 Milliarden pro Jahr, würde ich sagen: Mal ganz langsam. Wenn wir für den Landesstraßenbau zusätzlich 70 Millionen DM an Schulden aufnehmen, direkt ausgewiesen, dann muss ich sagen: Dieses Geld ist sehr gut angelegt.

Schlussbemerkung, meine Damen und Herren: Mir ist in der Debatte aufgefallen, dass Sie mehrfach gefragt haben: Und was habt ihr in 16 Jahren gemacht? – Ich ahne das Denkmuster, das dahinter steht. Sie sehen nämlich den 22. September voraus. Sie wissen ganz genau, dass Sie auf vielen Feldern Probleme bekommen werden, auch auf diesem Gebiet. Und weil Sie nichts vorzuweisen haben, versuchen Sie, sich rauszureden. Wenn Sie auf 16 Jahre verweisen, frage ich Sie: Was haben Sie eigentlich in den letzten vier Jahren gemacht? Wozu sind Sie denn gewählt worden? Sie haben sich hingestellt und gesagt: Wir machen nicht alles anders, aber vieles besser. Und ich stelle fest: Sie haben nichts besser gemacht, aber vieles anders.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, bei einer Grundredezeit von fünf Minuten je Fraktion hat der Herr Minister 26 Minuten und 12 Sekunden gesprochen.

(Abg. Hauk CDU: Seien Sie doch nicht so! Gute Redner kann man auch länger hören!)

– Beruhigen Sie sich doch. Ich will doch dem Parlament eine faire Chance einräumen. Ich verlängere deshalb gemäß § 83 a Abs. 1 Satz 3 der Geschäftsordnung die Redezeit um fünf Minuten je Fraktion.

Wer wünscht das Wort? – Frau Abg. Schmidt-Kühner, Sie haben das Wort.

Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Es geht nicht um zehn Minuten und dass wir schnellstens in die Mittagspause kommen. Ich will das auch, so ist das nicht, meine Damen und Herren. Aber eine Sache ist durchaus noch anzumerken, Herr Minister.

Dass Sie, Herr Minister, sagen, Sie bräuchten keine Prioritäten anzusetzen, halte ich für eine ganz schlimme Angelegenheit. Es ist einfach so: Wenn ich zu Hause Geld zur Verfügung habe, das Geld aber nicht für all die Investitionen reicht, die ich tätigen wollte, muss ich als Privatmann ganz klar entscheiden, was ich zuerst mache und was ich dann mache, wenn ich wieder weiteres Geld zur Verfügung habe. Diese Prioritäten müssen von Ihnen genannt werden, was den Bundesverkehrswegeplan angeht.

(Abg. Hauk CDU: Für wen denn? Wer braucht die denn?)

– Sie wollen doch haben, dass Sie im Land entscheiden, welche Maßnahme das im Einzelnen genau ist. Von daher brauchen wir diese Prioritätenliste. Das ist das eine.

Das Zweite, was ich noch sagen möchte, betrifft den Ausbau der Landesstraßen. Wir sollten bei den ganzen Investitionen für die Landesstraßen aufpassen, dass wir uns nicht vor lauter Überlegung, was man alles Tolles machen könnte, Planungsmöglichkeiten kaputt schlagen, so, wie das bei der Bahn AG passiert ist. Bei der Bahn konnte man die Maßnahmen, die man hätte verwirklichen können, weil das Geld zur Verfügung stand, nicht durchführen, weil die Planungskapazität und die Baukapazität nicht mehr da waren. Das ist bei der Bahn passiert, und wir sind in der Gefahr, dass uns das bei den Landesstraßen auch passiert, wenn die Landesstraßenbauämter zerschlagen werden. Das ist das Problem, an das Sie genauso herangehen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort hat Herr Abg. Scheuermann.

(Zuruf von der CDU: Frag doch mal, für wen die Liste gemacht werden soll, wenn der Bodewig das nicht haben will!)

Abg. Scheuermann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zerschlagung der Straßenbauämter: Wir werden noch ausführlich Gelegenheit haben, darüber zu reden. Aber, Frau Kollegin Schmidt-Kühner, eines geht natürlich nicht: Bei den Haushaltsplanberatungen

die Regierungsfractionen immer als Schuldentreiber hinzustellen und dann, wenn wir in einer Verwaltung Konsequenzen ziehen

(Abg. Bebbler SPD: Die falschen!)

und uns bemühen, für die zusätzlichen Lehrer- und Polizeistellen Ersatz zu schaffen, indem wir bei der allgemeinen Verwaltung einsparen, zu sagen, wir würden eine Verwaltung zerschlagen. Das ist, finde ich, schon ein starkes Stück.

Wir machen Folgendes: Die Autobahnverwaltung wird mit der Straßenbauverwaltung zusammengelegt, und aus 20 Straßenbauämtern und 5 Autobahnbetriebsämtern werden 18 Ämter gemacht. Davon befinden sich, glaube ich, an drei Standorten Autobahnbetriebsamt und Straßenbauamt jeweils im gleichen Ort; das heißt, da führe ich bloß zwei getrennte Ämter zusammen und spare jeweils eine Leitungsebene ein. So viel zum Vorwurf der Zerschlagung der Straßenbauverwaltung.

Eine zweite Bemerkung, weil es jetzt immer wieder um die Prioritätensetzung geht: Ich finde, der Minister hat sich klipp und klar und deutlich ausgedrückt: Irgendwann, mit größter Sicherheit – das bestreiten Sie nicht – nach der Bundestagswahl, muss der Bundesfernstraßenbedarfsplan fortgeschrieben werden. Jetzt haben alle Länder angemeldet. Weil es keine Kriterien gab, ist es doch nicht mehr als recht und billig, dass jedes Land, egal, was für eine Regierung es hat, sagt: Wenn ich nicht weiß, nach welchen Methoden der Plan aufgestellt wird, melde ich alles an, um nichts zu versäumen.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Alle haben angemeldet, Herr Palmer.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Es gibt Länder, die haben Maßnahmen rausgenommen!)

Jetzt muss doch die Bundesregierung, wenn sie fort schreibt, sagen, nach welchen Kriterien sie vorgehen will. Wir sind uns doch alle einig: Dass wir viel mehr Wünsche haben, als hinterher im Plan erscheinen können, ist doch eine pure Selbstverständlichkeit. Jetzt brauchen wir Kriterien, um von den zahlreichen Wünschen zu einer realistischen Basis zu kommen. Sobald die Bundesregierung – egal, wie sie aussieht – nach der Bundestagswahl die Kriterien genannt hat, nach denen sie den Bundesverkehrswegeplan fortschreiben wird, werden wir uns natürlich anhand dieser Kriterien mit der Prioritätensetzung befassen müssen. Das war in diesem Haus schon immer so, und das wird in diesem Haus auch in Zukunft so bleiben. Darüber brauchen wir uns gar nicht groß aufzuregen.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

– Bitte?

(Abg. Wintruff SPD: Sie werden sich dann wieder über die Bundeskriterien beschweren!)

– Das kann ja sein. Aber selbst wenn ich mich beschwere, muss ich mich an die Kriterien halten, wenn sie ordnungsgemäß zustande gekommen sind, Herr Wintruff. Es kann

(Scheuermann)

durchaus sein, dass ich mich beschwere, aber ich muss mit den Kriterien leben und mich nach denen ausrichten. Daran führt kein Weg vorbei. Also, lassen wir das Schattenboxen, zu sagen: Wenn nicht genug Geld zur Verfügung gestellt wird, ist nicht der schuld, der das Geld nicht zur Verfügung stellt, sondern derjenige, der keine Prioritäten setzt, obwohl er es gar nicht kann.

(Beifall bei der CDU – Abg. Alfred Haas CDU:
Die Bundesregierung austauschen ist die beste Lösung! – Unruhe bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Minister Müller, zunächst muss ich feststellen: Sie haben eine sehr grundsätzliche Rede gehalten, die sich fast ausschließlich mit dem Bund beschäftigt hat, aber nicht mit dem Landesstraßenbau und nicht mit dem Antrag und Ihrer Stellungnahme, die Sie dazu vorgelegt haben. Das ist einer der Gründe, warum wir jetzt noch einmal in die Mittagspause hinein diskutieren.

(Abg. Alfred Haas CDU: Aha!)

Zu den von Ihnen vorgebrachten Argumenten, die mit dem Antrag nicht viel zu tun haben: Zunächst stelle ich einmal fest: Der Nachholbedarf, den auch Herr Scheuermann mit seiner Ost-West-Autobahn konstatiert hat – ich weise darauf hin: Schleswig-Holstein hat auch keine; es gibt noch ein weiteres Bundesland –, kann nicht in den letzten drei Jahren entstanden sein.

Unabhängig davon, wie wir die Politik der Bundesregierung seit 1998 bewerten: Dieser schreckliche Nachholbedarf, den auch die IHK überall im Land in ihren Schreiben feststellt, kann nicht in drei Jahren entstanden sein; der muss längerfristige Ursachen haben. Fragen Sie sich einmal selbst nach den Ursachen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Carmina Brenner und Abg. Hauk CDU: Aufbau Ost!)

– Aufbau Ost. Dann sind wir uns ja einig.

(Abg. Hauk CDU: Da gab es aber eine klare Zehnjahresfrist!)

– Ist der Aufbau Ost jetzt zu Ende, Herr Hauk, oder nicht? Wenn Sie sagen, er sei zu Ende, gehen wir mit dieser Aussage in die neuen Bundesländer und holen uns das Geld zurück. Solange die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit aber nicht voll finanziert sind, muss das Geld ausgegeben werden. So einfach ist das.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir als Grüne sind im Übrigen stolz darauf, dass es uns gelungen ist, etwas ganz anderes zu erreichen: Wir haben die Bahninvestitionsmittel von 6 Milliarden DM auf 9 Milliarden DM erhöht.

(Abg. Hauk CDU: Die Bahn kann gar nicht mehr ausgeben, weil sie so marode ist!)

– Ja, weil Sie sie haben verlottern lassen.

Sie werden sehen, dieses Geld wird bis 2003 vollständig verbaut sein. Ich war letzte Woche in Frankfurt und habe mir das genau erklären lassen. Die Kurve geht nach oben.

(Zurufe von der CDU)

Herr Minister Müller, wir wollen nicht immer mehr Straßen, sondern wir wollen endlich eine funktionierende Bahn. Dafür machen wir Politik.

Nun zu Ihrer Argumentation der Benachteiligung, Herr Minister Müller: 6 % der Haushaltsmittel. Rechnen Sie – erstens – doch nicht immer die VDE-Mittel dazu. Fairerweise müssen Sie dann schon den Anteil der alten Bundesländer nehmen.

Zweitens müssen die Vorfinanzierungskosten berücksichtigt werden; sie sind da. Den Engelbergtunnel haben Sie gebaut. Jetzt müssen wir ihn bezahlen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Ja, genau!)

Wenn man das alles mit einrechnet, ist es prozentual genauso viel wie unter der Regierung Kohl. Hören Sie also auf mit dem Ammenmärchen, Sie würden benachteiligt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr richtig!)

Das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit erkläre ich Ihnen dann noch privat.

(Abg. Hauk CDU: Okay!)

Jetzt kommen wir zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Wir reden hier 20 Minuten lang, 25 Minuten redet der Herr Minister – und er verliert kein Wort darüber, dass er 50 Millionen DM vom ÖPNV zur Straße umschichten will. Dazu hätte ich schon ganz gerne einmal eine Begründung gehört, zumal wir neulich gemeinsam erfahren haben, dass es Anträge in Höhe von 170 Millionen DM zur Förderung des Busverkehrs in Baden-Württemberg gibt. Es stehen aber nur 100 Millionen DM im Etat. Geben Sie doch die 50 Millionen DM, die Sie umschichten, den Busunternehmen; dann können Sie beim nächsten Jahrestag des WBO in Ludwigsburg echte Beifallsstürme ernten. Begründen Sie doch wenigstens einmal Ihre eigene Politik, anstatt hier immer nur wabernd über Berlin herzufallen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr gut!)

Thema Lkw-Maut: Da verweise ich auf das Beispiel der Schweiz. Die Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe, die höher ist als die in Deutschland sein wird, wird zu zwei Dritteln ausschließlich für den Bau der NEAT verwendet – das sind die neuen Alpentransversalen: zwei Tunnel für den Güterverkehr in der Schweiz. Zwei Drittel werden dafür verwendet, ohne dass auch nur ein Franken davon in den Straßenbau gesteckt würde. Ein Drittel erhalten die Kantone, die damit machen können, was sie wollen.

Das Prinzip, das wir in Berlin verfolgen, ist nicht ganz so gut. Wir hätten für die Schiene gerne mehr herausgeholt.

(Boris Palmer)

Für uns war es schmerzlich, dass die Hälfte direkt für die Autobahnen verwendet wird – aber meinetwegen; das reicht dann auch. Daran gibt es überhaupt nichts herumzukritteln.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Nun zur Verteuerung. Sie haben ja offenbar immer noch gute Kontakte zum Speditionsgewerbe. Man könnte fast meinen, Sie seien der parlamentarische Arm dieser Branche. Sie beschweren sich über die Verteuerung.

(Abg. Hauk CDU: Das komische Hemd, das Sie anhaben, ist auch – –! Gegenruf des Abg. Bebbler SPD: Guck erst in den Spiegel!)

Zurzeit ist ein Lkw ähnlich billig zu mieten wie ein Taxi. Das Speditionsgewerbe ist bisher steuerlich mit Sicherheit nicht überbelastet. Das Entscheidende an dieser Lkw-Maut ist doch, dass sie wettbewerbsneutral ist. Im Gegensatz zu dem, was Sie bei den Wettbewerbsbedingungen verbuchen haben, ist sie wettbewerbsneutral. Der ausländische Spediteur muss bezahlen. Deshalb gibt es überhaupt keinen Grund, an der Höhe herumzudoktern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zum Schluss zur Schuldenpolitik. Ich stelle noch einmal fest – ich habe es mir aufgeschrieben –: Sie haben 1997 damit begonnen, ein Sonderprogramm für den Straßenbau aufzulegen, anfänglich mit 75 Millionen DM, mittlerweile sind das 105 Millionen DM jährlich – rein kreditfinanziert. Jetzt legen Sie noch einmal 100 Millionen DM drauf, davon stammen 30 Millionen DM aus Abführungen, die wir sonst im Haushalt zur Verfügung hätten. Das sind insgesamt 205 Millionen DM. Zwei Drittel des Straßenbauetats kommen aus Fremdetats. Das ist Schattenwirtschaft; es sind Schattenhaushalte, die hier aufgemacht werden. Weil Sie sich nicht trauen, zuzugeben, dass Sie das Nullverschuldungsziel nicht erreichen, lagern Sie die Kosten aus.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie schaffen es sowieso nicht!)

– Wir bauen keine neuen Straßen mit neuen Schulden. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Hauk CDU: Sie erhöhen Steuern! So kann man es machen! Steuern erhöhen und Staus produzieren! – Abg. Herrmann CDU: Sie produzieren Staus! – Weitere Zurufe von der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Beim Antrag Drucksache 13/392 handelt es sich um einen Berichtsantrag. Ich gehe davon aus, dass er mit dieser Beratung erledigt ist. – Sie stimmen dem zu.

Damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunkts angelangt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:30 Uhr und weise darauf hin, dass jetzt unmittelbar im Anschluss im Eugen-

Bolz-Saal die 5. Sitzung des Ständigen Ausschusses stattfindet.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:28 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:29 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren! Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

a) **Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Änderung der Landkreisordnung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 13/471**

b) **Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung der Landkreisordnung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 13/472**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung der Gesetzentwürfe je fünf Minuten, für die Aussprache über die beiden Gesetzentwürfe fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erhält Herr Abg. Walter.

(Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, sollten wir nicht lieber vertagen? Das Interesse scheint nicht so hoch zu sein!)

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir warten noch auf ein paar CDU-Bürgermeister. Wenn Ihnen, Herr Kollege Hauk, das recht ist, ist das kein Problem.

Meine Damen und Herren, die Gewaltenteilung hat sich in unserem Land seit Jahrzehnten bewährt. Sie ist ein Grundprinzip unserer Demokratie. Gewaltenteilung heißt auch: Niemand darf sich selbst kontrollieren. Dieser Grundsatz wird auch von niemandem infrage gestellt. Deshalb meine Frage: Warum macht man dann bei diesem Beispiel „Bürgermeister im Kreistag“ eine Ausnahme? Der Interessenkonflikt liegt doch auf der Hand.

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

– Ja, auch ein ehemaliger Bürgermeister muss so etwas einmal aushalten.

Dieser Interessenkonflikt liegt insbesondere so lange auf der Hand, solange es keine direkte Volkswahl für Landräte gibt. Es ist doch offensichtlich, meine Damen und Herren, dass eine gegenseitige Abhängigkeit entsteht, beispielsweise bei der Rechtsaufsicht. Der Landrat führt die Rechtsaufsicht über die Bürgermeister, also auch über einen Bürgermeister, dessen Stimme er bei seiner nächsten Wahl womöglich wieder braucht.

Die Konstellation ist doch die: Der Bürgermeister soll als Kreisrat den Landrat kontrollieren, und der Landrat kontrolliert die Kreisräte in ihrer Funktion als Bürgermeister. Das klingt schon absurd und ist absurd, aber leider Realität.

(Walter)

Ich habe das in diesem Jahr selbst erfahren, als wir uns als Gemeinderatsfraktion an einen Landrat gewandt haben. Das Ergebnis war: Wir haben zwar Recht bekommen, aber nicht Recht erhalten. Das Recht wurde sozusagen verbogen, damit man als Landrat dem Bürgermeister nicht wehtut. Das ist die Realität, der wir uns heute stellen müssen. So kann die Gewaltenteilung einfach nicht funktionieren.

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

– Ja, Herr Landrat, jetzt bleiben Sie doch einmal ruhig. Diesen Konflikt, Herr Schneider, gilt es einfach aufzulösen, und Ihnen ist bisher auch nichts Vernünftiges dazu eingefallen.

Oder nehmen wir das Thema Kreisumlage. Der Bürgermeister hat in dieser Funktion einen Eid geleistet, und er hat auch einen Eid als Kreisrat geleistet. Jetzt kommt er natürlich in die Zwickmühle, wenn es darum geht, ob die Kreisumlage erhöht wird, weil der Kreis mehr Geld braucht, oder ob sie gesenkt wird, weil das eigentlich für ihn in seiner Kommune besser ist.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Also ein Eid war ein Meineid!)

Da stellt sich doch die Frage, ob dem Bürgermeister sein Hemd oder seine Hose näher ist, und in den meisten Fällen wird er sich für seine Kommune entscheiden. Ich habe dafür Verständnis, aber er ist einfach in einer Zwickmühle, und ich denke nicht, dass wir das als Gesetzgeber auch noch unterstützen sollten.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Kiefl CDU: Der Bürgermeister lässt nie die Hose herunter! – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Nur mit einem langen Hemd!)

Jetzt kommt, Herr Kiefl, von Ihrer Seite immer das Argument, man dürfe nicht einen ganzen Berufsstand aus dem Kreistag ausschließen.

(Abg. Kiefl CDU: Jawohl!)

Ich frage Sie nur: Warum haben wir dann die Regelung, dass jemand, der im Landtag sitzt, von der Position eines Amtmanns an aufwärts nicht mehr im Ministerium arbeiten kann? Ein Amtmann ist ja nicht gerade die oberste Sprosse der Karriereleiter in einem Ministerium. Das heißt, in diesem Fall sieht man den Interessenkonflikt, aber bei Bürgermeistern im Kreistag will man ihn nicht sehen.

(Abg. Oettinger CDU: Das ist aber ein Unterschied! – Abg. Hauk CDU: Kreistag und Gemeinderat sind doch kein Parlament!)

Das widerspricht sich doch.

(Beifall bei den Grünen)

– Aber Herr Hauk, Sie wissen doch genau, dass die Machtstrukturen in der Konstellation Landrat/Bürgermeister de facto viel mehr miteinander verquickt sind.

(Abg. Hauk CDU: Das sind doch auch Organe! – Abg. Oettinger CDU: Herr Kollege, Sie sind auch schon besser gewesen! Das ist doch peinlich!)

– Herr Kollege, Sie dürfen doch jetzt nicht mit dem Formalen kommen, sondern Sie müssen sehen, wie es de facto läuft. Es ist doch einfach so, dass dann, wenn einer Amtmann im Ministerium ist, dies letztendlich weniger bedeutet, als wenn ein Bürgermeister im Kreistag sitzt. Das ist doch einfach die Realität.

(Abg. Oettinger CDU: Herr Salomon, schütteln Sie nicht so den Kopf! – Abg. Pfister FDP/DVP: Darüber freut er sich!)

Jetzt ist es doch so, Herr Oettinger – ich weiß gar nicht, warum Sie sich so aufregen –, dass Sie einen Basisbeschluss in der Tasche haben. Den haben Sie sicherlich mitgebracht. Den werden Sie hier 1 : 1 umsetzen. Deswegen reden wir heute auch darüber. Wir wollen Ihnen die Chance geben, diesen Parteitagsbeschluss so zeitnah wie noch nie umzusetzen. Wir hoffen, Sie lassen Ihre Basis nicht im Stich. Denn sonst müssten Sie das auf dem nächsten Parteitag erklären.

(Abg. Oettinger CDU: Krokodilstränen!)

Und dann könnten Sie nicht mit den formalen Argumenten kommen, die Sie jetzt mir gegenüber äußern.

(Beifall bei den Grünen)

Kollege Oettinger, gefordert ist natürlich auch unser gemeinsamer Freund, Herr Pfister von der FDP/DVP.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

Herr Pfister hat nämlich, nachdem Sie das auf dem Parteitag beschlossen hatten – ich weiß nicht, wie Sie abgestimmt haben –, groß getönt: „Willkommen im Klub!“

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ist das wahr? – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

– Das haben Sie erklärt. Vielleicht waren Sie auch gar nicht da, vielleicht war das nur der Pressesprecher. Aber unter Ihrem Namen wurde gesagt: „Willkommen im Klub!“ Jetzt frage ich Sie, Herr Pfister: Sind Sie da nicht nur verbal,

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Ich gebe Ihnen Antwort!)

sondern auch tatsächlich im Klub dabei?

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Ich gebe Ihnen Antwort!)

– Herr Glück – ich kenne ja die Debatten mit Ihnen, sei es die Bürgermeistergeschichte oder sei es bei den Drogen –, von Ihnen kommt immer der Standardsatz: „Sie haben zwar Recht, aber die Zeit ist noch nicht reif.“

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Nein, nein! Wir müssen nachdenken! Keine Schnellschüsse! – Vereinzelt Heiterkeit)

Deswegen, Herr Glück: Heute bitte nicht die Standardausrede „Die Zeit ist noch nicht reif“.

(Heiterkeit – Beifall der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

(Walter)

Ich möchte Ihnen nur sagen: Die Zeit für diese Entscheidung ist überreif. Ihre Ausreden werden wir nicht mehr akzeptieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Aber nachdenken ist erlaubt!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Stichelberger.

Abg. Stichelberger SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine Damen und Herren! Ich sehe, die Präsenz ist im Moment noch nicht allzu groß. Ich weiß nicht, ob das damit zusammenhängt, dass wir zu wenige Bürgermeister im Landtag haben.

(Abg. Pauli CDU: Die sind vollzählig! – Abg. Heinz CDU: Das Thema interessiert wahrscheinlich keinen Menschen!)

Es könnte natürlich sein und ist halt so, dass es – –

(Unruhe)

– Darf ich zumindest den ersten Satz zu Ende führen? Dann können Sie eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie wollen.

Vielleicht hängt das auch damit zusammen, dass es natürlich schwierig ist, in diesem Hause nach der fulminanten Rede des Herrn Verkehrsministers die Spannung noch einmal zu steigern.

(Heiterkeit bei den Grünen – Abg. Oettinger CDU: Sehr lustig! – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Nein, sehr langweilig!)

Meine Damen und Herren, Sie haben unseren Gesetzentwurf auf dem Tisch. Der Gesetzentwurf der Grünen geht in die gleiche Richtung. Die FDP/DVP sieht damit eine uralte Forderung erfüllt. Die CDU hat das auf ihrem jüngsten Parteitag einmütig beschlossen. Wir haben diesen Antrag wortwörtlich übernommen. Das spricht schon für sich und dafür, dass er gut ist.

Wir waren erfreut – Herr Minister, Sie waren das wahrscheinlich nicht so ganz –,

(Abg. Bebbler SPD: Doch, doch! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Der ist ja gar nicht Bürgermeister!)

dass dieser Antrag so ausgefallen ist und unseren Vorstellungen voll und ganz Rechnung trägt.

Eines vorweg: Unser Gesetzentwurf unterscheidet sich von dem der Grünen etwas. Wir beschränken unseren Gesetzentwurf auf die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, die den kreisangehörigen Gemeinden vorstehen, die der Rechtsaufsicht des Landratsamts unterliegen. Oberbürgermeister fallen also nicht darunter.

(Abg. Pauli CDU: Dann ändert doch die Rechtsaufsicht!)

Nicht darunter fallen auch die ehrenamtlichen Bürgermeister. Wir kommen sicher noch in anderem Zusammenhang darauf zu sprechen.

Meine Damen und Herren, die Landkreisordnung sieht ja eine Reihe von Ausschlussgründen für die Wahl zum Kreisrat vor. In diese Systematik fügt sich der Ausschluss von Bürgermeistern nach unserer Auffassung ohne weiteres ein. Mit diesen Bestimmungen in § 24 der Landkreisordnung soll ja ein Spannungsverhältnis zwischen Gestaltungs- und Mitwirkungsfunktion in den Gremien einerseits und Kontrollfunktion andererseits vermieden werden. In einem solchen Spannungsverhältnis steht, so meinen wir, der Bürgermeister in besonderer Weise. Er unterliegt mit seiner Gemeinde der Rechtsaufsicht des Landratsamts. Er ist also primär als gesetzlicher Vertreter der Gemeinde letztlich auch Ansprechpartner für die Rechtsaufsicht. Er unterliegt in weiten Bereichen der Fachaufsicht. Sie lächeln – hoffentlich nicht aus schlechter Erfahrung.

(Abg. Pauli CDU: Soll ich vielleicht heulen?)

Er unterliegt persönlich der Dienstaufsicht und auch der disziplinarrechtlichen Gewalt des Landrats. Vergewissern Sie sich einmal, dass etwa im Kreistag des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald über 47 % der Mitglieder Bürgermeister sind. Im Ortenaukreis sind es 43,7 % und im Landkreis Freudenstadt 43,9 %. Wir meinen, die Zahlen sprechen für sich. Es leuchtet eigentlich niemandem ein,

(Abg. Pauli und Abg. Schneider CDU: Wählerwille!)

dass wir dieses Ergebnis so haben, aber beispielsweise – wie diese Woche im Landkreis Heilbronn – die Leiterin einer Volkshochschule, an der der Landkreis über einen Zweckverband beteiligt ist, ihr Kreistagsmandat niederlegen muss. Das kann eigentlich im Ergebnis nicht sein.

Wir beschränken uns aus verfassungsrechtlichen Gründen auf die hauptamtlichen Bürgermeister; denken Sie nur an Artikel 137 des Grundgesetzes. Da könnte man näher einsteigen.

(Abg. Drexler SPD: Herr Innenminister!)

Denn die verfassungsrechtlichen Bedenken sind, wie wir meinen, durch diese Ermächtigungsgrundlage im Grundgesetz ausgeräumt.

Im Übrigen sollten wir vielleicht überlegen, das gemeinsam schnell auf den Weg zu bringen.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Das ist richtig! Bald!)

Es gibt aus unserer Sicht keinen Grund, das hinauszuschieben. Die Faktenlage ist klar, der Interessenkonflikt, wie wir ihn sehen, ist auch klar. Wir sollten, nachdem quer durch die Parteien die Einschätzung offensichtlich gleich ist, das Gesetzeswerk gemeinsam angehen.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Ein guter Satz!)

Heute Morgen war viel von Harmonisierung die Rede. In dieser vorweihnachtlichen Zeit wäre das ein Symbol für gemeinsames Handeln.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie des Abg. Dr. Glück FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kurz.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE zur CDU: Das ist der einzige Nichtbürgermeister, den Sie noch haben!)

Abg. Kurz CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es amüsiert mich schon ein bisschen, dass ein Beschluss eines Parteitags der CDU bei Ihnen so gewaltige Mobilität entwickelt und jetzt beide Oppositionsparteien einen solchen Gesetzentwurf auf den Tisch bringen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die richtige Partei! – Abg. Drexler SPD: Das ist doch eine richtige Partei! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Wir nehmen natürlich die Beschlüsse unserer Partei und des Parteitags sehr ernst

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Sehr gut! Abstimmen!)

und wollen diesen Ansatz sorgfältig diskutieren. Wir produzieren unsere Gesetzentwürfe nicht für den Papierkorb, sondern wir legen die Grundlage für praktisches Handeln in der Zukunft.

(Unruhe – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Die legen die Latte so hoch, dass sie locker unten durch können!)

Lieber Herr Walter, Sie haben von Gewaltenteilung geredet. Man muss endlich doch etwas unterscheiden, was ein Verwaltungsorgan und was ein Parlament ist. Da gibt es ganz unterschiedliche Befangenheitsregelungen.

(Abg. Fischer SPD: Im Prinzip nein! – Abg. Drexler SPD: Aber Ihr Parteitag hat es so gesehen!)

Insofern ist das, was wir hier diskutieren, überhaupt nicht zu vergleichen.

(Abg. Drexler SPD: Ihr Parteitag hat das so gesehen!)

– Ich komme noch darauf.

Beide Gesetzentwürfe begründen dies mit dem Interessenkonflikt – das haben auch beide Vorredner getan –, dem der einzelne Bürgermeister in Ausübung seines kommunalen Mandats ausgesetzt ist.

Dazu muss ich einfach einmal sagen, dass ich bei jedem Bürgermeister voraussetze, dass er aufgrund seiner Ausbildung und seiner Kompetenz, die er einbringt, sehr wohl zwischen Interessen der Gemeinden, die unberechtigt sind, und den Interessen des Landkreises, die notwendig sind, unterscheiden kann. Insofern gibt es keine Interessenkonflikte im eigentlichen Sinne. Im Übrigen ist der Kreistag ein demokratisches Organ, in dem sich unterschiedliche Auffassungen immer wieder nivellieren.

Der andere Punkt, der vorgebracht wird, betrifft den Interessenkonflikt der demokratischen Kontrolle. Da sehen wir auch ganz berechtigte Fragen im Hintergrund. Wir wollen diese Fragen auch durchaus ausleuchten. Zu diesen Fragen gehört natürlich auch, ob es eigentlich der Wählerwille ist,

wenn wir Bürgermeister insgesamt ausschließen, und ob es auch der Sache dienlich ist, wenn der Sachverstand, den die Bürgermeister in die kommunalen Parlamente einbringen, dort nicht mehr vorhanden ist.

(Abg. Drexler SPD: Ihr Parteitag hat das eindeutig beschlossen!)

Das aktive und das passive Wahlrecht ist ein wichtiger Verfassungsbestandteil. Es ist zumindest verfassungsrechtlich bedenklich, über die Versagung des passiven Wahlrechts ganze Berufsgruppen aus einem solchen Wahlamt auszuschließen.

(Abg. Drexler SPD: Das hat Ihr Parteitag beschlossen!)

– Ich sage ja, dass wir den Beschluss sehr sorgfältig

(Abg. Drexler SPD: Beleuchten!)

beleuchten wollen.

(Lachen bei der SPD)

Wir wollen diesen Beschluss

(Abg. Drexler SPD: War das ein Beleuchtungsparteitag? – Heiterkeit)

natürlich auch mit unseren kommunalen Vertretern bereden und abchecken, worin die Interessenlage eigentlich besteht und ob unsere kommunalen Mandatsträger mit einer solchen Änderung der Landkreisordnung die Interessen der Gemeinden und Landkreise richtig erfasst sehen.

(Abg. Drexler SPD: Können wir jetzt eine Beleuchtungskommission einrichten?)

– Eine Beleuchtungskommission bräuchten wir da schon manchmal. Beim Inhalt dieser Anträge müsste manchem schon ein Licht aufgehen. Uns geht sicherlich ein Licht auf. Sehen wir einmal, was Sie dahinter suchen.

Sie wollen doch nur verunsichern. Wir brauchen doch in dieser Frage keine Unterstützung. Wir brauchen in diesem Punkt wirklich keine Hilfe.

(Abg. Drexler SPD: Wir reden über Ihren Beschluss!)

– Wir brauchen auch von Ihnen keine Unterstützung. Wir sind echte Demokraten.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Fleischer CDU: Herr Drexler, das ist kein Fall für den Staatsanwalt! Ganz ruhig sein!)

Wir sind auch ein bisschen stolz darauf, dass es in unserer Partei demokratisch-lebendig zugeht. Es ist doch nicht zu beanstanden, wenn die Partei einmal eine andere Auffassung als die Fraktion und auch eine andere Auffassung als die Regierung vertritt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Das kommt aber selten vor!)

(Kurz)

– Herr Walter, schauen Sie einmal nach Berlin, wie es dort aussieht! Dort wird doch fast geknobelt, wo mit welchen Mehrheiten die Partei die Fraktion unterstützt und ob die Partei oder die Vertreter im Parlament das Sagen haben.

(Abg. Drexler SPD: Also, Sie wollen es nicht!)

– Nein, wir wollen eine ernsthafte Auseinandersetzung innerhalb unserer Gremien. Diese werden wir anstreben, und dann werden wir sicher zu einer guten und vernünftigen Lösung kommen.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Aber im Augenblick sehen wir überhaupt keinen Handlungsbedarf.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Wir gehen sorgfältig mit diesen Fragen um, wir steigen ein in die Materie. Wir wollen sehen, was unsere Basis

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das wissen Sie doch schon!)

und unsere kommunalen Vertreter dazu meinen. Dann wird unsere Fraktion letztlich entscheiden. Wir sind hier überhaupt niemandem Rechenschaft schuldig.

(Abg. Drexler SPD: Was? – Weitere Zurufe von der SPD und des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Wir handeln entsprechend unserem gesetzlichen Auftrag,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wenn wir ein Gesetz einbringen, müssen Sie sich ihm schon stellen!)

und wir handeln unabhängig von der Partei und nicht auf Weisung der Partei. Wir handeln im Interesse des Gemeinwohls und im Interesse unserer Landkreise und Gemeinden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das war kurz, aber nicht knackig! – Abg. Bebber SPD: Gehen Sie in die Fraktion! – Abg. Drexler SPD: Herr Kurz, diese Rede verschicken wir an alle Delegierten! – Abg. Kurz CDU: Ja!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal mein eigener Standpunkt: Ich bin im Kreistag, bin aber nicht Bürgermeister. Folglich bin ich bei diesem Thema völlig unbefangen.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Kübler CDU: Das kann auch nicht jeder werden!)

Wir alle kennen die Problematik der Bürgermeister in den Kreistagen: Einerseits übt der Landrat eine Aufsichtsfunktion aus, und andererseits wählen die Bürgermeister den Landrat, also letztlich das Aufsichtsorgan. Wir wollen ganz klar eine Entflechtung. Wir haben auch entsprechende Par-

teitagsbeschlüsse, wobei uns nicht die Hände gebunden sind, wie das geschehen soll.

Herr Walter, Sie muss ich enttäuschen. Ich stelle mich jetzt nicht hin und sage: Die Zeit ist nicht reif. Im Gegenteil! Die Zeit ist reif. Wir wollen das diskutieren; aber Nachdenken muss erlaubt sein und ist in diesem Fall besonders wichtig. Denn um das Problem zu lösen, haben wir drei verschiedene Möglichkeiten.

Die eine Möglichkeit ist die, die Sie wollen, nämlich das Schlagwort „Bürgermeister raus!“ Das ist die erste Möglichkeit.

(Abg. Hauk CDU: Einschränkung der Bürgerrechte!)

Zum Zweiten könnten wir uns aber auch vorstellen, dass die Aufsichtskompetenz der Landräte auf das Regierungspräsidium übertragen wird. Auch dann hätten wir das Problem gelöst.

Die dritte Möglichkeit

(Abg. Drexler SPD: Die Volkswahl des Landrats! – Abg. Kübler CDU: Kommt nicht in Frage!)

ist die Volkswahl der Landräte.

(Vereinzelt Beifall)

Niemand hindert uns daran, vernünftig über die Angelegenheit nachzudenken.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich der Opposition ein ganz großes Kompliment mache: So schnell hat selten jemand auf einen Parteitagsbeschluss der CDU reagiert und Gesetzentwürfe eingebracht. Herzlichen Glückwunsch! Das war eine tolle Sache.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Meine Damen und Herren, die Lösung, die Bürgermeister aus dem Kreistag zu entfernen, wäre uns zu einfach. Das hieße, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Uns ist der Sachverstand der Bürgermeister wichtig.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Herr Pauli, Sie sehen mich so an; aber uns ist dieser Sachverstand wichtig.

(Abg. Fleischer CDU: Ja, selbstverständlich! – Abg. Drexler SPD: Aber nicht im Kreistag!)

– Auch im Kreistag. – Im Übrigen haben wir auch in der Tat grundgesetzliche Bedenken, ob man eine Berufsgruppe einfach so ausgrenzen kann.

(Abg. Drexler SPD: Was wollen Sie jetzt?)

– Wir wollen eine Lösung. Aber Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben sicher Verständnis dafür, dass wir nicht im Galopp über das Stöckchen springen, das Sie uns hinhalten. Wir wollen die Sache ernsthaft diskutieren, und zwar gleich, ohne einer Entscheidung und

(Dr. Glück)

dem, was in der Diskussion herauskommt, vorgreifen zu wollen:

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Wir könnten uns die Möglichkeit einer Volkswahl der Landräte hervorragend vorstellen. Lassen Sie uns gemeinsam

(Abg. Drexler SPD: Wir machen eine Kommission!)

und zeitnah diskutieren, damit wir schnell zu einer vernünftigen Lösung kommen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Innenminister Dr. Schäuble.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich mit der Opposition, dass sie an unserem Parteitagsbeschluss so viel Freude hat. Das verstüßt ein wenig das trockene Brot der Opposition.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Ja!)

Ich darf daran erinnern: Wir haben das gleiche Thema in einer Debatte im Jahr 1997 schon einmal behandelt, also vor gut vier Jahren. Ich wage daher die Vorhersage, dass wir über dieses Thema spätestens im Jahr 2004 oder 2005 erneut diskutieren werden. Es gibt einfach bestimmte Themen, die ab und zu, wie das Ungeheuer von Loch Ness, auftauchen.

Herr Kollege Kurz von der Fraktion der CDU hat, wie auch der Kollege Dr. Glück von der FDP/DVP, gesagt, man wolle jetzt in Ruhe überlegen und entscheiden, wie man das Problem lösen könne. Deshalb biete ich für das Innenministerium an, Sie mit dem in unserem Haus versammelten Sachverstand dabei zu beraten und zu unterstützen,

(Abg. Drexler SPD: Gut!)

die richtige Lösung zu finden.

(Abg. Drexler SPD: Sehr schön!)

Dazu darf ich jetzt noch auf einige Gesichtspunkte aufmerksam machen.

Der Parteitagsbeschluss der CDU und, glaube ich, auch der Gesetzentwurf der SPD sehen ja vor, dass Bürgermeister von Gemeinden, die der Rechtsaufsicht des Landratsamtes – des Landratsamtes; das ist wichtig – unterliegen, nicht mehr zum Kreistag wählbar sein sollen.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Rein theoretisch gibt es natürlich einen Interessenkonflikt. Ich komme nachher noch einmal darauf zurück.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Wir müssen aber sehen: Nach dem Gesetzentwurf der SPD – das ist der Unterschied zum Gesetzentwurf der Grünen – sind die Oberbürgermeister der Großen Kreisstädte, die ja nicht der Rechtsaufsicht des Landrats, sondern der Rechtsaufsicht des Regierungspräsidiums unterliegen, immer noch in den Kreistag wählbar.

(Abg. Drexler SPD: Ja! – Abg. Stickelberger SPD: Die dürfen! – Weiterer Zuruf von der SPD: Richtig!)

Damit geraten Sie – das ist auch das Problem des Beschlusses unseres Parteitags – in eine andere gefährliche Strömung. Denn vom machtpolitischen Kräftegewicht in einem Landkreis her muss man schon sehen: Es ist nicht einfach, wenn die Bürgermeister der kleinen Gemeinden nicht mehr im Kreistag vertreten sein dürfen, während die in der Regel ohnehin mächtigeren Oberbürgermeister der Großen Kreisstädte nach wie vor im Kreistag sitzen.

(Abg. Drexler SPD: Das ist aber ein anderes Argument! Das ist ein politisches Argument!)

Das ist ein gewisses Problem, das man noch einmal bedenken muss.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Das ist ein politisches Argument!)

– Richtig. Aber das wird auch für die SPD im Land Baden-Württemberg ein Thema sein. Denn das „Ankratzen“ des Kräftegleichgewichts in einem Kreistag kann nicht in unserem Interesse sein. Niemand kann daran ein Interesse haben.

Das Zweite, worauf ich aufmerksam machen will – es sind zwei Punkte; das ist in den Debattenbeiträgen aber auch schon angeklungen –: Die Bürgermeister – nicht alle, aber in der Regel – haben einen sehr beachtlichen Sachverstand, den sie in den Kreistag einbringen.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Wenn wir sagen, dass zur Demokratie auch Kontrolle gehört, muss man schon sehr sachlich mit abwägen, dass die Landratsamtsverwaltung einschließlich des Landrats durch versierte Bürgermeister bestimmt besonders qualifiziert kontrolliert wird. Auch in dieser Hinsicht muss man sich überlegen, ob man darauf verzichten will.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Das gilt auch für SPD-Bürgermeister!)

Im Sinne der Demokratie darf ich noch auf ein anderes Argument zurückkommen, das auch schon genannt worden ist: Man muss als Demokrat ja auch den Willen der Bevölkerung bedenken. Kein Bürgermeister kommt kraft Amtes in den Kreistag. Er kommt in den Kreistag, weil ihn die Bevölkerung gewählt hat. Deshalb muss man natürlich auch den Bevölkerungswillen bedenken.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Glück FDP/DVP)

(Minister Dr. Schäuble)

Ich darf noch einmal auf den Interessenkonflikt zurückkommen. Da bitte ich, bei der weiteren Beratung – wie gesagt, spätestens im Jahr 2005 kommt das Thema ja wieder – noch Folgendes zu sehen:

Abstrakt, theoretisch ist an dem Hinweis auf den Interessenkonflikt in gewisser Weise etwas dran.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Aber ich habe mich vorhin auch bei unserem Fachreferat noch einmal rückversichert: In der kommunalen Verfassungsgeschichte gibt es kein einziges Beispiel dafür, dass der behauptete theoretische Interessenkonflikt einmal in der Wirklichkeit vorgelegen hätte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Kübler CDU: So ist es!)

Deshalb gebe ich – als Innenminister, aber auch als Mitglied des Landtags – für die weitere Beratung noch Folgendes mit auf den Weg: Bei dem Thema „Wählbarkeit von Bürgermeister in die Kreistage“ handelt es sich offensichtlich nur um ein Scheinproblem. Ich empfehle, dass wir uns mit den wirklichen Problemen befassen und nicht mit den Scheinproblemen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Wunderbar! Sehr gut! – Abg. Drexler SPD: Der CDU-Parteitag hat sich also mit Scheinproblemen befasst! Ist ja verheerend! Die Politik der ruhigen Hand!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Offensichtlich hat sich also die CDU auf ihrem Parteitag nur mit Scheinproblemen beschäftigt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der CDU: Das war halt ein Initiativantrag!)

– Aber es war auf Ihrem Parteitag. Es ist schon interessant, zu hören, womit Sie sich beschäftigt haben.

(Abg. Fleischer CDU: Jetzt genießt es noch einmal richtig! Der Genuss ist bald weg!)

Die Resonanz der Medien auf den Parteitag ging auch dahin, dass Sie dort nur über Scheinprobleme diskutiert haben.

(Abg. Seimetz CDU: Denk mal an die Grünen-Parteitage! – Abg. Fleischer CDU: Außer dem Sprecher der Landesregierung ist doch keiner oben!)

Der Herr Minister hat gesagt: Das Problem kommt spätestens 2005 wieder. Das steht im Widerspruch zu dem, was die Herren Kurz und Glück gesagt haben.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Nein, nein!)

Beide haben gesagt: Jetzt wird einmal darüber nachgedacht. Ich weiß nicht genau: Brauchen Sie dazu noch vier Jahre? Wie viele Jahre wollen Sie noch darüber nachdenken?

(Abg. Drexler SPD: Nein, höchstens zwei! – Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Denken ist nie falsch!)

Einerseits ist die Zeit reif, Herr Glück, andererseits brauchen Sie noch Zeit zum Nachdenken.

Ich bin gerne bereit – und werde das auch noch mit Kollegen von der SPD absprechen –, diesen Gesetzentwurf im Ausschuss noch einmal einen Monat oder zwei Monate zurückzustellen, wenn Sie noch Zeit zum Nachdenken brauchen.

(Abg. Drexler SPD: Anhörung!)

Das ist kein Problem. Aber es kann ja nicht sein, dass es jetzt heißt: 2005, nur weil das gerade der Jahresrhythmus ist, in dem das Thema immer wieder kommt.

(Abg. Kübler CDU: Das müssen Sie uns überlassen!)

Sie haben gesagt, Herr Kurz: Wir müssen jetzt sorgfältig prüfen. Das hört sich ein bisschen so an, als würde man im Ausschuss der Regierung einen Antrag als Material übergeben.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Beerdigung vierter Klasse!)

Das ist die unterste Schublade, die irgendwann wieder einmal aufgemacht wird, wenn Altpapier entrümpelt wird.

(Abg. Hillebrand CDU: Mit unterster Schublade befassen wir uns nicht!)

Ich kann nur sagen: Alle, die hier sitzen, haben das Problem erkannt, haben das Problem benannt,

(Abg. Alfred Haas CDU: Was für ein Problem? – Abg. Kübler CDU: Kein Problem!)

haben darauf hingewiesen, dass es diese Interessenkonflikte gibt. Diese Interessenkonflikte gibt es, und hätten Sie in der ersten Runde zugehört, bräuchte ich das jetzt nicht zu wiederholen.

Deswegen, meine Damen und Herren: Widmen Sie sich tatsächlich dem Problem! Wir hoffen, dass Sie bis zu den Ausschussberatungen so weit sein werden, dass Sie mit uns abstimmen können.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Walter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Walter GRÜNE: Gerne.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön.

Abg. Fleischer CDU: Herr Kollege, können Sie mir ein einziges Beispiel nennen, bei dem der von Ihnen behauptete theoretische Konflikt Wirklichkeit geworden ist?

(Abg. Drexler SPD: In den Ausschussberatungen!)

Abg. Walter GRÜNE: Wenn Sie vorhin zugehört hätten, hätten Sie gehört, dass ich den aktuellen Fall, den ich in

(Walter)

diesem Jahr im Kreis Ludwigsburg selber erlebt habe, genannt habe.

(Abg. Fleischer CDU: Zwischen wem?)

Zwischen der Verwaltung – –

(Abg. Fleischer CDU: Zwischen welchen Bürgermeistern?)

– Zwischen dem Bürgermeister – –

(Abg. Fleischer CDU: Wie heißt der?)

– Storer. Also, das ist doch lächerlich.

(Abg. Fleischer CDU: Das will ich jetzt wissen!)

– Das können Sie nachher von mir hören. Das habe ich schon in der ersten Runde dargelegt.

(Abg. Fleischer CDU: Jetzt, Junge, spring!)

– Das ist einfach peinlich. Ich gebe es Ihnen schriftlich.

(Abg. Kübler CDU: An welchem Ort? Wo?)

– Ich bin Gemeinderat in Asperg, und es ging um den Kreistag in Ludwigsburg.

(Abg. Fleischer CDU: Ross und Reiter!)

Haas heißt der Landrat.

(Abg. Fleischer CDU: Haas heißt der? – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jeder Hans heißt bei euch Haas!)

Wenn Sie den nicht kennen, ist das Ihr Problem, nicht meines. Ich muss jetzt in meiner Rede fortfahren. Ich gebe Ihnen den ganzen Vorfall einmal schriftlich. Die Zwischenfrage ist gestellt.

(Abg. Fleischer CDU: Aber nicht beantwortet!)

– Sie ist beantwortet. Das war auch gar keine Zwischenfrage, es war eigentlich eher – – Na ja, ich sage nichts dazu.

(Abg. Hauk CDU: Da wird es peinlich! Sie verdächtigen die Bürgermeister und die Landräte!)

– Nein, ich verdächtige niemanden. Ich erzähle Ihnen, wie es ist.

(Abg. Seimetz CDU: Peinlich!)

Jetzt kommen wir zu dem Argument: Die Bürgermeister werden ja vom Volk gewählt. Da muss man aber schauen: Wie wird dort abgestimmt? Da werden doch Personen gewählt, die einen hohen Bekanntheitsgrad haben.

(Abg. Hauk CDU: Sagen Sie, dass die Wähler unmündig sind?)

– Nein. Gehen wir aber doch einfach davon aus, dass der Bürgermeister einen hohen Bekanntheitsgrad hat.

(Abg. Fleischer CDU: Ist das ein Widerspruch?)

Dann wird er von der Partei, für die er antritt, auch noch auf einen guten Listenplatz gesetzt, und dann ist es doch automatisch so, dass diese Leute gewählt werden.

(Minister Dr. Schäuble: Aber es gibt doch auch viele andere Berufsgruppen, die einen hohen Bekanntheitsgrad haben, Ärzte zum Beispiel!)

– Das ist doch kein Argument.

(Lebhafte Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe, damit sich der Redner verständlich machen kann.

Abg. Walter GRÜNE: Ich sehe schon, Sie können dieses Thema nicht sachlich und emotionslos diskutieren.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

– Ich weiß nicht, was Sie unter Rassismus verstehen. Sie dürfen ja weiterhin kandidieren, seien Sie doch zufrieden!

(Zuruf von der CDU: Ich bin kein Bürgermeister!)

– Wir sind auch froh, dass Sie keiner sind.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, die Zeit des Nachdenkens bei der CDU dauert nicht zu lange. Ich hoffe, die eher nachdenklichen Kräfte wie Herr Kurz setzen sich gegenüber den Hardlinern wie Herr Fleischer durch. Und wenn Herr Glück noch ein bisschen nachhilft, können wir vielleicht schon bis zu den Ausschussberatungen etwas Zählbares erreichen. Das würde uns allen dienen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Stichelberger.

Abg. Stichelberger SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Innenminister, dafür, dass es sich um ein Scheinproblem handelt, ist der Erregungszustand Ihrer Fraktion doch enorm hoch.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Scheinerregung! – Abg. Fleischer CDU: Es ist die Qualität der Behauptungen von Ihnen, was einen erregt! – Weitere Zurufe)

– Herr Fleischer, lassen Sie mich doch einmal einen Satz zu Ende führen.

Es bestürzt mich doch, mit welcher Nonchalance Sie über Beschlüsse Ihrer Parteitage hinweggehen. Machen Sie da eigentlich nur Sandkastenspiele, oder führen Sie da ernsthafte Debatten?

Herr Schäuble, Herr Innenminister, Sie sagen, hier werde alle paar Jahre wieder das Ungeheuer von Loch Ness herovorgerufen. Ich glaube, es ist tatsächlich ein Ungeheuer.

(Abg. Fleischer CDU: Damit waren aber nicht Sie gemeint!)

(Stickelberger)

– Aber Sie vielleicht, Herr Fleischer. Nachdem Sie das Dammkesschwert der K-Frage auf Ihrem Parteitag einigermaßen abgewendet haben,

(Zuruf von der CDU: Das war ein anderer Parteitag!)

ist das Ungeheuer von Loch Ness doch offensichtlich gegenwärtiger, als wir alle glaubten.

Aber jetzt zum Zeitfaktor. Sie sagen mit Recht, das Thema sei alle Jahre wieder auf die Tagesordnung gekommen. Warum wird es dann nicht einmal aufgearbeitet?

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Genau!)

Es wäre an der Zeit, es aufzuarbeiten, denn die Faktenlage hat sich nicht geändert. Die Zahlen sind seit Jahren gleich, und die Argumente kennen wir auch. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass es uns weiß Gott nicht darum geht, die Bürgermeister und ihre Arbeit zu verteufeln. Der Interessenkonflikt, der angesprochen wurde, ist ja nicht Ziel unseres Antrags und liegt auch nicht dem Antrag auf dem CDU-Parteitag zugrunde.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Den Antrag lesen!)

Lesen Sie den Antrag! Wenn Sie die Systematik der Befangenheit und der Hinderungsgründe in der Landkreisordnung und in der Gemeindeordnung vergleichen, dann sehen Sie, dass diese Bestimmungen Interessenkonflikten vorbeugen sollen,

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

dass Konflikte im Vorfeld durch das Gesetz gelöst werden sollen.

(Abg. Fleischer CDU: Haben Sie in Ihrem Amt einen solchen Konflikt einmal gehabt?)

Das hat nichts damit zu tun, dass wir dem einen oder anderen Interessenkonflikte vorwerfen würden. Das tun wir nicht. Ich war ja auch in meinem früheren Amt nicht im Kreistag und habe das auch nie gemacht.

(Abg. Fleischer CDU: Aber Sie waren doch Bürgermeister!)

Auf ein Argument von Ihnen, Herr Glück, möchte ich noch eingehen: Wie löst man das Problem? Wenn Sie die Volkswahl des Landrats unterschreiben, dann machen wir mit. Wir fordern das seit langem. Da sind wir dabei.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der SPD: Da werden sie auch wieder einknicken!)

Machen Sie mit! Ich glaube, auch die CDU-Fraktion könnte sich dem anschließen. Sie stellen doch immer Bayern als das große Vorbild, als das Gelobte Land hin. Dort haben wir die Volkswahl der Landräte. Was ist denn daran schlecht? Machen Sie doch mit!

Es gibt verschiedene Vorschläge dazu, wie man die Rechtsaufsicht regeln könnte. Sie haben den Vorschlag gemacht, sie „in Konfliktfällen“ auf die Regierungspräsidien zu übertragen. Es gibt den anderen Vorschlag, dass der Landrat die Rechtsaufsicht an die Ersten Landesbeamten delegiert. Wir halten nichts davon, die Systematik, die das Gesetz vorsieht, zu durchbrechen, sondern wir wollen eine klare Kompetenzabgrenzung durch den Gesetzgeber. Dann, Herr Fleischer, kommen wir erst gar nicht in solche Diskussionen, wie Sie sie jetzt führen wollen. Wir wollen eine klare Kompetenzabgrenzung, Transparenz nach außen und eine effektive Kontrolle. Die findet nur statt, wenn die, die kontrolliert werden sollen, sich nicht selbst kontrollieren.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Bis auf den letzten Satz war alles richtig!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

(Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, Kollege Kurz!)

– Herr Kollege Kurz, bitte schön. Sie haben noch eine Minute und 30 Sekunden Redezeit.

Abg. Kurz CDU: Herr Stickelberger, wir brauchen keinen Nachhilfeunterricht in Sachen Demokratie.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben dem, was unsere Position anbelangt, nichts hinzuzufügen. Wir von der CDU stehen zu unserer Kommunalverfassung, wie sie sich im Augenblick gibt, sind aber gegenüber vernünftigen Veränderungen und Verbesserungen jederzeit offen. Um solche Veränderungen werden wir auch miteinander ringen. Aber wir sehen im Augenblick überhaupt keine Notwendigkeit, hier Knall auf Fall die Landkreisordnung zu ändern.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wir brauchen auch keinen Nachhilfeunterricht darüber, wie wir einen Parteitagsbeschluss umsetzen, am wenigsten von der Opposition.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Dieser Beschluss wird in unseren Gremien sorgfältig diskutiert werden,

(Abg. Drexler SPD: In den Herzen mitgetragen! – Heiterkeit bei der CDU)

sorgfältig abgewogen werden, und dann werden wir zu der Lösung kommen, die für unsere Landkreise die allerbeste ist. Aber eines werden wir auf keinen Fall machen: Wir werden den großen Sachverstand der Bürgermeister aus diesem Prozess der Entscheidungsfindung nicht ausschließen,

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

(Kurz)

sondern wir werden versuchen, die Kompetenz der Bürgermeister stärker einzubinden. Sie trennen, wir führen zusammen. Das unterscheidet uns beide.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Jetzt blicke ich noch einmal in die Runde. – Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Es wird vorgeschlagen, die beiden Gesetzentwürfe an den Innenausschuss zu überweisen. – Sie stimmen dem zu.

Punkt 4 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Betreuungsgesetzes – Drucksache 13/195

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/528

Berichterstatter: Abg. Maurer

Meine Damen und Herren, wie mir mitgeteilt wurde, sind die Fraktionen übereingekommen, bei der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs keine Aussprache zu führen.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **E i n - z e l a b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 13/528.

Ich rufe auf

Artikel 1

Wer Artikel 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 1 ist mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen so beschlossen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Drei Gegenstimmen waren es!)

Ich rufe auf

Artikel 2

und dazu die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 13/528. Danach soll in Artikel 2 Satz 2 das Datum „1. Oktober 2001“ durch das Datum „1. Januar 2002“ ersetzt werden. Wer Artikel 2 mit dieser Änderung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 2 ist einstimmig in dieser Fassung angenommen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 12. Dezember 2001 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Betreuungsgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Wer stimmt gegen das Gesetz? – Wer enthält sich? – Das Gesetz ist einstimmig angenommen worden.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Ausführung wohnungsrechtlicher Gesetze (AGWoG) – Drucksache 13/384

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 13/487

Berichterstatter: Abg. Hoffmann

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten festgelegt.

Das Wort erhält Herr Abg. Mack.

Abg. Mack CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer etwas für die Wohnraumversorgung der Bevölkerung, und zwar zu bezahlbaren Mieten, und für die Wohneigentumsbildung in Deutschland tun will – und darum muss es uns gehen –, der muss das Übel an der Wurzel packen und die hausgemachten Hemmnisse auf dem Wohnungsmarkt in Deutschland beseitigen.

Wir fragen uns: Liegt es am Landeswohnungsbauprogramm, liegt es am Niveau der staatlichen Zinssubventionen, dass der Wohnungsbau nicht mehr boomt? Nein, daran liegt es nicht. Mitte der Neunzigerjahre, als Bund und Länder das Zifache des jetzigen Betrags für Zinssubventionen in der Wohnungsbauförderung ausgegeben haben, war das Zinsniveau für Baugeld nach Förderung höher, als es jetzt vor Förderung ohnehin schon ist. Demnach müsste bei sonst gleich bleibenden Bedingungen im Wohnungsbau jetzt die Post abgehen.

Das Problem ist aber, dass die Bundesregierung die Baukonjunktur systematisch kaputtgemacht hat. Jetzt suchen Sie von Rot-Grün nach Möglichkeiten, davon abzulenken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Nur so kann ich Ihren Antrag unter Tagesordnungspunkt 7 verstehen, mit dem Sie heute in die Mottenkiste der Zwangswirtschaft greifen wollen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Kollege, wir sind bei TOP 6! Sie haben die falsche Rede! – Abg. Hofer FDP/DVP: Sie sind beim falschen Punkt!)

Wenn man ein Lehrbuch schreiben müsste,

(Abg. Drexler SPD: Entschuldigung, das ist der falsche Tagesordnungspunkt! Herr Kollege, Sie reden doch zu TOP 7!)

(Mack)

wie man innerhalb von drei Jahren Regierungszeit in Berlin die deutsche Immobilienwirtschaft dazu bringt, im Ausland mehr zu investieren als im Inland, dann müsste man nacheinander genau die Maßnahmen auflisten, die Rot-Grün ergriffen hat.

(Abg. Drexler SPD: Er redet zu TOP 7! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, wir sind bei Tagesordnungspunkt 6. Sind Sie sicher, dass Sie sich zum richtigen Tagesordnungspunkt gemeldet haben?

Abg. Mack CDU: Exakt da sind wir, bei TOP 6.

(Beifall bei der CDU)

Allein acht Steuererhöhungen im Bereich des Wohnungsbaus: von der Absenkung der Einkommensgrenzen für die Eigenheimzulage bis zur Verlängerung der so genannten Spekulationsfrist von zwei auf zehn Jahre. Da muss man sagen: Der Wohnungsbausektor ist der Verlierer der rot-grünen Steuerreform.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Drautz FDP/DVP: Jetzt hat er aber was Wahres gesagt!)

Als Nächstes kam eine kropfunötige Reform des Mietrechts hinzu, die die Investitionen in den Mietwohnungsbau erstickt hat. Es war eine völlig absurde und falsche Reform.

Vergangene Woche war im „Mannheimer Morgen“ zu lesen, dass die SPD-Bundestagsfraktion und der Bundesfinanzminister auch noch die Kürzung der Eigenheimzulage in Höhe von jährlich 5 000 DM bzw. 2 500 DM beim Erwerb von Altbauten erwägen würden. Zu Recht hat deswegen der „Mannheimer Morgen“ in der Überschrift kommentiert: „Am Bürger vorbei“.

(Beifall bei der CDU – Abg. Döpfer CDU: Wie wahr!)

Die Wohnungsbaupolitik der rot-grünen Regierung geht am Bürger vorbei. Wer die Baukonjunktur ankurbeln will und die Mieten auf einem vertretbaren Niveau halten will, muss die rot-grüne Reform des Mietrechts sofort zurücknehmen und eine andere Steuerpolitik machen.

(Abg. Drexler SPD: Das haben Sie gemacht, 16 Jahre lang!)

Wer aber will, dass Deutsche mehr in Wohnungen auf Mallorca investieren als in Wohnungen in Mannheim, der muss es machen wie die SPD.

(Abg. Drexler SPD: Das sind doch Ihre Wähler!)

Dann heißt es: Der Letzte hängt das Schild raus. Und auf dem Schild steht: „Bin baden!“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der SPD: Das ist aber primitiv! – Abg. Drexler SPD: Das ist aber schlimm, wenn man den 11. September im Kopf hat! Schlimmer Witz! 7 000 Leute sind da gestorben! Der Witz ist unmöglich!)

In einer Art Notoperation hat der Bund die Mittel für die Wohnraumförderung auf insgesamt 300 Millionen Euro angehoben, wovon die zusätzlichen 70 Millionen Euro für Investitionen in Verdichtungsräumen zweckgebunden ausgegeben werden müssen. Für Baden-Württemberg bedeutet dies rund 9 Millionen Euro zusätzlich, die wir natürlich nehmen, das heißt, die wir kofinanzieren werden.

Wir werden darauf achten, dass darunter die Wohnraumförderung im ländlichen Raum nicht leidet. Gleichzeitig wird unser Schwerpunkt weiterhin bei der Wohneigentumsförderung liegen. Dies kommt übrigens auch dem Verdichtungsraum zugute, nicht nur dem ländlichen Raum – wie irrtümlich immer wieder behauptet wird.

Zusammenfassend können wir feststellen: Auch Immobilieninvestitionen müssen sich lohnen, sonst investiert keiner. Wohnungsbaupolitik ist in der SPD nicht mehr Chefsache. Zuständig für die Wohnungsbauförderung ist im Berliner Kabinett der schwächste Minister, nämlich Herr Bodewig.

(Abg. Hauk CDU: Wer ist das? – Abg. Drexler SPD: Was? Den habt ihr doch heute Morgen beim Straßenbau gelobt!)

Wir brauchen in der Berliner Wohnungsbaupolitik dringend eine Wende. Ich bitte Sie, mitzuhelfen, dass wir in Deutschland zu einer besseren Wohnungsbaupolitik kommen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Damit Sie Ihr Geld nicht in Mallorca anlegen!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Gaßmann.

Abg. Gaßmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich zu dem Wohnungsbauförderungsgesetz etwas sagen, aber nachdem der Kollege von der CDU hier büttenredenartig die Wohnungspolitik generell angegriffen hat, möchte ich doch einige Unrichtigkeiten richtig stellen.

Das Erste ist, dass die Verteufelung des Mietrechts, die hier von bestimmter Seite immer vorgenommen wird

(Abg. Hillebrand CDU: Wer verteufelt?)

– ich meine die CDU und die FDP/DVP –, in keiner Weise gerechtfertigt ist. Sie sollten einfach einmal lesen, was in diesem Gesetz steht. Dieses Gesetz bringt zum Beispiel Verbesserungen für Investoren, für Vermieter. Es ist leichter geworden, Modernisierungen durchzuführen. Die Modernisierungsankündigung ist vereinfacht worden. Es ist einfacher geworden, Mietpreiserhöhungen zu indexieren. Es ist einfacher geworden, den Mietern zu kündigen. Die Kündigungsfristen sind nämlich auch für die Vermieter verkürzt worden, und zwar von zwölf auf neun Monate.

(Abg. Drexler SPD: Das hat er nicht gelesen! Keine Ahnung!)

Nun gibt es auch ein paar Verbesserungen für Mieter. Zum Beispiel ist die Kappungsgrenze von 30 auf 20 % verringert worden. Ich darf Ihnen aber aus der Praxis der Bera-

(Gaßmann)

tung beim Mieterverein sagen: Diese Mietpreiserhöhungen von 30 % haben in der Praxis fast nie eine Rolle gespielt.

Sie reden nun konsequent dieses gute Mietrecht schlecht und behaupten dann auch noch, dass der Wohnungsbau, der in diesem Land seit fünf Jahren in den Keller fährt, durch diese Reform des Mietrechts in den Keller gefahren wird.

(Abg. Hillebrand CDU: Natürlich!)

Die Reform des Mietrechts ist zum 1. September dieses Jahres in Kraft getreten,

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

aber der Wohnungsbau in Baden-Württemberg fährt seit fünf Jahren in den Keller.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie hier über Belastungen für Hauseigentümer reden, dann reden Sie bitte auch einmal darüber, dass die Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 3,5 % von Ihnen eingeführt worden ist. Diese Erhöhung der Grunderwerbsteuer frisst, wenn jemand beispielsweise in Stuttgart ein Häusle kauft, die Eigenheimzulage fast auf.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Das hat er auch nicht gewusst! Er investiert auf Mallorca!)

Lassen Sie mich nun aber konkret zu diesem Einführungsgesetz einige Punkte sagen.

Es war dringend geboten, dass die Wohnungsbauförderung umgestellt wird. Dieses rot-grüne Gesetz, in Berlin beschlossen, ist ein gutes Gesetz;

(Abg. Alfred Haas CDU: Oh Gott, oh Gott!)

aber es müsste auch gut ausgefüllt werden. Zum ersten Mal ist es jetzt möglich, dass in den Beständen mit öffentlichen Mitteln saniert werden kann und für die Belegungsbindung auch öffentliche Mittel gegeben werden.

Aber was macht die Mehrheit hier im Landtag aus dieser Reform? Ich lese in dem neuen Förderprogramm der Landesregierung, dass im nächsten Jahr lediglich 200 bis 300 Wohnungen mit einem Gesamtaufwand von 2 Millionen DM gefördert werden sollen.

(Abg. Drexler SPD: Lächerlich!)

Bei einem Investitionsstau von ca. 5 Milliarden DM pro Jahr, den die Wohnungswirtschaft errechnet hat, ist dies noch nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein.

Einen zweiten Punkt möchte ich ansprechen, der uns Sozialdemokraten sehr wichtig ist. Wir begrüßen es, dass die Einkommensgrenzen für Familien mit Kindern deutlich erhöht worden sind. Dies bedeutet, dass eine Familie mit Kindern nun eher den Berechtigungsschein für eine Sozialwohnung bekommt. Das bedeutet aber auch, dass eine Familie mit Kindern bei der Fehlbelegungsabgabe entlastet würde. Aber Sie haben in diesem Gesetzentwurf Folgendes

gemacht: Die Entlastung bei der Fehlbelegungsabgabe soll für diejenigen, die die Fehlbelegungsabgabe schon bezahlen, erst in zwei Jahren kommen. Für eine Familie mit Kindern kann dies bedeuten, dass sie im Monat 70 DM zu viel bezahlt. In diesen zwei Jahren sind das 1 500 DM, die Sie von dieser Familie verlangen, obwohl das Bundesgesetz es ermöglicht hätte, ab 1. Januar 2002 die Familie zu entlasten.

(Beifall bei der SPD)

Ich höre Sie immer in Sonntagsreden von der Entlastung der Familie sprechen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Aber wenn es konkret wird, wenn man die Familie zum Beispiel von der Fehlbelegungsabgabe entlasten will, dann stimmen Sie dagegen. Wir haben im Wirtschaftsausschuss einen Antrag gestellt. Er ist leider an den Stimmen der CDU und der FDP/DVP gescheitert. Wir werden dem Gesetzentwurf insgesamt heute trotzdem zustimmen, weil wir es für wichtig halten, dass die neue Wohnungsbauförderung auf den Weg kommt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Er hat im Gegensatz zum Vorredner eine Ahnung von der Sache! Der kennt sich auf Mallorca aus, aber nicht hier!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe schon bei der ersten Lesung betont, dass es sich bei diesem Ausführungsgesetz, das heute zur Abstimmung steht, um nichts anderes als um eine gesetzestechnische Anwendung von Landesrecht auf geändertes Bundesrecht handelt,

(Abg. Alfred Haas CDU: Vermurkstes Bundesrecht!)

eine Anwendung, gegen die niemand etwas einwendet, gegen die niemand etwas hat. Warum auch?

(Abg. Drexler SPD: Doch, gerade eben!)

Das Bundesgesetz über die soziale Wohnraumförderung, die hier so fleißig diskutiert wird, steht heute in keiner Weise zur Abstimmung. Wenn also in der Sache nichts zu sagen ist – ich wiederhole es –, ist es auch nicht ein Zeichen mangelnder Intelligenz, wenn man nichts dazu sagt, sondern sich auf das beschränkt, was in der Beratungsunterlage steht, und das dann auch umsetzt.

Erst kürzlich – Sie wissen es – hat die große Schülerumfrage PISA festgestellt, dass deutsche Schüler zum Teil große Schwierigkeiten haben, Texte zu lesen, sie zu verstehen und umzusetzen. Ich für meine Person möchte nicht, dass diese Schwäche auch für Politiker zu gelten hat. Deshalb stimme ich dem vorliegenden Gesetzentwurf ohne weitere Ausführungen für meine Fraktion zu.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Guter Mann! – Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch von der Fraktion GRÜNE darf ich Zustimmung zum Gesetz zur Ausführung wohnungsrechtlicher Gesetze signalisieren. Es ist schon gesagt worden: Es handelt sich hier um ein neues Bundesgesetz, das die Reform des Wohnungsbaurechts voranbringt und dieses an neue Gegebenheiten anpasst. Das habe ich bereits bei der ersten Lesung dieses Gesetzentwurfs hier begründet. Insofern brauche auch ich hier nichts Weiteres dazu zu sagen. Ich habe mich gewundert, dass der Kollege Mack die Möglichkeit, hier zu reden, dazu nutzt, die Wohnungspolitik insgesamt schlecht zu machen. Daher möchte ich ergänzend zu Herrn Gaßmann darauf kurz eingehen.

Herr Mack, wenn Sie davon reden, dass es im Wohnungsbau nicht stimmt, dass sich eine neue Wohnungsnot abzeichnet, muss sich auch diese Landesregierung, die von Ihnen mit gestützt wird, an die eigene Nase fassen. Insbesondere bei der Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus, wo es darum geht, dass Familien eine preiswerte Mietwohnung haben, hat diese Landesregierung die Mittel drastisch heruntergefahren. Mitte der Neunzigerjahre hat die Landesregierung noch etwa 60 % der gesamten Fördermittel in den Bereich des sozialen Mietwohnungsbaus gegeben. Dieser Fördersatz ist drastisch reduziert worden, und zwar bis hinunter auf 5 %. Das war im Jahr 2000. Für das kommende Jahr 2002 wird die Förderung zwar wieder auf knapp 10 % angehoben, aber insgesamt ist das ein Nassenwasser, das den Wegfall sozialer Mietwohnungen, weil Bindungen auslaufen, in keiner Weise kompensiert.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wenn Sie hier schon Kritik an der Wohnungsbaupolitik üben, dann fragen Sie bitte auch, was Ihre eigene Regierung dazu tut.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: Also zweiter Sieger!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

(Abg. Drexler SPD: Ganz kurz! Nicht alles vorlesen! Um Gottes willen! – Abg. Hofer FDP/DVP: Beim nächsten Punkt können wir noch einmal das Gleiche sagen!)

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich rede zu dem zur Abstimmung anstehenden Gesetzentwurf.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Das Land Baden-Württemberg – darauf lege ich Wert – ist mit dem heute zur Beschlussfassung anstehenden Gesetzentwurf zur Ausführung wohnungsrechtlicher Gesetze bundesweit das erste Land, das die notwendigen gesetzgeberischen Schritte ergriffen hat, das neue Bundesrecht auch tatsächlich umzusetzen. Wir sind das erste Bundesland.

(Abg. Drexler SPD: Ihr seid bundesreif!)

Mit diesem Ausführungsgesetz werden nämlich jetzt die Grundlagen geschaffen – deswegen haben wir uns auch so beeilt –, dass die Landesregierung, das Wirtschaftsministerium und die Kommunen die erforderlichen Regelungen schon am 1. Januar 2002 umsetzen können. Die Beratungen im Wirtschaftsausschuss haben mir gezeigt, dass dieses Gesetz auf allgemeine Akzeptanz trifft. Ein kontroverser Punkt war der, den Sie, Herr Abg. Gaßmann, angesprochen haben.

Ich sage noch einmal: Unsere Position ist, dass vor allem verwaltungsökonomische Gründe gegen ein Wiederaufgreifen sämtlicher früherer Veranlagungen sprechen, bei denen der Leistungszeitraum in das Jahr 2002 hineinreicht. Wir haben uns mit den Großstädten in Verbindung gesetzt, und sie haben darauf hingewiesen, dass ca. 95 % aller veranlagten Haushalte neu überprüft werden müssten, die Neuregelung sich aber nur auf einen sehr kleinen Teil, 5 bis 10 %, dieser Haushalte nennenswert auswirken dürfte.

Außerdem wissen Sie: Die Bescheide laufen über zwei Jahre. Sie laufen. Aber die neuen Bescheide können schon nach dem neuen Gesetz ergehen. Deswegen plädieren wir dafür, es bei der in Artikel 6 Abs. 2 vorgesehenen Lösung zu belassen.

Im Übrigen wollen wir – deswegen sind wir auch daran interessiert, dass dieser Gesetzentwurf heute verabschiedet wird – auch unser Landeswohnraumförderungsprogramm auf der Grundlage des neuen Rechts durchführen. Denn die Konzentration der Förderung hilfsbedürftiger Haushalte ist aus unserer Sicht richtig. Die stärkere Einbeziehung des Wohnungsbestands, die Einführung einer Kinderkomponente und der Ersatz der Förderwege durch eine einheitliche Förderzusage sind richtige Wege, auch dafür, dass Kommunen von diesen Instrumenten selbst umfassend Gebrauch machen können.

Vor allem – das ist auch wichtig für ein Land und eine Landesregierung – bleibt nach dem Wohnraumförderungsgesetz die förderpolitische Schwerpunktsetzung weiterhin den Ländern überlassen. Sie wissen, wir wollen in Baden-Württemberg den Schwerpunkt auch künftig auf die Eigenumbildung legen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Drexler SPD)

Abschließend bitte ich darum, dem vorliegenden Gesetzentwurf in der vom Wirtschaftsausschuss des Landtags beschlossenen Form zuzustimmen.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur *E i n z e l a b s t i m m u n g*. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 13/487.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe auf

Artikel 1

Gesetz zur Ausführung des Wohnraumförderungs-
gesetzes

und dazu die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 13/487. Nach dieser Beschlussempfehlung sollen in Artikel 1 § 2 Abs. 2 Satz 1 die Worte „des Abschnitts 3“ durch die Worte „des Teils 2 Abschnitt 3“ ersetzt werden. Wer dem Artikel 1 mit dieser Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 2

Gesetz zur Ausführung des Wohngeldgesetzes

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 3

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Abbau
der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen für
Baden-Württemberg

Hier ist in Nummer 1 ein redaktioneller Fehler enthalten. In der Mitte dieser Nummer 1 soll das Wort „eingefügt“ gestrichen werden. Wer dem Artikel 3 mit dieser redaktionellen Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 4 bis 6

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 12. Dezember 2001 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Ausführung wohnungsrechtlicher Gesetze (AGWoG)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD – Verordnungen zum Schutz der Mieter vor Umwandlungsspekulation und zum Erhalt von Wohnraum in Groß- und Universitätsstädten des Landes – Drucksache 13/463

– **dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten.

Das Wort erhält Herr Abg. Gaßmann.

Abg. Gaßmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Respekt vor dem Parlament hätte eigentlich geboten, dass die Landesregierung ihre Entscheidung, welche Städte in die Gebietskulisse aufgenommen werden bzw. darin verbleiben, nicht gestern schnell getroffen hätte, sondern die Beratungen des Parlaments am heutigen Tag abgewartet hätte. Vielleicht hätten sich neue Erkenntnisse ergeben. Aber es wurde nicht abgewartet.

Während bis 1996, als Sozialdemokraten für die Wohnungsbaupolitik in diesem Land mit Verantwortung getragen haben, noch 70 Städte in der Gebietskulisse der Verordnung waren, die den Wohnungsbestand schützen und vermehrten Mieterschutz bei der Umwandlung von Mietwohnungen gewährleisten soll, sind es jetzt gerade noch fünf Städte, nämlich vier Universitätsstädte und neuerdings auch wieder Mannheim, die in die Verordnung aufgenommen werden sollen. Begründet wird dies, zumindest in der Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums von gestern, damit, dass es bestimmte Städte so gewollt hätten.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Der Landesregierung wäre gut angestanden, wenn sie die Gesetzeslage richtig gelesen hätte. Dort heißt es nämlich:

Die Landesregierungen werden ermächtigt, Gebiete zu bestimmen, in denen die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen gefährdet ist.

Dort steht nichts davon, dass die Landesregierung nur abfragen soll, welche zufällige Gemeinderatsmehrheit in einer Stadt gerade der Auffassung ist, dass diese Verordnung sinnvoll oder überflüssig ist.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Sonst, meine Damen und Herren von der CDU und von der Landesregierung, sind Ihnen die Entscheidungen der Gemeinden auch nicht sehr wichtig.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Ich habe zum Beispiel nicht gehört, dass Sie inzwischen gegen die Neue Messe seien, weil der Gemeinderat von Filderstadt inzwischen eine andere Meinung zur Messe hat als Sie.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU – Abg. Drautz FDP/DVP: Das ist aber weit hergeholt!)

(Gaßmann)

Hier wird also ein Popanz aufgebaut, um sich vor der Sachentscheidung zu drücken.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie hätten klären müssen, wie die Wohnungsversorgung in den Städten aussieht, und hätten dann entscheiden müssen. Ich kann Ihnen sagen, dass es zumindest in den Großstädten und in den Universitätsstädten, wegen denen wir auch den Antrag gestellt haben, schlimm ist.

Ich möchte einige Beispiele aus Stuttgart bringen. Ich habe gehört, dass in Stuttgart ein ganzes Stockwerk eines Pflegeheims leer steht, weil die Pflegekräfte, die man anwerben will, in Stuttgart keine Wohnung finden.

Ich höre und lese auch in der Zeitung, dass jemand, der in Stuttgart ein Inserat aufgibt, weil er eine Wohnung zu vermieten hat, darauf 150 bis 200 Zuschriften erhält – 150 bis 200 Bewerber.

Wenn ich die Wohnungsinserate in den Stuttgarter Zeitungen studiere, sehe ich, dass keine Wohnung mehr unter 15 DM pro Quadratmeter angeboten wird. Die Spanne bei den Mietpreisen geht bis gegen 20 DM pro Quadratmeter.

Dass der Wirtschaftsminister dies auch gesehen hat, hat er mir zumindest im April 2000 geschrieben. Das war der „April-Döring“. Er hat geschrieben:

Aus den von Ihnen genannten Gründen werde ich dem Ministerrat vorschlagen, die Stadt Stuttgart weiter in der Gebietskulisse der Sechsten Verordnung . . . zu belassen.

Zwei Monate später – das war dann der „Juni-Döring“ – wurde Stuttgart aus der Verordnung herausgenommen.

Ich möchte auch noch zitieren, was wichtige Entscheidungsträger in Stuttgart dazu sagen, zum Beispiel der Stuttgarter Oberbürgermeister Schuster in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 9. November. Dort heißt es, dass Stuttgart mit dem Problem der großen Wohnungsnachfrage allein nicht mehr fertig wird.

Und in der „Mieterzeitung“ vom Dezember 2001, also gerade zwei Wochen alt, schreibt Schuster:

Sinkende Neubaufertigstellungen einerseits und steigende Nachfrage andererseits, insbesondere auch durch zuziehende Arbeitskräfte, haben zu einem wieder angespannten Wohnungsmarkt in der Landeshauptstadt geführt.

Dies alles scheint bei Ihrer Beschlussfassung und Ihrer Entscheidungsfindung nicht mehr zu gelten. Während Sie – wir haben vorhin darüber gesprochen – den Wohnungsbau drastisch heruntergefahren haben – wir haben in diesem Jahr die niedrigsten Neubauzahlen seit Kriegsende –, gehen Sie jetzt auch noch an den Bestand. Jetzt soll erlaubt sein, dass aus den Wohnungsbeständen Gewerberäume gemacht werden. Ich sage Ihnen: In der Konkurrenz zwischen Wohnung und Gewerbe wird die Wohnung unterliegen;

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

denn der Wohnungsmieter kann keine so hohe Miete zahlen wie ein gewerblicher Mieter, der Wohnungsmieter hat Kündigungsschutz und der gewerbliche nicht, und der Wohnungsmieter ist abends im Haus und der gewerbliche Mieter in der Regel nicht. Deswegen ist es wirklich unverstänlich, dass Sie die Verordnung in den Großstädten – ich nenne Stuttgart, Karlsruhe und Ulm, wo es ähnliche Wohnungsprobleme gibt – nicht wieder eingeführt haben.

Noch etwas: Es geht auch um den Schutz der Mieter vor einer Kündigung bei Eigenbedarf. Lassen Sie mich aus dem Schreiben einer älteren Frau vorlesen, von dem, glaube ich, der Wirtschaftsminister eine Durchschrift bekommen hat. Da heißt es:

Ich, 83 Jahre, als geborene und langjährige Stuttgarterin soll nun wegen Wohnungsumwandlung nach stolzen 28 Jahren aus meiner Wohnung raus. Ich muss Platz machen für andere Personen, und wo bleibe ich?

Es gibt viele solche Briefe. Sie brauchen nur die Zeitung aufzuschlagen; dann sehen Sie, dass die Spekulation mit Mietwohnungen seit einem Jahr, seit Sie die Verordnung aufgehoben haben, die den Mietern einen erweiterten Kündigungsschutz einräumte, wieder drastisch angezogen hat.

Da frage ich mich: Wem nützt das, was Sie da machen? Es nützt einer Minderheit von Spekulanten, so will ich einmal sagen, die jetzt mit alteingesessenen Mietern Geschäfte machen, die die Mieter vertreiben und damit Geld machen. Es nützt vielleicht auch wenigen Hauseigentümern, die künftig ihre Wohnungen als Gewerberäume vermieten können. Aber es nützt nicht der Mehrheit in den Städten, und das sind zum Beispiel in Stuttgart immerhin 70 %.

Lassen Sie mich noch eine Anmerkung zum Zweckentfremdungsverbot machen. Es wird ja behauptet, das Zweckentfremdungsverbot habe gar keine Auswirkung. Der Wohnungsbericht der Stadt Stuttgart weist aus, dass in den letzten Jahren durch das Zweckentfremdungsverbot 6 800 Wohnungen neu entstanden sind, die sonst nicht entstanden wären, weil eben die Zweckentfremder die Auflage bekommen haben, Ersatzwohnraum zu schaffen.

Etwas anderes möchte ich noch anführen, nämlich wieder einen Auszug aus dem Stuttgarter Wohnungsbericht. Da heißt es:

Wichtig ist die prophylaktische Wirkung des Verbots, das viele Umnutzungen wegen der geforderten Ersatzleistungen erst gar nicht hat entstehen lassen. Viele Anträge sind nach einer Beratung im Amt für Wohnungswesen nicht gestellt worden. Der Wohnungsneubau hätte nicht ausgleichen können, was ohne das Zweckentfremdungsverbot unwiderruflich verloren gegangen wäre.

So der Wohnungsbericht der Stadt Stuttgart. Ich ergänze noch aus dem Wohnungsbericht der Stadt Karlsruhe. Da heißt es:

Im Wesentlichen hat das Zweckentfremdungsverbot präventive Wirkung. Aus Beratungen ist bekannt, dass die Absicht, zweckzuentfremden, nach Aufklärung über Sach- und Rechtslage aufgegeben wurde.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

(Gaßmann)

Darum geht es. Wir wollen, dass der Wohnungsbestand in den Städten, nachdem schon nichts neu gebaut wird, erhalten wird. Wir wollen, dass die Mieter vor Umwandlungsspekulanten geschützt werden. Deswegen bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Mack.

Abg. Mack CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Gesetz zur Verbesserung des Mietrechts und zur Begrenzung des Mietanstiegs vom 4. November 1971 räumt den Landesregierungen – nicht den Ländern, nicht den Landtagen und nicht den Landesgesetzgebern, sondern den Landesregierungen –

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig! – Abg. Gaßmann SPD: Aber empfehlen dürfen wir!)

die Verordnungsermächtigung ein, dass Wohnraum anderen Zwecken als Wohnzwecken nur nach Genehmigung zugeführt werden darf, wenn in einer Stadt die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum zu angemessenen Bedingungen besonders – besonders! – gefährdet ist.

Weil dies einen besonderen Eingriff in die Eigentums-garantie des Grundgesetzes darstellt, ist eine besondere Gefährdung der Wohnraumversorgung erst anzunehmen, wenn eine Gemeinde durch sachliche Eigenarten gekennzeichnet wird, die geeignet sind, den Wohnungsmarkt für breitere Bevölkerungsschichten negativ zu beeinflussen und ihm eine spezifische Labilität zu geben. Es kommt somit auf die qualitative Art der Anspannung des Wohnungsmarktes an.

Parallel dazu ermächtigt § 577 a des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Landesregierung, durch Rechtsverordnung Gebiete zu bestimmen, in denen nicht die Kündigungssperrfrist von drei Jahren seit der Veräußerung der vermieteten Wohnung gilt, sondern eine verlängerte Kündigungssperre – jetzt kommt der Punkt – von bis zu zehn Jahren. Ich wiederhole: eine Kündigungssperrfrist von bis zu zehn Jahren. Das muss man sich einmal vorstellen. In dieser Zeit kann sich der Erwerber solcher umgewandelten Wohnungen zum Zwecke der Kündigung bis zum Ablauf der Kündigungssperrfrist weder auf seinen Eigenbedarf an der Wohnung noch auf sein Interesse an einer angemessenen wirtschaftlichen Verwertung berufen.

Wer sich diese Rechtsgrundlage, den Eingriff dieser Gesetze in Grundrechte und ihren erheblichen Eingriff in den Wohnungsmarkt vor Augen führt, muss sich darüber im Klaren sein, dass von diesem Instrumentarium, das erhebliche zwangswirtschaftliche Züge trägt, nur in besonderen Fällen Gebrauch gemacht werden kann.

Gegenüber den bisherigen Verordnungen der Landesregierung vom 15. Juli 2000 hat die Landesregierung jetzt die Fortgeltung des Umwandlungsschutzes und der verlängerten Kündigungsfrist in vier Universitätsstädten – Freiburg, Heidelberg, Konstanz und Tübingen – festgeschrieben. Mannheim kommt jetzt neu hinzu. Karlsruhe fällt weg,

Stuttgart wird – ebenfalls auf eigenen Wunsch, Herr Gaßmann – nicht aufgenommen. Wenn Sie beklagen, der Gemeinderat Stuttgart produziere Zufallsmehrheiten, dann empfehle ich Ihnen, in den Gemeinderat zu gehen – Sie sind Stuttgarter Bürger –, für den Gemeinderat zu kandidieren.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Dann können Sie dort für andere Mehrheiten sorgen. Jedenfalls hat der Gemeinderat Stuttgart diesen Wunsch gegenüber dem Land geäußert.

Heilbronn, Pforzheim, Reutlingen und Ulm können aufgrund der dortigen Wohnungsmarktlage überhaupt nicht in den Geltungsbereich

(Abg. Drexler SPD: Er war noch nie in Ulm!)

dieses zwangswirtschaftlichen Instrumentariums aufgenommen werden, und zwar deswegen, weil die Daten nicht vorliegen.

(Abg. Drexler SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Jede Klage, die in diesem Bereich geführt würde, hätte Erfolg. Deswegen lehnen wir den Antrag der SPD ab. Wir lehnen ihn schon deshalb ab,

(Abg. Drexler SPD: Weil Sie ihn nicht wollen!)

weil darin von der Landesregierung etwas verlangt wird, was rechtswidrig wäre.

(Abg. Drexler SPD: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Ich möchte noch auf zwei Punkte eingehen, die Herr Gaßmann vorhin angesprochen hat und die auch im Antrag der SPD ihren Niederschlag finden.

Wir müssen den Antrag auch deswegen ablehnen, weil darin sachfremde Erwägungen enthalten sind. Die SPD sagt, man müsse alle Groß- und Universitätsstädte schon deswegen in die Verordnungen aufnehmen, damit diese Städte ein städtebauliches Mittel hätten, um zu verhindern, dass aus ehemals belebten Wohnstraßen tote Büromeilen werden.

(Abg. Drexler und Gaßmann SPD: Das steht in der Begründung!)

So etwas würde ein Gericht niemals zulassen.

Herr Gaßmann hat weiter gesagt, man könne per Eigenbedarfskündigung alteingesessene Mieterhaushalte verdrängen und das würde ganz schlimm werden. Er sagt selbst, es gelte eine dreijährige Kündigungsfrist. Bei einer dreijährigen Kündigungsfrist kann man ja niemals von Verdrängen sprechen.

(Abg. Drexler SPD: Haben Sie in Stuttgart schon einmal eine Wohnung gesucht? Was ist das für eine Rede?)

– Ich habe in Stuttgart sogar schon gewohnt.

(Abg. Drexler SPD: Ja, aber Sie haben wahrscheinlich noch keine Wohnung suchen müssen!)

(Mack)

Die neuen Verordnungen sind bis zum 31. Dezember 2006 befristet.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Es spricht aber nichts dagegen, diese Verordnungen zu ändern, sollte sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt in den genannten Städten irgendwann – aber dann objektiv – anders darstellen,

(Abg. Fischer SPD: Was heißt „objektiv“?)

als dies gegenwärtig der Fall ist.

Wir sind der Auffassung, dass an erster Stelle der Wohnungsmarkt funktionieren muss. Die Verordnungen über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum bzw. den erweiterten Kündigungsschutz bei umgewandelten Mietwohnungen sind nur und ausschließlich ein Notnagel. Deswegen lehnen wir den Antrag der SPD ab.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist richtig: Wir erleben bei den Baugenehmigungen derzeit einen Einbruch, und der Geschosswohnungsbau, der Mietwohnungsbau ist schon seit geraumer Zeit einigermaßen zum Erliegen gekommen. Dreimal dürfen Sie, Herr Gaßmann, raten, warum die Situation so ist – hier kann ich mich inhaltlich voll auf das beziehen, was Sie, Herr Mack, beim vorigen Tagesordnungspunkt ausgeführt haben –:

(Abg. Mack CDU: Danke schön!)

Es sind die katastrophalen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau, insbesondere für den Mietwohnungsbau, für den Rot-Grün verantwortlich ist, und zwar bundesweit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Denn dies ist keine baden-württembergische Besonderheit, sondern es ist etwas, was wir bundesweit feststellen.

Angesichts dieser Situation denken wir auch gar nicht daran, die Verordnungen über das Zweckentfremdungsverbot und den erweiterten Kündigungsschutz aufzuheben. Wir führen sie fort wie bisher, mit den gleichen Kriterien, mit der gleichen Laufzeit, übrigens auch mit der Möglichkeit – Sie haben darauf hingewiesen –, jederzeit eine Aktualisierung vorzunehmen, wenn sie notwendig ist.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Worum geht es? Es geht darum, den Geltungsbereich festzulegen. Das Kriterium ist genannt: Die Versorgung mit angemessenem Wohnraum muss besonders gefährdet sein. Das ist unstrittig der Fall – auch hier hat sich gegenüber früher gar nichts geändert –, wenn der Wohnungsversorgungsgrad unter 90 % liegt. Deshalb hat man auch die Universitätsstädte Freiburg, Heidelberg, Konstanz und Tübingen ohne Probleme wieder aufgenommen. In Tübingen beträgt der Wohnungsversorgungsgrad 75 %, und das geht

hinauf bis 89 % in Konstanz. Für die Universitätsstädte, die ich genannt habe, kann man also schon einmal Entwarnung geben, Herr Gaßmann.

Ähnlich eindeutig ist die Situation in Heilbronn, Pforzheim, Reutlingen und Ulm. Diese Städte sind wegen ihres guten Wohnungsmarktes schon früher bei der Aktualisierung aus der Verordnung herausgenommen worden. Die Werte liegen dort noch bei weit über 93 %. Das ist also kein Problem. Sie können schon einmal anfangen, etwas abzulegen, Herr Gaßmann.

Nun reduziert sich das Problem also auf die Städte Karlsruhe, Stuttgart und Mannheim. Bei Mannheim – das haben Sie ausgeführt – hat man sogar noch ein bisschen Klimmzüge gemacht, um dem Gemeinderat entgegenzukommen, und hat gesagt: Wir nehmen euch in den Geltungsbereich der Verordnung auf. Niemand in diesem Landtag käme auf die Idee, jetzt zu sagen: Wir sind anderer Meinung als der Gemeinderat in Mannheim. Sie wären der Erste, der sagen würde: Wie könnt ihr denn eine andere Meinung haben als der Gemeinderat von Mannheim!

(Abg. Nagel SPD: Da haben Sie einmal ausnahmsweise Recht, Herr Hofer!)

– Sehen Sie, und es wird noch besser.

Jetzt wird noch eines gemacht, auf das ich Sie hinweisen möchte. Für die Kommunen wird vernünftigerweise ein Einschätzungskorridor bei 90 bis 93 % festgelegt. Denn die quantitativen Merkmale einer Unterversorgung geben nicht das Gesamtbild wieder. Es müssen qualitative Merkmale hinzukommen, die von Ort zu Ort sehr verschieden sein können.

Deshalb verlangen Sie in Ihrem Antrag richtigerweise, die Situation auf Teilmärkten zu beobachten: Wohnungs- und Sozialstruktur, Einkommensverhältnisse, ob der Bereich im Stadtkern liegt oder außerhalb. Das kann nur vor Ort sinnvoll geschehen. Sie sind doch diejenigen, die bei jeder Verwaltungsreform sagen: Die örtlichen Gegebenheiten muss man vor Ort – regional und kommunal – beurteilen. Dann muss das hier auch so sein.

Deshalb reduziert sich das alles auf die Stadt Stuttgart. Lassen Sie mich das abschließend sagen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Ich habe ja noch eine Minute.

In Stuttgart ist der Gemeinderat aufgrund der örtlichen Verhältnisse in dem Bereich, in dem er selber entscheiden kann, mit ganz knapper Mehrheit zu dem Ergebnis gekommen, dass er ein solches Zweckentfremdungsverbot nicht für erforderlich hält. Dagegen sind Sie, Herr Gaßmann, vom Mieterbund vor Ort zu Felde gezogen, das ist ja ganz klar. Das ehrt Sie auch. Aber Sie haben sich beim Gemeinderat nicht durchgesetzt.

Jetzt, meine Damen und Herren, kann es doch nicht sein, dass man die Frage, auf welcher Ebene etwas entschieden wird, danach beurteilt, ob man mit einer Entscheidung zufrieden ist – wie in Mannheim – oder ob man mit ihr unzu-

(Hofer)

frieden ist, wie in Stuttgart. Das kann doch wohl nicht sein. Das widerspricht jeglicher Vernunft.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Lasotta CDU: Damit würde das Parlament ja instrumentalisiert werden! Das geht doch nicht! Das wäre ein Bärendienst von der SPD!)

Wenn wir dann noch davon ausgehen, meine Damen und Herren, dass bei jeder Änderung eine Aktualisierung stattfindet, dann kann, denke ich, Herr Gaßmann, die Kampfmontur abgelegt werden, und was darunter hervorkommt, ist nicht mehr von großer Bedeutung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Mack CDU: Guter Mann! – Abg. Alfred Haas CDU: Die Uneinigkeit der SPD-Fraktion in dieser Frage ist jetzt deutlich geworden!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! In den Großstädten gehen zunehmend Wohnungen verloren, insbesondere große Wohnungen, weil sie umgewandelt werden, zum Beispiel in Büros oder Arztpraxen.

(Abg. Scheuermann CDU: Arbeitsplätze!)

Das reduziert den Wohnraum in den Städten und drängt Familien aus den Zentren hinaus.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Dann dürften die Arztpraxen gar nicht mehr überleben können!)

Wer für lebenswerte Städte eintritt, der muss dafür sorgen, dass Familien bezahlbare Wohnungen finden, also Familien, die keine modernen Wohnungen zahlen können. Wer die Zweckentfremdung befördert, der wirkt dem klar und deutlich entgegen.

Herr Haas, gerade die CDU laviert in dieser Frage und äußert sich mal so, mal so. Ich möchte das an den beiden Städten, die Herr Hofer genannt hat, verdeutlichen.

Es gibt ja ein Kriterium dafür – darüber kann man auch diskutieren –, wann der besondere Wohnungsbedarf vorliegt und wann nicht. Schauen wir uns einmal die Stadt Mannheim an, die dieses Kriterium nicht erfüllt. Da entdeckt die CDU in Mannheim – es stehen immerhin OB-Wahlen vor der Tür – mit einem Mal ihr Herz für die Mieter und pocht vehement darauf, dass das Zweckentfremdungsverbot kommt. Sie hat sich durchgesetzt – ich sage: zum Glück. Aber hier in Stuttgart, wo das Kriterium erfüllt ist, da stimmt die CDU anders herum, da geht es nicht in die Verordnung rein. Die Möglichkeiten der Zweckentfremdungsverordnung werden nicht genutzt.

Die CDU laviert herum, hier so und dort so. Ich fordere eine einheitliche Linie im Sinne der Mieter in den Ballungsräumen.

(Zuruf: Das kann nur für alle Städte gleich sein!)

Deshalb unterstützen wir Grünen den Antrag der SPD, die Gebietskulisse für das Zweckentfremdungsverbot und den erweiterten Kündigungsschutz auszuweiten.

(Abg. Capezzuto SPD: So ist es!)

Denn andernfalls würde man eine Politik machen, die die Immobilienspekulanten und Schnäppchenjäger begünstigt. Die Familien, die die hohen Neubaumieten nicht bezahlen können, würden ins Umfeld verdrängt, und die Städte würden dann veröden.

Ich darf für diese Forderung noch ein paar Gründe ergänzend zu dem, was Herr Gaßmann sagte, anführen. Wir haben derzeit sozial gebundene Wohnungen in den Ballungsräumen. Im Jahr 2000 waren im Land 160 000 Wohnungen sozial gebunden und hatten verträgliche Mieten. Dieser sozial gebundene Wohnungsbestand wird aber in den nächsten Jahren dramatisch abnehmen. Dadurch wird sich gerade für Familien in den Ballungsräumen die Wohnraumsituation verschärfen. Die Zahlen entnehme ich dem Bericht der Wohnungskommission des Landes: Bis zum Jahr 2006, also innerhalb von sechs Jahren, wird sich dieser Bestand an Sozialwohnungen etwa auf die Hälfte, also auf 80 000, reduzieren, und bis zum Ende dieses Jahrzehnts wird der Bestand auf etwa 40 000 sinken.

Das Problem bezahlbarer Wohnungen wird sich in den nächsten Jahren dramatisch verschärfen stellen, insbesondere auch deshalb, weil das Land im Bereich des sozialen Mietwohnungsbaus derzeit nichts, zumindest fast nichts tut. Sehr wenig sind die 350 Wohnungen im Landeswohnungsbauprogramm. Damit wird der Abbau von Sozialmietwohnungen in keiner Weise kompensiert werden können.

(Abg. Hauk CDU: Sie haben doch alle Rahmengesetze so geändert, dass kein Interesse mehr besteht, dass jemand überhaupt Wohnungen baut! Das ist das Problem! – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch bei der SPD und den Grünen)

Wenn wir mehr Geld für das Landeswohnungsbauprogramm fordern, sagen Sie: Wir haben kein Geld, es sind Sparwänge da usw. Jetzt gibt es in diesem Bereich eine Möglichkeit, preiswerten Wohnungsbestand zu sichern, ohne dass das Land Geld dazugeben muss. Diese Möglichkeit wollen wir nutzen. Es ist unsere Politik, dass wir für Familien eintreten.

(Abg. Hauk CDU: Das ist die alte Leier, Dirigismus pur! Das ist Planwirtschaft!)

Wir wollen lebenswerte Städte. Wir wollen, dass Familien zu bezahlbaren Mieten in Ballungszentren wohnen können. Deshalb unterstützen wir diesen Antrag.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Gaßmann.

(Abg. Gaßmann SPD geht vom Rednerpult noch einmal zu seinem Abgeordnetenplatz zurück. – Zurufe)

Abg. Gaßmann SPD: Ich habe noch einen Brief mitgenommen, um eine Frage zu beantworten.

Herr Mack hat ja polemisiert,

(Widerspruch bei der CDU – Zuruf von der CDU:
Das war sachlich!)

dass die zehnjährige Kündigungssperrfrist ein furchtbarer Eingriff in das Eigentum sei. Ähnliche Äußerungen habe ich von der rechten Seite gerade auch noch gehört. Herr Mack, hören Sie einmal zu, damit Sie das begreifen.

Die zehnjährige Kündigungssperrfrist ist unter der Kohl-Regierung Anfang der Neunzigerjahre eingeführt worden mit der Mehrheit von CDU/CSU und FDP, weil damals die Umwandlungsspekulation so grassiert hat, dass die Kündigungssperrfrist das einzige Mittel war, die Umwandlungsspekulation in einen bestimmten Rahmen hineinzubekommen.

(Beifall bei der SPD)

Und jetzt geht es wieder so los wie damals. Jetzt behaupten Sie, das sei Dirigismus. Ich sage es noch einmal: Diese dirigistische Maßnahme ist unter einer Regierung Kohl entstanden.

Zweitens sagen Sie, die Mehrheitsbeschlüsse des Gemeinderats seien für Sie das Ausschlaggebende. Schon vor einem Jahr hat der Gemeinderat von Mannheim deutlich erklärt, dass er eben nicht will, dass das Zweckentfremdungsverbot aufgehoben wird. Trotzdem haben Sie es vor einem Jahr aufgehoben. Inzwischen haben Sie gemerkt, dass das ein großer Fehler ist. Sie haben auch gemerkt,

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

dass bald OB-Wahlen sind und dass Sie deswegen diese mieterfreundliche Vorschrift dort wieder einführen müssen.

Lassen Sie mich drittens noch sagen: Sie haben für den Wohnungsversorgungsgrad eine Zahl von 90 % angeführt. In allen Unterlagen ist aber von 93 % die Rede. Stuttgart unterschreitet diesen Wert deutlich.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Nein!)

– Nach allen Zahlen! Das lässt sich nachrechnen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Nein! Stimmt nicht! Stuttgart geht nicht unter 90 %!)

Lassen Sie mich auch noch ergänzen, dass die Gemeinderatsmehrheit in Stuttgart nicht entsprechend der Gesetzeslage abgestimmt hat. Man hat nicht gefragt: „Gibt es Wohnungsmangel in Stuttgart?“ Sogar von den CDU-Gemeinderäten wurde eingeräumt, dass es in Stuttgart Wohnungsprobleme gibt. Man hat nur gesagt: Wir wollen kein dirigistisches Mittel haben. Dass aber der Haus- und Grundbesitzerverband die Aufhebung der Verordnung gefordert hat, war für die CDU und die FDP/DVP entscheidend, weil eine Personenidentität mit dem Vorstand des Haus- und Grundbesitzervereins vorliegt.

(Unruhe bei der SPD)

Lassen Sie mich noch einen Blick in unser Nachbarland Bayern werfen, welches Sie sonst immer loben. Schauen Sie einmal nach Bayern! In Bayern ist die CSU eine Volkspartei – im Gegensatz zur CDU hier –

(Lachen bei der CDU)

– ja! –, die dort auch die Mieter vertritt. In Bayern hat die Regierung vor kurzem für 30 Städte die entsprechenden Verordnungen wieder verlängert. In Baden-Württemberg ist dies nicht geschehen.

Ich sage Ihnen noch eines: In Bayern ist die CSU deswegen in den Großstädten noch vertreten, in Baden-Württemberg inzwischen weniger und hoffentlich bald nicht mehr.

Ich bitte also um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mack.

(Unruhe – Abg. Kübler CDU: Sehr schön! Jawohl!
Jetzt, Kollege Mack!)

Abg. Mack CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur – die Kollegen von der SPD sind sehr erregt – zwei Dinge sagen:

Das Erste ist – ich bitte die SPD, das zu bedenken, wenn sie nachher ihre Pressemitteilungen schreibt –:

(Abg. Kübler CDU: Die können nicht denken!)

Wenn wir heute beschließen würden, dass Heilbronn, dass Pforzheim, dass Reutlingen, dass Ulm in diese Verordnungen aufgenommen werden, dann wäre dies rechtswidrig und würden wir von der Landesregierung etwas Rechtswidriges verlangen. Das Ganze hätte überhaupt keinen Bestand, weil die Entscheidung innerhalb kürzester Zeit vor Gericht angefochten werden würde, und dann wäre die Sache wieder weg. Verabschieden Sie sich also von der Vorstellung, dass Sie in den Städten Heilbronn, Pforzheim, Reutlingen und Ulm mit der von Ihnen geforderten Aufnahme in die Verordnungen auch nur irgendetwas bewegen könnten.

(Beifall bei der CDU)

Das Zweite ist: Es verstärkt sich ganz enorm der Eindruck: Sie haben gemerkt, wie die Wohnungssituation in Deutschland ist, wie sich die Wohnungsbaupolitik der rot-grünen Bundesregierung darstellt. Jetzt haben Sie gemerkt, dass Bundestagswahlen bevorstehen, und jetzt haben Sie Angst.

(Beifall bei der CDU – Abg. Kübler CDU: So ist es! Jawohl!)

Deswegen empfehle ich Ihnen eines: Bitten Sie Ihre Kollegen –

(Abg. Drexler SPD: Lassen Sie doch Ihre Reden nicht im Staatsministerium schreiben! Schreiben Sie doch Ihre Reden selbst!)

(Mack)

– Ich schreibe alle meine Reden selbst. Herr Fraktionsvorsitzender, das mag bei Ihnen anders sein. Ich schreibe alle meine Reden selber.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

In diesem Sinne brauchen wir eine bessere Wohnungsbau- politik in Deutschland.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hofer FDP/
DVP – Abg. Drexler SPD: Keine Ahnung von der
Sache!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Mehrländer.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die jetzt zur Debatte an- stehenden Verordnungen laufen am 31. Dezember dieses Jahres aus. Daher sah es die Landesregierung als ihre Pflicht an, hier neue Verordnungen zu prüfen und zu be- schließen, damit keine Lücke entsteht. Dies haben wir auch getan.

Zum Auswahlverfahren – und ich glaube, das war ja ein Kern der bisherigen Debatte – möchte ich zunächst einmal festhalten, dass es sowohl auf qualitative als auch auf quantitative Aspekte ankommt, die nämlich auf eine beson- dere Gefährdung der Wohnungsversorgung hindeuten. So verlangt es auch das Bundesgesetz. Diese Kriterien sind: die Lage der Städte im Verdichtungsraum, ihre Funktion als Oberzentrum, ihre Funktion als Universitätsstadt und der rechnerische Versorgungsgrad der Haushalte mit Woh- nungen.

Das heißt, es sind zwei Schritte zu vollziehen: Zum einen muss der Versorgungsgrad der Haushalte auf Landesebene geprüft werden. Dabei zeigt es sich, dass in den Großstäd- ten mit ihrer zentralen Funktion bzw. mit ihrer Funktion als Universitätsstadt durchaus besondere Anspannungen des Wohnungsmarkts verbunden sind. Sie können zu einem er- heblichen Umnutzungsdruck auf den preiswerten Woh- nungsbestand und zur Gefahr von Verdrängungsprozessen führen.

Bei den meisten der Städte, die jetzt aufgenommen wurden, liegt dieser rechnerische Versorgungsgrad deutlich unter 90 % der Haushalte. Ganz kurz dazu: Er berechnet sich aus der Zahl der Wohnungen im Verhältnis zur Zahl der rech- nerisch ermittelten Haushalte. Warum betone ich „rechne- risch“? Die letzte Totalzählung fand 1987 statt. In den Jah- ren danach mussten wir mit dem Mikrozensus und mit Ge- meindegrößenzahlen arbeiten. Dieser rechnerische Versor- gungsgrad ist übrigens schon 1993 festgelegt worden.

In den meisten Städten, die jetzt zur Diskussion stehen, liegt der rechnerische Versorgungsgrad deutlich unter 90 % der Haushalte. Das gilt für die Städte Freiburg im Breisgau, Heidelberg, Konstanz und Tübingen. Diese Städte haben ihre Aufnahme in die Gebietskulisse der Verordnung auch selbst für notwendig gehalten.

Das entspricht dem zweiten Schritt, der qualitativen Prü- fungsebene der Teilräume der Städte, die von den Kommu- nen mit gestaltet sind.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Damit komme ich jetzt zu den beiden Städten Karlsruhe und Stuttgart. Dort liegt der rechnerische Versorgungsgrad, den ich Ihnen gerade erläutert habe, zwischen 90 und 93 % der Haushalte, wenn – das ist neu – eine Fluktuationsre- serve von 3 % der Wohnungen zugrunde gelegt wird. Alle wissenschaftlichen Untersuchungen sagen nämlich, dass ein funktionierender Wohnungsmarkt eine solche Fluktua- tionsreserve von 3 % braucht.

Angesichts der rechnerischen Unsicherheit, die ich skiz- ziert habe, hält es die Landesregierung für vertretbar, dass für Städte mit einem Wohnungsversorgungsgrad von 90 bis 93 % ein Korridor eröffnet wird – auch das ist neu –, mit dem die Einschätzung der örtlichen Wohnungsmarkt- situation durch die Kommune selbst, trotz dieser quantitati- ven Ermittlung, stärkere Berücksichtigung findet. Sie se- hen, wir führen beides zusammen und haben uns große Mühe damit gegeben.

Nun haben uns beide Städte, Karlsruhe und Stuttgart, mit- geteilt, dass sie es nach eigener Einschätzung nicht für er- forderlich halten, in die Gebietskulisse einbezogen zu wer- den. Ein entsprechender Brief des Wirtschaftsbürgermeis- ters der Stadt Stuttgart, Herrn Dr. Blessing, liegt uns vor.

Jetzt komme ich zu Mannheim: Demgegenüber hat sich Mannheim für eine Wiederaufnahme ausgesprochen und dabei auch qualitativ argumentiert: mit seiner zentralen Funktion, mit der besonderen Einkommensstruktur, mit den besonderen Sozialstrukturen seiner Einwohner. Des- wegen haben wir dem Entsprochen und Mannheim in die Gebietskulisse aufgenommen. Sie sehen, wie sorgfältig wir gearbeitet haben, Herr Abg. Nagel.

Die Städte Heilbronn, Pforzheim, Reutlingen und Ulm werden, da ihr Wohnungsversorgungsgrad deutlich über der Grenze von 93 % liegt, außerhalb der Gebietskulisse verbleiben.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Staatsse- kretär Dr. Mehrländer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Gaßmann?

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Ja, bitte.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte schön, Herr Gaßmann.

Abg. Gaßmann SPD: Herr Staatssekretär, Sie haben gera- de aus einem Brief von Bürgermeister Dr. Blessing zitiert. Ist es richtig, dass Herr Bürgermeister Blessing in diesem Brief mitgeteilt hat, dass es die Gemeinderatsmehrheit nicht für notwendig halte, die Stadt in die Gebietskulisse einzubeziehen?

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Richtig.

Abg. Gaßmann SPD: Das war aber nicht die Meinung von Bürgermeister Blessing und der Verwaltung.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Nein. Aber, Herr Abg. Gaßmann, ich habe gesagt –

(Große Unruhe bei der CDU – Glocke der Präsi- dentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten, damit der Herr Staatssekretär fortfahren kann.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Ich habe den Inhalt dahin gehend mitgeteilt, dass Herr Bürgermeister Blessing für die Stadt erklärt hat, die Landeshauptstadt wolle nicht in die Verordnung aufgenommen werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt ist es korrekt! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Herrmann?

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Ja, bitte.

(Abg. Bebbler SPD: Jetzt kommt die Steilvorlage!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Herrmann, bitte.

Abg. Herrmann CDU: Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, dass nach der Gemeindeordnung die Bürgermeister die Beschlüsse des Gemeinderats zu vollziehen haben?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Herr Abg. Herrmann, das ist mir bekannt. Deshalb habe ich das zitiert.

(Abg. Kübler CDU: Vielleicht wissen das die Roten noch nicht!)

Ich darf zum Schluss kommen: Die Landesregierung ist der Auffassung, dass mit diesen Verordnungen alle maßgeblichen Aspekte zur Situation der Wohnraumversorgung in die Abwägung einbezogen worden sind. Im Übrigen sind die Verordnungen auf fünf Jahre befristet,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

und unvorhergesehene Entwicklungen auf den Wohnungsmärkten können gegebenenfalls vor Ablauf dieser fünf Jahre einbezogen werden. Ich glaube, damit haben wir auch die notwendige Flexibilität.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Es ist eine namentliche Abstimmung beantragt. Hat der Antrag die in § 99 Abs. 1 der Geschäftsordnung vorgeschriebene Unterstützung durch fünf Abgeordnete? – Das ist der Fall.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich sehe nur vier! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, wer dem Antrag Drucksache 13/463 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer ihn ablehnen möchte, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Frau Schriftführerin Dr. Stolz, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben J. Ich darf Sie um Ruhe während der Abstimmung bitten. Sonst wird es für die Schriftführer sehr schwer.

(Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, damit ist die Abstimmung abgeschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Ergebnis der Abstimmung festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt mir nunmehr vor:

An der Abstimmung haben sich 112 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 48 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 64 Abgeordnete gestimmt.

Der Antrag Drucksache 13/463 ist damit abgelehnt.

Punkt 7 der Tagesordnung ist erledigt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Bebbler, Birzele, Braun, Capuzzato, Dr. Caroli, Heike Dederer, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Käppeler, Kaufmann, Knapp, Kretschmann, Brigitte Lösch, Maurer, Moser, Nagel, Oelmayer, Boris Palmer, Margot Queitsch, Rivoir, Christine Rudolf, Sakellariou, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Seltenreich, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Ruth Weckenmann, Wichmann, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Döpper, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Glück, Dr. Inge Gräßle, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Dr. Klunzinger, Kübler, Kurz, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Müller, Veronika Netzhammer, Oettinger, Pauli, Pfister, Rau, Rech, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Dr. Monika Stolz, Stratthaus, Straub, Teufel, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wacker, Wieser, Winckler, Zimmermann.

*

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 31. Oktober 2001 – Wohnungsbau 2002 – Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung – Drucksachen 13/433, 13/506

Berichterstatterin: Abg. Veronika Netzhammer

Meine Damen und Herren, hierzu wird keine Aussprache gewünscht.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Wer stimmt der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zu? – Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu und nehmen von der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums, Drucksache 13/433, Kenntnis.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt behandelt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 18. Juni 2001 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Umsetzung des 10-Punkte-Katalogs: Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen, insbesondere der Familienunternehmen, in Baden-Württemberg“ – Drucksachen 13/18, 13/522

Berichterstatlerin: Abg. Veronika Netzhammer

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten festgelegt.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Netzhammer.

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Fast auf den Tag genau vor einem Jahr, am 13. Dezember 2000, konnte ich den Abschlussbericht der Enquetekommission „Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen, insbesondere der Familienunternehmen, in Baden-Württemberg“ in dieses hohe Haus einbringen. Heute, ein Jahr später, können wir bereits über die ersten Ergebnisse der Umsetzung des 10-Punkte-Katalogs diskutieren. Aufgrund der Kürze der Zeit werde ich nur auf einige Punkte eingehen.

Ich kann feststellen: Die Landesregierung hat ihre Hausaufgaben gemacht und eine Fülle von Empfehlungen umgesetzt. Sie hat summa summarum mehr als 100 Millionen DM eingesetzt. Die Bundesregierung hat dagegen eklatant versagt.

(Widerspruch bei der SPD)

Heute haben wir das Ergebnis – Sie wachen ja jetzt auf –: ständige Korrekturen des angestrebten Wirtschaftswachstums nach unten, zuletzt auf 0,7 %, ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit auf 4 Millionen und ein Einbrechen der Steuereinnahmen auf breiter Front.

Was hat dies mit der Mittelstandsenquete zu tun?

(Abg. Teßmer SPD: Das fragen wir auch!)

Sehr viel. Wie ein roter Faden zog es sich durch die Anhörungen, dass mittelstandsgerechte Rahmenbedingungen und Standortqualität die erste Voraussetzung dafür sind, dass mittelständische Betriebe bestehen können bzw. sich entfalten können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie können also nicht sagen, Sie hätten das nicht gewusst, und Sie können das vor allem im Enquetebericht täglich nachlesen.

(Abg. Capezzuto SPD: Jeden Morgen drei Blätter! Schon vor dem Zähneputzen!)

Die Landesregierung hat nachweislich versucht, über Bundesratsinitiativen die Steuerreform noch mittelstandsgerichtet zu gestalten, aber Ihre Kolleginnen und Kollegen, Herr Capezzuto, haben sich in Berlin verweigert.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ein unerhörter Vorwurf!)

Heute haben wir eine Steuerreform, die große Kapitalgesellschaften steuerlich entlastet, kleine und mittlere Unternehmen aber summa summarum belastet.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Falsch! – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Um 30 Milliarden werden kleine Unternehmen entlastet!)

Die unseligen Gesetzesänderungen im Arbeitsrecht zu verhindern war leider auch nicht möglich. Und heute bestätigen Ihnen die fünf Weisen in ihrem Jahresgutachten, dass neben der Konjunkturschwäche insbesondere Versäumnisse der Bundesregierung in der Beschäftigungspolitik zu der katastrophalen Lage auf dem Arbeitsmarkt geführt haben.

(Abg. Braun SPD: Lassen Sie sich das einmal von Capezzuto erklären!)

Wir haben eine Bundesregierung, die nicht alles anders, aber vieles besser machen wollte. Heute muss auch der Gutwilligste erkennen, dass diese Bundesregierung zwar vieles anders, aber nichts besser gemacht hat. Wir erkennen auch, dass dann, wenn diese Bundesregierung nichts anders gemacht hätte, vieles besser geblieben wäre.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Teßmer SPD: Lauter Konjunktive!)

Wir hatten in unserem 10-Punkte-Katalog auch den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur gefordert. Darüber wurde von allen Verbänden intensiv diskutiert. Wir haben darüber bereits heute Vormittag diskutiert; deshalb will ich darauf nur kurz eingehen.

Staukosten sind für unsere mittelständischen Betriebe teure Arbeitszeit und Kosten, über die keiner spricht, die aber die betriebliche Erfolgsrechnung negativ belasten. Wir haben ein Landesstraßensonderbauprogramm aufgelegt, und wir fordern nach wie vor einen höheren Anteil an der Mineralölsteuer für den Ausbau der Verkehrswege. Wir fordern auch, dass die Lkw-Maut, die Sie ja jetzt beschlossen haben und die 6 Milliarden DM einbringt, wirklich dem Ausbau der Verkehrswege zugute kommt und nicht als indirekte Steuer der Haushaltssanierung dient. Sonst wäre es nämlich eine reine Abzockerei gegenüber den Lkw-Haltern.

(Zurufe der Abg. Braun und Bebbler SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in allen Gesprächen mit Mittelständlern wird man auch auf Basel II angesprochen. Dass die mittelständischen Betriebe in Deutschland im internationalen Vergleich eine zu niedrige Eigenkapitalquote haben, ist bekannt. Wir sind froh, dass es der Landesregierung mit ihrer Bundesratsinitiative in einem ersten Schritt gelungen ist, das interne Rating und die erhöhte Risikogewichtung des gewerblichen Realkredits vom

(Veronika Netzhammer)

Tisch zu bekommen. Damit sind aber noch nicht alle Gefahren gebannt. Es gibt eine zweite Initiative der Landesregierung, der sich der Bundesrat angeschlossen hat.

Die unsinnige Forderung, langfristige Kredite mit Eigenkapitalzuschlägen bis zu 600 % zu bewerten und unsere banküblichen Sicherheiten wie Bausparguthaben oder Sicherungsübereignungen nicht zu akzeptieren, ist nachträglich aufgenommen worden. Die Entscheidung fällt im Februar des kommenden Jahres, und wir hoffen, dass der von Ihnen getragene Bundeskanzler das tut, was er gesagt hat, nämlich dass er sich Verschlechterungen von Basel II verweigert. Wir hoffen, dass es nicht so ausgeht wie bei Philipp Holzmann: viel versprochen, nichts gehalten.

(Abg. Capezzuto SPD: Wieso denn? Die Arbeitsplätze sind doch alle erhalten!)

Bürokratie belastet den Mittelstand unverhältnismäßig.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Diese Belastung lässt sich auch in Zahlen belegen. – Ich bin noch nicht fertig, Frau Haußmann.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Während Großunternehmen 300 DM pro Beschäftigten aufwenden, sind es bei Kleinunternehmen bis zu 6 800 DM.

Wir haben vom Land aus verschiedene Initiativen gestartet: Bürokratiekosten-TÜV, Standardpranger und ein Verfallsdatum bei neuen Gesetzen. Die Stellungnahme zum 10-Punkte-Katalog enthält eine ganze Auflistung, und wir müssen auf diesem Weg weitergehen.

Was macht die Bundesregierung? Mit jedem neuen Gesetz schafft sie mehr Bürokratie:

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

mehr Bürokratie bei der Ökosteuer, mehr Bürokratie beim 630-DM-Gesetz, mehr Bürokratie bei der Scheinselbstständigkeit und, und, und.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Diese Bundesregierung, Herr Capezzuto, ist eine Bundesregierung der Bürokratie.

(Beifall bei der CDU)

Sicherung der Unternehmensnachfolge war ebenfalls eine zentrale Forderung der Enquetekommission. Jede gelungene Betriebsübernahme sichert Arbeitsplätze. 11 000 übergebereife Unternehmen pro Jahr mit 140 000 Arbeitsplätzen zu sichern ist uns wichtig. Wir halten es für sinnvoll, dass das Wirtschaftsministerium bei der Lösung dieses Problems ganz gezielt mit einem 12-Punkte-Programm mit-helfen will. Qualifizierungsmaßnahmen für Übergeber und Unternehmer, Übergabemanagement, aber auch eine verbesserte Finanzierung über Bürgschaftsbank und Mittelständische Beteiligungsgesellschaft sind der richtige Weg, Herr Minister.

Ich möchte der Landesregierung und unseren Kollegen im Bund dafür danken,

(Abg. Bebbler SPD: Was? Danken?)

dass es im Vermittlungsausschuss jetzt endlich gelungen ist, für die mittelständischen Betriebe bei der Veräußerung von Unternehmensanteilen eine gewisse – eine gewisse! – Steuerentlastung zu erzielen. Das ist ein Schritt immerhin in die richtige Richtung; aber es ist nur ein Schritt, und unsere Forderungen sind noch lange nicht erfüllt.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Aber ein großer Schritt!)

– Ja, für Sie ist es ein großer Schritt; aber unsere Forderungen sind noch nicht erfüllt.

Die Rekrutierung qualifizierter Arbeitnehmer wird immer mehr zum entscheidenden Kriterium. Viele Unternehmer haben in den regionalen Dialogforen eine stärkere Berücksichtigung von Wirtschaftsthemen in der Schule gefordert. Das Kultusministerium hat hier bereits reagiert. Ich erwähne nur kurz das Reformkonzept IMPULSE Hauptschule, den Projektunterricht „Wirtschaften, Verwalten und Recht“ in der Realschule, die Ausweitung der ökonomischen Bildung in der gymnasialen Oberstufe und die Einführung von Übungsfirmen an den beruflichen Schulen.

Last, not least die Frage nach dem Geld. Wer Politik machen und gestalten will, braucht Geld. Wie viel Geld ist die Landesregierung bereit für die Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission einzusetzen?

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt aber!)

Lassen Sie mich hier eine ganzheitliche Betrachtung anstellen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wir haben für die Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission 21,5 Millionen DM pro Jahr – von der Existenzgründungsberatung über die Umsetzung der Dienstleistungsoffensive bis hin zum Wettbewerb der Regionen. Wir haben aus der Zukunftsoffensive III allein 30 Millionen DM für die Modernisierung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten, über 25 Millionen DM zur Förderung von Existenzgründungen, knapp 30 Millionen DM für berufliche Qualifizierung.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wir haben 40 Millionen DM aus dem Europäischen Sozialfonds und 3 Millionen DM aus der Landesstiftung. Das ergibt summa summarum mehr als 100 Millionen DM, die die Landesregierung hier zur Verfügung stellt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ich denke, wir haben das Königsrecht!)

(Veronika Netzhammer)

Daran können Sie erkennen: Mittelstand und Handwerk sind dieser Landesregierung wichtig. Wir tun, was in unseren Kräften steht. Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, die von Ihnen getragene Bundesregierung noch dazu bewegen,

(Abg. Bebber SPD: Nur kein Neid!)

ihre mittelstandsfeindliche Politik im Bund aufzugeben,

(Oh-Rufe von der SPD – Zurufe von der SPD, u. a.
Abg. Drexler: Ständig diese Sprüche!)

dann sind die Zukunftserwartungen des Mittelstands in Baden-Württemberg deutlich besser.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Capezzuto.

(Unruhe – Abg. Capezzuto SPD fährt das Rednerpult nach oben. – Abg. Kübler CDU: Nicht so hoch, sonst sieht man dich nicht! – Heiterkeit – Gegenrufe: Er spricht aus Erfahrung! – Abg. Bebber SPD: Ausgerechnet der sagt das! – Heiterkeit – Anhaltende Unruhe)

Abg. Capezzuto SPD: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Frau Vorsitzende und Kollegin Netzhammer, Sie haben soeben – ich habe das auf meiner Uhr einmal verfolgt – insgesamt ein- einhalb Minuten zu dem 10-Punkte-Katalog der Enquete-kommission gesprochen. Den Rest Ihrer Redezeit haben Sie nur

(Abg. Bebber SPD: Polemisiert!)

dazu verwandt, um auf die Bundesregierung und deren Politik einzudreschen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das hängt aber miteinander zusammen! – Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Genau darauf war ich vorbereitet.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Sie haben meine Erwartungen fast übertroffen.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Ist ja gut!)

Das kann ich natürlich so nicht stehen lassen; das können Sie sich ja vorstellen. Ich möchte dazu aber nur vier, fünf Sätze sagen.

Die Erfolge der letzten drei Jahre sprechen eigentlich für sich.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

– Hören Sie einmal zu! Sie sind ja noch nicht so lange dabei. Ich habe Verständnis für Sie.

(Heiterkeit)

Die amtierende Bundesregierung, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, hat nach dem Stillstand der vergangenen Jahre in der Aus- und Weiterbildung zum Beispiel ein Programm für neue Berufe im IT-, Medien- und Internetbereich aufgelegt, ein Programm, das sich bewährt hat und in der Zukunft weiter betrieben wird. Ich nenne ferner das JUMP-Programm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. Herr Kurz, Sie können das doch nicht abstreiten. Die Jugendarbeitslosigkeit wurde auf nicht einmal mehr 4 % abgebaut. Das ist doch in Ordnung.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Baden-Württemberg hat die geringste Jugendarbeitslosigkeit!)

Dieses Programm hat sich ebenfalls bewährt.

Weiter ist zu nennen das Change/Chance-Programm. Das war ein Programm, das genau auf Baden-Württemberg zugeschnitten war, und zwar bezogen auf das wichtige Thema der Unternehmensnachfolge. Herr Kurz, das kommt auf Sie wahrscheinlich auch noch zu.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Das sind alles erfolgreich durchgeführte Programme, Herr Kurz, die bei der Wirtschaft ausschließlich Anerkennung und Lob gefunden haben.

(Abg. Teßmer SPD: Was wahr ist, muss gesagt werden!)

Meine Damen und Herren, ich könnte für den Rest meiner Redezeit so weitermachen. Ich könnte eine ganze Liste von Beispielen aufzählen.

(Abg. Teßmer SPD: Stundenlang!)

Ich kann Ihnen das ja schriftlich nachreichen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Ich bitte darum!)

Der Höhepunkt der guten Mittelstandspolitik wurde gestern Abend gesetzt. Die Frau Kollegin hat das für sich auch noch in Anspruch genommen.

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

– Ein Höhepunkt, jawohl. Ich zitiere aus einer dpa-Meldung:

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

„CDU/CSU sowie Rot-Grün sprachen von einem Erfolg für den Mittelstand.“ Sie dagegen haben gesagt, das sei nur ein ganz kleiner Schritt gewesen. Frau Netzhammer, anerkennen Sie doch auch die Leistung der anderen!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Gestern Abend wurde mit den Stimmen Ihrer Partei und der CSU beschlossen,

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

(Capezzuto)

dass künftig 500 000 Euro – das müssen Sie sich einmal auf der Zunge zergehen lassen; während Ihrer Regierungszeit waren es nur 50 000 –, also knapp 1 Million DM,

(Zurufe von der SPD)

aus Beteiligungsvermögen steuerfrei für spätere Wiederanlagen

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

vorübergehend in eine Investitionsgrundlage gestellt werden.

(Minister Dr. Döring: Rücklage!)

– Rücklage. Entschuldigung, Herr Minister.

(Zurufe, u. a. Abg. Bebbler SPD: Der Minister denkt mit!)

Mit diesem Gesetz werden nun Firmenumstrukturierungen in Personengesellschaften erleichtert. Gleichzeitig wird die umstrittene steuerfreie Investitionsrücklage verbessert.

Abschließend will ich noch sagen – Herr Kollege Witzel wird das wahrscheinlich noch etwas ausführen –, dass bis zum Jahr 2005 der Mittelstand von der Bundesregierung um 30 Milliarden DM entlastet werden wird.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wird auch höchste Zeit! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Warum steigen dann die Arbeitslosenzahlen?)

So viel, Frau Kollegin Netzhammer, zu den Erfolgen der jetzigen Bundesregierung. Sparen Sie sich, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihre Attacken gegen die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung für Ihre Landes- und Bundesparteitage. Dort sind sie gut aufgehoben, dort hören sie Ihre eigenen Leute.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Lassen Sie uns zurückkehren zur Landespolitik, konkret zur Mittelstandspolitik in diesem Land.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Die Mittelständler hören das auch gern!)

Ich kann getrost behaupten, dass Herr Minister Döring eine Politik macht, eine eigene Politik macht, die größtenteils gut und hier im Land Baden-Württemberg auch angesehen ist.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Übertreiben Sie nicht!)

– Nein, ich übertreibe nicht. Aber für diese Politik trägt natürlich nicht nur der Minister die Verantwortung,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sondern vor allem die Opposition!)

sondern zusammen mit ihm trägt ihr die Verantwortung. Ihr trägt auch die Verantwortung für die einzelbetriebliche Förderung, also das so genannte C1-Programm: mal raus, mal rein.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Die SPD hat es raus!)

Da habt ihr vor vier Wochen eine Horrorveranstaltung durchgeführt, Anträge wieder zurückgehen lassen. Nur auf Druck der Opposition wurde das wieder zurückgenommen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

– Selbstverständlich.

Dann haben Sie noch eins draufgesetzt:

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ging doch gar nicht mehr!)

Sie versündigen sich nun an der überbetrieblichen Ausbildung im Handwerk, den Vorbildern in der Ausbildung.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Ich habe gedacht, Sie wollten zur Enquete reden!)

Bei jeder Rede, bei jedem Grußwort loben Sie das Handwerk, wie gut dort ausgebildet wird, wie dort für Arbeitsplätze gesorgt wird. Und was tun Sie? Um 20 % wollen Sie kürzen.

(Abg. Scheuermann CDU: Bis jetzt ist doch noch gar nichts beschlossen!)

– Ja, das tut weh, wenn ich Ihnen das vorhalte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Kurz CDU: Der Haushalt ist doch noch gar nicht verabschiedet!)

Noch schlimmer, Herr Kurz, ist es mit der Altbausanierung. Vorhin hat Herr Mack – schade, dass er jetzt nicht da ist – Reden geschwungen, von denen ich überhaupt nichts verstanden habe, weil er absolut nichts ausgesagt hat. Bei der Altbausanierung haben wir in Baden-Württemberg einen Bedarf von 50 Milliarden DM. Was setzen Sie ein? 13,1 Milliarden DM.

(Zuruf: Millionen!)

– Millionen natürlich. Schön wäre es!

Und was geschah? Im Juni dieses Jahres waren diese 13,1 Millionen DM aufgebraucht. Auf Anträge antwortete das Ministerium auf einem Faltblatt, dass die Mittel bereits im Juni ausgeschöpft seien. Und jetzt kommt es – Herr Minister, ich hätte schon gern gewusst, was diese Werbekampagne noch gekostet hat –: Anstatt dass Ihr Ministerium die Mittel aufgestockt hätte, machen Sie in der Regionalpresse weiterhin Werbung für dieses Programm, obwohl keine Gelder mehr da sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das kann ja wohl nicht sein.

(Abg. Drexler SPD: Das ist die CDU-Politik hier!)

Noch schlimmer ist, dass Sie dabei die Warnungen des Instituts für Mittelstandsforschung in Mannheim ignorieren. Wenn Sie die Altbausanierung so weiterführen, was wir aber nicht zulassen werden, wenn Sie mit diesen 13 Millionen DM so weitermachen, dann wird das letzte Gebäude in Baden-Württemberg im Jahre 2501 saniert sein.

(Capezzuto)

(Abg. Drexler SPD: Wie beim Landesstraßenbau!
– Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das ist doch ein Programm vom Bund!)

Ich will zum Schluss kommen. Herr Minister, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, wir werden bei den bevorstehenden Haushaltsberatungen im Ausschuss im Interesse des Handwerks, der Hausbesitzer und vor allem der mittelständischen Bauwirtschaft und allgemein des Mittelstands unseres Landes massiv Anträge stellen. Wenn Sie mit Ihren Grausamkeiten nicht so weitermachen wie in den vergangenen Wochen,

(Abg. Drexler SPD: Und Monaten! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Jahren!)

dann werden Sie dem Mittelstand zu dem verhelfen, was wir in dem 10-Punkte-Programm in zweijähriger harter Arbeit beschlossen haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Behringer CDU: Lieber Freund!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drautz.

(Abg. Teßmer SPD: Der Weinbauer hat auch etwas mit dem Mittelstand zu tun!)

Abg. Drautz FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte auf die Enquetekommission „Mittelstand“ zurückkommen. Ich möchte mich heute nicht an der Debatte über Bundes- und Landespolitik beteiligen – die findet nämlich morgen statt –, sondern ich möchte über die Enquetekommission reden. Tatsache ist, dass es richtig war, dass der Landtag die Enquetekommission „Mittelstand“ eingesetzt hat. Man muss sagen, dass die Ergebnisse der Enquetekommission nicht erst heute zur Geldverteilung führen, sondern vorher schon, als es um die Vergaberichtlinien ging, in das Mittelstandsförderungsgesetz mit eingegangen sind. Das ist eindeutig und klar festzustellen. Es war ein Erfolg der Enquetekommission, dass es bessere Rahmenbedingungen für unser Handwerk gibt.

Dann möchte ich als Vorbemerkung feststellen, dass wir vor einem Jahr über den Abschlussbericht der Enquetekommission – gestern war es genau ein Jahr – hier geredet haben und dass an und für sich das Handwerk und die kleinen und mittelständischen Unternehmen schon lange im Genuss dieser Punkte sein könnten, über die wir heute diskutieren, die die Landesregierung bereitstellt, wenn unser lieber Koalitionspartner letztes Jahr vor der Wahl schon mitgemacht hätte. Das möchte ich heute mal ganz klar feststellen.

(Abg. Bebbler SPD: Ach, das sind die Bösen! Das sind die Bösen!)

Frau Vorsitzende, wenn Sie fragen: „Haben wir das Geld, oder haben wir es nicht?“, muss ich sagen: Letztes Jahr wäre es noch leichter gewesen, den Betrag aufzubringen.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Olle Kamellen, Schnee von gestern!)

– Nicht „olle Kamellen“, Frau Vorsitzende. Ich merke, Sie trifft.

(Heiterkeit bei der SPD)

Tatsache ist jedenfalls – das muss man ganz klar sehen –, dass es letztes Jahr noch leichter gefallen wäre, die entsprechenden Mittel bereitzustellen, als jetzt, wo wir über 2 Milliarden DM aus dem Haushalt herauszuschwitzen haben. Deshalb bin ich umso stolzer, dass wir heute tatsächlich, nachdem wir den langen Weg gegangen sind, dass man das extra in die Koalitionsvereinbarung hineinschreiben musste, so weit sind und die Mittel, die die Enquetekommission gefordert hat, verteilen können. Eines steht fest: Jede Enquetekommission hat am Ende ein Ergebnis gehabt. Und auch die Enquetekommission „Mittelstand“ hat ein Ergebnis. Es war für mich in der Vergangenheit natürlich schon verheerend, wenn ich draußen im Land beim Handwerk unterwegs war und alle sich über die Beschlüsse der Enquetekommission gefreut haben, aber für die Umsetzung keine Mittel zur Verfügung standen.

Ich möchte in dem wunden Punkt nicht weiter stieren.

(Abg. Teßmer SPD: Doch, noch ein bisschen weiter!)

Ich möchte feststellen, dass ich froh bin, dass draußen im Lande jetzt besser bekannt ist, dass uns – das kann man nicht oft genug sagen – Betriebsübernehmer genauso wichtig sind wie Existenzgründer, dass Betriebsübernehmer genauso beraten werden wie Existenzgründer. Das ist sehr wichtig, und deshalb hat man 3,85 Millionen Euro für die Existenzgründerberatung und für die Beratung bestehender Unternehmen eingestellt. Die Weiterentwicklung des LGA als Servicecenter trifft natürlich auch voll die liberale Seele. Wir sind der Meinung, dass wir über das LGA als Servicecenter unseren Betrieben wesentlich mehr Beratung zukommen lassen können. Auf der anderen Seite muss man sehen, dass die Etablierung des ifex dazu gehört.

Meine Damen und Herren, Messebeteiligungen sind für kleine Betriebe immer sehr schwierig. Ich bin froh, dass wir im Programm für Messebeteiligungen im In- und Ausland Gelder zur Verfügung stellen und vom Land 0,75 Millionen Euro, fast 1,5 Millionen DM, zur Verfügung gestellt werden und dass auch Kooperationen gefördert werden. Denn bei kleineren Betrieben ist es immer sehr wichtig, dass man in einem Maschinenpool zusammenarbeiten kann, um im Kleinbetrieb effektiver zu sein. Wichtig sind uns ferner Innovations- und Technologiezentren und natürlich – von der SPD schon angesprochen – das C1-Programm.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Wir sind immer zum C1-Programm gestanden. Wenn man aber beim C1-Programm das „Raus“ und „Rein“ beklagt, dann muss ich feststellen: Ich kann mich noch sehr gut an die Legislaturperiode der großen Koalition erinnern, als Mitte des Jahres Minister Spöri das Geld für das C1-Programm ausgegangen ist und er nicht mehr weiterkonnte. Ich finde, es ist, wenn man ein Programm aufstellt, immer wichtig, sicherzustellen, dass man dieses Programm dann

(Drautz)

auch bedienen kann. Deshalb ist es gut, dass 3,266 Millionen Euro für das C1-Programm zur Verfügung stehen.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

Ich komme gleich zum Schluss, Frau Präsidentin.

Ich möchte natürlich auch nicht versäumen, die Dienstleistungsoffensive zu erwähnen, die Finanzierung von Existenzgründungen, die mit 2,8 Millionen Euro bezuschusst werden. Ein ganz wichtiges Anliegen – da muss ich jetzt unsere frühere Vorsitzende loben – ist die Clusterbildung und die Tatsache, dass wir für die Clusterbildung Geld zur Verfügung haben. Denn das größte Hobby der Vorsitzenden Netzhammer in der Kommission war immer die Clusterbildung.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Drautz, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Drautz FDP/DVP: Ich bin mit meiner Redezeit am Ende – ich weiß –, aber ich bin nicht am Ende. Ich höre jetzt auf.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen, meine Herren! Die Enquetekommission zur Situation der mittelständischen Betriebe hat zwei Jahre getagt. Sie hat gute Arbeit geleistet, und wir sehen, dass diese Arbeit notwendig war: zum einen deshalb, weil sie das Augenmerk gezielt auf die Chancen und Probleme kleiner und mittelständischer Betriebe gelenkt hat und damit die Regierung aufgefordert hat, eine Politik zu machen, die auch bei den kleineren Betrieben – und das sind immerhin über 80 % aller Betriebe – ankommt. Zum anderen war sie notwendig, weil sie Schwachstellen und den Weiterentwicklungsbedarf in der Mittelstandspolitik des Landes aufgezeigt hat.

Weil diese Kommission so wichtige Arbeit geleistet hat, möchte ich meinen Redebeitrag jetzt nutzen, um gezielt auf diese Arbeit einzugehen, und nicht über Bundespolitik reden. Über diese können wir gern in der Debatte morgen reden.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr gut, Herr Kollege!)

Wir Grünen haben mit Ausnahme der Punkte zu den Rahmenbedingungen alle Empfehlungen des 10-Punkte-Katalogs mitgetragen. Allerdings haben wir in unserem Katalog stärker auf die Förderung von Wirtschaftsregionen durch aktive Clusterförderung und auf bessere Dienstleistung für den Mittelstand durch die Umwandlung des Landesgewerbeamts in eine Wirtschaftsfördergesellschaft Baden-Württemberg abgestellt.

In vielen Bereichen, zum Beispiel beim Thema Qualifizierung, herrschte Einigkeit sowohl in der Analyse der Probleme als auch bei den Lösungsvorschlägen. Wir begrüßen

deshalb, dass mit der Bereitstellung von 21 Millionen DM pro Haushaltsjahr die Umsetzung der Empfehlungen angegangen wird, und wir tragen auch die Schwerpunkte mit. Dies gilt neben der überfälligen Modernisierung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten insbesondere für die dauerhafte Bestandssicherung des ifex, die Beratungs- und Kooperationsförderung sowie die Dienstleistungsoffensive.

In einigen Punkten allerdings steckt die Umsetzung noch in den Kinderschuhen. So sind die Mittel für die Weiterentwicklung des Landesgewerbeamts in ein Servicecenter für die Organisationen der Wirtschaft und den Mittelstand bei weitem nicht ausreichend. Die hierfür vorgesehenen 375 000 Euro können nur ein erster Schritt sein. Herr Döring, Sie haben in einer Verlautbarung vom 6. März dieses Jahres dafür noch den doppelten Betrag für notwendig erachtet. Genauso ist es auch mit der Regionalförderung. Die Umsetzung der Empfehlungen der Berger-Studie erfolgt im Wesentlichen aus Stiftungsmitteln, und für die Unterstützung der regionalen Zusammenarbeit haben Sie, Herr Döring, in der gleichen Presseerklärung vom März 6 Millionen DM für notwendig erachtet. Im Rahmen der Enquete-Umsetzung sind gerade einmal 750 000 DM vorgesehen.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Leider, leider, leider!)

Ob die Landesregierung es ernst meint mit ihrem Engagement für den Mittelstand im Land, wird sich bei der Umsetzung der Empfehlungen der Mittelstandsenquete zeigen. Zwar geht es in einem ersten Schritt um den 10-Punkte-Katalog, aber die zahlreichen anderen Empfehlungen, die die Enquetekommission vorgelegt hat, dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Es wird eine Aufgabe aller Fraktionen sein, darauf hinzuwirken, dass die Empfehlungen der Enquete nach einem ersten Umsetzungsschub, der jetzt erfolgt, nicht anschließend in der Schublade verschwinden. Daher ist es notwendig, Mittelstandspolitik als einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess zu gestalten. Deshalb halten wir einen Controllingbericht als Bestandteil des Mittelstandsberichts für notwendig. Dieser ist umso wichtiger, als die Umsetzung sowohl aus Mitteln der Zukunftsoffensive, das heißt aus Mitteln, die gemeinnützig zu verwenden sind, als auch aus regulären Haushaltsmitteln und vermutlich ein Stück weit auch aus laufenden Stiftungsmitteln gespeist wird. Diese Finanzierung aus unterschiedlichen Quellen bringt Schwierigkeiten mit sich.

Die erste Frage aller Beteiligten, sei es im Wirtschaftsministerium oder im Landesgewerbeamt, lautet derzeit nicht: „Was nützt diese Maßnahme dem Mittelstand?“, sondern die Frage heißt derzeit: „Wie gestalte ich die Maßnahme, von der ich überzeugt bin, dass sie dem Mittelstand nutzt, so, dass sie gemeinnützig ist?“ Da das Kriterium Steuerunschädlichkeit auf einmal einen ganz großen Stellenwert hat, wird die gesamte Prüfoptik für neue Programme verschoben. Dass das nicht der Klarheit und Treffsicherheit der Mittelstandsförderung dient, liegt unmittelbar auf der Hand.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Braun SPD)

Die Auflage der Gemeinnützigkeit führt auch zu Verzerrungen und zu Gestaltungsblockaden. Das reicht von der gezielten Beratung von Mittelständlern bis hin zu For-

(Dr. Witzel)

schungsprojekten. Die Mittel werden dann einfach verschoben. So werden mal eben 132 Millionen DM aus der Zukunftsoffensive in die Modernisierung der anwendungsorientierten Forschungseinrichtungen und in den Neu- und Ausbau anderer Forschungseinrichtungen gesteckt. Für die Modernisierung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten, an denen das Handwerk partizipiert, werden jedoch nur 30 Millionen DM ausgegeben. Ob dieses Verhältnis tatsächlich mittelstandsgerecht ist, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden.

Wir wollen, dass das Parlament, wenn es schon über die Mittel aus dieser Stiftung in Teilen nicht mehr entscheidet, wenigstens umfassend informiert wird.

(Beifall der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Wir wollen nicht stiften gehen, sondern wir wollen wissen, was wo und wie gemacht wird. Gegen die derzeit herrschende Intransparenz soll ein Controllingbericht Abhilfe schaffen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Die Empfehlungen der Mittelstandsenquete müssen weiterhin umgesetzt werden. Das verlangt Transparenz und stetige Überprüfung. Wir Grünen werden dabei insbesondere die Reform der Wirtschaftsförderung, Stichwort Landesgewerbeamt, und die Stärkung der Regionen im Auge behalten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Döring.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Dauert das länger? – Abg. Bebbler SPD: Und jetzt die Gemeinsamkeiten!)

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die Enquetekommission „Mittelstand“ mit ihrem Abschlussbericht und den dazugehörigen Empfehlungen eine verdienstvolle Arbeit geleistet hat.

Für uns wäre es natürlich eine enorme Erleichterung gewesen – Herr Kollege Drautz hat darauf hingewiesen –, wenn damals schon eine Bezifferung bezüglich der Umsetzungswünsche erfolgt wäre. Es bleibt einfach ein Manko, dass dies die erste Enquetekommission war, die in diesem Bereich eine Vielzahl sinnvoller Vorschläge und Maßnahmen empfiehlt, ohne diese zu beziffern.

Deswegen war es ein schwieriger Weg, zu den Beträgen zu gelangen, die wir jetzt haben. Daher finde ich es auch nicht ganz in Ordnung, wenn es heißt: Da gab es eine Empfehlung, dann hat das Wirtschaftsministerium Zahlen genannt, die über dem liegen, was heute konkret unter dem Strich umgesetzt werden kann. Es war die Aufgabe des Ministeriums, damit anzufangen, zu beziffern, was zur Umsetzung des einen oder anderen Elements aus diesem breiten Katalog überhaupt eingesetzt werden muss, wenn es eine sinnvolle Umsetzung erfahren soll. Im Rahmen der Haushaltsberatungen sind wir dann bei diesen gut 20 Millionen DM pro Jahr gelandet.

(Abg. Capezzuto SPD: 25 Millionen DM haben wir gefordert!)

Damit lassen sich, wie ich meine, eine ganze Reihe von wichtigen und wertvollen Maßnahmen umsetzen.

Die Enquetekommission hat eine gute und wichtige Arbeit geleistet. Die Konkretisierung der Bezifferung ist in den meisten Fällen über das Wirtschaftsministerium gelaufen. Somit hat es eine gute Zusammenarbeit zwischen Parlament und Ministerium gegeben, wofür ich dankbar bin.

Ich möchte jetzt nicht der Reihe nach auflisten, was im Einzelnen alles getan worden ist, sondern auf die Punkte eingehen, die die Vorrednerinnen und Vorredner angesprochen haben.

Zum einen haben Sie, Herr Kollege Capezzuto, das C1-Programm, die überbetriebliche Ausbildung, Altbaumodernisierung, Werbung und anderes angesprochen. Ich sage zum soundsovielten Mal: Das C1-Programm ist ein einzelbetriebliches Förderprogramm, das hinsichtlich der Forschung und Entwicklung sicherlich seinen Wert und seine Bedeutung hat. Es muss aber auch finanziert werden. Wenn Ihnen auf der Strecke das Geld ausgeht, dann ist niemand da, der Ihnen zusätzliche Mittel zur Verfügung stellt. Deswegen war es eine dankenswerte Anstrengung der beiden Regierungsfractionen, dafür zu sorgen, dass wir zusammen mit dem Wirtschaftsministerium wieder Mittel zur Verfügung haben, sodass wir in den Jahren 2002 und 2003 jeweils etwa 70 Fälle werden bedienen können.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Herr Capezzuto, ich weiß nicht, was wir dann machen, wenn es Mitte 2003 insgesamt 140 oder 150 werden und keine weiteren Mittel zur Verfügung stehen. Dann ereilt uns ein ähnliches Schicksal wie 2001. Das ist bei dem, was zur Verfügung gestellt wird, nun einmal bedauerlicherweise so. Ich gehe aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre davon aus, dass wir zwei Jahre ausreichend bedienen können. Ich frage Sie dann, wenn es nicht reicht, wo die Mittel herkommen sollen.

(Abg. Capezzuto SPD: Darüber kann man reden!)

Das ist ein Punkt, der mir bei Ihnen auffällt: Sie mahnen an: Dort müsste mehr gemacht werden, hier müsste mehr gemacht werden, und da tut die Regierung zu wenig. Aber Sie bringen nicht einen konkreten Finanzierungsvorschlag,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das stimmt nicht! – Abg. Capezzuto SPD: Das ist doch nicht wahr! Warten Sie doch unsere Anträge ab!)

der noch in Übereinstimmung mit dem Ziel ist, die Nettoverschuldung im Jahr 2006 auf null zu reduzieren. Damit bringen Sie Ihre Forderungen nicht in Übereinstimmung. Dieses Haushaltsziel haben wir auf der einen Seite zu beachten, und auf der anderen Seite müssen wir daran auch unsere Haushaltsmittel und unsere Finanzierungsregeln ausrichten.

Das C1-Programm, von Ihnen angemahnt, ist also erfüllt und erledigt. Deswegen weiß ich nicht, was es da an der

(Minister Dr. Döring)

Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen zu kritisieren gibt.

(Abg. Capezzuto SPD: Die Vorgehensweise habe ich kritisiert!)

Das C1-Programm steht in den Jahren 2002 und 2003 mit der Zahl, die ich genannt habe.

Nächster Punkt: Altbaumodernisierung. Da ist das Programm tatsächlich im Sommer des Jahres so stark nachgefragt worden, dass wir es nicht weiter finanzieren konnten. Deswegen haben wir uns zusammengesetzt und haben gesagt, wir müssen schauen, dass wir es im Jahr 2002 auf jeden Fall wieder auflegen können. Das Wirtschaftsministerium hat diese rund 13 Millionen DM erbracht, damit wir in den Jahren 2002 und 2003 das Programm fortsetzen können, weil es ein sinnvolles, wertvolles, wichtiges Programm für das Handwerk in Baden-Württemberg darstellt. Wir können nicht mitten im Jahr, wie Sie angemahnt haben, hergehen und sagen: Da fehlt jetzt Geld. Wo soll es denn herkommen? Wo wollen Sie denn im Juni/Juli zusätzliche Mittel hernehmen und bereitstellen?

Für uns wäre es hilfreich gewesen, wenn man uns etwas mehr dabei unterstützt hätte, dieses Programm noch ein wenig umfangreicher auszugestalten, weil das ein hervorragendes Programm für das Handwerk ist, weil das das beste Programm zur Energieeinsparung ist und damit auch bei den ökologischen Aspekten eine ganz hervorragende Treffsicherheit erreicht hat. Ich bin froh darüber, dass wir es in den Jahren 2002 und 2003 aufgrund der Anstrengungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Wirtschaftsministerium fortsetzen können. Das ist eine gute Leistung, und darüber bin ich froh.

(Abg. Capezzuto SPD: Ich sage nur Stiftung! Da liegt doch das Geld!)

Jetzt haben Sie einen Punkt angesprochen, Herr Capezzuto, den ich auch gemerkt habe. Ich fahre durch die Gegend, und da höre ich immer im Radio die Werbung für das Altbaumodernisierungsprogramm. Ich habe im Landesgewerbeamt angerufen und gefragt: „Wieso werbt ihr eigentlich immer noch dafür? Das Ding ist doch ausgelaufen. Jetzt werden die Leute gesprungen kommen und sagen, im Radio wird dafür geworben, und dann wird die Auskunft erteilt, dass es leider schon belegt ist.“ Nehmen Sie es mir nicht übel; ich bin ehrlich genug, Ihnen das zu sagen: Man hat mir gesagt: „Die Werbung ist bezahlt und läuft vollends durch.“

(Abg. Capezzuto SPD: Ich gehe davon aus, dass Sie das bezahlen!)

Jetzt kann ich auch nichts dagegen machen. Man hat die Werbung eben weiterlaufen lassen. Es ist offensichtlich schwierig gewesen, diese auf der Strecke zu stoppen. Das ist aber auch kein Beinbruch gewesen. Die Werbung ist ja gut für das Programm, das jetzt wieder anlaufen kann.

(Abg. Capezzuto SPD: Aber die Leute fühlen sich natürlich hinters Licht geführt!)

Verehrter Herr Kollege Capezzuto, ÜBA. Sie kommen und sagen: Ihr streicht und streicht und streicht. Bei den Haus-

haltsnotwendigkeiten, die wir nun einmal haben, haben wir auch in diesem Bereich eine Kürzung vorgenommen, und zwar um 20 %. Ich habe im Wirtschaftsministerium von den theoretisch disponiblen Mitteln über 70 % zu streichen. Wir haben dort eine Kürzung vorgenommen, weil ich gesagt habe: Das ist hart, gar keine Frage; aber auch das Handwerk wird seinen Anteil zur Einsparleistung insgesamt erbringen müssen. Interessant ist, dass Ihnen das überhaupt nicht aufgefallen ist, Herr Capezzuto. Erst als Sie mit Briefen bombardiert worden sind, die ich auch bekommen habe, die in unterschiedlicher Wortwahl deutlich auf das Thema und die Problematik aufmerksam gemacht haben,

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Den Haushaltsentwurf haben wir erst gestern Abend bekommen, Herr Döring!)

sind Sie plötzlich aufgewacht und haben gesagt: Da müsste man etwas machen.

(Abg. Bebbler SPD: Wie hätten wir es denn merken sollen?)

Bis zum heutigen Tag genau dieselbe Masche. Sie dröhnen nach außen und sagen: „Der streicht wieder beim Handwerk.“ Ich sehe nicht, wie Sie es finanzieren wollen. Wir machen Ihnen einen konkreten Vorschlag und dem Handwerk auch.

(Abg. Capezzuto SPD: Warten Sie doch ab!)

– Herr Capezzuto, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört. Sie haben einen glänzenden Satz in Ihrer Rede gehabt, für den ich Ihnen dankbar bin.

(Abg. Bebbler SPD: Der ist ihm rausgerutscht! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Wir haben jetzt den Vorschlag unterbreitet, dass wir aus dem Wirtschaftsministerium und aus zur Verfügung stehenden Mitteln, zu denen die FDP/DVP-Fraktion einen Vorschlag macht, diese Kürzung um die Hälfte zurücknehmen.

Das ist ein faires Angebot an das Handwerk, das von den beiden Regierungsfractionen meiner Meinung nach mit breiter Mehrheit getragen und unterstützt werden kann.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ein Lob!)

Wir werden die Reduzierung um die Hälfte zurücknehmen. Das ist vertretbar, und zwar dann, wenn wir – daran müssen wir noch ein bisschen arbeiten – sicherstellen können, dass die Richtlinien trotz dieser 10 % Kürzung nicht verändert werden müssen. Das heißt, dass sich die unmittelbare Auswirkung bei dem Handwerksmeister, der ausbildet, nicht in höheren Kosten niederschlägt.

Sie müssen im Handwerk – Herr Capezzuto, Sie wissen das – auch zur Kenntnis nehmen: Die überbetrieblichen Ausbildungsstätten werden im Handwerk nicht zu 100 % anerkannt und nicht nur für toll befunden. Auch diese Diskussion kennen Sie. Ich gehe davon aus, dass Sie nicht nur mit Präsidenten und Hauptgeschäftsführern diskutieren, sondern auch einmal selber in einem Handwerksbetrieb sind

(Minister Dr. Döring)

und dann die Diskussion mitbekommen, wie die überbetrieblichen Ausbildungsstätten und die Lehrgänge dort bewertet werden. Dort gibt es nicht nur 100 % Zustimmung. Auch das muss einmal klar und deutlich gesagt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir gehen jetzt her und nehmen die Kürzung um die Hälfte zurück. Übrigens: Auch hier hat sich bisher nicht einer von all denen, die mir schreiben: „unglaublich, kann man nicht machen, kann auf gar keinen Fall hingenommen werden“, die Mühe gemacht und von sich aus einen Vorschlag unterbreitet, wie so etwas finanziert werden soll.

(Abg. Capezzuto SPD: Das macht man doch in den Haushaltsberatungen, Herr Minister! Wir können Ihnen im Vorfeld nicht alles sagen! Das darf nicht wahr sein!)

Da macht man sich einen schlanken Fuß. Mordsmäßig die Bataillone in Stellung bringen – da muss etwas geändert werden, guckt, wie ihr es macht –, und dann bist du allein auf weiter Flur, das zu machen. Eine volle Rücknahme – Stand heute – ist nicht finanzierbar. Die halbe Rücknahme ist vertretbar, vernünftig und für das Handwerk, wie ich meine – davon bin ich aufgrund der Zusage, die Richtlinien nicht zu ändern, fest überzeugt –, in vollem Umfang akzeptabel.

Dann schauen Sie sich einen weiteren Punkt an.

(Abg. Capezzuto SPD: Haben Sie mit denen inzwischen darüber geredet? – Abg. Bebber SPD: Das haben wir schon erreicht, dass das zur Hälfte zurückgenommen wird!)

– Sie haben das erreicht? Herr Bebber, passen Sie auf, wenn Sie noch einmal sagen, dass Sie das erreicht haben, muss ich es mir noch einmal überlegen.

Jetzt schauen Sie einmal die Entwicklung der Zahl der Lehrlinge im Handwerk an. Das erfordert doch auch Reaktionen. Die Zahlen gehen doch nicht deswegen zurück, weil im Bereich ÜBA Mittelkürzungen vorgenommen werden – das passt doch einfach nicht zusammen –, sondern deshalb, weil wir im Gesamtablauf

(Abg. Capezzuto SPD: Das stimmt doch nicht!)

auch dort Veränderungen haben. Das muss man doch auch ein Stück weit mit berücksichtigen. Deswegen glaube ich, dass wir recht daran tun, zu sagen: Wir nehmen die Hälfte der vorgesehenen Einsparung zurück. Wir schauen danach, dass wir an anderen Stellen die Unterstützung aufrechterhalten, die in vielen Fällen wesentlich umfangreicher und notwendiger ist.

Dann lassen Sie uns einmal danach schauen, dass die Rahmenbedingungen auf Bundesebene eine ganz entscheidende Veränderung und Verbesserung brauchen. Ich glaube, dass wir schon feststellen können, dass Rahmenbedingungen verschlechtert worden sind: im Zusammenhang mit der Steuerreform klare Benachteiligung der Personengesellschaften – Sie wissen das, Herr Bebber – gegenüber den

anonymen Kapitalgesellschaften, beim Kündigungsschutz, bei der Teilzeit, beim 630-DM-Gesetz und, und, und.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Das wird doch durch Wiederholungen nicht wahr!)

Das alles sind diese „mittelstandsfreundlichen“ Themen, wo Sie mit voller Faust dem Mittelstand ins Gesicht geschlagen haben. Deshalb haben Sie als Letzte einen Anspruch darauf, sich hier hinzustellen und die Politik der Landesregierung zu kritisieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir haben bei uns weitere Maßnahmen eingeleitet. Herr Kollege Witzel, Sie haben das Landesgewerbeamt angesprochen. Ich teile da Ihre Meinung: Das, was wir dort bisher gemacht haben, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Das wird, wenn Sie das Landesgewerbeamt zu diesem Kompetenzzentrum umbauen, unter dem Strich nicht ausreichen, aber das ist ein Einstieg in eine konkrete Umgestaltung beim Landesgewerbeamt. Wir sollten das auch positiv begleiten.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Weckenmann?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Selbstverständlich.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abg. Weckenmann, bitte schön.

Abg. Ruth Weckenmann SPD: Das habe ich gedacht. Der Minister ist immer charmant.

(Heiterkeit)

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Das ist mir jetzt aber peinlich.

Abg. Ruth Weckenmann SPD: Herr Minister, da wird es wahrscheinlich schön, aber ich frage Sie wirklich: Warum dieses gebetsmühlenhafte Wiederholen des 630-DM-Gesetzes? Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass sich nach der Untersuchung des IAB in diesem Bereich nichts verändert hat und die Zahl der Arbeitsverhältnisse gleich geblieben ist

(Abg. Alfred Haas CDU: Das glauben Sie selber nicht!)

und die Betriebe für 2002 Neueinstellungen auch auf 630-DM-Basis möchten?

(Zurufe, u. a. der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Bei Ihnen vielleicht, Frau Fauser, im Betrieb Ihres Mannes! Das kann schon sein! – Große Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort hat der Herr Minister.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Ich habe das jetzt von Ihnen zur Kenntnis genommen. Aber die Klagen in den Betrieben sprechen eine andere Sprache quer durch das Land Baden-Württemberg im gesamten Bereich DEHOGA, Tourismus, beim Einzelhandel etc. Machen Sie sich mit uns auf den Weg, dass Sie einen Niedriglohnsektor zulassen. Das halte ich für einen wesentlichen Punkt. Lassen Sie uns einmal darüber diskutieren, ob wir nicht in der Bandbreite zwischen 1 200 DM und 1 700 DM tatsächlich einen solchen Niedriglohnsektor zulassen. Das würde einen enormen Beschäftigungsimpuls auslösen. Den bräuchten wir tatsächlich. Da habe ich nämlich den Eindruck, dass Sie nun ein bisschen näher dran sind, als das bisher bei Ihnen der Fall war.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Lassen Sie uns unter dem Strich, meine sehr geehrten Damen und Herren, gemeinsam weiter für das Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft, für den Mittelstand und das Handwerk, kämpfen. Nehmen Sie die Argumente, die kommen, nach Möglichkeit erst nach Prüfung der Sachlage ernst. Lassen wir uns nicht ständig nur von denen beeinflussen, die am lautesten rufen. Ich halte die Politik in Baden-Württemberg im Bereich der Mittelstands- und Handwerkspolitik nach wie vor für sehr gut. Dass wir die niedrigste Arbeitslosigkeit haben, die beste Lehrstellensituation haben

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

und die geringste Jugendarbeitslosigkeit in Europa haben, das ist eine Leistung von Baden-Württemberg, die wir trotz der Bundesregierung geschafft haben. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Wegen der Bundesregierung! Seit 1998 ist das doch so, Herr Minister!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, damit ist die Aussprache beendet. Kann ich davon ausgehen, dass Sie der Beschlussempfehlung zustimmen? –

(Abg. Alfred Haas CDU: Jawohl!)

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

Damit ist Tagesordnungspunkt 9 erledigt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 13. November 2001 – Veräußerung der ehemaligen Landesvertretung Baden-Württemberg in Bonn – Drucksachen 13/220, 13/502

Berichterstatter: Abg. Seltenreich

Kann ich auch hier von Ihrer Zustimmung ausgehen?

(Abg. Capezzuto SPD: Ja, ja! – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Es bleibt uns ja nichts anderes übrig!)

– Sie stimmen zu. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Sitzung angelangt. Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 13. Dezember, um 9:30 Uhr statt.

(Minister Dr. Döring: Muss das sein?)

Die Tagesordnung ist Ihnen bekannt. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

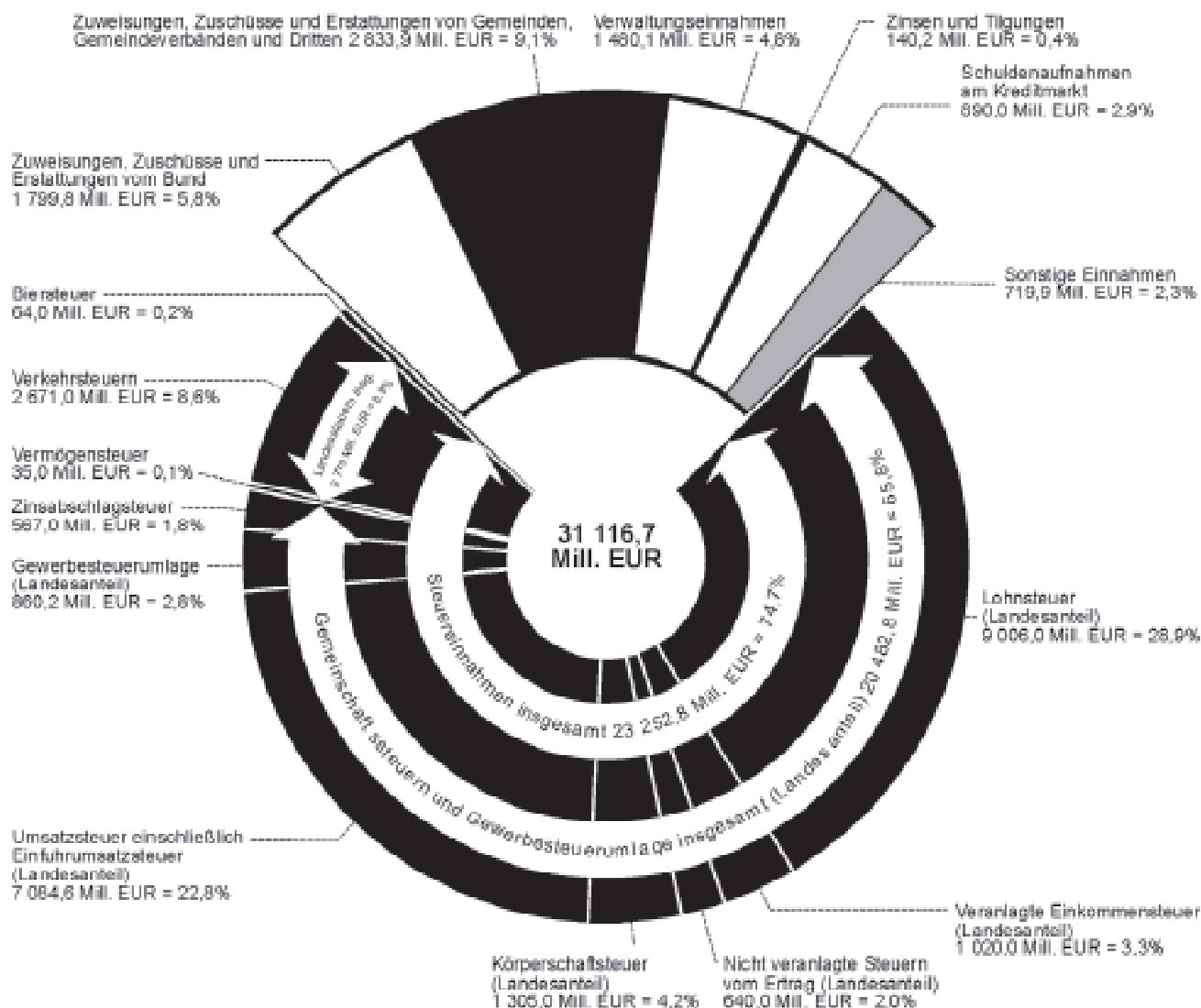
(Vereinzelt Beifall)

Schluss: 17:07 Uhr

Einnahmen nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2002/03

Anlage 1

Planentwurf 2002



Planentwurf 2003

Einnahmen insgesamt 31 897,4 Mill. EUR = 100%

1. Steuereinnahmen insgesamt 24 044,9 Mill. EUR = 75,9%
davon:

a) Gemeinschaftssteuer und Gewerbesteuerumlage insgesamt (Landesanteil) 21 204,9 Mill. EUR = 66,6%

davon:

Lohnsteuer (Landesanteil) 9 596,0 Mill. EUR = 30,3%
Veranlagte Einkommensteuer (Landesanteil) 914,0 Mill. EUR = 2,9%
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (Landesanteil) 685,0 Mill. EUR = 2,1%
Körperschaftsteuer (Landesanteil) 1 150,0 Mill. EUR = 3,6%
Umsatzsteuer einschl. Einfuhrumsatzsteuer (Landesanteil) 7 317,3 Mill. EUR = 23,1%
Gewerbesteuerumlage (Landesanteil) 883,6 Mill. EUR = 3,1%
Zinsabschlagsteuer 579,0 Mill. EUR = 1,8%

b) Landessteuern insgesamt 2 840,0 Mill. EUR = 9,0%

davon:

Vermögenssteuer 30,0 Mill. EUR = 0,1%
Verkehrssteuern 2 746,0 Mill. EUR = 8,7%
Biersteuer 64,0 Mill. EUR = 0,2%

2. Zuweisungen, Zuschüsse und Erstattungen

a) vom Bund 1 776,8 Mill. EUR = 5,6%

b) von Gemeinden, Gemeindeverbänden und Dritten 2 868,4 Mill. EUR = 8,4%

3. Verwaltungseinnahmen 1 540,5 Mill. EUR = 4,9%

4. Zinsen und Tilgungen 137,8 Mill. EUR = 0,4%

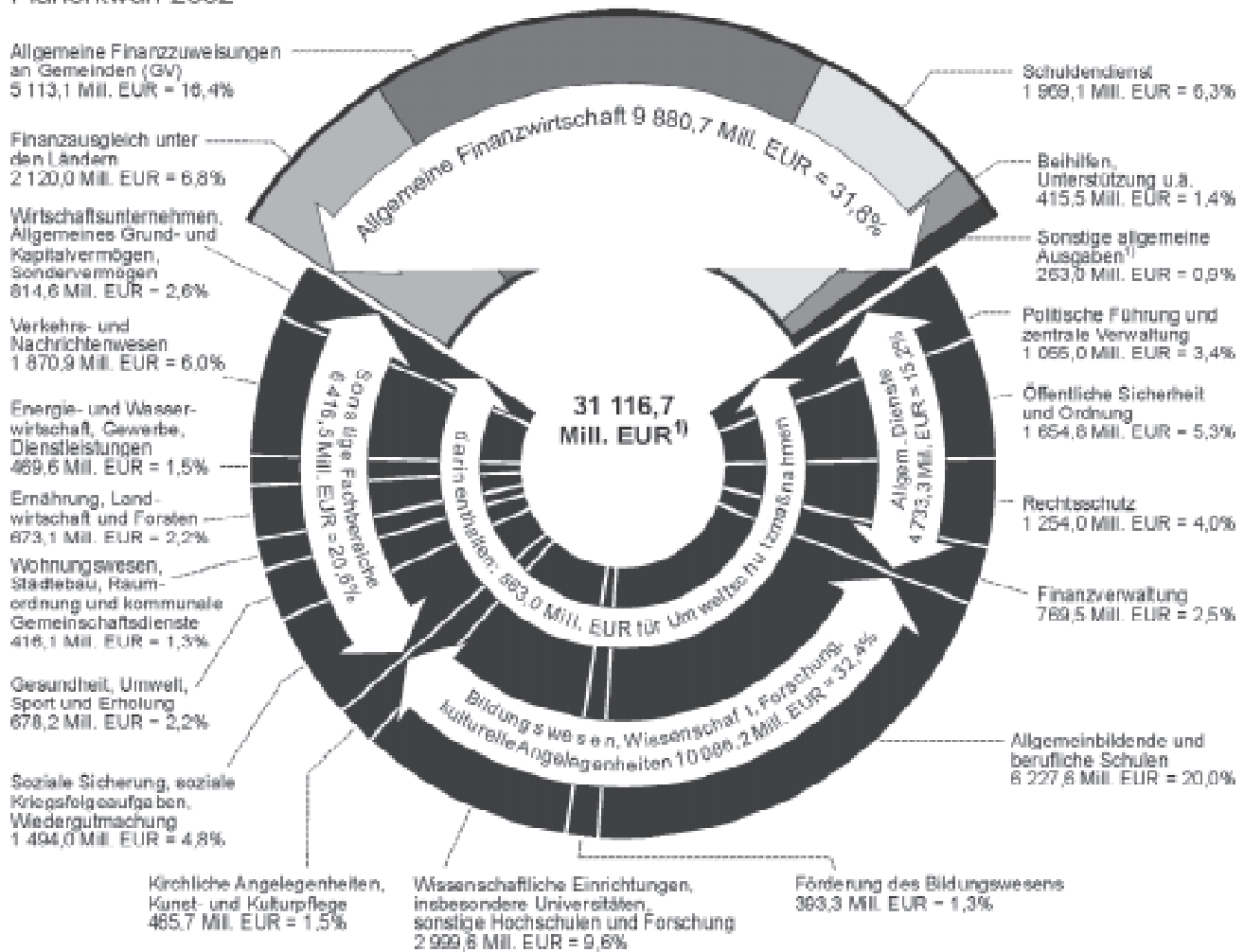
5. Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt 736,0 Mill. EUR = 2,3%

6. Sonstige Einnahmen 793,0 Mill. EUR = 2,5%

Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2002/03

Anlage 2

Planentwurf 2002



Planentwurf 2003

Ausgaben insgesamt ¹⁾	31 697,4 Mill. EUR = 100%
1. Allgemeine Dienste insgesamt	4 786,2 Mill. EUR = 15,0%
davon:	
a) Politische Führung und zentrale Verwaltung	1 069,5 Mill. EUR = 3,3%
b) Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1 654,7 Mill. EUR = 5,2%
c) Rechtsschutz	1 251,5 Mill. EUR = 4,0%
d) Finanzverwaltung	789,5 Mill. EUR = 2,5%
2. Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten insgesamt.....	10 199,8 Mill. EUR = 32,2%
davon:	
a) Allgemeinbildende und berufliche Schulen	6 360,1 Mill. EUR = 20,1%
b) Wissenschaftliche Einrichtungen, insbesondere Universitäten, sonstige Hochschulen und Forschung	2 872,3 Mill. EUR = 9,4%
c) Förderung des Bildungswesens	397,8 Mill. EUR = 1,2%
d) Kirchliche Angelegenheiten, Kunst- und Kulturpflege	461,8 Mill. EUR = 1,5%
3. Sonstige Fachbereiche insgesamt.....	6 392,0 Mill. EUR = 20,2%
davon:	
a) Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	1 487,0 Mill. EUR = 4,7%

b) Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	695,6 Mill. EUR = 2,2%
c) Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	396,8 Mill. EUR = 1,3%
d) Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	669,0 Mill. EUR = 2,1%
e) Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	456,8 Mill. EUR = 1,4%
f) Verkehrs- und Nachrichtenwesen	1 902,2 Mill. EUR = 6,0%
g) Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	784,6 Mill. EUR = 2,5%
In Ziff. 1 - 3 enthalten: 868,2 Mill. EUR für Umweltschutzmaßnahmen.	
4. Allgemeine Finanzwirtschaft insgesamt	10 339,4 Mill. EUR = 32,6%
davon:	
a) Finanzausgleich unter den Ländern	2 170,0 Mill. EUR = 6,9%
b) Allgemeine Finanzausgleichungen an Gemeinden (GV)	5 081,1 Mill. EUR = 16,0%
c) Schuldendienst	2 151,1 Mill. EUR = 6,8%
d) Beihilfen, Unterstützung u.ä.	415,7 Mill. EUR = 1,3%
e) Sonstige allgemeine Ausgaben ¹⁾	521,5 Mill. EUR = 1,6%

1) Nach Abzug der Globalen Minderungsabgaben.

Die Einzelpläne nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2002/03

Anlage 3

Planentwurf 2002

	Einnahmen in EUR	Ausgaben in EUR
Gesamtsumme	31 116 707 500	31 116 707 500
Einzelplan 01: Landtag	73 500	39 020 200
Einzelplan 02: Staatsministerium	3 047 900	42 971 200
Einzelplan 03: Innenministerium	84 571 800	1 720 704 000
Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport	28 596 200	5 369 609 800
Einzelplan 05: Justizministerium	662 343 100	1 021 789 700
Einzelplan 06: Finanzministerium	309 127 900	951 866 700
Einzelplan 07: Wirtschaftsministerium	329 651 100	1 010 504 000
Einzelplan 08: Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum	465 380 700	1 042 999 000
Einzelplan 09: Sozialministerium	93 568 700	1 440 903 500
Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt und Verkehr	1 207 371 000	2 108 056 000
Einzelplan 11: Rechnungshof	279 500	13 629 800
Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung	27 626 233 600	13 415 061 200
Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	306 462 500	2 939 592 400

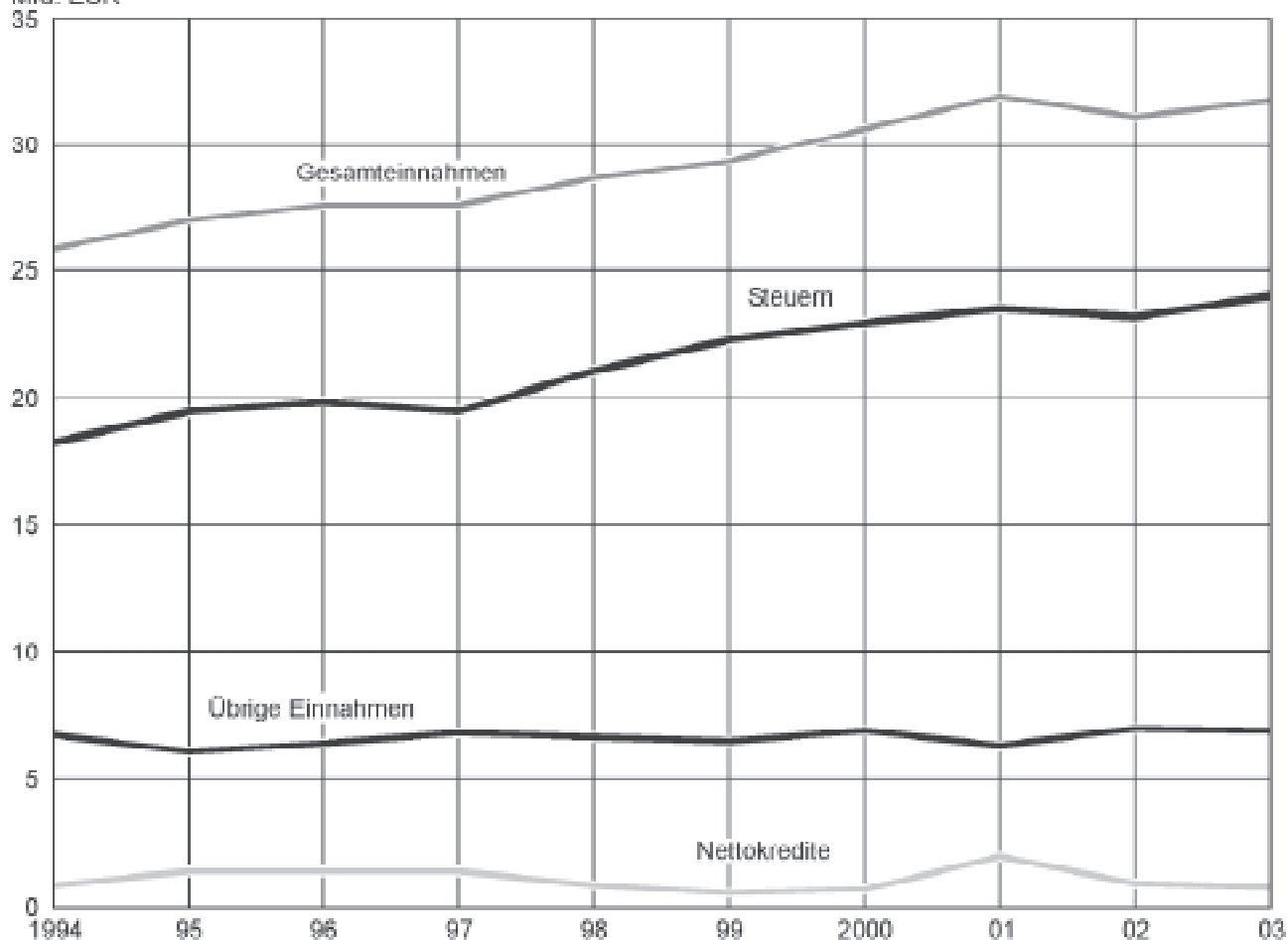
Planentwurf 2003

	Einnahmen in EUR	Ausgaben in EUR
Gesamtsumme	31 697 379 800	31 697 379 800
Einzelplan 01: Landtag	73 500	38 248 800
Einzelplan 02: Staatsministerium	3 028 200	40 011 200
Einzelplan 03: Innenministerium	78 270 000	1 697 458 600
Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport	28 736 100	5 435 732 900
Einzelplan 05: Justizministerium	667 179 700	1 016 891 300
Einzelplan 06: Finanzministerium	361 522 800	949 196 600
Einzelplan 07: Wirtschaftsministerium	318 752 900	973 714 500
Einzelplan 08: Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum	452 041 800	1 024 898 500
Einzelplan 09: Sozialministerium	94 628 600	1 474 401 600
Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt und Verkehr	1 220 805 500	2 108 600 900
Einzelplan 11: Rechnungshof	283 500	13 609 600
Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung	26 177 584 100	13 990 385 100
Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	294 471 100	2 934 230 200

Entwicklung der Einnahmen des Landes 1994 bis 2003

Anlage 4

Mrd. EUR



Jahr	Gesamteinnahmen ¹⁾	Steuern	Übrige Einnahmen	Nettokredite
------	-------------------------------	---------	------------------	--------------

Millionen EUR

1994	25 903	18 300	6 739	865
1995	27 012	19 458	6 130	1 423
1996	27 622	19 609	6 439	1 375
1997	27 643	19 426	6 808	1 408
1998	28 638 ²⁾	21 144	6 638	856
1999	29 334	22 315	6 509	511
2000	30 619	22 987	6 920	712 ³⁾
2001	31 856	23 527	6 371	1 958 ⁴⁾
2002	31 117	23 253	6 974	890
2003	31 697	24 045	6 916	736

1994 bis 2000: Ist-Ergebnisse

2001: Staatshaushaltsplan 2001 in der Fassung des Zweiten Nachtrags

2002/03: Entwurf Staatshaushaltsplan

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Gesamteinnahmen ohne Kreditaufnahme am Kreditmarkt zur Schuldentilgung.

2) Ist 1998 bereinigt um die buchungsrechtliche Abwicklung der Entnahme von 813 Mill. EUR aus dem Eigenkapital der L-Bank (Förderstaffel) und Einlage dieses Betrags bei der Landesbank Baden-Württemberg.

3) Davon 409 Mill. EUR zum Ausgleich des Haushalts und 303 Mill. EUR zum Erwerb einer stillen Beteiligung an der Landesbank Baden-Württemberg.

4) Davon 935 Mill. EUR zum Ausgleich des Haushalts und 1 022 Mill. EUR zum Erwerb einer stillen Beteiligung an der Landesbank Baden-Württemberg.

Entwicklung der Personalausgabenquote, der Zinsquote und der Kreditfinanzierungsquote 1991 bis 2003

Anlage 5

Jahr	Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben ¹⁾	Anteil der Zinsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben ¹⁾	Relation Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt zu den bereinigten Gesamtausgaben ¹⁾
1991	38,0%	5,8%	5,3%
1992	40,0%	5,8%	4,0%
1993	41,0%	5,9%	3,3%
1994	42,2%	6,2%	3,4%
1995	40,9%	5,7%	5,2%
1996	40,8%	5,6%	4,9%
1997	42,0%	5,9%	5,2%
1998 ²⁾	41,1%	5,9%	3,1%
1999	41,1%	5,6%	1,8%
2000 ³⁾	39,6%	5,4%	1,4%
2001 ⁴⁾	40,5%	5,9%	3,0%
2002	40,5%	6,2%	2,9%
2003	41,4%	6,7%	2,3%

1991 bis 2000: Ist-Ergebnisse
 2001: Staatshaushaltsplan in der Fassung des Zweiten Nachtrags
 2002/03: Entwurf Staatshaushaltsplan

1) Gesamtausgaben abzüglich Schuldentilgung am Kreditmarkt und besonderer Finanzierungsvorgänge (Zuführungen an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung von Vorjahrestilbeträgen und haushaltsrechtliche Verrechnungen).

2) Die bereinigten Gesamtausgaben wurden im Ist 1998 bereinigt um die buchungsrechtliche Entnahme von 813 Mill.Euro aus dem Eigenkapital der L-Bank (Fordererstatt) und Einlage dieses Betrages bei der Landesbank Baden-Württemberg.

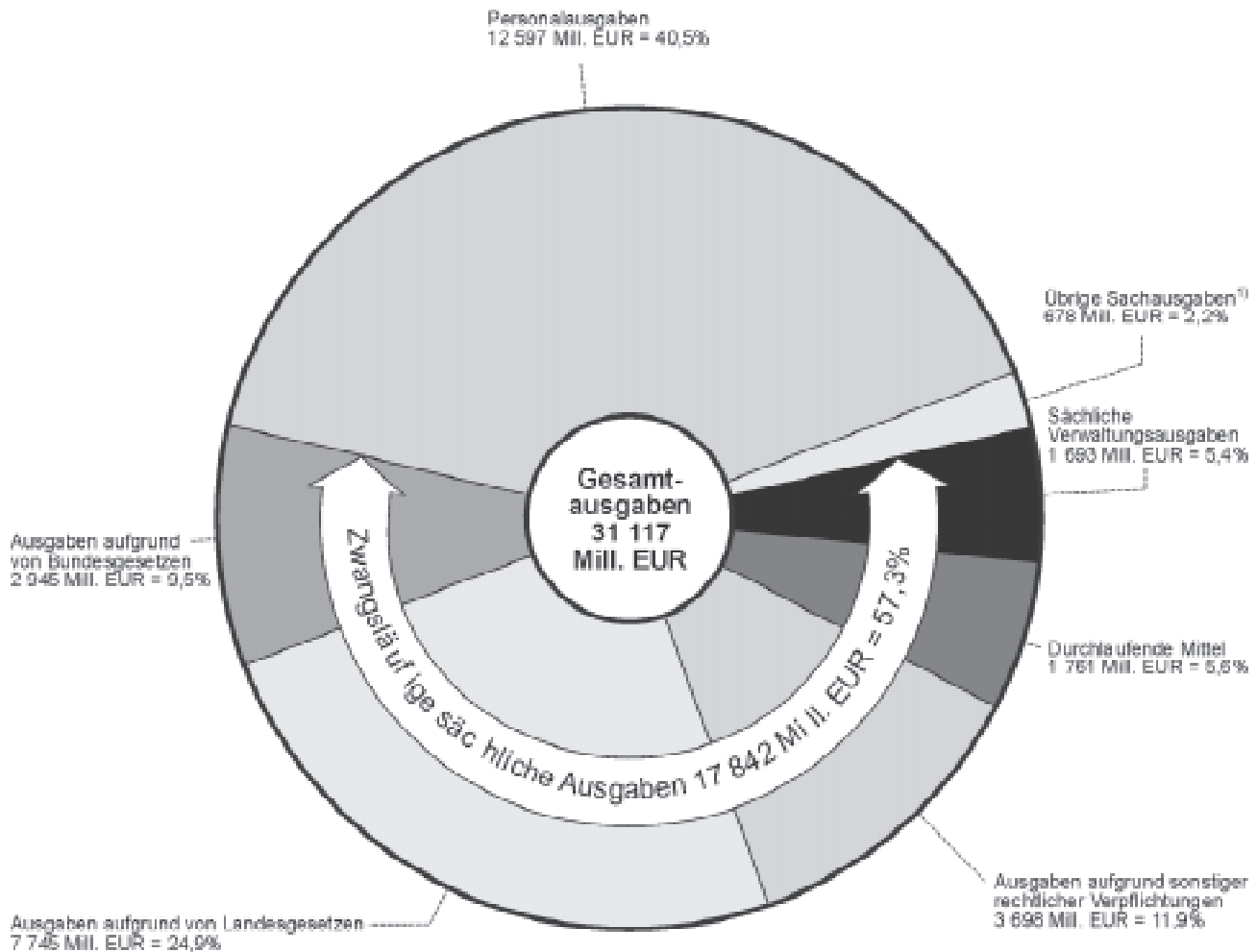
3) Die bereinigten Gesamtausgaben und die Nettokreditaufnahme wurden im Ist 2000 bereinigt um den Erwerb einer stillen Beteiligung an der Landesbank Baden-Württemberg i.H.v. 300 Mill.Euro.

4) Die bereinigten Gesamtausgaben und die Nettokreditaufnahme wurden im Soll 2001 bereinigt um den Erwerb einer stillen Beteiligung an der Landesbank Baden-Württemberg i.H.v. 1.022 Mill.Euro

Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2002/03 aufgeteilt nach Zwangsläufigkeiten

Anlage 6

Planentwurf 2002



Planentwurf 2003

1. Personalausgaben	13 094 Mill. EUR = 41,3%
2. Zwangsläufige sächliche Ausgaben	
2.1 Bundesgesetze.....	2 994 Mill. EUR = 9,4%
2.2 Landesgesetze.....	7 727 Mill. EUR = 24,4%
2.3 Sonstige rechtliche Verpflichtungen.....	3 895 Mill. EUR = 12,3%
2.4 Durchlaufende Mittel.....	1 897 Mill. EUR = 5,4%
2.5 Sächliche Verwaltungsausgaben.....	1 683 Mill. EUR = 5,3%
zusammen.....	17 996 Mill. EUR = 56,8%
3. Übrige Sachausgaben ¹⁾	607 Mill. EUR = 1,9%
4. Gesamtausgaben	31 897 Mill. EUR

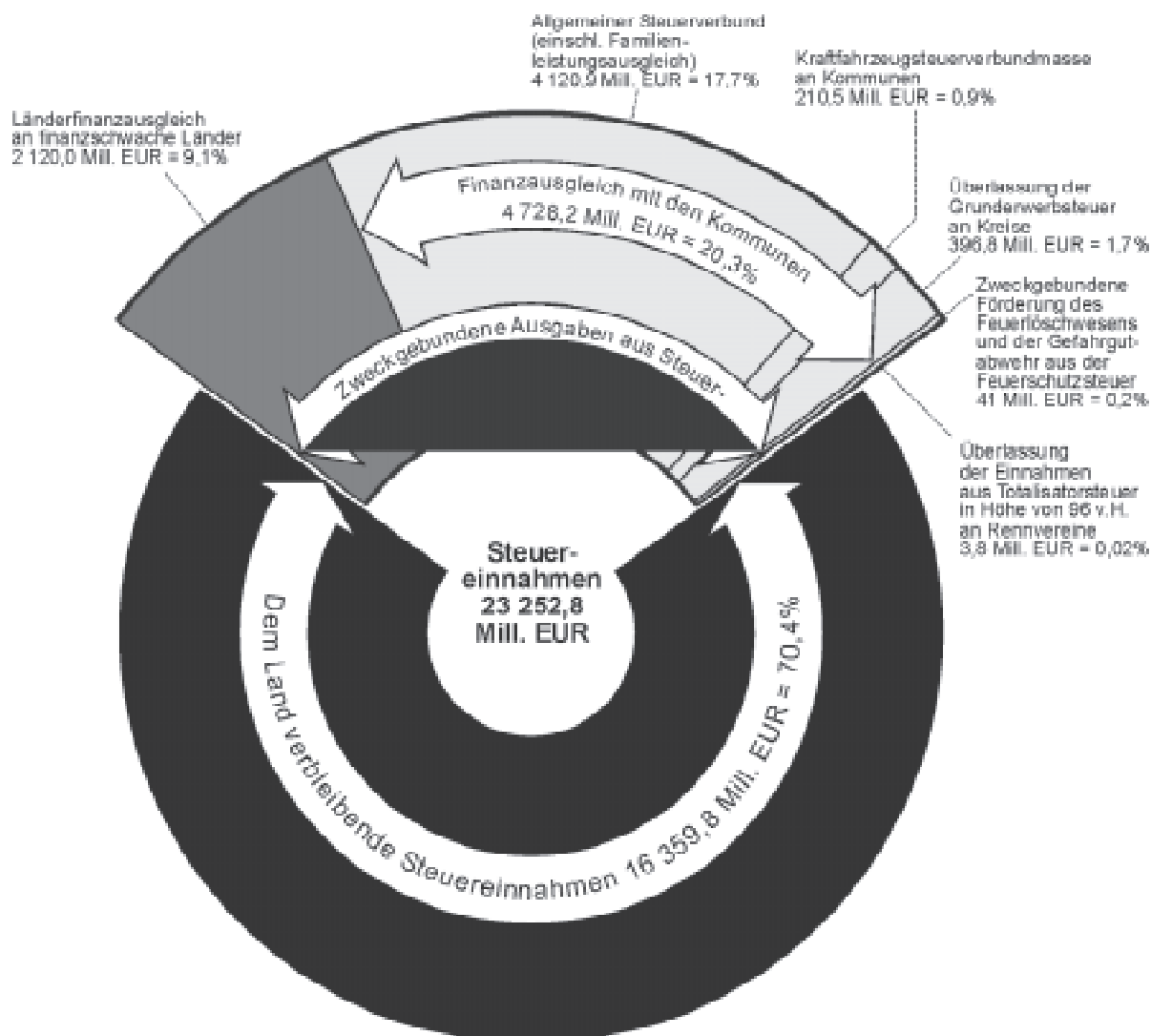
1) Nach Abzug der Globalen Minderausgaben.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Steuereinnahmen und die davon abhängigen Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2002/03

Anlage 7

Planentwurf 2002



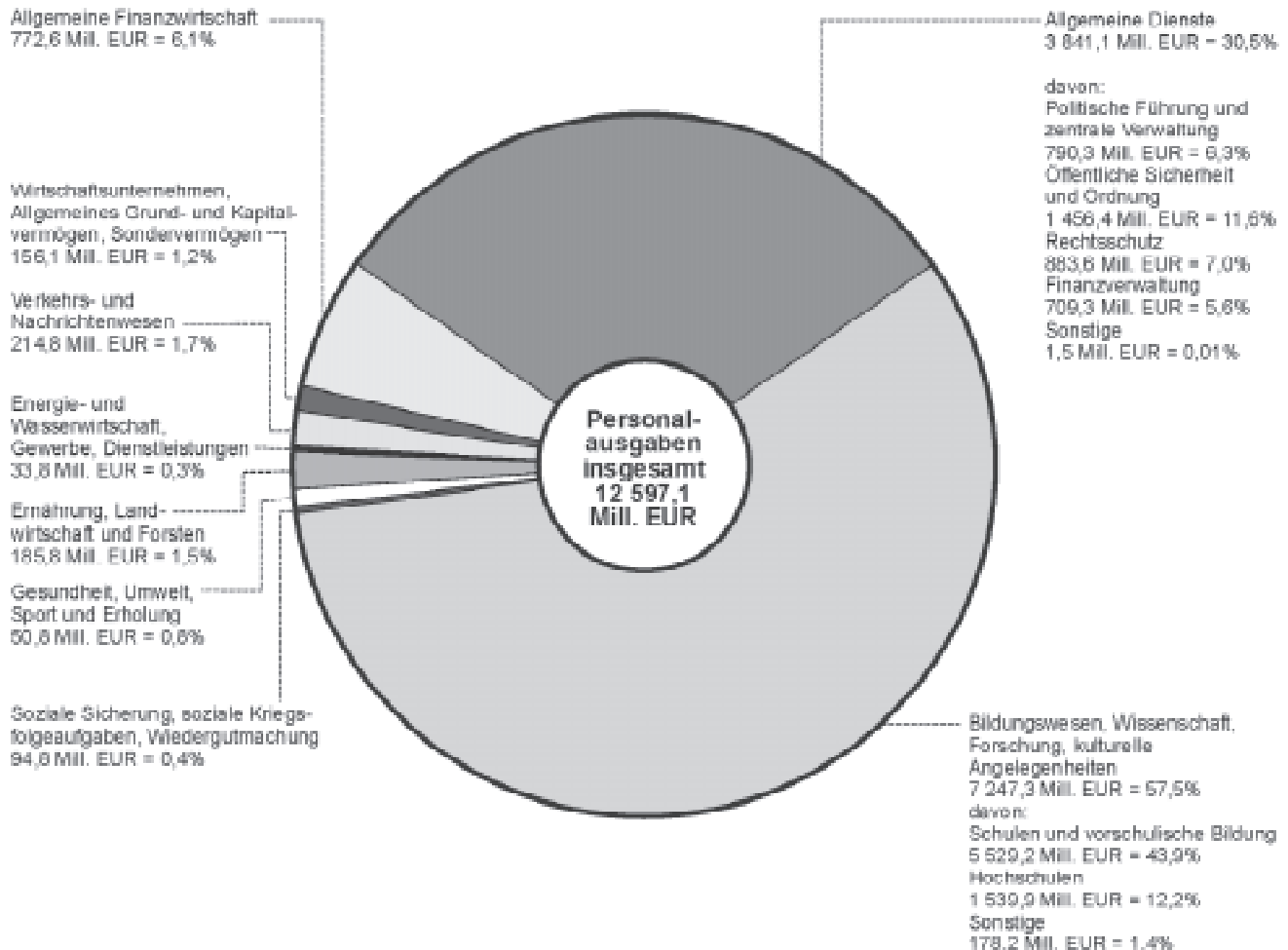
Planentwurf 2003

Steuereinnahmen	24 044,9 Mill. EUR
Länderfinanzausgleich an finanzschwache Länder	2 170,0 Mill. EUR = 9,0%
Allgemeiner Steuerverbund (einschließlich Familienleistungsausgleich)	4 176,7 Mill. EUR = 17,4%
Überlassung der Grunderwerbsteuer an Kreise	410,7 Mill. EUR = 1,7%
Kraftfahrzeugsteuer - Verbundmasse an Kommunen	214,0 Mill. EUR = 0,9%
Finanzausgleich mit den Kommunen	4 801,4 Mill. EUR = 20,0%
Zweckgebundene Förderung des Feuerlöschwesens und der Gefahrgutabwehr aus der Feuerschutzsteuer	41,0 Mill. EUR = 0,2%
Überlassung der Einnahmen aus Totalisatorsteuer in Höhe von 96 v.H. an Rennvereine	3,8 Mill. EUR = 0,02%
Zweckgebundene Ausgaben aus Steuereinnahmen	7 016,2 Mill. EUR = 29,2%
Dem Land verbleibende Steuereinnahmen	17 028,7 Mill. EUR = 70,8%

Personalausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2002/03 nach Aufgabenbereichen

Anlage 8

Planentwurf 2002



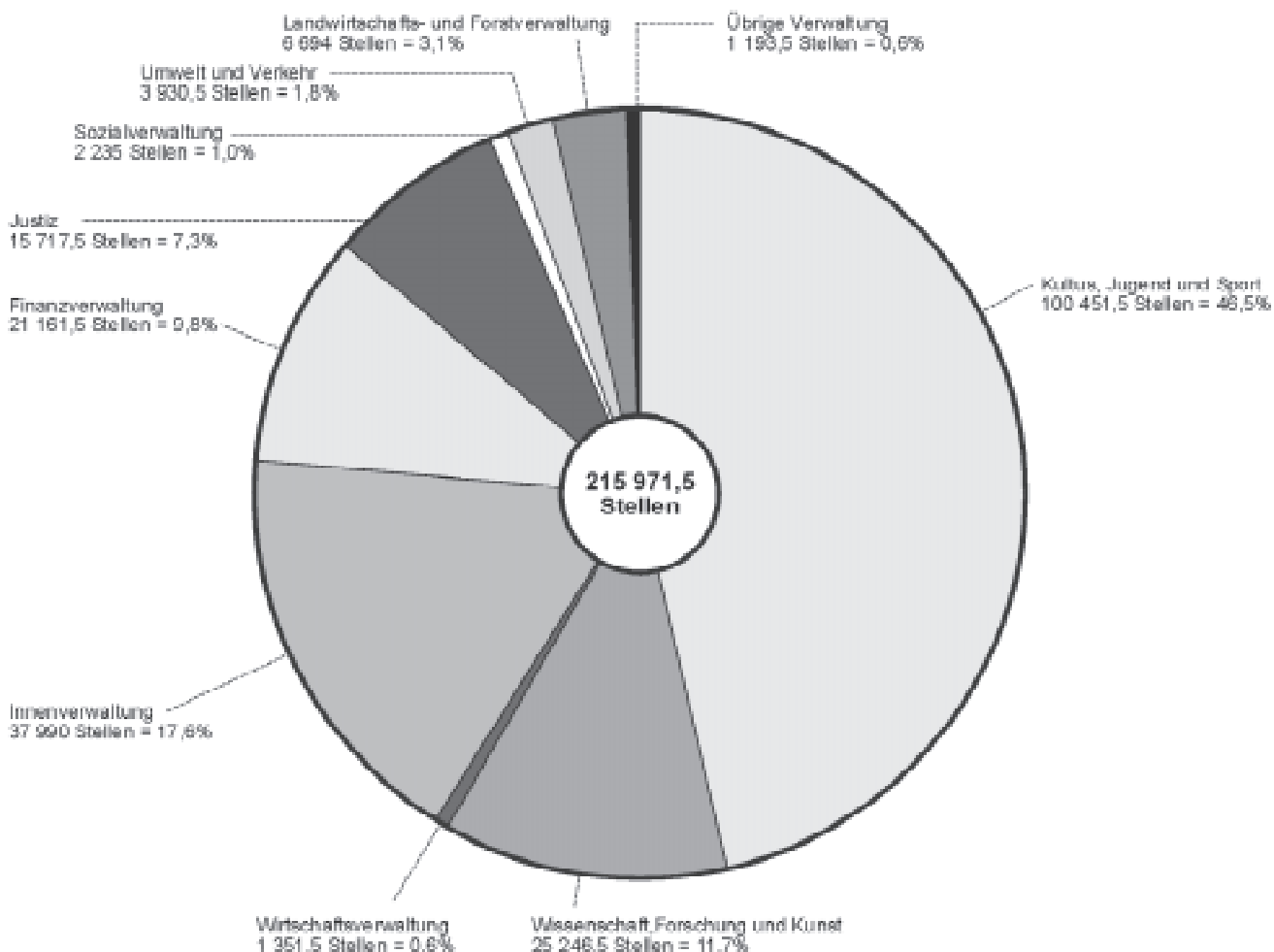
Planentwurf 2003

Personalausgaben insgesamt	13 093,8 Mill. EUR = 100%	3. Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgetaufgaben, Wiedergutmachung	84,0 Mill. EUR = 0,7%
1. Allgemeine Dienste	3 813,4 Mill. EUR = 29,9%	4. Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	50,9 Mill. EUR = 0,4%
davon:		5. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	186,1 Mill. EUR = 1,4%
Politische Führung und zentrale Verwaltung	811,9 Mill. EUR = 6,2%	6. Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	33,8 Mill. EUR = 0,3%
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1 402,6 Mill. EUR = 11,3%	7. Verkehrs- und Nachrichtenwesen	213,4 Mill. EUR = 1,6%
Rechtsschutz	898,3 Mill. EUR = 6,9%	8. Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	156,9 Mill. EUR = 1,2%
Finanzverwaltung	719,0 Mill. EUR = 5,5%	9. Allgemeine Finanzwirtschaft	1 055,2 Mill. EUR = 8,0%
Sonstige	1,4 Mill. EUR = 0,01%		
2. Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	7 390,1 Mill. EUR = 56,5%		
davon:			
Schulen und vorschulische Bildung	5 654,6 Mill. EUR = 43,2%		
Hochschulen	1 553,7 Mill. EUR = 11,9%		
Sonstige	181,8 Mill. EUR = 1,4%		

Personalstellen nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2002/03

Anlage 9

Planentwurf 2002



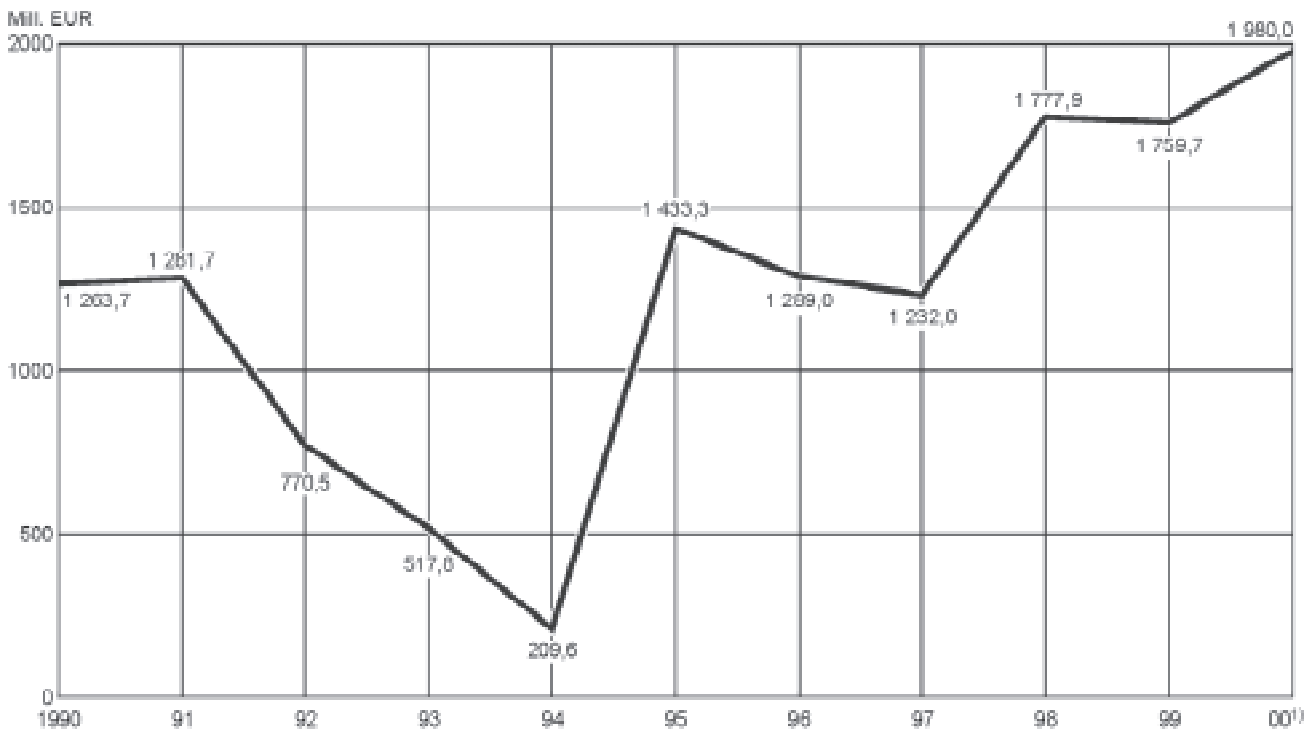
Planentwurf 2003

Bereich	Stellen	Anteil in %
Kultus, Jugend und Sport	101 681,5	46,8
Innenverwaltung	37 997	17,5
Finanzverwaltung	21 245,5	9,8
Umwelt und Verkehr	3 930,5	1,8
Wissenschaft, Forschung und Kunst	25 355	11,7
Justiz	15 728,5	7,2
Landwirtschafts- und Forstverwaltung	6 694	3,1
Sozialverwaltung	2 235	1,0
Wirtschaftsverwaltung	1 346	0,6
Öbrige Verwaltung	1 127	0,5
Zusammen	217 340	100,0

Finanzausgleich unter den Ländern 1990 bis 2000

Beiträge des Landes für ausgleichsberechtigte Länder

Anlage 10



Anteile der ausgleichspflichtigen und ausgleichsberechtigten Länder*)

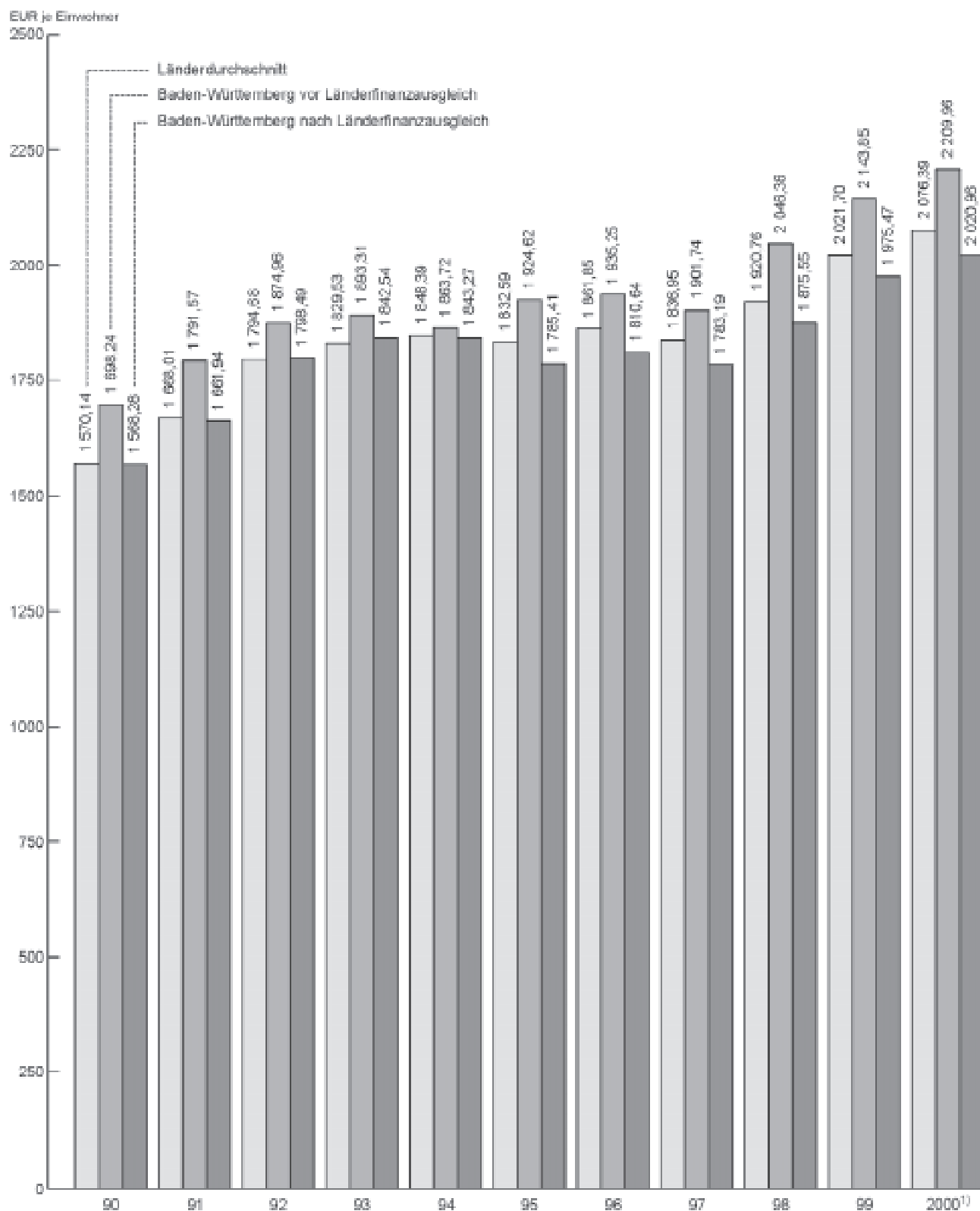
Land	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000 ¹⁾
Ausgleichspflichtige Länder											
Baden-Württemberg	1 203,7	1 281,7	770,5	517,0	209,6	1 433,3	1 289,0	1 232,0	1 777,9	1 759,7	1 980,0
Bayern	18,3	2,3	–	6,3	342,0	1 204,4	1 483,2	1 586,0	1 486,6	1 636,3	1 916,8
Hamburg	4,0	33,8	–	–	–	60,1	246,2	139,8	314,3	344,9	662,0
Hessen	738,1	661,5	942,0	1 080,8	934,2	1 100,6	1 636,4	1 608,6	1 756,2	2 432,6	2 737,2
Nordrhein-Westfalen	32,1	4,0	1,7	–	–	1 763,4	1 590,0	1 564,2	1 583,0	1 317,5	1 129,2
Schleswig-Holstein	–	–	–	–	–	72,2	–	2,8	0,1	–	–
Zusammen	2 057,4	2 003,3	1 714,1	1 610,0	1 405,0	5 723,9	6 252,8	6 104,4	6 920,0	7 490,0	8 321,2
Ausgleichsberechtigte Länder											
Bayern	–	–	27,8	–	–	–	–	–	–	–	–
Bremen	327,0	300,8	261,5	325,3	290,6	287,5	324,5	178,8	466,4	340,1	446,9
Niedersachsen	686,0	688,3	661,3	610,6	490,0	321,2	282,8	343,6	402,9	621,8	669,0
Hamburg	–	–	–	58,1	30,9	–	–	–	–	–	–
Nordrhein-Westfalen	–	–	–	15,9	79,7	–	–	–	–	–	–
Rheinland-Pfalz	250,5	301,1	338,2	397,7	335,9	116,9	118,3	151,2	219,4	194,8	368,9
Saarland	187,2	194,7	218,9	215,3	222,0	92,1	119,7	104,5	116,4	152,5	169,0
Schleswig-Holstein	307,6	308,3	206,4	95,1	36,8	–	8,0	–	–	88,8	183,2
Sachsen	–	–	–	–	–	906,3	1 004,6	980,5	1 019,4	1 121,7	1 190,3
Sachsen-Anhalt	–	–	–	–	–	574,2	634,5	600,6	617,3	671,9	719,5
Thüringen	–	–	–	–	–	521,1	576,3	573,9	595,1	611,7	674,8
Brandenburg	–	–	–	–	–	441,8	529,2	504,2	534,0	567,5	646,9
Mecklenburg-Vorpommern	–	–	–	–	–	394,1	437,8	430,8	448,5	483,9	502,7
Berlin	–	–	–	–	–	2 158,7	2 217,1	2 266,2	2 500,7	2 725,3	2 822,9
Zusammen	2 057,4	2 003,3	1 714,1	1 610,0	1 485,8	5 723,9	6 252,8	6 104,4	6 920,0	7 490,0	8 321,2

*) Evtl. Differenzen in den Summen beruhen auf dem Runden der Zahlen.

1) Vorläufiges Ergebnis.

Steuereinnahmen^{*)} des Landes vor und nach dem Finanzausgleich unter den Ländern^{**)} im Vergleich mit den durchschnittlichen Steuereinnahmen^{*)} der Länder 1990 bis 2000

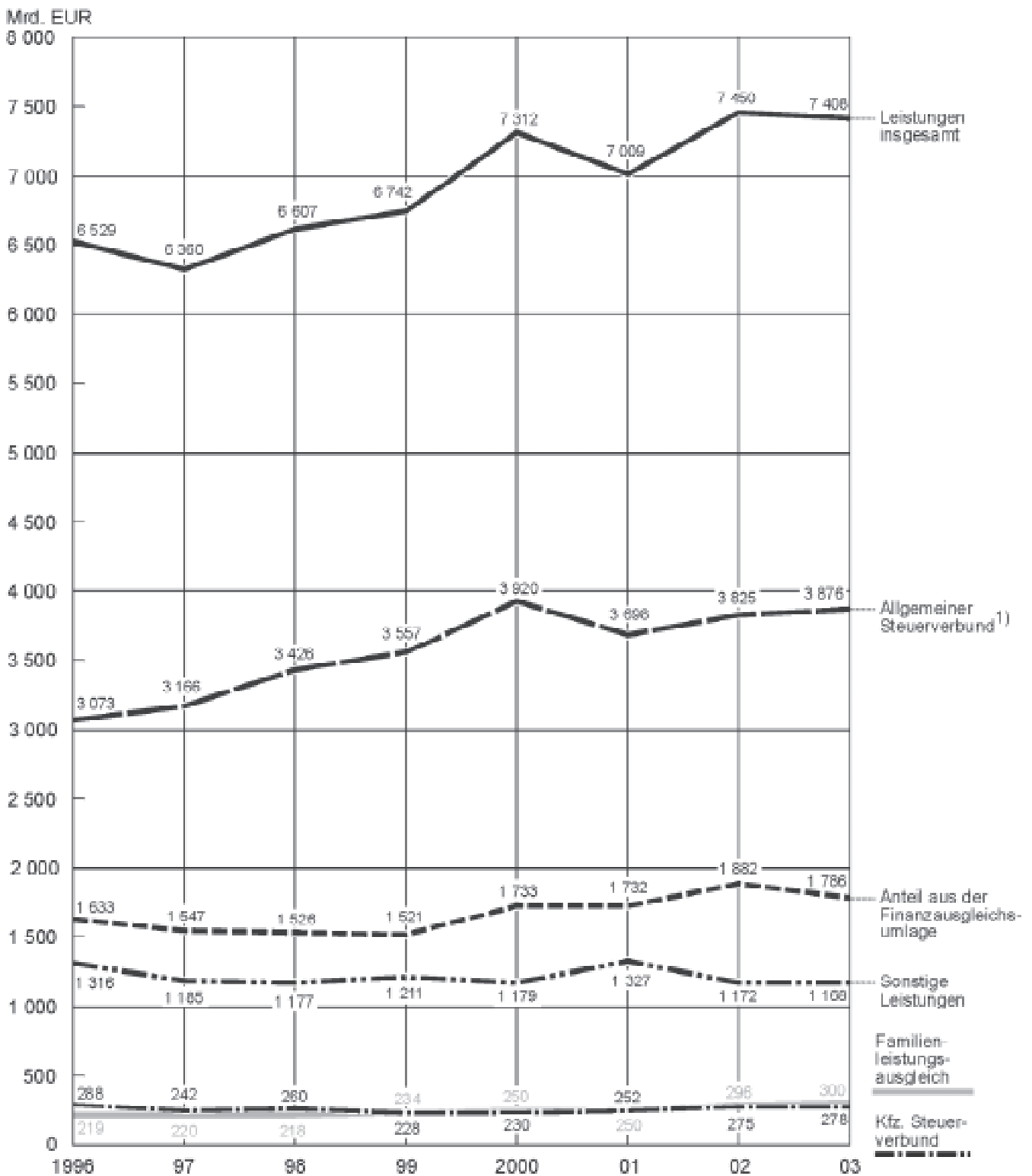
Anlage 11



^{*)} Einschließlich Spielbankabgabe und Förderabgabe. – ^{**)} Bis 1994 Finanzausgleich unter den alten Ländern, ab 1995 gemeinsamer Finanzausgleich unter den alten und neuen Ländern. – 1) Vorläufiges Ergebnis.

Ausgaben des Landes für Leistungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände 1996 bis 2003

Anlage 12



1996 bis 2000: Ist-Ergebnisse
 2001: Einschließlich Mai – Steuerschätzung 2001
 2002/03: Entwurf Staatshaushaltsplan